

Universität Bremen
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft

Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
Dr. rer. pol.

Titel der Dissertation:

**Das Fremde als das Eigene:
Entstehung der südkoreanischen Wirtschaftskultur
durch fremdbestimmte Modernisierung**

vorgelegt von
Il-Sop Yim
aus Seoul, Korea

Bremen 2014

Die erste Gutachterin: Prof. Dr. Heide Gerstenberger
Die zweite Gutachterin: Prof. Dr. Inge Marßolek

Datum des Promotionskolloquiums: 08. Juli 2014

Meinen Eltern, die mir vieles gegeben haben, was sie selber lebenslang entbehrt hatten, widme ich diese Forschungsarbeit. Von der historischen Epoche, die sie erlebt haben, handelt meine Dissertation.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
1.1	Kulturalistische Ansätze	4
1.1.1	Kulturdimension von G. Hofstede	4
1.1.2	Kulturstandard der Kulturvergleichenden Psychologie	9
1.1.3	These des "konfuzianischen Kapitalismus"	11
1.2	Unzulänglichkeiten der kulturalistischen Ansätze	14
1.2.1	Kulturelle Heterogenität ignoriert.....	15
1.2.2	Strukturelle Faktoren werden ignoriert.....	16
1.2.3	Unzulänglichkeiten der These des konfuzianischen Kapitalismus	17
1.3	Autoritarismus, Partikularismus und Konfuzianismus	19
1.3.1	Historische Parallelen von Autoritarismus.....	21
1.3.2	Historische Parallelen von Partikularismus	25
1.3.3	Grenzen der kulturalistischen Kausalattribution.....	31
1.4	Die Zielsetzung und Gliederung der vorliegenden Arbeit	32
2	Konfuzianismus und <i>Chosun</i> -Dynastie (1392-1910).....	33
2.1	Konfuzianische Gesellschaftslehre und Praktiken	33
2.2	Konfuzianismus vs. gesellschaftliche Realität in der <i>Chosun</i> -Dynastie	42
3	Japanische Kolonialherrschaft.....	44
3.1	Öffnung Koreas zur westlichen Zivilisation	44
3.1.1	Einzug der westlichen Produkte und Ideen	45
3.1.2	Abschaffung der Ständeordnung	45
3.2	Aufholende Modernisierung in Japan: Westorientierung und Autoritarismus	47
3.3	Japanische Kolonialherrschaft in <i>Chosun</i>	53
3.3.1	Die Abschneidung der Haarknoten	55
3.3.2	Die Unterdrückung der Grundrechte	57
3.3.3	Landvermessung: Unterordnung der Landwirtschaft unter japanische Interessen	57
3.3.4	Kontrolle über Industrie, Handel und andere gewerbliche Tätigkeiten	64
3.3.5	Sonstige Gesetze, die in den Alltag der koreanischen Bevölkerung eingriffen	65
3.3.6	Polizei im Alltag	67
3.3.7	Benachteiligung gegenüber japanischen Einwanderern.....	76
3.3.8	Das Misstrauen der Bevölkerung gegen das Rechtssystem	79
3.4	Die Entstehung moderner Bildungsschichten während der Kolonialzeit	81
3.4.1	Das koloniale Bildungssystem.....	83

3.4.2	Sozialdarwinismus in Korea	93
3.5	Der Einzug des modernen Konsum- und Lebensstils	100
3.6	Zwischenfazit: Die Prägung von Verhaltensmustern während der Kolonialzeit	102
4	Befreiung und Besetzung	104
4.1	Aufbruchstimmung nach der Befreiung	104
4.2	Der Einfluss der Besatzungsmächte auf die Staatsgründung	108
4.2.1	Sowjetische Besatzungspolitik in Nordkorea	109
4.2.2	US-Besatzungspolitik in Südkorea	112
4.3	Getrennte Staatsgründungen	124
4.4	Staatsgründung unter ungünstigen Bedingungen	125
5	Der Koreakrieg	131
5.1	Massaker und Säuberungen	132
5.1.1	Anordnung bzw. Duldung von Massakern durch den südkoreanischen Staat	133
5.1.2	Hinrichtungen unter der kommunistischen Besatzung	134
5.1.3	Rückeroberung und Kommunistenjagd	136
5.2	Der erlebte Kommunismus	139
5.3	Kriegswirren und Gesetzlosigkeit	143
6	Waffenstillstand und dauerhafte Systemkonkurrenz	147
6.1	Antikommunismus als Wunderwaffe im Quasi-Ausnahmestand	147
6.2	US-Wirtschaftshilfe und die Verflechtung von Wirtschaft und Politik	151
6.2.1	Politische Skandale	153
6.2.2	Verflechtung von Wirtschaft und Politik & Chaebol	157
6.3	Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft	158
7	Die Herausbildung soziokultureller Praktiken in der Zeit der Staatsgründung Südkoreas	161
7.1	Kapitalistische Modernisierung und materialistische Lebensorientierung	161
7.2	Autoritätshörigkeit	162
7.3	Partikularismus: Misstrauen gegen den Staat und moralischer Zynismus	165
7.3.1	Staatsversagen und Misstrauen gegenüber dem Staat	166
7.3.2	Die Belastung von Nachbarschaftsbeziehungen	169
7.3.3	Moralischer Zynismus: Beispiele	171
7.3.4	Bildungsexpansion: Individuelle Aufstiegsstrategie und der Wertewandel	172
7.4	Zwischenfazit: Fremdbestimmte Kluft zwischen Erwartungen und Ressourcen	175
8	Gesamtschlussfolgerung : das Fremde als das Eigene	178
	Literaturhinweise	184

1 Einleitung

In den Wirtschaftswissenschaften erfreut sich „Kultur“ seit einigen Jahrzehnten großer Beliebtheit. Bei Beurteilung kultureller Einflüsse auf das Managementverhalten kann zwischen den Universalisten und den Kulturalisten unterschieden werden. Während die Universalisten von universell gültigen Managementprinzipien ausgehen, vertreten die Kulturalisten eine Adaption von Management-Konzepten und –Instrumenten an kulturelle Bedingungen. Während Universalisten die Makroebene betrachten und auf die kulturübergreifenden Vereinheitlichung von Organisationsstrukturen und –Techniken (wie etwa Bilanzierungstechniken) hinweisen, zielen Kulturalisten zumeist auf die Mikroebene ab und konstatieren dauerhafte Unterschiede im personen- und verhaltensbezogenen Management. Die Universalisten haben kulturelle Faktoren in den Ländern außer USA zumeist als Hindernisse für den Transfer moderner, meist in den USA entwickelter Managementansätze in andere Gesellschaften (Entwicklungsländer wie Teile der europäischen Industrieländer) identifiziert und damit die Wachstums- und Produktivitätsstärke der US-amerikanischen Wirtschaft erklärt. Diese Sichtweise einer Überlegenheit amerikanischer Kultur und amerikanischen Managements änderte sich in den frühen 1980er Jahren mit den wirtschaftlichen Erfolgen Japans und den zunehmenden Marktanteilverlusten US-amerikanischer Unternehmen. Die veränderte Weltmarktkonkurrenz hat die interkulturelle Managementforschung belebt, die sich einerseits stärker den Bedingungen des Markteintritts von Unternehmen in sozialkulturell andersgeprägten Gesellschaften widmet, andererseits so genannte weiche Faktoren des Managements (wie Führungsstile und gemeinsame Werte) einer interkulturellen Betrachtung unterzieht. So wird für den Bereich „Marketing“ die Abhängigkeit der Produktakzeptanz von nationalen Einstellungen, Vorlieben, Normen und Werten festgestellt. Für die Bereiche „Personal“ und „Organisation“ wird untersucht, wie sie durch die jeweilige „Landeskultur“ geprägt sind.

1.1 Kulturalistische Ansätze

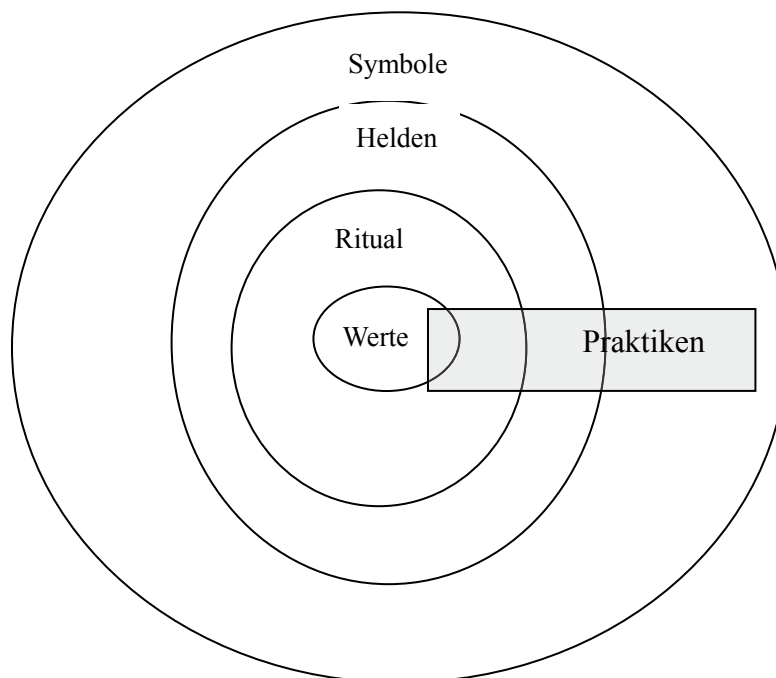
Zu den Fachdisziplinen, in denen die Sichtweisen der Kulturalisten vertreten sind, gehören die Kulturenvergleichende Psychologie und die interkulturelle Managementforschung. Während dieser Forschungsansatz in anglo-amerikanischen Kreisen bereits seit den 1950er Jahren verbreitet war, ist er im deutschsprachigen Raum vor allem durch die Veröffentlichung von Alexander Thomas „Kulturvergleichende Psychologie. Eine Einführung“ (1993) bekannt geworden.

1.1.1 Kulturdimension von G. Hofstede

Die in der Betriebswirtschafts- und Managementlehre wohl bekannteste Studie der Kulturforschung stellt die Untersuchung von Geert Hofstede dar. Zur Durchführung einer Mammutstudie, die zwischen 1967 und 1978 erfolgte und hinsichtlich ihres Umfangs bis heute einzigartig ist, entwickelte Hofstede (1980) einen Fragebogen, mit dem insgesamt 116.000 Mitarbeiter des multinationalen Computerkonzerns IBM in allen Positionen – Arbeiter bis Manager – befragt wurden. Dieser wurde in 20 Sprachen übersetzt und konnte dadurch in insgesamt 53 Ländern eingesetzt werden. Mit dem Fragebogen wurden sog. „arbeitsbezogene Wertvorstellungen“ erfasst. Das heißt, es wurden Fragen gestellt zur Zufriedenheit mit bestimmten Arbeitsaspekten, zur Beurteilung von Arbeitsanforderungen, zu persönlichen arbeitsbezogenen Zielen usw. Hofstede unterzog die Antworten der Korrelationsstatistik und der Faktorenanalyse. Aus ihren Ergebnissen schloss er auf unterschiedliche Unternehmenskulturen in den jeweiligen Ländern.

Hofstede zufolge gibt es weltweit sowohl nationale als auch regionale Kulturgruppen. Diesen schreibt er einen wesentlichen Einfluss auf das Verhalten von Unternehmen, auf deren Organisation und Führung zu. Kultur ist für ihn "die kollektive Programmierung des Geistes, die die Mitglieder einer Gruppe oder Kategorie von Menschen von einer anderen unterscheidet". Eine solche mentale Programmierung umfasse die speziellen Denk-, Fühl- und Handlungsmuster, die eine bestimmte Kultur charakterisierten. (Hofstede 1993:19). Dabei stimmt Hofstede (2001a: 10) mit dem Großteil der Forscher darin überein, dass sich Kultur sowohl aus sichtbaren als auch aus unsichtbaren

Elementen zusammensetzt. Er geht von vier Ebenen der Manifestation von Kultur aus, wobei "Werte die tiefsten Manifestationen von Kultur sind"(Hofstede 1993: 22). Hofstede (2001b: 9) zufolge können Werte als „die allgemeine Neigung, bestimmte Umstände anderen vorzuziehen“ definiert werden. Ähnlich den Annahmen anderer Kulturforscher versteht auch Hofstede Werte als gefühlsmäßige Orientierungen bezüglich böse/gut, hässlich/schön etc. Des Weiteren deutet Hofstede Werte sowohl als wünschenswerte Ziele einer Gesellschaft, als auch als erwünschte Ziele einer Einzelperson. Dabei kommt das Erwünschte dem tatsächlichen Verhalten näher als das Wünschenswerte. Die beiden Deutungsweisen werden durch verschiedenartige Normen unterschieden. Wünschenswertes wird durch die absolute, ethisch richtige Norm zum Ausdruck gebracht, wohingegen das Erwünschte durch die statistische Norm, das heißt tatsächlich mehrheitlich getroffene Entscheidungen, reflektiert wird (vgl. Hofstede 2001b: 9ff). Um diesen Kern der Werte legen sich in konzentrischen Kreisen zunächst die Rituale, die Helden und schließlich die Symbole einer Kultur. Alle diese Ebenen werden von kulturellen Praktiken durchschnitten. Zur Visualisierung dieser Tatsache zieht er die Kulturzwiebel bzw. das Schichtenmodell heran.



Die äußeren drei Schichten Symbole, Helden und Rituale werden von Hofstede als jene sichtbaren Praktiken bezeichnet, welche „kulturexternen“ Personen durch die reine Beobachtung zugänglich werden. Die zugrundeliegenden Werte bleiben für den

Kulturfremden unerkant (vgl. Hofstede 2001a: 10f). Der Grund hierfür ist, dass die kulturellen Werte den unsichtbaren Kern der Kulturzwiebel bilden.

Die Kulturdimensionen basieren Hofstede zufolge auf jeweiligen Grundproblemen, mit denen sich alle Länderkulturen konfrontiert sehen (vgl. Hofstede 2001a: 29). Dabei bezieht er sich auf die Literaturstudie von Alex Inkeles und Daniel Levinson. Die beiden Amerikaner analysierten folgende drei Punkte als Grundprobleme, die alle Gesellschaften lösen müssen (Inkeles / Levinson 1969:447).

1. Verhältnis zur Autorität;
2. Beziehung zwischen Individuum und Gesellschaft sowie das individuelle Konzept von Weiblichkeit und Männlichkeit und
3. Die Art mit Problemen oder Konflikten umzugehen, einschließlich der Kontrolle von Aggressionen und des Ausdrückens von Gefühlen.

Hofstede modifizierte diese Klassifikation und unterteilte Punkt 2 in weitere Bereiche Individualität / Kollektivität einerseits und Geschlechterrollen andererseits. Dann später fügte er eine fünfte Dimension hinzu, so dass mittlerweile 5 Kulturdimensionen herausgearbeitet worden sind (Hofstede 2001a: 31).

1. Umgang mit sozialer Ungleichheit und sozialer Macht (Machtdistanz)
2. Gestaltung der Beziehungen zwischen Individuum und Gruppe (Individualismus vs. Kollektivismus)
3. Ausgestaltung der Geschlechterrollen (Maskulinität vs. Feminität)
4. Umgang mit Ungewissheiten (Unsicherheitsvermeidung)
5. Umgang mit der Zeit; zeitliche Orientierung des Lebens (Lang- und Kurzzeitorientierung)

Machtdistanz. Auf dieser Dimension lässt sich abbilden, in welchem Ausmaß ungleiche Machtverhältnisse in einer Kultur akzeptiert werden. Diese Akzeptanz der Ungleichheit misst Hofstede mit der *Macht-Distanz-Skala* (*Power Distance Index – PDI*). In Kulturen mit *hoher Machtdistanz* würden auch große Machtgefälle in Institutionen und Organisationen von den Mitgliedern als unproblematisch akzeptiert. Entsprechend bildeten sich hier sehr vielschichtige und undurchlässige Hierarchiesysteme aus. In Kulturen mit *niedriger Machtdistanz* dagegen würden große

Machtgefälle in Institutionen und Organisationen von den Mitgliedern als sehr problematisch erlebt und daher bekämpft. Entsprechend bildeten sich hier sehr flache und durchlässige Hierarchiesysteme aus.

- Verortungen einzelner Länder auf der Skala der Machtdistanz:

Arabische Staaten: 80, Argentinien: 49, Belgien: 65, Kanada: 39, China: 80, Dänemark: 18, Frankreich: 68, Deutschland: 35, Griechenland: 60, Indien: 77, Italien: 50, Japan: 54, Südkorea: 60, Schweden: 31, Vereinigtes Königreich: 35, USA: 40

Individualismus/Kollektivismus. Auf dieser Dimension lässt sich abbilden, in welchem Ausmaß sich die Mitglieder einer Kultur als Teil eines sozialen Beziehungsgefüges definieren und sich diesem gegenüber verpflichtet fühlen. Individualität sei die "gefühlsmäßige Unabhängigkeit einzelner von Gruppen, Organisationen oder anderen Vereinigungen" (Hofstede 1980:). Die Mitglieder *individualistischer Kulturen* nehmen sich primär als autonome Individuen wahr und versuchen, persönliche Ziele unabhängig von den Interessen sozialer Bezugsgruppen zu bilden und zu verfolgen. Die Mitglieder *kollektivistischer Kulturen* nehmen sich dagegen primär als Mitglied einer Gruppe von sozialen Bezugspersonen wahr und versuchen, persönliche Ziele im Einklang mit dieser Gruppe zu bilden und zu erreichen. Hofstede verwendet eine Skala von 0 (= stark kollektivistisch) bis 100 (= stark individualistisch). In individualistischen Gesellschaften werden die Rechte des Individuums geschützt: Selbstbestimmung, Ich-Erfahrung und Eigenverantwortung sind wichtig. In einer kollektivistischen Kultur dominiert dagegen die Integration in jede Art von Netzwerken. Das Wir-Gefühl ist viel charakteristischer für eine solche Kultur.

- Verortungen einzelner Länder auf der Skala von Individualismus

USA: 91, Australien: 90, Großbritannien: 89, Kanada: 80, Italien: 76, Südkorea: 18

Unsicherheitsvermeidung(Uncertainty Avoidance Index - UAI). Auf dieser Dimension lässt sich abbilden, in welchem Ausmaß unklare und mehrdeutige Situationen in einer Kultur Verunsicherung und Ängste hervorrufen. Für die Mitglieder von Kulturen mit starker Unsicherheitsvermeidung haben Regeln zur Regulierung des privaten und öffentlichen Lebens eine hohe Verbindlichkeit, und sie reagieren auf unklare Verhältnisse mit Desorientierung oder gar Aggression.

Entsprechend bilden sich hier sehr komplexe und rigide gesellschaftliche Regelsysteme aus, die sich durch viele festgeschriebene Gesetze, Richtlinien, Sicherheitsmaßnahmen auszeichnen. Für die Mitglieder von Kulturen mit schwacher Unsicherheitsvermeidung haben Regeln zur Regulierung des privaten und öffentlichen Lebens eine geringe Verbindlichkeit, und sie reagieren auf unklare oder gar chaotische Verhältnisse relativ gelassen. Entsprechend bilden sich hier sehr flexible gesellschaftliche Regelsysteme aus.

- Verortungen einzelner Länder auf der Skala der Unsicherheitsvermeidung:

Arabische Welt: 68, Belgien: 94, Dänemark: 23, Deutschland: 65, Frankreich: 86, Griechenland: 112, Hong Kong: 29, China: 30, Südkorea: 85, USA: 46

Maskulinität/Feminität(MAS). Auf dieser Dimension lässt sich abbilden, in welchem Ausmaß in einer Kultur die Geschlechterrollen voneinander abgegrenzt und festgelegt sind. In *maskulinen* Kulturen sind die gesellschaftlichen Rollen von Männer und Frauen klar getrennt und die männliche Rolle ist durch Leistungsstreben, Durchsetzungsvermögen, Dominanz und materielles Streben gekennzeichnet, während die weibliche Rolle durch Fürsorglichkeit, Bescheidenheit, Unterordnung und Warmherzigkeit geprägt ist. In *femininen* Kulturen können fast alle gesellschaftlichen Rollen sowohl von Frauen als auch von Männern eingenommen werden, und die Geschlechterrollen werden nicht durch klar bestimmte Merkmale definiert.

- Verortungen einzelner Länder auf der Skala Maskulinität:

Arabische Welt: 52, Belgien: 54, Dänemark: 16, Deutschland: 66, Griechenland: 57, Italien: 70, Japan: 95, Norwegen: 8, Schweden: 5, Südkorea: 39, USA: 62

Hofstede ergänzte diese vier Dimensionen später um eine fünfte Dimension, nachdem ihm dies aufgrund der Ergebnisse einer Forschergruppe in China (Chinese Culture Connection 1987) notwendig erschien:

Langzeitorientierung (Long-Term Orientation - LTO): Auf dieser Dimension lässt sich abbilden, in welchem Ausmaß in einer Kultur langfristiges Denken wertgeschätzt wird. In Kulturen mit *hoher Langzeitorientierung* wirken sehr alte Traditionen bis in die Gegenwart hinein und die Handlungen von heute haben für die Zukunft eine hohe Verbindlichkeit. In solchen Kulturen entstehen Hofstede zufolge sehr stabile und verbindliche soziale Gefüge über Generationen hinweg, die nur schwer zu verändern

sind. Werte von Mitgliedern einer Organisation, die langfristig ausgerichtet sind: Sparsamkeit, Beharrlichkeit. In Kulturen mit *geringer Langzeitorientierung* besitzen Traditionen allenfalls einen nostalgischen Wert, und das was heute passiert, kann Morgen schon „Schnee von gestern“ sein. In solchen Kulturen vollziehen sich soziale Veränderungen Hofstede zufolge sehr leicht, die entstehenden sozialen Verhältnisse sind allerdings entsprechend instabil und unverbindlich. Werte von Mitgliedern einer Organisation, die kurzfristig ausgerichtet sind: Flexibilität, Egoismus.

- Verortungen einzelner Länder auf der Skala der Langzeitorientierung

Arabische Länder: 23, Belgien: 82, Brasil: 44, Bulgarien: 69, Kanada: 36, China: 87, Dänemark: 35, Ägypten: 7, Deutschland: 83, Frankreich: 63, Großbritannien: 51, Japan: 88, Südkorea: 100, USA: 26

1.1.2 Kulturstandard der Kulturvergleichenden Psychologie

Während Hofstede Einflüsse der Kultur auf die Organisation nach den von ihm als weltweit gültigen betrachteten vier oder fünf Kulturdimensionen anhand der umfangreichen Fragebogenerhebung quantifizierte, hat Alexander Thomas konkrete Verhaltensweisen der Menschen verschiedener Nationalitäten anhand der authentischen Beobachtungen in dichterem Formen beschrieben und hervorstechende Verhaltensmerkmale als Kulturstandards der jeweiligen Länder herausgearbeitet. Für diese Forschungsrichtung spielt der Begriff des „zentralen Kulturstandards“ eine wichtige Rolle. Alexander Thomas versteht unter Kulturstandard "alle Arten des Wahrnehmens, Denkens, Wertens und Handelns, die von der Mehrzahl der Mitglieder einer Kultur für sich persönlich und andere als normal, selbstverständlich, typisch und verbindlich angesehen werden.“ (Thomas, 1996, S. 112). Es wird unterstellt, dass zentrale Kulturstandards in sehr unterschiedlichen Situationen wirken und weite Bereiche der Wahrnehmung, des Denkens und Handelns regulieren. Kulturstandards seien hierarchisch strukturiert und miteinander verbunden (Thomas 1993: 381). Eine handelnde Person wird in der Regel die von der jeweiligen Kultur gesetzten Handlungsgrenzen (Normen, Gebote, Traditionen, Gewohnheiten) respektieren und ihr Handeln nach dem in der Kultur üblichen Orientierungssystem regulieren. In und mit ihrem Handeln erzeugt sie ein Kulturprodukt. Ihre eigene Handlung ist ein

Kulturprodukt, zugleich ein dynamischer Teil der Kultur und fähig, die Kultur zu stabilisieren und zu verändern. Verhalten ist eine Funktion der Interdependenz von Person und kultureller Umwelt, wobei das Verhalten immer sowohl Resultat wie Determinante dieses interdependenten Beziehungsverhältnisses ist (Thomas 1993: 48)

In diesem Ansatz versucht der Forscher *erstens* aus seinen Erfahrungen mit fremden Kulturen bestimmte Verhaltensmuster abzuleiten, die seines Erachtens für die meisten Menschen in einem bestimmten Land typisch sind, und er versucht *zweitens*, diese Verhaltensmuster in solche Begriffe zu kleiden, mit denen er selbst und seine Zuhörer etwas anfangen können. Die Erhebung der Kulturstandards beruht auf einer Befragung von Personen, die sich in dem Land, für welches die Kulturstandards ermittelt werden sollen, aufgehalten haben – selbst jedoch aus einem anderen Land stammen. Das können Menschen aus unterschiedlichen Ländern wie z.B. Frankreich, England, Spanien, Tschechien, USA, China, Japan, Korea und Indonesien sein und diese werden dann z. B. zu Deutschland befragt. Optimalerweise handelt es sich hierbei um Begegnungen in verschiedenen Kontexten, wie Schüler-Austausch, Studium oder Arbeit. Es werden zunächst „kritische Interaktionssituationen“ gesammelt, indem man die Personen fragt, wann Schwierigkeiten und Missverständnisse in der Kommunikation bzw. der Zusammenarbeit mit Deutschen auftauchten oder wann sie das Verhalten ihres Gegenübers überraschte bzw. ihnen nicht einleuchtete (Heringer, 2004, S. 213-226). Anhand dieser Sammlung erfolgt die anschließende Auswertung. Die Antworten aus den verschiedenen Ländern werden miteinander verglichen und einer Inhalts- und Ursachenanalyse unterzogen: Vor allem sollen die Befragten „monokulturelle Fremdbeurteilungen“ abgeben, d.h. die kritischen Interaktionssituationen aus ihrer Sicht erklären und beurteilen. Auslandsexperten erstellen hingegen aus den ihnen vorliegenden Situationen „fremdkulturelle Fremdbeurteilungen“. Zum Schluss werden die Kulturstandards aus dem Vergleich dieser beiden Beurteilungen ermittelt. Manchmal werden sie anschließend noch mit kulturhistorischen Erkenntnissen verglichen, um ihre Herkunft erklären zu können. Aufgrund dieser Ermittlung werden auch länderbezogene Handbücher veröffentlicht, die Geschäftsleuten das interkulturelle Management erleichtern sollen.¹ Während Hofstede's Studie mit ein paar universell gültigen Kulturdimensionen arbeitet, verfügt die Kulturstandardforschung von Bruch und

¹ Dies gilt vor allem für die Reihe „Beruflich in xxx“ vom Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, die von einem "Volkscharakter" ausgeht.

Thomas über die viel größere Zahl von kulturellen Kriterien, die für das Verständnis der Kultur eines bestimmten Landes relevant sind, wie es sich aus folgenden Beispielen entnehmen lässt.

- Beispiele für Kulturstandards:

- ✓ USA: Gleichheitsdenken, Handlungsorientierung, Individualismus, Bedürfnis nach sozialer Anerkennung, Gelassenheit, Leistungsorientierung, interpersonale Distanzminimierung, Patriotismus (Slate / Schroll-Machl 2007 : 135-144)
- ✓ Deutschland: Wertschätzung von Strukturen und Regeln, Zeitplanung, internalisierte Kontrolle, Sachorientierung, Direktheit (Schroll-Machl 2007: 72-89)
- ✓ Frankreich : Personenorientierung, globales, strategisches Denken statt spezifisches, regelorientiertes Denken, Simultanität statt Konsekutivität im Zeitmanagement, Dissensorientierung (Demangeat / Molz 2007: 30-38)
- ✓ China: Gesichtswahren, soziale Harmonie, Bürokratie, Etikette, Einheit von Familie und Arbeitseinheit, Taktieren, Humor (Thomas 1995: 125)

1.1.3 These des "konfuzianischen Kapitalismus"

In die kulturenvergleichende Forschung, die Auswirkungen der nationalen Kulturunterschiede auf die Wirtschaft betont, reiht sich die Debatte über "Varieties of Capitalism" oder "Kapitalismus-Varianten" ein. Hier überträgt man die Sichtweise der kulturalistischen Ansätze über enge Kontexte der Unternehmensorganisation und der menschlichen Handlungen hinaus auf das gesamte Wirtschaftssystem eines Landes, kommt damit auf eine Kapitalismustheorie, die verschiedene Varianten von Kapitalismus in ihrer Besonderheit herausarbeitet und einander gegenüberstellt. Hier werden „Kapitalismus angelsächsischer Prägung“, „Kapitalismus westeuropäischer Prägung“, „Kapitalismus à la Russland und China“ oder „Kapitalismus arabischer Prägung“ einander gegenübergestellt (Busch 2000; Dore 1999; Gries 2001; Hall / Soskice 2001; Matthes 2000). Damit wird die Möglichkeit reflektiert, dass es mehrere, sogar gleich erfolgreiche Grund- oder Höchstformen des Kapitalismus geben könnte. Die These einer kulturell begründeten Vielfalt grundverschiedener, aber gleich erfolgreicher kapitalistischer Entwicklungspfade gewann an Plausibilität. Dabei rückten

kulturelle Werte in ihrer Bedeutung für das Wirtschaften neu in den Mittelpunkt, und wirtschaftliche Erfolge und Misserfolge wurden auf religiöse und kulturelle Werte zurückgeführt und die Vielfalt kapitalistischer Entwicklung darin begründet gesehen. Unter ihnen gelangte die ostasiatische Kapitalismus-Variante unter dem Schlagwort "dem konfuzianischen Kapitalismus" (kurz: ‚Konfuzianismus-These‘) zur besonderen Aufmerksamkeit der internationalen Fachwelt.

Das wissenschaftliche Interesse an der Rolle dieser Werte für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostasien hat sich mit der Zeit gewandelt. Max Weber betrachtete ostasiatische Gesellschaften wie China als stagnierende Gesellschaften, die sich auf die Familie und den Staat konzentrieren. Ihm zufolge hemmte der Konfuzianismus die Entfaltung des Kapitalismus in China. Ganz im Sinne dieser Interpretation beschränkte sich der *Mainstream* der Asien-Forschung in den westlichen Ländern zu Anfang des 20. Jahrhunderts auf die Fragestellung, warum sich der Kapitalismus in Asien nicht entwickeln konnte. Als sich aber Japan ab den 1950er Jahren aus der Kriegsniederlage schnell erholte und einen rapiden wirtschaftlichen Erfolg vorwies, modifizierte dies die Forschungsrichtung westlicher Wissenschaftler. Nun stellte man sich die Frage, warum es unter den asiatischen Ländern nur Japan gelungen sei, den Anschluss an die führenden westlichen Industrienationen zu finden. Dabei wurden kulturelle Unterschiede Japans zu anderen asiatischen Ländern (vor allem zu China) und Ähnlichkeit mit europäischen Ländern betont (Francis Moulder 1977, Morishima 1982).

Seit Ende der 1960er Jahre erzielten dann aber neben Japan auch andere ostasiatische Länder unerwartete wirtschaftliche Erfolge. Diese Länder haben auch die Ölkrise in den 1970er Jahre gut überstanden und selbst in der weltwirtschaftlichen Stagnation in den 1980er Jahren eine Wachstumsrate von knapp 10% erzielt, während führende westliche Industrieländer unter einem Rückgang der Wachstumsrate, lateinamerikanische Länder sogar unter einer Verschuldungskrise gelitten haben. Diese Entwicklungen haben dazu beigetragen, dass kulturalistischen Fragestellungen besondere wissenschaftliche Bedeutung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen zugeschrieben wurde.

Hatte Robert N. Bellah noch 1968 erklärt, die konfuzianische Ethik sei das funktionale Äquivalent der puritanischen Wirtschaftsethik (Bellah 1968), so sprach Peter L. Berger sogar von einer „nicht-individualistischen Version der kapitalistischen Modernität“, welche die kollektiven Tugenden der Solidarität und Arbeitsdisziplin

konfuzianischer Prägung zur Grundlage hatte (Berger 1993: 6). Der amerikanische Futurist Herman Kahn formulierte 1979 eine Hypothese (Kahn 1979), in der er den ökonomischen Erfolg der ostasiatischen Länder auf ihre gemeinsamen, in die Geschichte weit zurückgehenden kulturellen Wurzeln zurückführte, die unter den Weltmarktbedingungen der Nachkriegszeit einen komparativen Vorteil für erfolgreiche Unternehmensaktivität geboten haben. So wird allmählich die inhaltliche Triftigkeit von Webers negativer Beurteilung über den Konfuzianismus als Hindernis für kapitalistische Entwicklung bezweifelt. Die Verfechter der Konfuzianismus-These betonen, dass konfuzianische Tugenden wie Selbstbeherrschung, Gehorsam, Achtung gegenüber der Hierarchie und Autorität, Bildungsbestrebung, Diesseitigkeit, Flexibilität, alle den sozialen Zusammenhalt dieser Länder verfestigt und so das Fundament für das rapide Wirtschaftswachstum gelegt haben. (Tai Hung-chao 1989; Redding 1990: 44-52; Chang Chan Sup 1998; Lee Seung-Hwan 2000).

So meint Redding, dass das chinesische Familiengeschäft durch den Paternalismus und Personalismus gekennzeichnet wird, die die personalisierte Organisation als sein zentrales Strukturelement hervorgebracht hat. Dank diesem Typus der Organisation, der sich gegenüber westlicher Modernisierung behauptet hat, konnte das chinesische Familienunternehmen zu einer der effektivsten ökonomischen Kulturen in der Welt aufsteigen (Redding 1990: 116ff, 233). Tu Wei-ming sieht den interventionistischen Entwicklungsstaat in Ostasien als Erbe des konfuzianischen Konzept, die Regierung habe für das Wohlergehen der Bevölkerung die volle Verantwortung zu übernehmen (Tu Wei-Ming 1990: 48f).

Nach der Finanzkrise von 1997 / 1998 hat sich das Interesse an der konfuzianischen Kultur als Bestimmungsfaktor des asiatischen Kapitalismus dann ins Negative verkehrt. Nun wurden negative Wirkungen der konfuzianischen Kultur auf den Kapitalismus in Ostasien betont. Vor allem wurden negative Konsequenzen des konfuzianischen Familismus für chinesische und südkoreanische Unternehmen aufgeführt. Die starke Familienorientierung in asiatischen Gesellschaften fördere einen Nepotismus, der begabte Beschäftigte, die nicht zur Familie gehören, demoralisiere. Im Falle eines Führungswechsel komme es zur Destabilisierung von Unternehmen (Tai Hung-chao 1989: 20; Fukuyama 1995: 136). Fukuyama zufolge tendiert der Widerspruch zwischen der überdimensionierten Unternehmensgröße und dem Familismus dazu, die Effizienz

zu schmälern, weil der Aufstieg der professionellen Manager verhindert werde. Zweitens verhindere der Familismus die Entwicklung von Spektrum und Größe der Beziehungsnetzwerke. Drittens wirke sich der koreanische Familismus auf den Managementstil. Einerseits erlaube es der autoritäre Führungsstil den koreanischen Unternehmen, schnell und entschlossen zu agieren; sie müssten nicht wie die Japaner erst in einem langwierigen Prozess versuchen, einen hierarchieübergreifenden Konsens zu finden, bevor sie handeln können. Andererseits beschwöre dies die Gefahr herauf, dass Entscheidungen nicht von allen Teilunternehmen mitgetragen oder auf der Grundlage unzureichender Informationen getroffen würden (Fukuyama 1995:134-135). Ein staatliches Wohlfahrtssystem existierte praktisch nicht, und auch die Unternehmer waren nicht verpflichtet, ihren Arbeitern Sozialleistungen zu bieten (Fukuyama 1995:136).

Bemerkenswert ist, dass auch Forscher, die nicht zu den Kulturalisten zählen, einen engen Zusammenhang zwischen dem Konfuzianismus und vorherrschenden Praktiken in ostasiatischen Ländern anerkennen. So stellt Markus Pohlmann fest, dass das konfuzianische Erbe wie die starken Familienbindungen, die Wertschätzung der Autorität, starke Gemeinschaftsorientierungen, Kultivierung des Selbst usw. zentrale Institutionen der ostasiatischen Länder und damit auch die kapitalistische Entwicklung in der Nachkriegszeit mit geprägt hat (Pohlmann 2002: 23-24).

1.2 Unzulänglichkeiten der kulturalistischen Ansätze

Wie bisher ausgeführt, betonen kulturalistische Ansätze Auswirkungen der Kultur auf vorherrschende Praktiken bzw. Institutionen in einer Gesellschaft. Spezielle die These des konfuzianischen Kapitalismus besagt, dass sich bestimmte soziale Praktiken in der heutigen ostasiatischen Gesellschaft wie China, Korea und Japan auf Werte des Konfuzianismus zurückführen lassen, der dort lange Zeit weit verbreitet war. Diese kulturalistischen Ansätze wurden aber unter verschiedenen Gesichtspunkten kritisiert.

1.2.1 Kulturelle Heterogenität ignoriert

Zuerst wird ihnen vorgeworfen, dass sie kulturelle Homogenität in einer Gesellschaft ignoriert. Hofstede z. B. untersucht, wie ein einziger und enger Bereich die jeweilige Kulturdimension (z.B. "Machtdistanz") handhabt, und erhebt das dort gewonnene Ergebnis zu einem Indikator, der über die gesamte Kultur und ihren Umgang mit Ungleichheit informieren soll (McSweeney 2002: 94-95). Er grenzte die Breite seiner Dimension auf den engen Kontext von IBM, also auf die amerikanische Unternehmensform ein. Schon zur Zeit seiner Untersuchungen bildete IBM aber ein Globalkollektiv mit eigenen Spielregeln. An ihnen reiben sich die Angestellten, die durch ihre verschiedenen Herkunftskulturen geprägt sind. Was Hofstede mit seiner Methode testet, sind diese Reibungen, wobei die Nationalkulturen nur verzerrt aufscheinen (Hansen 2003: 284-5).

Derart von einem Bereich auf alle anderen zu schließen, wäre aber nur für eine homogene Kultur mit vollständiger Kohärenz zulässig. Mit Recht hat McSweeney darauf hingewiesen, dass Kulturen nicht kohärent, sondern divers sind, und dass man, weil sie voller Widersprüche und Überraschungen stecken, selbst im Rahmen ein und derselben Dimension nicht von einer Standardisierung auf die andere oder von einem Kontext auf den nächsten schließen kann. (McSweeney 2002: 93-95, 110f; Hansen 2003: 284). McSweeney bemängelt, dass Hofstede sich auf Einzelfälle beruft, die seine Theorie untermauern, ohne zur Zeit seiner Untersuchung bereits vorliegende abweichende Ergebnisse zu berücksichtigen (McSweeney 2002: 108).

Solcher Fehler ergibt sich meistens daraus, dass Beschreibungen einer bestimmten Kultur meistens eher eine Perspektive von Beobachtern aus der fremden Kultur als Realität darstellen. Die Kulturstandards stellen meist die Perspektive einer (oder mehrerer) beobachtenden Kultur(en) dar und bilden somit einen Kontrast zu diesen. Sie sind in Relation zu anderen Kulturen bestimmt. Das Ergebnis kann dementsprechend je nach beobachtender Kultur anders ausfallen. Ein Problem mit dieser Methode der Kulturvergleichenden Psychologie ist, dass man nur Handlungen und Verhalten, die den fremden Beobachtern Schwierigkeiten, Missverständnisse und Überraschungen bereitet haben, zu Kulturstandards stilisieren kann, während Verhaltensweisen, die den Beobachtern eher vertraut sind, keine Relevanz für die Ermittlung der Kulturstandards

zugemessen wird. Hier zeigt sich, dass Kulturstandards die Sicht bestimmter Kulturen enthalten und die Befragten zwangsläufig im Vergleich zu ihren eigenen Gewohnheiten urteilen (vgl. Heringer, 2004, S. 187,193).

1.2.2 Strukturelle Faktoren werden ignoriert

Die zweite Kritik an den kulturalistischen Ansätzen richtet sich weniger gegen die empirisch feststellbare Heterogenität der Kultur einer Gesellschaft als gegen das Kultur-Konzept von Kulturalisten selbst. Diesem Kulturkonzept zufolge liegt der Grund für eine bestimmte Handlungs- und Verhaltensweise darin, dass ein bestimmter gesellschaftlicher Wert die Handelnden auf eine bestimmte Bahn lenkt. Dabei werden Werte als „die allgemeine Neigung, bestimmte Umstände anderen vorzuziehen“ definiert (Hofstede 2001b: 9). Dabei setzt das kulturalistische Kultur-Konzept voraus, dass alle Mittel zur Erreichung der Ziele bzw. zur Lösung der Probleme verfügbar sind. Wenn einem Akteur unzählige Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung stünden, würde er seine Handlung frei nach seinem Wert bzw. seinen Präferenzen ausrichten. Weil aber solche Annahme der unbegrenzten Handlungsmöglichkeiten unrealistisch ist, hilft die Wertvorstellung von Menschen nicht viel, ihre Handlungen zu erklären (Swidler 1986: 274). In diesem Fall muss man die strikte Kausalbeziehung zwischen Wert und Handlungen aufgeben und strukturelle Faktoren suchen, Akteure dazu treiben, entgegen der gesellschaftlichen, manchmal sogar eigenen Wertehaltung zu handeln.

McSweeney zeigt die Unzulänglichkeit vom kulturalistischen Kultur-Konzept am Beispiel der „Religiosität“. Der drastische Rückgang der Kirchenbesucherzahl in Spanien nach Francos Tod und der merkliche Anstieg im nach-sowjetischen Russland beweise nicht die Vorstellung einer religiösen Nationalkultur, sondern historische Besonderheiten wie den Untergang der repressiven Regime in den jeweiligen Ländern (McSweeney 2002: 109-110). Die Unzulänglichkeit des Kultur-Konzeptes zeigt sich am besten an der Kulturdimension "Machtdistanz". Machtdistanz ist Hofstede zufolge das Ausmaß, bis zu welchem die weniger mächtigen Mitglieder von Organisationen etc. erwarten und akzeptieren, dass Macht ungleich verteilt ist. Aber beobachteter Gehorsam oder das Fehlen vom Widerstand gegen Mächtigeren bedeutet nicht unbedingt

Akzeptanz der ungleichen Machtverteilung. Macht ist nach Max Weber "jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht" (Weber 1972: 28). An anderer Stelle heißt es, „Der Befehl kann im Einzelfall aus eigener Überzeugung von seiner Richtigkeit, aus Pflichtgefühl, aus Furcht, aufgrund "stumpfer Gewöhnung" oder aber um eigener Vorteile willen ausgeführt werden...."(Weber 1972: 545). Da ein Befehl nicht nur aus eigener Überzeugung von seiner Richtigkeit, sondern auch aus Furcht oder aus "stumpfer Gewöhnung" ausgeführt werden kann, ist es voreilig, aus beobachtetem Gehorsam darauf zu schließen, dass die fragliche Person bestehende Machtverhältnisse freiwillig akzeptiert (d.h. große Machtdistanz).

Jedoch beschränken Kulturalisten den Blick auf kulturelle Werte, die distinktive Verhaltensweisen von nationalen Gruppen vermeintlich erklären können, und vernachlässigen die Suche nach landesspezifischen strukturellen Faktoren, welche die Handlungsmöglichkeiten einschränken. So lassen Kulturalisten strukturelle Faktoren für die Machtdistanz wie das Arbeitsrecht der verschiedenen Länder, oder auch Geschlecht und Alter der Befragten, die allesamt für einzelne Kulturen von großer Wichtigkeit sind, außer Betracht. (McSweeney 2002: 109-110).

1.2.3 Unzulänglichkeiten der These des konfuzianischen Kapitalismus

Den eben erwähnten Schwächen der kulturalistischen Ansätze unterliegt auch die These des konfuzianischen Kapitalismus. Was die kulturelle Homogenität betrifft, hat in der Vergangenheit nicht nur der Konfuzianismus, sondern haben auch Buddhismus, Taoismus und Schamanismus die Kultur Ostasiens geprägt. Daher spricht Markus Pohlmann, statt von der konfuzianischen Kultur, von „neotraditionalen Arrangements“ (Pohlmann 2002: 41, 49). Auch der traditionelle Wertehorizont wurde zersetzt, seit die erste Nachkriegsgeneration in Südkorea einem rasanten Modernisierungsschub ausgesetzt worden ist, der das agrarische Land in ein Industrieland verwandelte (Pohlmann 2002: 49). Auch Lee Eun-Jung bemängelt, dass die These des konfuzianischen Kapitalismus verkannt, dass schon seit den 1960er

Jahren auch in den Gesellschaften Ostasiens Individualisierungsprozesse traditionelle gesellschaftliche Ordnungen aufgeweicht und die Selbständigkeit des Individuums in den Mittelpunkt des Denkens und Handelns gerückt haben (Lee Eun-Jung 2003: 5).

Die eben genannten Unzulänglichkeiten der kulturalistischen Ansätze, speziell der Konfuzianismus-These lassen sich aber am besten durch die in den 1960er Jahren veröffentlichten Studien belegen, denen zufolge autoritäre und partikularistische Praktiken selbst in Korea negativ bewertet worden sind. Der Psychologe und spätere Vizeminister für das Bildungsministerium (1963-1965), Yoon Tae-Rim hat 1964 in seiner Dissertation "Der Charakter von Koreanern" Emotionalität, Autoritarismus, Gesichtswahren usw. als typisch koreanische Verhaltensweise bezeichnet (Yoon Tae-Rim 1964). Auch Choi Jae-Seok, Soziologie-Professor, hat 1965 in seinem Buch "Der soziale Charakter der Koreaner" die solche Verhalten wie Familismus, Vorliebe für Amtstitel, Hierarchiedenken, Klüngel, Kollektivorientierung, Gesichtswahren, Opportunismus, Ritualismus als typisch südkoreanische Verhaltensmerkmale aufgelistet. Diese beiden Autoren haben dabei die genannten südkoreanischen Praktiken in einem sehr pejorativen Licht behandelt. So kritisierte Choi Jae-Seok, dass die im Konfuzianismus betonte Kindespietät eine einseitige Pflicht der Kinder gegenüber den Eltern bedeutet und nicht etwa eine auf Gegenseitigkeit beruhende Beziehung. Auch die Kollektivorientierung erzeuge Gruppenegoismus, die Hierarchieorientierung, ein Streben nach Macht um jeden Preis usw. (Choi Jae-Seok 1965). Diese negative Haltung gegenüber Autoritarismus und Partikularismus ist seitdem auf die Zustimmung einer breiten Leserschaft in Südkorea gestoßen, und viele südkoreanische Akademiker und Journalisten haben sich seiner Kritik an Autoritarismus und Partikularismus angeschlossen. Seitdem haben viele Akademiker und Journalisten insbes. Hierarchieorientierung, Gruppenegoismus (Partikularismus) sehr kritisch behandelt (z.B. Dona-A Ilbo 1992; Choi Bong-yong 1994). Dies bedeutet, dass autoritäre bzw. partikularistische Praktiken schon in den 1960er Jahren keineswegs allgemein akzeptierte Werte von Südkorea waren. Diese Diskrepanz zwischen der Häufigkeit der bestimmten Praktiken und der gesellschaftlichen Akzeptanz kann erst mit der kulturellen Heterogenität innerhalb der südkoreanischen Gesellschaft erklärt werden.

Im Hinblick auf das mangelnde Forschungsinteresse der kulturalistischen Ansätze an strukturellen Faktoren, plädieren Hamilton / Biggart für eine politökonomische

Erklärung, in welcher Autoritätsstrukturen und Organisationspraktiken berücksichtigt werden (Hamilton / Biggart 1988: S.75ff). Denn sie zweifeln an der Erklärungskraft der kulturalistischen Ansätze, weil diese viele länderspezifische Unterschiede z.B. in den Organisationsstrukturen von Unternehmen nicht erklären können. Den Autoren zufolge haben China, Korea und Japan ebenso wenig die gleiche Kultur, wie England und Frankreich die gleiche Kultur haben (Hamilton / Biggart 1988: S.74).

1.3 Autoritarismus, Partikularismus und Konfuzianismus

Trotz dieser berechtigten Kritiken an den kulturalistischen Ansätzen samt der Konfuzianismus-These fällt auf, dass die Forscher, ob Proponenten, ob Kritiker der Kulturalisten bestimmte Praktiken Ostasiens, nämlich **Autoritarismus** und **Partikularismus**, unhinterfragt als Erbe der konfuzianischen Tradition betrachten. Kulturalisten wie Brüch / Thomas zufolge ist die Hierarchieorientierung das dominante Ordnungsprinzip der koreanischen Gesellschaft, das im Konfuzianismus wurzelt (Brüch / Thomas 1995: 31). Sie attestieren Südkorea auch Mangel an Gemeinsinn, d. h. Partikularismus (ebd.: 90). Aber die Bandbreite der Wissenschaftler, die Autoritarismus der Koreaner auf Konfuzianismus zurückführen, geht über den Kreis der Kulturalisten und Anhänger der These vom "konfuzianischen Kapitalismus" hinaus. Schon die koreanischen Forscher wie Yoon Tae-Rim und Choi Jae-Seok, die in den 1960er Jahren Autoritarismus und Partikularismus in Südkorea kritisierten, schrieben solche Praktiken den konfuzianischen Erben zu (Yoon Tae-Rim 1965; Choi Jae-Seok 1965). Später haben sich andere koreanische Forscher an dieser Kausalzuschreibung angeschlossen (z. B. Kim, D. K., C.W. Kim 1989; Koo Hagen 2001; Kim, Andrew Eungi & Gil-sung Park 2003). Auch westliche Forscher, die kritisch gegenüber Kulturalisten sind, identifizieren bestimmte Werte als konfuzianische Erben. So attestierten Hamilton / Biggart China, Japan und Südkorea gemeinsame konfuzianische Werte, die dort übereinstimmende Praktiken förderten: vor allem die Hochschätzung der Familie, Gehorsam gegenüber Autoritäten, eine hohe Alphabetisierungsquote, Leistungsbereitschaft und Bereitschaft zu harter Arbeit (Hamilton / Biggart 1988: S.74). Auch Markus Pohlmann und Lee Eun-Jung, welche die kulturelle Vielfalt Ostasiens in der Vergangenheit und der Gegenwart

betonen, argumentieren mit der Gegenüberstellung, in der der Autoritarismus und Partikularismus als tradierte konfuzianische Werte, die Demokratie und die Individualisierung dagegen als moderne Werte betrachtet werden. Das heißt, dass auch Kritiker der Konfuzianismus-These nicht bezweifeln, dass autoritäre und partikularistische Praktiken Ostasiens den konfuzianischen Werten entstammen (Pohlmann 2002: 49). Schließlich betont Shin Young Gyu, ein Kritiker der Konfuzianismus-These die Rolle der konfuzianischen Werte für die Herausbildung des südkoreanischen Entwicklungsstaates. Ihm zufolge basierte der starke koreanische Staat in der Anfangsphase der wirtschaftlichen Entwicklung Koreas auf den konfuzianischen Werten, die die hierarchische Struktur und die Rolle der 'weisen und gerechten' Leitung zulassen (Shin Young-Gyu 2004: 132). Obwohl Ostasien traditionell nicht nur durch den Konfuzianismus, sondern auch durch den Schamanismus, den Buddhismus und den Taoismus beeinflusst wurden, hat der Konfuzianismus im Gegensatz zu den anderen Religionen einen ausgeprägten Bezug zur Hierarchie und Gemeinschaft. Daher ist es nicht erstaunlich, dass er immer mit Autoritarismus und Kollektivismus in Verbindung gebracht wird.

Der so unterstellte Kausalzusammenhang zwischen dem Konfuzianismus und der heutigen südkoreanischen Gesellschaft mit ihren autoritären bzw. partikularistischen Praktiken scheint zumindest für den Fall Südkorea gut zuzutreffen, weil Korea unter den ostasiatischen Ländern China, Korea und Japan als die am stärksten konfuzianisch geprägte Gesellschaft gilt. Fukuyama zufolge war Korea seit langem, nicht zuletzt wegen seiner geographischen Nähe zu China, konfuzianischer als Japan gewesen. In Japan, wo die Einflüsse des Konfuzianismus bis zum siebten Jahrhundert zurückverfolgt werden können, hat die Bedeutung seiner Doktrin danach allmählich nachgelassen. Dagegen sei der Konfuzianismus in Korea die Staatsideologie der mehr als 500 Jahre (von 1392 bis 1910) andauernden *Chosun*-Dynastie gewesen, die den Buddhismus offiziell unterdrückte (Fukuyama 1995: 131). Einige Experten vertreten sogar die Ansicht, dass Korea konfuzianischer ist als das Ursprungsland des Konfuzianismus China (Kim Chang-Soon 1992: 13; Shin Young-Gyu 2004: 111). Manstetten und Lee zufolge ist Korea als Wertegemeinschaft bis heute stark dem Ideal des Konfuzianismus verpflichtet. Dabei stützen sie sich auf Umfrageergebnisse, denen zufolge 85% aller Koreaner für die Aufrechterhaltung der konfuzianischen Werte plädieren (Zum

Vergleich: In China sind es 23%, in Japan 40%) (Zitiert nach Manstetten / Lee 2002: 177-178).

Zudem zeigen viele empirische Befunde aus der heutigen südkoreanischen Gesellschaft und der *Chosun*-Dynastie (1392-1910), deren Staatsideologie der Konfuzianismus war, erstaunliche Parallelen in Bezug auf ausgeprägte autoritäre und partikularistische Praktiken auf. Im Folgenden werde ich sie ausführlich darstellen.

1.3.1 Historische Parallelen von Autoritarismus

Einigen Autoren zufolge tritt Autoritarismus in Südkorea häufiger und stärker als in anderen Ländern auf. Cho Lee-Jay zufolge ist die Führungsstruktur der südkoreanischen Unternehmen hierarchisch, autoritär und zentralistisch und hebt sich deutlich ab von der dezentralen Autoritätsstruktur der US-Unternehmen und dem konsensorientierten japanischen Managementstil (Cho Lee-Jay 1991: 564f). Dies gilt vor allem für Chaebol unter der Führung von Gründervätern, die sich alle wichtigen Entscheidungen vorbehalten. Von Chung Ju-Young, dem Gründer von Hyundai, wird erzählt, er habe jeden Morgen zwischen 6.00 Uhr und 6.30 Uhr mit den Direktoren aller ausländischen Tochterunternehmen telefoniert und sich zweimal pro Woche mit den rund 40 Präsidenten der Mitgliedsfirmen des Chaebol getroffen. Die Treffen fanden in einer sehr förmlichen Atmosphäre statt. Die Treffen der Präsidenten der Mitgliedsfirmen dienten oft nur dazu, ihnen vor Augen zu führen, dass der Abstand zwischen dem Gruppenvorsitzenden und ihnen ebenso groß ist wie der zwischen ihnen und einem einfachen Angestellten. Alle Präsidenten, selbst jene, die vormals hohe Regierungsbeamte waren oder sich zum Freundeskreis des Vorsitzenden zählten, mussten sich erheben, wenn der Vorsitzende der *Chaebol*-Gruppe den Konferenzraum betrat (Fukuyama 1995:134-135).

Das Hierarchiedenken beschränke sich nicht auf die Wirtschaft. Auch für die Beamtschaft sind Baik Wan-ki zufolge autoritäre Verhaltensweisen charakteristisch. Ihm zufolge legitimiert der Grundsatz der Kindespietät gegenüber Eltern („Der Vater ist das Fundament für seinen Sohn“) den Autoritarismus in der südkoreanischen Staatsverwaltung (Baik Wan-ki 1990: 49). Das typische Merkmal des Autoritarismus in

der Verwaltung sei, dass es kein Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Regierung oder dem Volk gebe, weil die konfuzianische Gesellschaftsordnung ausschließlich den Gehorsam der Untergebenen gegenüber den Vorgesetzten verlange. Das zweite Merkmal sei erniedrigende Unterwürfigkeit der Untergebenen und die Intoleranz der Vorgesetzten gegenüber den Untergebenen, die sich seinen Meinungen widersetzen (Baik Wan-ki 1990: 52). Außerdem würden die meisten Entscheidungen auf der höchsten Ebene der Verwaltungshierarchie getroffen und stark durch die politische Philosophie und Sichtweise von Entscheidungsträgern selbst beeinflusst. (Baik Wan-ki 1990: 51-2).

Der Autoritarismus ist in Südkorea auch außerhalb der Wirtschaft und der Verwaltung alltäglich. So hat Michael Breen, seit 1982 für 15 Jahre als Korrespondent für *The Times* in Süd- und Nordkorea tätig, erlebt, wie stark die Hierarchieorientierung in der ganzen südkoreanischen Gesellschaft ist. In Südkorea sei die soziale Stellung einer Person entscheidend für soziale Kommunikation. Für die Berufstätigen sei eine Visitenkarte wichtiger als das, was sie tun, weil die Rangbezeichnung auf der Visitenkarte entscheidet, wie man von anderen behandelt wird (Breen 1998/2004: 30). Breen beobachtete, dass Südkoreaner leicht in Rage geraten, wenn sie nicht ihrem sozialen Status gemäß behandelt werden. Sie nähmen immer an kleinen Gesten und sprachlichen Ausrutschern Anstoß und würden leicht reizbar und streitsüchtig (Breen 1998/2004: 34). Zwar räumt Breen ein, dass nicht nur die südkoreanische, sondern auch die britische Gesellschaft autoritär ist, aber der folgende Bericht einer koreanischen Zeitung, den Breen zitiert, lässt zweifeln, dass eine solche Situation in der britischen Gesellschaft überhaupt auftreten würde. "Die Polizei von Seoul hat Kang Soon-ho, einen 30-jährigen Magisterstudent der Französischen Literatur an der Korea University festgenommen, weil er einen anderen 24-jährigen Student Park Chong-hyon im Bachelorstudium zu Tode geprügelt hatte. Nachdem die beiden jeweils mit ihren Freunden viel Alkohol getrunken hatten, sind sie sich auf der Straße aufeinander getroffen. Das arme Opfer, Park soll Kang fälschlich für einen seiner gleichaltrigen Freunde gehalten und ihn 'unhöflich' angeredet haben. Daraufhin soll der gereizte Kang dem armen Park ins Gesicht geschlagen haben haben." (Korea Herald, 27. May 1984. zitiert nach Breen 1998/2004: 34-35).

Dieser Vorfall spiegelt die sogar in der Koreanischen Sprache fest gewurzelte

gesellschaftliche Hierarchie wider. Koreanische Sprache unterscheidet sehr genau zwischen der Stellung in der Gesellschaft, dem Grad der Vertrautheit, dem Alter, Geschlecht und Grad der Förmlichkeit. Daher existiert in der koreanischen Sprache ein umfangreiches und vollendetes sprachliches "Ehrensysteem". Diese Differenzierungen bestehen nicht nur aus Redewendungen, sondern stecken auch in Verben, Pronomen und Nomen. Im Koreanischen gibt es zwei wichtige sprachliche Stufen: die eine Stufe ist die Anrede, die andere die der Verehrung. Die Stufe der Anrede ist unterteilt in normal, höflich und ehrerbietig, während die Stufe der Verehrung in demütig und neutral unterteilt ist. Die ehrerbietige Ansprache wird den Handlungen des Empfängers zugerechnet, während demütige Redewendungen sich auf Handlungen des Senders beziehen - anders herum würden die beiden Stufen nicht benutzt werden. Die ehrerbietigste Sprachform wäre: eine ehrerbietige Anrede des Empfängers mit der demütigen Form des Senders zu vereinen (Kim Geun 2000: 185f). Außerdem beinhalten in Korea Pronomen, Verben und Nomen je nach der sozialen Hierarchie noch eine zusätzliche Unterscheidung. So wird im Deutschen immer das gleiche Wort verwendet, um "essen" zu sagen, unabhängig von der Person, die angesprochen wird. Im Koreanischen gibt es aber verschiedene Formen, um "essen" zu sagen: *mok-da* (normal), *du-shin-da* (höflich), und *chap-soo-shin-da* (ehrerbietig). Darüber hinaus erstreckt sich diese sprachliche Unterscheidung oft auch auf das Nomen, das im Zusammenhang mit dem Verb verwendet wird. So bedeutet Reis je nach dem verwendeten Verb: *bap* (normal), *shik-sa* (höflich) oder *jin-ji* (ehrerbietig). Während im Englischen das Pronomen "you" für jedermann, ob alt oder jung, Präsident der USA oder der Junge von nebenan, verwendet wird, verwendet man unterschiedliche Wörter für dieses Pronomen, je nachdem, wie höflich man sein will, oder wie gut man jemanden kennt. Man ist auch oft gezwungen, eine ehrerbietige Anrede anstelle eines Pronomens zu benutzen, zum Beispiel indem man anstelle des Pronomens den Namen benutzt: "Ist das Herr Wangs Buch?" anstatt "Ist das Ihr Buch?" Ausdrücke, um die augenblickliche Funktion einer Person anzuzeigen, wie zum Beispiel Professor, Tante, Student usw. werden auch dann anstelle des Pronomens "du" oder "sie" verwendet, wenn sich nur zwei Personen miteinander unterhalten, weil sie besser das hierarchische Verhältnis zwischen zwei Gesprächspartnern beschreiben können, als die normale Form der Anrede (Kim Geun 2000: 186-187). So steckt hinter dem oben von Breen zitierten Totschlag eines

Studenten, der wegen der falschen Anrede zu Tode verprügelt wurde, das streng untergliederte Sprachsystem Koreas, das die hierarchische Gesellschaftsordnung widerspiegelt. Dieser Vorfall ist übrigens insofern bemerkenswert, als er sich eben im Hochschulbereich ereignete, der als weniger autoritär gilt als andere gesellschaftliche Bereiche. Er zeigt auch, dass sich die extreme Hierarchieorientierung in Südkorea nicht auf den beruflichen Bereich beschränkt.

Historische Parallelen zu dieser autoritären Kultur findet man in der *Chosun*-Dynastie. So wurde die *Chosun*-Dynastie von Beamten regiert, die meistens aus dem Yangban-Stand stammten. „Yangban“ bedeutet wörtlich beide Gruppen: Es gab im traditionellen Korea zwei Beamtschaften: die eine war für die Staatsverwaltung zuständig, die andere für das Militärwesen. Da die Staatsverwaltung mit Gesetzen, Verträgen, Schriften zu tun hat, wurden Verwaltungsbeamte als „Mun-guan“ (Beamte der Schriften) bezeichnet, während man die Militärbeamten „Mu-guan“ (Beamte der Waffen) nannte. Diese beiden Gruppen, bezeichnet als „Yangban“, nahmen führende Stellungen sowohl im Staat als auch in der Gesellschaft ein, so dass sie in der *Chosun*-Dynastie die herrschende Klasse bildeten. Theoretisch waren die beiden Gruppen gleichwertig, in der Praxis jedoch wurden die zivilen Mun-guan mit ihrer konfuzianischen Bildung höher geachtet. Die Beamten wurden durch Prüfungen ausgewählt, bei denen vor allem konfuzianische Kenntnisse geprüft wurden (Shin Young-Gyu 2004: 111). Korea war trotz ihrer ethnischen und sprachlichen Homogenität eine durch das Ständesystem geprägte Gesellschaft. Die Durchlässigkeit der Standesgrenzen war in der *Chosun*-Dynastie geringer als in China und Japan. Der niedrigste Stand der '*Cheonmin*' stellte faktisch Sklaven dar, die von ihren Herren gekauft oder verkauft werden konnten. Die Staatsprüfungen für die Gelehrten-Beamtschaft, die den höchsten sozialen Status inne hatten, waren nur für die Mitglieder des Yangban-Standes offen (Fukuyama 1995: 132).

Dieses abgeschlossene Ständesystem hat sich in autoritären Praktiken von Yangban gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen ausgedrückt. Angehörige des Yangban-Standes waren von allen Formen der Steuer außer der Bodenertragsteuer befreit und wurden nicht zum Frondienst eingezogen. Auch bei Bestrafungen wurden Yangban und das gemeine Volk (*Sang-min*) unterschiedlich behandelt. Während *Sang-min* eine kräftige Tracht Prügel auf die Gesäßbacken bekam, haben die Behördenvertreter bei Yangban die Schläge nur vorgetäuscht (Lee Gyu-Tae 2000: 125-6)

Sogar im Alltag gab es Diskriminierungen. Während Yangban jederzeit und zu jedem Ort Pfeife rauchen durften, durften Sang-min bei Anwesenheit von Yangban keine Pfeife rauchen. Wenn Sang-min einem Yangban auf der Strasse begegnete, musste er stehen bleiben, bis der Yangban vorbeigegangen war. Ein Sang-min, wenn er auf dem Pferd oder in der Sänfte reiste, musste vor dem Haus eines Yangbans aussteigen und zu Fuß gehen. Wenn sich ein Yangban bei einem Gasthaus einquartieren wollte, musste ein Sang-min, der vorher ein gutes Zimmer bezogen hatte, auf ein anderes ausweichen. Wenn ein Teich in der Nachbarschaft von einem Yangban lag, mussten die örtlichen Sang-min dem Yangban die Bewässerung ihrer Felder bezahlen. Fische in dem Teich durfte das gemeine Volk nicht fischen, weil sie als das Eigentum vom Yangban galten. Es kam sogar vor, dass ein Sangmin, der die Fertilität seiner Felder mühsam verbessert hatte, dazu gezwungen wurde, die Felder gegen die weniger ergiebigen Felder des Yangbans zu tauschen. Gegen solche ungerechten Praktiken wagte kaum einer, offen zu protestieren. Denn jeder Widerstand zog grausame Lynchjustiz durch den Yangban nach sich. Die meisten Yangban verfügten über ein Privatgefängnis und über eine Kammer, die mit Peitsche, Knüppel und Keule ausgestattet war (Lee Gyu-Tae 2000: 128-9; Moose 2008: 140). Charles Dallet, der katholische Missionar aus Frankreich, berichtete, "Yangban, der Geld nötig hat, schickt seine Diener, um einen Händler oder einen Bauer festzunehmen und in seinem Privatgefängnis einzusperren. Er lässt ihn schlagen, bis dieser sich bereit erklärt, die Geldsumme, die der Yangban nötig hat, zu bezahlen. Andere ehrlichere Yangban geben solche Plünderung als Geldleihe vor, die sie aber niemals zurückzahlen." (Zitiert nach Kang Joon-Man 2007: 177). All diese historischen Parallelen scheinen die kulturalistische Behauptung zu bestätigen, die die Hierarchieorientierung für das dominante Ordnungsprinzip Koreas halten, das im Konfuzianismus wurzelt (Vgl. Bruch / Thomas 1995: 31).

1.3.2 Historische Parallelen von Partikularismus

Auch Beispiele für Partikularismus wie Familismus und Konnexionismus als hervorstechendes Merkmal Koreas sind zahlreich. Weil bei den südkoreanischen Unternehmen das persönliche Loyalitäts- und Vertrauensverhältnis als das wichtigste Kriterium für die höchsten Managementposten gilt, spielt die familiäre und

verwandtschaftliche Beziehung eine wichtige Rolle für südkoreanische Großunternehmen wie Chaebol sowie für kleine und mittlere Unternehmen. In den meisten südkoreanischen Unternehmen werden Schlüsselpositionen innerhalb der Organisationen von Mitgliedern der Gründerfamilie besetzt, von denen einer (meistens der älteste Sohn) den Vater beerbt, wenn dieser in den Ruhestand geht oder stirbt. Schwiegersöhne, Schwiegerväter, Onkeln, Brüder und Neffen nehmen jedenfalls am Management teil. Auch die koreanischen Chaebols fungieren trotz ihrer imposanten Größe wie Familienunternehmen und befinden sich auch heute noch überwiegend in der Hand der Gründerfamilien. So neigen die Inhaber der Chaebol-Gruppen dazu, ihre Familienmitglieder zu Vorständen zu ernennen. 1995 betrug die Zahl der Gründerfamilienmitglieder beim Vorstand der Chaebol-Gruppe durchschnittlich fünf. Unter den 27 größten Chaebol-Unternehmen wurden 42 Söhne und Schwiegersöhne der Chaebol-Chefs auf die Posten des Vorstandchefs oder des Vorstandes berufen (Kim Yoon-Tae 2000: 155). Fukuyama spricht daher vom familistischen Kern, der sich nur langsam und widerwillig an Erfordernisse des modernen Managements wie breite Streuung des Aktienbesitzes, Trennung von Leitung und Eigentum und eine unpersönliche, hierarchische Unternehmensstruktur anpasst (Fukuyama 1995: 133).

Eine 1978 durchgeführte Studie ergab, dass von 2979 Managern in koreanischen Großunternehmen 12 % durch Blutsbande oder durch Einheirat mit dem Unternehmensgründer verwandt waren, wobei die 76 Unternehmensgründer selbst nicht mitgezählt wurden (Kim Kwang Chung & Kim Shin 1989: 27-46). Einer weiteren Studie zufolge waren bei den 20 größten Chaebol 31 % der Topmanager Angehörige der Gründerfamilie, 40 % stammten von außerhalb und weitere 29 % von innerhalb der Organisation (Sang M. Lee & Sang-Jin Yoo 1987: 68-77). Eine dritte, Anfang der 80er Jahre durchgeführte Untersuchung zeigte, dass bei 26 % aller Großunternehmen der amtierende Präsident auch der Gründer war, bei 19 % der Sohn des Gründers, bei 21 % handelte es sich um Personen, die innerhalb der Organisation an die Spitze aufgestiegen waren, und bei 35 % waren sie von außen rekrutiert worden. (Chang Chan Sup 1988: 51-57). Die Söhne von Ju Yung Chung, dem Gründer des Hyundai-Chaebol, wurden als die "sieben Prinzen" bezeichnet und schon in jungen Jahren in leitende Positionen bei verschiedenen Tochterfirmen gebracht (Kim Chang-Soon 1992:77).

Dieses Verhältnis drückt sich auch im Aktienbesitz aus. Bis Anfang der 1980er Jahre

wurden bei den Unternehmen der südkoreanischen Chaebol-Gruppen durchschnittlich über 60 % der Aktien von Mitgliedern der Gründerfamilie kontrolliert. So waren 1981 knapp 20% der Aktien der Chaebol-Gruppen im unmittelbaren Besitz der Gründerfamilien, und die von der Gründerfamilie kontrollierten Hauptunternehmen besaßen über 40% der Aktien ihrer eigenen Chaebol-Gruppe. (Kim Yoon-Tae 2000: 143). In Südkorea ist auch die Quote der Eheschließungen zwischen den Nachfahren der Chaebol-Gründer auffallend hoch. Die Hälfte von den Kindern der Gründerväter der 100 größten Chaebol-Gruppen heiratete einer Untersuchung zufolge eine(n) Partner(in) mit einem vergleichbaren sozialen Hintergrund, der Rest eine(n) Partner(in) aus den hohen Rängen der Verwaltung, des Militärs usw. (Kim Chang-Soon 1992:77).

Solche partikularistischen Netzwerke sind aber nicht auf höhere Managementposten beschränkt. Eine 1994 durchgeführte Befragung, die ca. 1200 Personen bei 5 Unternehmen in der Elektro-, Bau-, Textil-, Maschinen- und Chemieindustrie umfasste, hat ergeben, dass die Personalpolitik dieser Unternehmen in erheblichem Maße durch die Zugehörigkeit zu askriptiven Gruppen bestimmt wurde. So haben 63% der Befragten geantwortet, dass in ihren Unternehmen bei Einstellungen und Beförderungen sehr häufig Personen in der Blutsverwandtschaft bevorzugt wurden. 40% der Befragten gaben an, dass sie solche Fälle sogar selbst beobachtet haben. 47 % der Befragten hätten Bevorzugungen aufgrund der Regionalzugehörigkeit mitbekommen, und 30% von ihnen wollen solche Fälle selbst beobachtet haben. 61% der Befragten hätten Bevorzugung aufgrund der Mitschülerschaft bemerkt, und 39% solche Fälle selbst beobachtet (Hong Dae-Sik 1997: 232)

Schließlich erstrecken sich solche Beziehungsnetzwerke über die Wirtschaft hinaus auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Südkoreanische Eliten sind über informelle Netzwerke miteinander verbunden. Vor allem Chaebols versuchen, über Regional-, Schul- und Heiratsbeziehungen verschiedene Netzwerke zu entwickeln (Kim Dong-Un et al. 2005). Daher meint Song Ho-Geun, Professor für Soziologie an der Seoul National University, der Partikularismus in der ganzen südkoreanischen Gesellschaft ist tief verwurzelt (Song Ho-geun 2003: 114). Seit langem gibt es auch Studien, in denen ausgeführt wird, dass Partikularismus die wichtigste Ursache der Korruption in der südkoreanischen Gesellschaft ist. (Kim Yeong-Jong 2001; Kim Hae-dong & Yoon Tae-beom 1994; Lee Hyon-mo 1995)

Die partikularistische Handlungsweise der Südkoreaner fällt auch im Vergleich mit anderen ostasiatischen Ländern China und Japan auf (Cho Lee-Jay 1991: 564f). Lee Woo-guan hat den Grad des Partikularismus in den Organisationen von Südkorea, China und Japan je nach der Art der Zugehörigkeit (Blut-, Alumni-, Regional- und Berufszugehörigkeit) auf der 5-Punkte-Skala (1=sehr niedrig, 5=sehr hoch) verglichen. Drei Länder weisen beim Gesamtdurchschnitt dieser 4 Arten der Zugehörigkeit kaum Unterschiede auf: Südkorea = 2.9, Japan = 2,6; China = 2,5. Wenn man aber nur drei askriptive Arten der Zugehörigkeit (Verwandtschaft, Alumni, Herkunftsregion) betrachtet, weist Südkorea die höchste partikularistische Tendenz auf: Südkorea =3; Japan=2,6; China = 2,5 (Lee Woo-Gwan 2005: 93-94). Diese Tendenz wird umso deutlicher, wenn man das öffentliche Vertrauen zur Organisation und das private Vertrauen unter den Mitgliedern der Organisation vergleicht. Denn nach Putnam stützen sich Menschen umso mehr auf privates Vertrauen, je geringeres Vertrauen sie zu ihrer Organisation haben. So zeichnet sich Südkorea durch den niedrigsten Grad des öffentlichen Vertrauens aus: Südkorea = -0.0066; Japan = 0,65; China = 0,52. Dagegen liegt das private Vertrauen von Südkorea bei 0,37 (zum Vergleich: Japan = 0,00214; China = 0,37). Diese Verknüpfung vom niedrigen öffentlichen Vertrauen und dem hohen privaten Vertrauen bedeutet, dass sich Südkoreaner häufiger als Chinesen und Japaner an askriptive Beziehungsnetzwerke wenden, während sie sich Menschen außerhalb dieser Netzwerke gegenüber sehr abweisend verhalten und hohe Zugangsschranken aufstellen (Lee Woo-Gwan 2005: 101).

Lee Eun-Young und Park Won-Sun zufolge hat die übermäßige Betonung der Familie beim Konfuzianismus die Tendenz zur Vernachlässigung des Gemeinwohls gefördert. Die beiden Autoren zitieren dabei den antiken Konfuzius-Kritiker Mozi (468 v. Chr. – 376 v. Chr.), der bemängelte, dass man im Konfuzianismus seinem Gegenüber die Freundlichkeit und den Respekt je nach dessen Vertrautheit und sozialen Rang unterschiedlich zukommen lässt. Da der Konfuzianismus die erste Priorität auf die Loyalität zur eigenen Familie und zur kleinen Gruppe, der man angehört, setze, tendiere man dazu, größere Gemeinschaft wie Nation und Gesellschaft als belanglos zu betrachten. Diese partikularistische Tendenz drücke sich darin aus, dass in Korea jede Art von Netzwerken wie Alumni-, oder Heimatvereine grassiere, die versuchten, Entscheidungen der öffentlichen Institutionen zu beeinflussen (Lee Eun-Young und Park

Won-Soon 2002: 80-81).

Um Ursprünge für solche ausgeprägten partikularistischen Praktiken in Südkorea zu erklären, weisen Forscher auf eine sehr streng blutverwandtschaftliche Familienstruktur seit der *Chosun*-Dynastie hin. Wie Fukuyama zu Recht betont, war die traditionelle koreanische Familie wie ihr chinesisches Gegenstück strikt patrilineal; die Erbfolge lief nicht, wie es in Japan oft der Fall war, über die Töchter. Die Abstammungslinie in der *Chosun*-Dynastie war andererseits homogener als in China, wo eine Familie je nach dem sozialen Status der einzelnen Kleinfamilien weiter differenziert behandelt wurde (Fukuyama 1995: 132). Blutverwandtschaftliche Familienstruktur Koreas wird deutlicher beim Vergleich mit der japanischen. Anders als in Korea, musste im japanischen Haushalt die Rolle des Vaters, des ältesten Sohnes oder einer vergleichbaren Respektperson nicht unbedingt von einem Blutsverwandten ausgefüllt werden. Genauso wenig kannte man in Korea eine Entsprechung zur japanischen Praxis, einen nicht verwandten Adoptivsohn in die Familie aufzunehmen (*muyokoshi*). In Korea waren Adoptionen nur innerhalb einer Sippe erlaubt, in den weitaus meisten Fällen adoptierte ein Mann einen Sohn aus der Familie seines Bruders (Fukuyama 1995:130). Daher beschränkte sich das soziale Vertrauen in Südkorea auf Blutverwandtschaft. So stößt die Einstellung von nicht der Familie oder Abstammungsgruppe angehörenden Personen in einen Familienbetrieb auf erhebliche Widerstände, was Professionalisierung des Managements gehemmt und zur familistischen Unternehmensstruktur geführt hat (Fukuyama 1995:132). Auch Chang Chan-Sup behauptet, dass die konfuzianische Hochschätzung der Blutverwandtschaft bei den Managementpraktiken in Südkorea eine prägende Rolle gespielt hat. So sei die Familie sowohl bei Großunternehmensgruppe wie Chaebol als auch bei kleinen und mittleren Betrieben als entscheidender Faktor des Managementsystems, was sich in der Konzentration der Entscheidungsmacht und des Aktienbesitzes auf die Gründerfamilien ausgedrückt hat (Chang Chan-Sup 1998: 53).

Der Konfuzianismus wird auch für die in Südkorea weit verbreitete Korruption verantwortlich gemacht. Schon Gregory Henderson, von 1947 bis 1964 im Auswärtigen Dienst der USA in Südkorea tätig, hat die konfuzianische Kultur als Ursache der bürokratischen Korruption in Südkorea betrachtet (Henderson 1968: 129). Kim Taek zufolge wurden Schenkungen der Vasallen an den König als Ausdruck des

konfuzianischen Loyalitäts- und Dankbarkeitsgefühls und als eine gute Sitte betrachtet, die ihrerseits Gegenleistungen herbeilocken können. Solcher Gefälligkeitsaustausch lebt auch heute in anderen Formen und dient als Mittel zur Beziehungspflege. So spenden auch Privatpersonen am Neujahrfest, an traditionellen Feiertagen, bei Hochzeiten oder Trauerfällen üppige Geldbeträge füreinander. Kim Taek sieht auch die gegenseitige Vorteilsnahme und –gewährung unter diesem Gesichtspunkt (Kim Taek 1999: 129f).

Tatsächlich kann man in der *Chosun*-Dynastie viele Parallelen zu diesen Praktiken finden. So kam es damals häufig vor, dass sich ein Amtsinhaber bei der Besetzung einer freiwerdenden Stelle darum bemühte, seine eigenen Familienmitglieder und Freunde zu begünstigen. Wollte er eigene Familienmitglieder beschäftigen oder befördern, hat er an konkurrierenden Bewerbern triviale und formale konfuzianische Sittlichkeitsfragen herumgemäkelt, um sie aus dem Feld zu schlagen (Lee Yi-Hwa 2001a: 127ff). In der späteren Dynastie entstanden dann innerhalb der Beamtenschaft viele Cliques, die um die persönlichen- und die Heiratsbeziehungen zu der Königsfamilie organisiert wurden. Diese Cliques verteilten wichtige politische Ämter unter sich. Von den Stellen der Zentralverwaltung bis zu den Distriktmagistraten gab es für jedes Amt einen Preis, der davon abhing, wie viel materielle Vorteile und unlautere Nebeneinkünfte das fragliche Amt einbringen konnte (Lee Yi-Hwa 2003: 105f).

Die Cliqueskämpfe unter den Angehörigen des *Yangban*-Standes haben auch den Alltag ihrer Anhänger geprägt. Diejenigen, die jeweils zu widerstreitenden Cliques gehörten, wurden über Generationen hinweg Feinde. Auch wenn sie in demselben Dorf wohnten, haben sie weder miteinander kommuniziert noch sich begrüßt. Falls sie es nicht vermeiden konnten, in einer öffentlichen Versammlung aufeinander zu treffen, gerieten sie sofort in heftige Wortgefechte. Sie gaben ihrer jeweiligen Gegenpartei abwertende Spitznamen wie Moskito oder Laus. Die feindlichen Cliques haben kaum je nicht untereinander geheiratet. Falls jemand doch in die gegnerische Clique einheiratete, wurde seine ganze Familie von seiner eigenen Clique ausgegrenzt (Lee Yi-Hwa 2001b: 48f). Die Cliques hatten je unterschiedliche Kleiderordnung: Eine Clique trug einen langen Kragen, die andere einen kurzen. Die Cliqueskämpfe entzweiten sogar Verwandte, so dass sich Vettern in politischen Kämpfen gegenseitig umbrachten (Lee Yi-Hwa 2001b: 52f). In der Chosun-Dynastie grassierten Vorteilsgewährung und Ämterpatronage. Mächtige Yangban-Cliques bekamen von bestimmten Kaufleuten

Schmiergelder und gewährten ihnen ein Monopol auf die Lieferungen an den Königshof bzw. die Behörden. Insbesondere die Gewährung des Monopols auf den Ginseng-Handel mit China brachte den fraglichen Cliques so große Einkünfte, dass die Führer eines Bauernaufstandes zu Beginn des 19. Jahrhunderts diese Cliques zu ihren Hauptfeinden erklärt haben. Diese Yangban-Cliques haben nicht nur beim Handel der Schmuggelware „ein Auge zugedrückt“, sondern daran kräftig mitgewirkt. Außerdem haben sie den gesetzlich verbotenen Abbau von Gold und Silber zugelassen und dafür große Summen an Schmiergeld bekommen (Lee Yi-Hwa 2003: 105).

Die Spitze des moralischen Verfalls der *Chosun*-Dynastie waren Betrügereien bei den Beamtenprüfungen (*Gwa'geo*) wie die Benutzung unerlaubter Hilfsmittel, die Hilfe durch Dritte und die Bestechung von Prüfern. Der beliebteste Trick war, dass der Kandidat seine Prüfungsarbeit von anderen schreiben ließ. Man ließ seine Bücher vom Gefolge heimlich in den Prüfungsplatz herbringen, von denen man dann abgeschrieben hat. Man hat auch die schon fertig geschriebene Prüfungsarbeit aus dem Prüfungsplatz herausgeschmuggelt und wieder reingeschmuggelt, nachdem man sie draußen mit richtigen Antworten verglichen und korrigiert hatte. Das Problem war, dass die meisten Verstöße von den Söhnen der mächtigen Königsbeamten begangen wurden. Daher haben Könige mehrere Maßnahmen eingeleitet, die den Betrug bei den *Gwa'geo* vorab verhindern sollten, und sogar verfügt, nicht nur Betrüger, sondern auch deren Eltern hart zu bestrafen, aber vergeblich (Lee Yi-Hwa 2003: 100-104).

Diese historischen Parallelen zwischen heute und der *Chosun*-Dynastie scheinen die Behauptung von Kulturalisten wie Bruch / Thomas zu bestätigen, dass der Konfuzianismus eine partikularistische Lehre ist (Bruch / Thomas 1995: 89).

1.3.3 Grenzen der kulturalistischen Kausalattribution

Die bisherigen Ausführungen scheinen den Kausalzusammenhang zwischen dem Konfuzianismus einerseits und autoritären bzw. partikularistischen Praktiken Südkoreas andererseits einwandfrei nachzuweisen. Damit scheint das starke und allgegenwärtige Auftreten dieser Praktiken in Südkorea aus der besonderen Stärke der konfuzianischen Werte herzurühren, die in der *Chosun*-Dynastie zum Status der Staatsideologie gelangte.

Jedoch basiert solche Sichtweise auf unzureichenden Kenntnissen über den

Konfuzianismus und die koreanische Geschichte. Zuerst wird die konfuzianische Soziallehre weder in ihrem inneren Zusammenhang betrachtet noch mit Soziallehren aus anderen Kulturen verglichen. Zweitens basiert solche Sichtweise auf Annahme, dass landesspezifische Merkmale überwiegend in landesinneren Faktoren ihre Ursachen hätten. Damit wird nicht berücksichtigt, dass zwischen der heutigen südkoreanischen Gesellschaft und der *Chosun*-Dynastie eine wechselvolle Zeitspanne lag, in der das Land zum ersten Mal unter dem Zwang zur Außenwelt mit fremden Kulturen geöffnet wurde und die durch eine Kolonialherrschaft und einen grausamen Bürgerkrieg gekennzeichnet ist. Solche Zäsuren hinterlassen auf Sozialstruktur und Einstellungen von Menschen unverkennbare Spuren, die zu ignorieren jeder Vernunft widerspricht.

1.4 Die Zielsetzung und Gliederung der vorliegenden Arbeit

In diesem Zusammenhang zielt die vorliegende Dissertationsarbeit darauf ab, anhand der historischen Analysen über die *Chosun*-Dynastie und die Epoche danach die Entstehungszusammenhänge von den autoritären und partikularistischen Praktiken in der heutigen südkoreanischen Gesellschaft genauer zu klären. Sie konzentriert sich auf die beiden Merkmale, bei denen unter den Forschern die Einigkeit über ihren Kausalzusammenhang zum Konfuzianismus herrscht, um die Dichotomie von Tradition und Moderne, und von dem Eigenen und dem Fremden, die vor allem der Konfuzianismus-These, aber auch vielen interkulturellen Forschungen zugrunde liegt, kritisch zu überprüfen. Damit unterscheidet sich meine Arbeit insofern von den Kritikern der Kulturalisten bzw. der Konfuzianismus-These, als ich Kulturalisten auch in dem Punkt widerlegen will, den ihre Kritiker unhinterfragt akzeptiert haben.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich wie folgt. Einem kurzen Kapitel über die konfuzianische Lehre und die Herrschaftspraxis in der *Chosun*-Dynastie folgen die Kapitel über die japanische Kolonialherrschaft, die Staatsgründungen nach der Befreiung und den Koreakrieg. Mit diesen historischen Ausführungen möchte ich innere und fremde Faktoren herausarbeiten, die an der Prägung von sozialen Praktiken der modernen südkoreanischen Gesellschaft zusammengewirkt haben.

2 Konfuzianismus und *Chosun*-Dynastie (1392-1910)

Die Konfuzianismus-These und viele interkulturelle Forschungen interpretieren repressive Machtpraktiken in Südkorea und in der *Chosun*-Dynastie als Ausdruck des konfuzianischen Gebots, gegenüber jeder gesellschaftlichen Autorität gehorsam zu sein, und führen partikularistische Praktiken auf die konfuzianische Betonung der Familie für soziale Beziehungen zurück. Solche Kausalattribution basiert aber aus unzureichenden Kenntnissen der konfuzianischen Lehre von gesellschaftlicher Hierarchie, von Autorität und von der Rolle der Familie.

2.1 Konfuzianische Gesellschaftslehre und Praktiken

Zuerst möchte ich Grundzüge der konfuzianischen Gesellschaftslehre skizzieren. Die konfuzianische Lehre kennt den einzelnen Menschen nicht als ein von allen anderen unterschiedenes Individuum. Ursprünglich und lebenslang ist der Mensch in der konfuzianischen Sicht Mitglied seiner Familie. Der Sinn seines Lebens hängt davon ab, dass er nicht für sich lebt, sondern an der Harmonie in Familie, Gesellschaft und Staat mitwirkt. Zentral für die konfuzianische Moral sind daher die Harmonie innerhalb der Familie und ihre Fortdauer in der Zukunft. Analoge Konzeptionen von Harmonie werden auf Staat und Gesellschaft übertragen. Harmonie ist in diesem Verständnis nur dort möglich, wo die Menschen einen festen Platz haben und wissen, wohin und zu wem sie gehören. Der Konfuzianismus sichert diesen Platz dadurch, dass er zwischen den Menschen eine Rangordnung postuliert, die von allen Beteiligten fraglos anerkannt wird. Aufgrund seiner Stellung in der Rangordnung weiß ein Mensch vielfach intuitiv, was er zu tun hat. Daraus gehen bestimmte Verhaltensmuster hervor, die mit großer Selbstverständlichkeit eingehalten werden (Manstetten / Lee 2002: 178-179). Um die harmonische zwischenmenschliche Beziehungen und die soziale Ordnung nach dem familiären Muster zu gewährleisten, sollen die „drei Grundsätze der Handlungen (Sam-gang) und die „Fünf menschlichen Beziehungen (O-ryun)“ eingehalten werden.

Die drei Handlungsgrundsätze (Sam-gang) lauten:

- ✓ Der König ist das Fundament für seine Untertanen.

- ✓ Der Vater ist das Fundament für seinen Sohn.
- ✓ Der Ehemann ist das Fundament für seine Ehefrau.

Die fünf mitmenschlichen Beziehungen(O-ryun) lauten:

- ✓ In der Beziehung zwischen Vater und Sohn soll Freundlichkeit herrschen
- ✓ In der Beziehung zwischen Ehemann und Ehefrau soll ein Unterschied bestehen.
- ✓ In der Beziehung zwischen Älteren und Jüngeren soll es eine Rangordnung geben
- ✓ In der Beziehung zwischen Freunden soll gegenseitiges Vertrauen herrschen
- ✓ In der Beziehung zwischen König und Untertanen soll Gerechtigkeit walten.

Aus diesen ethischen Prinzipien stammt das konfuzianische Konzept der menschlichen Unterordnungsverhältnisse. Der Sohn ist untergeordnet dem Vater gegenüber, die Frau dem Mann, der Jüngere dem Älteren usw. Tatsächlich akzeptierte Konfuzius die Ungleichheit zwischen Adel und Masse, Fürst und Untertan, Mann und Frau, Kulturvolk und Barbarenvolk. Jedoch ist die Akzeptanz der sozialen Ungleichheit nicht auf den Konfuzianismus beschränkt. Zuerst war die strikte Einteilung der Bevölkerung in vier Stände "Gelehrte – Bauern – Handwerker – Kaufleute" eine schon vorgefundene Realität seit der chinesischen *Zhou*-Dynastie (1046-256 v. Chr.), als der Konfuzianismus seinen Anfang nahm. Außerdem war die Geringschätzung von Handwerkern und Kaufleuten auch in der griechischen und römischen Antike weit verbreitet. Antike Autoren wie Xenophon, Platon, Aristoteles und Cicero würdigten den Großteil der täglichen Arbeit (die von Handwerkern, Bauern und Kaufleuten ausgeübt wurde) herab und körperliche Arbeit galt ihnen als Zeichen der Unfreiheit. Sklaven und Handwerker seien „der Notwendigkeit untertan“ und könnten nur durch diese „unfreie“ Arbeit ihre Lebensbedürfnisse befriedigen (Nippel 2000: 55f). Auch nach den Ordnungsvorstellungen des christlichen Mittelalters hat jeder Stand, jeder Mensch, ja jedes Ding seinen natürlichen Ort; wer daran etwas verändert, widerspricht der göttlichen Ordnung. Damit wurde auch die gegebene dreigliedrige Gesellschaft aus Priestern, Kriegern und Bauern als gottgewollt interpretiert (Bauer / Matis 1989: 19-20).

Außerdem war in allen Gesellschaften das Individuum in erster Linie Teil eines weitläufigen und unentrinnbaren Personenverbandes. Die Orientierung an der Familie war deshalb nicht auf einen konfuzianischen Kreis beschränkt, sondern galt auch in anderen Kulturen und Religionen als "naturegegeben" (Senghaas 1995: 6). Auch die übliche Sichtweise über das Vier-Stände-System "Gelehrte – Bauern – Handwerker -

Kaufleute", das als Beispiel für konfuzianische Hierarchie betrachtet wird, bedarf einer Korrektur. Nach *Shin Yeong-Bok* ging es bei diesem Gesellschaftsmodell nicht um eine vertikale Hierarchie, wo der Gelehrten-Stand andere drei Stände beherrschen würde. Vielmehr habe der Gelehrten-Stand zusammen mit den anderen drei Ständen zu Untertanen gehört, die der Fürst mit Waffengewalt beherrschte, wobei dem Gelehrten-Stand die Aufgabe als Fürsprecher von die drei anderen beherrschten Ständen zuteil wird (*Shin Yeong-Bok* 2004: 203).

Was die konfuzianische Gesellschaftslehre von anderen Religionen abhebt, ist nicht die unbedingte Unterordnung unter Autorität, sondern die Vorstellung, dass die „Autoritäten“ moralische Pflichten erfüllen müssen, um anerkannt zu werden. Im Zentrum dieser Verpflichtungen steht die Güte (chinesisch: *lin*). Konfuzius definierte *lin* auf zwei Weisen: Selbstbeherrschung und Gegenseitigkeit. Im Konfuzianismus gilt das Prinzip der Wechselseitigkeit als oberste Handlungsmaxime (*Analekten Wei Ling Gong* 24). Dieses Prinzip der Gegenseitigkeit soll also verhindern, dass die Stärkeren durch einseitige Forderung die Schwächeren überlasten. Die sozialen Beziehungen sind damit nicht einseitig definiert, etwa so, dass die Schwächeren den Stärkeren uneingeschränkt gehorchen müssten, sondern sie beruhen auf wechselseitigen Rechten und Pflichten.

Der Herrscher als Repräsentant des Himmels soll das Reich in Übereinstimmung mit den Regeln des Himmels verwalten. Der König soll seine Untertanen materiell nicht belasten und daher sich jeder Art von Luxus und Vergnügung enthalten. Er soll das Volk auch vor Ausbeutungen durch lokale Machthaber schützen (*Lyu Mi-Rim* 1999: 43-44). Er soll sich vor allem um das materielle Wohl des Volkes kümmern, wie der Himmel für die Welt sorgt (*Mengzi: Teng Weng Gong* I, 3). Beim Regieren soll der Fürst keine Zwangsmittel einsetzen, sondern seinen Untertanen durch ein tugendhaftes Leben als Vorbild dienen. In diesem Zusammenhang forderte *Konfuzius* Selbstkultivierung von Fürsten (*Analekten des Konfuzius: 2.20*). Damit nahm die Moralerziehung des Fürsten eine zentrale Stellung in der konfuzianischen Staatskunst ein (*Lyu Mi-Rim* 1999: 36-39).

Da im Konfuzianismus Menschlichkeit als Richtschnur für die Beurteilung der politischen Führer gilt, ernteten die Herrscher, die ihre Untertanen nicht barmherzig behandelten, herbe Kritik (*Ackerly* 2005: 563). Auf diese Weise gebührt dem Fürsten nicht nur die Anerkennung seiner Herrschaft, sondern er stand prinzipiell selbst in einem Pflichtverhältnis. Falls der König seine Pflichten vernachlässigt, so dass

Untertanen in materielle Not geraten, würde der König ihre Unterstützung verlieren, und das Volk würde sogar Volksaufstände proben. *Meng Zi* meinte, dass eine ungerechte Herrschaft nicht geduldet werden darf, sondern durch Untertanen gestürzt werden kann (Meng Zi: Wan Zhang II. Art. 18). Wie *Mèngzǐ* meint: „Das Volk kommt zuerst, dann das Land. Der König kommt als letzter.“ (Meng Zi, Jin Xin II.). Daher hat der König nach der konfuzianischen Vorstellung nie die unbestreitbare Allmacht, die mit dem Gottesgnadentum im europäischen Feudalismus vergleichbar wäre.

Was den Partikularismus sowie Familismus betrifft, betrachtet der Konfuzianismus die Familie zwar als Grundlage aller sozialen Beziehungen. Jedoch ist diese Betonung der Familie nicht mit der Verteidigung der Familien- bzw. Partikularinteressen zu Lasten der Allgemeinheit identisch. Denn die Übertragung der familiären Umgangsweise auf alle anderen sozialen Beziehungen bedeutet, dass auch Menschen außerhalb der Familie wie Mitglieder der eigenen Familie behandelt werden sollen. Daher widerspricht die basale Rolle der Familie im Konfuzianismus nicht der Gemeinwohlorientierung und lässt sich auch nicht in die Kategorie "Partikularismus" einordnen. Tatsächlich betonten Konfuzius und seine Nachfolger das Gemeinwohl und verachteten Partikularismus: Konfuzius sagte, "Der Edle (junzi) behandelt alle gleich und nicht parteiisch - der gemeine Mensch neigt dagegen zu Kumpanei und Vetternwirtschaft". (Lunyu *Wei Zheng* 14). So stellte Konfuzius das Gemeinwohl über Eigennutz und Partikularinteressen.

Wenn die Akzeptanz der sozialen Hierarchie von der Tugendhaftigkeit der Autoritäten abhängig gemacht wird, soll die Stellung des Einzelnen in der sozialen Hierarchie nicht erblich, sondern durch seine ethische Qualität bestimmt werden. Weil jeder durch Selbstkultivierung ein edler Mensch werden kann (Analekten: Yang-Huo 2), beachtete Konfuzius bei der Auswahl seiner Jünger keine Standeszugehörigkeit und nahm arme Bauern, Händler, Handwerker, sogar Halunken in seine Jüngerschaft auf (Analekten: *Wei-Ling-Gong* 39).

Der Vorrang des Gemeinwohls gegenüber Partikularinteressen zeigt sich auch in der Vorstellung Konfuzius von einer idealen Gesellschaft, die er als die Zeit der 'Großen Gemeinsamkeit' (*Dae'dong*) beschrieb. Bei *Dae'Dong* ist die Welt gemeinsamer Besitz. Man wählte die Tüchtigsten und Fähigsten zu Führern, man liebte nicht nur ihre eigenen Eltern und Kinder. Diesem Idealzustand stellte Konfuzius den 'Zustand der kleinlichen

Behaglichkeit'(*So 'gang*) entgegen, in dem Menschen nur für eigene Familie sorgen und die Güter und die Arbeit nur dem eigenen Nutzen dienen. Bei *So 'gang* wird auch die königliche Macht als Privatbesitz behandelt, der über Generationen auf Söhne vererbt wird (Li-Ji: Li-Yun 1). So betrachtete Konfuzius die erbliche Monarchie als eine minderwertige Form der Herrschaft. Diese Idee des Gemeinwohls hatte im Konfuzianismus über mehrere Jahrhunderte hinweg Bestand. Auch *Zhu Zi*, der chinesische Konfuzianer im 12. Jahrhundert meinte, dass ein König für öffentliche Gerechtigkeit persönliche Beziehung opfern soll (Lyu Mi-Rim 1999: 31-32).

Zur Verwirklichung der Gemeinwohlorientierung bzw. Humanisierung der Herrschaft haben konfuzianisch gesinnte Politiker bereits in der Zeit der chinesischen Tang-Dynastie (618-907 n. Chr.), dann später in der *Chosun*-Dynastie (1392-1894) zwei Institutionen hervorgebracht: 1) die Beamtenprüfung, die dazu dienen sollte, konfuzianisch gesinnte Beamte zu rekrutieren. Damit sollten Menschen, die eine konfuzianische Charakterbildung vorweisen können, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft Staatsämter besetzen. 2) Kontrollorgane, die Missstände innerhalb des Herrschaftsapparats bestrafen und Könige zu einer menschlichen Politik anregen sollten. Angesichts solcher Bindung der Legitimation einer Herrschaft an die moralische Qualität des Herrschers ist die Behauptung fragwürdig, dass der Konfuzianismus Untertanen dazu verpflichtete, auch eine Tyrannei zu dulden, wie dies Vertreter der Konfuzianismus-These unterstellen (Vgl. Cho Lee-Jay 1991: 560).

Diese Erkenntnis lässt sich mit folgenden Beispielen, bei denen die konsequente Umsetzung von konfuzianischen Prinzipien eine Humanisierung der Herrschaft und Förderung des Gemeinwohls herbeiführte, zusätzlich bekräftigen.

Was die Pflicht des Königs gegenüber der Bevölkerung betrifft, haben einige Könige der *Chosun*-Dynastie konfuzianische Programme in die Tat umgesetzt. König *Se-Jong* z. B. führte während seiner Regentschaft (1418-1450) viele Reformen durch. Seine Politik zielte darauf ab, Lebensstandards des Volkes zu erhöhen und ihren Willen in die Politik einzubeziehen. Er setzte die gesamten Steuersätze von 10 % auf 5 % herab, um Bauern zu entlasten. Er zog es vor, auch bei Steuerschätzung die Bauern nachsichtig zu behandeln (Baek Ji-Won 2009: 158-160). Er kümmerte sich sogar um die Rechte von Sträflingen, so dass Lüftung und Wärmung von Gefängnissen verbessert wurden (Baek

Ji-Won 2009: 176). 1432 verordnete er Justizbeamten, auch den Unterschichten Berufung gegen eine richterliche Entscheidung zuzulassen, obwohl diese Entscheidung nach der Ansicht vom Justizminister die Unterscheidung zwischen den *Yangban* und den Unterschichten beeinträchtigen würde, weil diese nun Fehler der Justiz aufdecken und die Autorität der herrschenden *Yangban* infrage stellen könnten. Außerdem orientierte sich König *Se-Jong* am konfuzianischen Ideal, 'Zeit der Großen Gemeinsamkeit (Dae'dong), wo Begabte ungeachtet sozialer Herkunft zu hohen Ämtern ernannt werden. Seine Amtsführung war überdies durch offene Diskussionen geprägt, die auf gegenseitigem Respekt und Nachsicht gründeten. Während seiner Herrschaft fand mindestens ein Mal pro Woche (insgesamt 1898 Mal) eine Gesprächsrunde zwischen dem König und seinen Hofbeamten statt. Während der Debatten konnte jeder ungeachtet seines sozialen Status frei seine Meinung äußern. Erst nach solchen Diskussionen erließ der König Gesetze von nationaler Tragweite. Außerdem führte er im Vorfeld der Steuerreform etwa ein halbes Jahr umfangreiche Umfragen durch (Baek Ji-Won 2009: 158-160).

Auch König *Jeong-Jo* (1776-1800) versuchte, *Dae-Dong* zu verwirklichen. Er leitete vor allem Schritte ein, welche die Übermacht des *Yangban*-Standes und die damit verbundenen Repressalien gegen das gemeine Volk eindämmen sollten. Zuerst dämmte er die Vetternwirtschaft und Ämterpatronage von unterschiedlichen politischen Cliques ein und ernannte höchste Staatsbeamte unparteiisch (Lee Yi-Hwa 2001c: 48f). Weil der mächtige *Yangban*-Stand in den Provinzen die Durchsetzung der königlichen Politik vor Ort gehemmt und das Volk beliebig ausgebeutet hatte, ernannte er seine reformorientierten Vertrauten zu Distriktmagistraten und hielt auch andere Distriktmagistrate an, die Einmischung von *Yangban* in die lokale Verwaltung zu unterbinden (Lee Yi-Hwa 2001c: 73-75). Weil man auch den Distriktmagistraten nicht immer vertrauen konnte, schickte *Jeong-Jo* viel häufiger als seine Vorgänger königliche Geheiminspektoren, die Machtmissbräuche und Korruption von Distriktmagistraten aufspüren und bestrafen sollen, und verstärkte ihre Befugnisse (Lee Yi-Hwa 2001c: 81-84). Er erleichterte zudem dem gemeinen Volk, Beschwerde direkt an den König zu richten; ein Recht, das bisher auf den Gelehrten- bzw. *Yangban*-Stand beschränkt gewesen war (Lee Yi-Hwa 2001c: 85ff). Er ging auch die Reform der erstarrten Ständeordnung an. So schaffte er die bisherige Diskriminierung von Söhnen der

Nebenfrauen (*Seo'ja*) bei öffentlichen Karrieren ab. Er holte viele begabte *Seo'ja* in *Gyu'jang'gak* (Lee Yi-Hwa 2001c: 44, 101-107). Er verbot auch die Praxis von *Yangban*, freie Menschen mit Gewalt und Drohung zu versklaven, und schaffte eine Behörde ab, die für die Festnahme entlaufener Sklaven zuständig war (Lee Yi-Hwa 2001c: 114-116). Er verbot auch viele körperliche Strafen und Foltermethoden, die für ihre Grausamkeit berüchtigt waren (Lee Yi-Hwa 2001c: 117ff). In der Zeit der Chsun-Dynastie konnten also Könige, die sich bewußt an konfuzianischen Werten orientierten, der politischen Herrschaft humane Züge verleihen.

Zwar herrschten in der *Chosun*-Dynastie allgegenwärtige Unterdrückung und Ausbeutung, dies bedeutet aber nicht, dass das gemeine Volk solche Praktiken als selbstverständlich betrachtet hätte: das gemeine Volk hat sich der Willkür des *Yangban* getrotzt. So haben sich in manchen Döfern die von einem *Yangban* Ausgebeuteten organisiert, um sich an ihn zu rächen. Unter Leitung eines Anführers stürmten sie das Haus vom verhassten *Yangban*, zerrten ihn aus dem Haus und verschleppten ihn zu einem Fluss. Sie packten ihn in einem großen Strohsack und warfen ihn in den Fluss, wo dieser dann ertrank. Danach feierte das ganze Dorf ein großes Fest, um den Verdienst des Anführers zu würdigen. Unter der fröhlichen Musik wurde dem Anführer von einer schönen *Gi'saeng* (Freudendame) Alkohol ausgeschenkt. Nachdem man ganze Nacht durchgefeiert hatte, verließ der Anführer bei Tagesanbruch das Dorf und ging zur Bezirksregierung, um sich zu stellen. Unter Tränen begleiteten ihn die Dorfbewohner bis zur Dorfgrenze. Der Anführer wurde dann geköpft, sein Kopf an dem Galgen gehängt. Lee Gyu-Tae zufolge waren ähnliche Praktiken bis zum Ende des 19. Jahrhunderts anzutreffen (Lee Gyu-tae 2000a: 129-130).

Solche Protestaktionen geben Aufschluss über den Umgang der Bevölkerung in der *Chosun*-Dynastie mit der repressiven *Yangban*-Herrschaft. Dabei ist bemerkenswert, dass sich solche Racheakte nicht gegen den Staat und die konfuzianische Ständeordnung selbst gerichtet hat, weil sich der Anführer bei der Behörde freiwillig gestellt hat. Interessant ist auch, dass die Behörde nicht nach den weiteren Mittätern ermittelt hat, obwohl es ersichtlich war, dass die Verschleppung und Ertränkung eines erwachsenen *Yangban* nicht von einer Einzelperson allein bewerkstelligt werden kann. Da muss die Behörde aus dem Verständnis für Ressentiments des gemeinen Volkes vor solchen Racheakten das Auge zugeedrückt haben.

Auch die Strenge der familiären Hierarchien wurde durch das Prinzip der Reziprozität abgemildert. Zwar war die Kindespietät gegenüber den Eltern das wichtigste Gebot in der konfuzianischen Lehre, und der Vatermord war in der *Chosun*-Dynastie ein Kapitalverbrechen, das mit dem Tod bestraft werden musste. Nicht nur sollte der Täter hingerichtet, sondern auch seine Frau zur Sklavin gemacht werden. Sein Haus sollte abgerissen und dem Erdboden gleichgemacht werden. Sogar der Magistrat der Ortschaft sollte in die Verbannung geschickt werden. Es wurde aber auch von den Eltern erwartet, die Befindlichkeit der Kinder zu berücksichtigen. Falls die Reziprozität nicht erfüllt wurde, wurden Verstöße gegen die Kindespietät nicht so streng geahndet. Unter der Herrschaft von König *Jung-Jeong* (1506-1544) hat ein gewisser *I-dong* aus der *Hwang-hae* Provinz seinen Vater, der mit ihm an einem Tisch gegessen hatte, mit der Reisschüssel tot geschlagen. Jedoch hat der König für diesen Mordfall mildernde Umstände gelten lassen und den Sohn von der Todesstrafe verschont. Der Grund war eine in der *Chosun*-Dynastie ungeschriebene Regel, dass der Vater und der Sohn nicht an einem Tisch essen sollten. Denn der Sohn sollte zumindest beim Essen davon verschont bleiben, dass der Vater an dem Sohn herumnörgelt. Weil der getötete Vater diese Regel verletzt hatte, ließ der König mildernde Umstände gelten und den Sohn nicht hinrichten (Lee Seong-Ju 2006: 124-126).

Entgegen der Vorstellung von Max Weber, dass im Konfuzianismus das gesellschaftliche Unterordnungsverhältnis mit der Kindespietät begründet (Weber 1972: 610-611), stand die Kindespietät in der konfuzianischen *Chosun*-Dynastie oft im Widerspruch zum Gehorsam gegenüber der behördlichen Autorität. Denn gerade die konfuzianische Hochschätzung der Familie veranlasste manche dazu, sich an jemanden zu rächen, der einem Vater oder Mutter getötet hatte. Dieses Gebot der Blutrache machte auch vor der staatlichen Autorität keinen Halt. In der *Chosun*-Dynastie kam es häufig vor, dass ein Bezirksmagistrat, der bei der Vernehmung einen Verdächtigen zu Tode gefoltert hatte, den Fall bei dem ihm vorgesetzten Provinzgouverneur meldete und seine Versetzung beantragte. Meistens wurde solchem Gesuch entsprochen, weil sonst die Angehörigen des getöteten Verdächtigen an dem Magistrat Rache genommen hätten. In der Tat kam es oft vor, dass die Familie des Getöteten ein Dienstmädchen des für seinen Tod verantwortlichen Magistrats bestochen hat, damit dieses ihn heimlich vergifte. (Lee Gyu-tae 2000b: 101-2). Diese Blutrache zeigt, dass die konfuzianische

Kindespietät als Waffe gegen staatliche Willkür eingesetzt werden konnte, statt nur als Grundlage für die Loyalität gegenüber behördlicher Autorität zu dienen.

Historische Befunde widerlegen auch die Behauptung, die Gesellschaft in der *Chosun*-Dynastie sei durch partikularistische Praktiken wie Beamtencliquen bestimmt worden. Im Gegensatz zum Yangbanstand wurde der Umgang des einfachen Volkes miteinander nicht durch Partikularismus bzw. Familienegoismus geprägt. Sie praktizierten vielmehr verschiedene Formen von Nachbarschaftssolidarität wie *Du-Re* oder *Pum-Assi*. *Du-Re* war eine bäuerliche Arbeitskooperation, in der die Bauern in der Hochsaison gemeinsam Reispflanzen setzten und später Unkraut jäteten. *Pum-Assi* war nachbarschaftlicher Arbeitstausch für Aufgaben, die nicht in der Hochsaison, sondern im Alltag anfielen. Zwar beschränkten sich *Du-Re*, *Pum-Assi* und *Hang-yak* auf Beziehungen der miteinander bekannten Dorfbewohner, aber in der *Chosun*-Dynastie zögerte man nicht, Fremden zu helfen. Gute Beispiele dafür liefern die Berichte der westlichen Beobachter, die sich im 19. Jahrhundert lange in Korea aufhielten und eigentlich gegenüber Koreanern negativ eingestellt waren. So hatte z. B. der französische katholische Missionar Daveluy, der zwischen 1845 bis 1866 in Korea tätig war, zehn Monate nach seiner Ankunft in Korea bemängelt, in Korea sei nur physische Gewalt das Gesetz, die Leute hätten nur vor roher Gewalt Angst, aber keine Hemmung vor Verbrechen und sie kennten keine Vaterlandsliebe. Ihm zufolge befanden sich die Koreaner in einem halb-primitiven Zustand, so dass sie plötzlich aggressive wurden, wenn sie aufgeregt waren. Auch Frauen seien frech und hätten ein harsches Mundwerk (Zitiert nach Kang Joon-Man 2007: 98). Auch vierzehn Jahre später war er koreanischen Bräuchen gegenüber noch immer kritisch, war aber mittlerweile sehr beeindruckt von der Gastfreundschaft der Koreaner. "In diesem Land (*Chosun*) praktiziert man von ganzem Herzen die Nächstenliebe. Jedem fremden Reisenden wird das Essen nicht verweigert. Für ihn wird sogar extra gekocht. Die Bauern, die auf dem Feld arbeiten, laden sehr gerne jeden Vorbeireisenden zum Essen ein. Die Flussschiffer essen ihr mitgebrachtes Essen nie alleine, sondern teilen es mit ihren Passagieren. Zu jedem Fest lädt man seine Nachbarn ein und teilt alles wie unter Brüdern. Jeder Reisende ohne Reisegeld bekommt ein paar Pfennige beigesteuert. Etwas mit den Nichtshabenden zu teilen, das ist die Tugend der Koreaner." Dies kontrastiert nach Develuy stark mit Egoismus von Europäern (Zitiert nach Kang Joon-Man 2007: 98-99). William Griffis,

der amerikanische Orientalist, schrieb 1882, "In *Chosun* wird die Barmherzigkeit als die heiligste Pflicht angesehen. Man hält es für unverschämt, jemanden, der um eine Mahlzeit bittet, zu enttäuschen, egal ob er bekannt oder fremd ist. Denn sogar die Arbeiter auf der Strasse teilen das mitgebrachte Essen mit Vorbeireisenden" (Griffis 1894: 288)

2.2 Konfuzianismus vs. gesellschaftliche Realität in der *Chosun*-Dynastie

Nun stellt sich die Frage, warum in der *Chosun*-Dynastie, die den Konfuzianismus offiziell zu ihrer Staatsideologie machte, repressive und partikularistische Praktiken dominant waren, wie sie im letzten Kapitel geschildert wurden. Dazu hat vor allem die Herrschaftspraxis des Königshauses und des Yangban-Standes beigetragen, die weniger auf Umsetzung der konfuzianischen Ideen als auf ihre eigenen materiellen sowie Machtinteressen abgezielt hatten (Lee Yi-Hwa 2001a: 213ff). So bedrohten die Zuwendungen von Land und Sklaven an Beamten mit der Zeit den Landbesitz von Kleinbauern, dessen egalitäre Verteilung die materielle Grundlage für das konfuzianische Ideal der egalitären Gesellschaftsordnung ausmachte (Lee Gi-Baik 1976: 220). Diese Entwicklung wird besonders durch die Ausweitung der Beamtschaft und durch die häufigen Landschenkungen an verdienten Untertanen verstärkt (Palais 1996: 62; Kwon Nae-Hyeon u. a. 2011: 112-114). Andererseits waren autoritäre und partikularistische Praktiken auch unbeabsichtigte Folgen der konfuzianischen Lehren. So hat die materielle und gesellschaftliche Diskriminierung von technischen und administrativen Spezialisten zugunsten der moralischen Selbstkultivierung dazu geführt, dass diese Spezialisten-Gruppen mangels Aufstiegs- und Erwerbsmöglichkeit für Korruption anfällig wurden und zur Ausbeutung des einfachen Volkes neigten. Konfuzianisch gebildete Könige und Beamte, denen es an Sachkenntnissen für Staatsführung mangelte, konnten die Machenschaften von Verwaltungsspezialisten auf den unteren Ebenen nicht genügend aufspüren und verhindern (Palais 1996: 33). Auch die konfuzianische Königserziehung, die eigentlich zur Vorbeugung der königlichen Tyrannei dienen sollte, hat vielmehr die Durchsetzungsfähigkeit des Königs gegenüber den Beamten und dem *Yangban*-Stand eingeschränkt und ihm damit erschwert, der

Ausbeutung durch den Yangban-Stand Einhalt zu bieten (Lyu Mi-Rim 1999: 178). Letztlich hat die konfuzianische Verachtung der gewerblichen Arbeit und des Handels viele Talentierte, die soziale Anerkennung und Reichtum strebten, in die enge Konkurrenz um wenige politische Ämter hineingetrieben, so dass die politische Bühne der *Chosun*-Dynastie durch viele Cliquenbildungen und Korruptionsfälle charakterisiert war (Lee Deok-II 1997: 451f).

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass repressive und partikularistische Praktiken in der *Chosun*-Dynastie entweder unbeabsichtigte Folgen der konfuzianischen Werte waren oder aus dem Umstand herrührten, dass die tatsächliche Praxis der Herrscherschicht von konfuzianischen Prinzipien weitgehend abwich. Dagegen haben sich Akteure, die sich während der *Chosun*-Dynastie an konfuzianischen Prinzipien orientierten, gegen die Repressivität und den Partikularismus gestellt. Das gemeine Volk hat auf die repressiven Herrschaftspraktiken nicht vorbehaltlos hingegenommen, sondern mit Lynchjustiz reagiert. Die Beziehungen unter dem gemeinen Volk waren durch Solidarität mit Nachbarn und durch Gastlichkeit gegenüber Fremden gekennzeichnet. Diese Befunde kontrastieren stark zuerst mit dem Autoritarismus und Partikularismus, die auf allen gesellschaftlichen Ebenen der modernen südkoreanischen Gesellschaft zu beobachten sind, und dann mit vielen interkulturellen Forschungen, die Autoritarismus und Partikularismus einfach auf Konfuzianismus zurückführt.

Da die Kausalattribution zwischen autoritären bzw. partikularistischen Praktiken einerseits, und dem Konfuzianismus andererseits, als unzulänglich nachgewiesen wurde, scheint es geboten zu sein, historische Ursachen für den ausgeprägten und häufig auftretenden Autoritarismus bzw. Partikularismus in der heutigen südkoreanischen Gesellschaft in der Zeitspanne zwischen dem Ende der *Chosun*-Dynastie und der heutigen südkoreanischen Gesellschaft zu suchen. In dieser Periode, die etwa ein halbes Jahrhundert betrug, wurden Koreaner meistens wider Willen bzw. unvorbereitet Einflüssen von außen ausgesetzt, die mit solcher Wucht die Gesellschaftsstruktur und Einstellungen von Menschen verändert haben, dass autoritäre und partikularistische Praktiken eine neue Dimension bekommen sollten. In nächsten Kapiteln werden diese Prozesse ausgeführt.

3 Japanische Kolonialherrschaft

Bedenkt man die Dauer der japanischen Kolonialzeit (von 1910 bis 1945) und den Umfang der damals durchgeführten Maßnahmen, bleibt kein Zweifel an der überragenden Bedeutung dieser Zeit für die Herausbildung jener Bedingungen, die als charakteristisch für die Modernität der südkoreanischen Gesellschaft gelten. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit ist wichtig, dass in dieser Epoche die Persönlichkeiten, die das Wirtschaftswunder in den 1960er und 1970er Jahren und somit den koreanischen Kapitalismus geprägt haben, wie Präsident *Park Chung-Hee* (1917-1979), Chaebol-Gründer wie *Chung Ju-Young* (1915-2001), *Lee Byung-Chul* (1910-1987) usw. zur Welt gekommen und aufgewachsen sind. Somit liegt der Schlüssel für das Verständnis der sozialen Praktiken von Koreanern in der Kolonialzeit.

3.1 Öffnung Koreas zur westlichen Zivilisation

Die Bezeichnung 'Eremitenland' für das Königreich "*Chosun*" (1392-1897) war nicht überzogen. Trotz der spätesten im 17. Und 18. Jahrhundert einsetzenden Krise der alten konfuzianischen Gesellschafts- und Herrschaftsordnung konnte die *Chosun*-Dynastie mehr als 500 Jahre lang ihr politisches System aufrechterhalten. Es hat sich jedem Versuch einer Modernisierung widersetzt. Erst mit der Auflösung des chinesischen Imperiums im 19. Jahrhundert und den sich verschärfenden imperialistischen Machtkämpfen in der nordostasiatischen Region verwickelte sich Korea in die Stürme der Modernisierungsprozesse und wurde ein Schlachtfeld zwischen verschiedenen inneren und äußeren Kräften.

Nachdem sich Japan zur beherrschenden Großmacht in Ostasien entwickelt hatte, begann es seinen Einfluss in Korea geltend zu machen, das sowohl aus geostrategischen (als Pufferzone und Brücke zum Festland) wie auch aus wirtschaftlichen Gründen (als Lieferant von Rohstoffen und Nahrungsmitteln sowie als Absatzmarkt) von größter Bedeutung war. Durch die Entsendung von Kriegsschiffen zwang Japan 1876 der *Chosun*-Dynastie den Vertrag von *Gangwha* auf: das „Eremitenland“ Korea wurde für die japanische Wirtschaft geöffnet und diplomatische Beziehungen zwischen beiden

Staaten wurden aufgenommen. Die Handelsverträge mit dem Kaiserreich China und mit westlichen Mächten folgten.

3.1.1 Einzug der westlichen Produkte und Ideen

Schon vor der Öffnung des Landes hat es unter koreanischen Intellektuellen eigenständige Versuche zur Modernisierung der koreanischen Gesellschaft nach dem westlichen Vorbild gegeben. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts lernten einige Intellektuelle über China westliche Produkte und Technologie kennen.

In den 1890er Jahren haben verschiedene westliche Produkte, die mit der Öffnung des Landes eingeführt wurden, vielen Koreanern die Überlegenheit der westlichen Produkte und Technologien eingeprägt. Bei ihnen wurde die Sehnsucht und Nachfrage nach modernen westlichen und japanischen Produkten erweckt². Je mehr westliche Waren über Japan oder japanische Waren direkt nach Korea importiert wurden, desto vertrauter wurden die Koreaner mit der modernen westlichen Zivilisation.

3.1.2 Abschaffung der Ständeordnung

Eine soziale Folge der Begegnung mit der westlichen Zivilisation war die Abschaffung der Ständeordnung. Sie war allerdings schon vor der Öffnung des Landes eine der lang gehegten Wünsche der unteren Stände Koreas. Mehrere Bauernaufstände seit dem 19. Jahrhundert hatten ja die Abschaffung der Ständeordnung gefordert. *Choi Jae-U*, der Gründer der *Donghak* ('östliche Lehre')-Bewegung z. B., behauptete, dass Gott in jedem Menschen lebt und der Mensch zugleich ein Gott ist, und forderte die konfuzianische Ständehierarchie heraus. Damit strebte diese Bewegung eine egalitäre Gesellschaftsordnung an, in der alle Menschen in Gleichheit leben und jeder Beruf gleich hochgeschätzt wird (Jang Yoon-Yeong 2008: 38ff, 88ff). Sogar einige Aufgeklärte vom Yangban-Stand äußerten harte Kritik an der Yangban-Herrschaft und distanzieren sich davon (Choi Bong-Yeong 1997: 218f).

² Spürbar wurde der Einzug der westlichen Zivilisation in Ereignissen wie der Einweihung der Eisenbahnlinie 1899 zwischen *Je-mul-po* bei Incheon und *No-ryang-Jin*, in der Inbetriebnahme der Straßenbahn inmitten von Seoul, der Installation elektrischen Lichts im königlichen Schlafgemachs und in der Einführung von Telefonen (Kim Jin-Song 1998: 73).

Aber es war in erster Linie der Einzug von westlichen Ideen, der die Abschaffung der Ständeordnung unausweichlich gemacht hat. Vor allem das Christentum hat zur Kritik und Überwindung der Ständeordnung massiv beigetragen. Immer mehr koreanische Intellektuelle machten den Konfuzianismus für den Stillstand des Landes verantwortlich und wollten nun mit dem Christentum ihr geistiges Vakuum füllen. Damals bedeutete die Bekehrung zum Christentum, dass man dem Standesdenken abschwört und die fortschrittliche Kultur annimmt. Im christlichen Glauben fanden das gemeine Volk und die untersten Stände eine Chance, die Schranken des herkömmlichen Ständesystems zu überwinden. Zudem zeigten die westlichen Missionare sehr große Sympathie für Koreaner, die vom japanischen Imperialismus bedroht wurden. Diese Faktoren haben zur schnellen Verbreitung des Christentums und des Gleichheitsdenkens beigetragen, das diese Missionare verbreitet haben. So haben die Abschaffung der Ständeordnung und die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz als zentralen Prinzipien des modernen Staates unter der Bevölkerung allmählich an Boden gewonnen. Als nun die Regierung des Großen Reiches Koreas 1894 die Abschaffung der Ständeordnung gesetzlich festschrieb, begannen auch Menschen aus einfachen Verhältnissen Hoffnung zu hegen, mit eigener Kraft und ungehindert von der erblichen Herkunft, wirtschaftlich und sozial aufsteigen und an materiellem Wohlstand teilhaben zu können, den die über Japan eingeführten westlichen modernen Produkte zur Schau stellten.

Die Einströmung von westlichen Ideen und Produkten veranlassten immer mehr koreanische Intellektuelle dazu, die Modernisierung als notwendig für das Überleben und die Eigenständigkeit der koreanischen Nation zu betrachten. Sie verglichen die westliche moderne Zivilisation mit der feudalen rückständigen von *Chosun* und kamen zum Schluss, dass *Chosun* vor einer großen Gefahr stand und daher einer grundlegenden Reform bedurfte. Die Reform sollte darin bestehen, das politische System nach dem westlichen Maßstab zu ändern, die westliche Technologien und Produkte einzuführen und Industrie und Handel zu fördern, um das Land wirtschaftlich und militärisch zu stärken. Sie beschäftigten sich auch mit den Bedingungen, die zur Modernisierung in westlichen Ländern und Japan geführt haben. Dabei haben sie ihr Augenmerk u. a. auf die *Meiji*-Restauration in Japan gerichtet.

Jedoch verhinderten damalige innen- und außenpolitische Umstände *Chosun* daran, die Modernisierung des Landes unter Bewahrung der nationalen Eigenständigkeit

durchzuführen. Die von Korruption und Unterdrückung geprägten sozialen Zustände der *Chosun*-Dynastie 1894 haben den *Donghak*-Aufstand provoziert, der aber die chinesische und die japanische Intervention herbeiführte. Da keine der beiden Seiten nach der Niederschlagung des Aufstandes bereit war, als erstes ihre Truppen wieder abzuziehen, mündeten die Spannungen in den Chinesisch-Japanischen Krieg. Japan siegte über das Kaiserreich China, das nun mit dem Friedensvertrag von *Shimonoseki* einen Großteil seines bisherigen Einflusses über Korea verlor. Nachdem Japan auch Russland in einem Krieg besiegt hatte, nötigte Japan Korea 1905 einen Protektoratsvertrag auf und machte Korea zu seinem Protektorat. Schließlich annektierte Japan Korea 1910 vollständig. Korea sollte damit bis 1945 die bedeutendste japanische Kolonie bleiben. Damit war die eigenständige Modernisierung Koreas gescheitert, welche auf das Interesse des koreanischen Volkes zugeschnitten gewesen wäre. Seitdem bestimmte die japanische Kolonialpolitik den Charakter und die Richtung der Modernisierung Koreas.

3.2 Aufholende Modernisierung in Japan: Westorientierung und Autoritarismus

Um den Charakter der japanischen Kolonialpolitik in Korea zu verstehen, müssen zuerst die Grundzüge der Modernisierung in Japan erfasst werden. Die Modernisierung Japans seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich einerseits an Vorbildern der westlichen Nationen orientiert, wurde andererseits aber auch von den eigenen Traditionen beeinflusst. Das Zusammenwirken von den beiden Faktoren verlieh der japanischen Modernisierung militaristische und autokratische Züge.

Nach der militärisch erzwungenen Öffnung Japans für die Handelsbeziehungen mit den USA i. J. 1854 folgten weitere ungleiche Handelsverträge mit Franzosen, Engländern, Russen und anderen europäischen Nationen. Das Eindringen der Westmächte hatte katastrophale Folgen für die japanische Wirtschaft. Viele eigene Produktionszweige wurden durch die Ausfuhr enormer Rohstoffmengen und die Einfuhr ausländischer Fertigprodukte ruiniert. Angesichts der Wirtschaftskrise und staatlicher Machtlosigkeit gegenüber den fremden Mächten formierten sich oppositionelle Kräfte,

die Japan von ausländischem Einfluss befreien und gleichzeitig die Herrschaft der *Shogun* stürzen wollten. Alle daran Beteiligten sahen allein in einem mächtigen Kaisertum die Möglichkeit, alle Japaner zu vereinen und das Land gegen die Kolonisierung Japans durch den westlichen Imperialismus zu schützen. Ihr Schlagwort war: "Ehrt den Kaiser – Vertreibt die Barbaren!" (Martin 1992 : 205). Die daraus entstandene politische Spannung mündete schließlich in einen Militärputsch der kaisertreuen Fürsten gegen die Shogune. Schließlich konnte der *Tenno* (Kaiser) *Meiji* 1868 alle politische Macht in sich vereinen. Die neue Regierung unter *Meiji* war sich der Gefahr der Kolonisierung durch die westlichen Mächte bewusst und versuchte, möglichst rasch auf technologischem und wirtschaftlichem Gebiet mit den westlichen Staaten gleichzuziehen.

Gleichzeitig musste sich die *Meiji*-Regierung mit innenpolitischen Spannungen auseinandersetzen, die ihr Reformkurs ausgelöst hatte. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und das Verbot des Schwerttragens ruinierten den Samurai-Stand. Auch Bauern verarmten und waren gezwungen, ihr Land an Großgrundbesitzer zu verkaufen. Die *Meiji*-Regierung konnte außerdem die Forderung der nationalistischen Kräfte, ungleiche Verträge mit den europäischen Staaten aufzukündigen, nicht erfüllen (Martin 1992: 211). Auch das langsam wachsende Bürgertum begann sich zu regen. Verschiedene Gruppierungen forderten eine demokratisch verfasste Regierung, obwohl sie sich in der Frage der konkreten Regierungsformen nicht einig waren. Angesichts dieser Lage war es die dringliche Aufgabe der *Meiji*-Regierung, diese Spannungen zu lösen, ohne ihre Herrschaft abzuschwächen. Die kaiserliche Regierung erklärte nach anfänglicher Ablehnung der demokratischen Bewegung ihre Bereitschaft, eine Verfassung auszuarbeiten und ein vom Volk gewähltes Parlament einzuführen. Dabei bereitete die Regierung eine Verfassung vor, die dem Volk Rechte der politischen Beteiligung formell garantieren, aber faktisch begrenzen sollte, um ihr Machtmonopol unter der *Tenno*-Herrschaft zu befestigen. So sollte ein politisches System errichtet werden, das Japan davor schützen sollte, sich an den gesellschaftlichen Spannungen aufzureiben, welche nach ihrer Ansicht die Demokratisierung mit sich bringen könnte. Nach Meinung der politischen Führer der *Meiji*-Regierung tendieren politische Meinungsunterschiede dazu, das Land zu schwächen. Sie wollten daher den Einzug von demokratischen Ideen in Japan verhindern (Beasley 1990: 77).

Daher brauchte die *Meiji*-Regierung eine Ideologie, die die absolute Herrschaft des *Tenno* legitimierte und demokratische Forderungen im Zaum hielt. Die Grundlage für solche autoritäre Ideologie entwickelte sich schon seit dem 17. Jahrhundert, als unter den Gelehrten eine nationalistische Tendenz aufkam, Japan statt China als Zentrum der ostasiatischen Kultur zu betrachten. Der Philosoph und Stratege *Yamaga Soko* (1622-1685) behauptete, dass die Lehren von Konfuzius zuerst von den japanischen Kaisern ('*Tenno*') praktiziert worden waren und dass die Weisheit von Konfuzius nicht in China, sondern in Japan wahrhaftig bewahrt worden war. Im 18. Jahrhundert zeichnete sich sogar die Tendenz ab, die Allgemeingültigkeit des Konfuzianismus infrage zu stellen und sich der einheimischen japanischen Kultur zuzuwenden. *Moto'ori Norinaga* (1730-1801) leitete die Eigentümlichkeit Japans aus der japanischen Mythologie ab, wonach Japan die Macht der Sonnengöttin *Amaterasu Omikami* an sich erfährt. *Norinaga* behauptete, dass die ethischen Lehren des Konfuzianismus dieser naturwüchsigen Verbundenheit Japans mit der Ahngöttin widersprechen. Ihm zufolge ist Ethik nichts Erlernbares mehr, sondern vielmehr etwas Angeborenes, ethnisch Vorbestimmtes. Aufgrund der im Shintoismus angenommenen göttlichen Herkunft von Kaiser und Volk, sind die göttlichen Tugenden immanenter Bestandteil der japanischen Nation. Er plädierte daher dafür, altertümliche japanische Kultur von allen ausländischen (d.h. chinesischen) Einflüssen zu befreien. (Antoni 1988: 41-42).

Diese Vorstellung hat sich auf verschiedenen Wegen auf die politischen Einstellungen von Japanern ausgewirkt. Erstens hat die von Geburt an als vorgegeben angenommene Tugendhaftigkeit von Japanern, die alle anderen Länder überstrahlt, auch den Anspruch auf die japanische Führerschaft in Ostasien legitimiert (Antoni 1988: 43). Zweitens wurde die politische Autorität des Kaisers schon dadurch garantiert, dass der Himmelskaiser *Tenno* immer in völliger Harmonie mit seiner Ahngöttin steht, während im konfuzianischen Verständnis die Rechtschaffenheit der Herrscher Voraussetzung für Legitimation der Herrschaft war. So galt schon der Besitz von Macht als Legitimation der Macht. Damit wurde in Japan der ideologische Boden für die Autokratie geschaffen, die die uneingeschränkte Machtausübung von Herrschern rechtfertigt (Beasley 1990: 18). Drittens wurden mit der von *Norinaga* postulierten unverbrüchlichen Einheit von Kaiser und Volk gesellschaftliche Interessengesätze per Definition bestritten (Antoni 1988: 42).

Zur autoritären Staatsvorstellung haben auch westliche Theorien beigetragen. Die militärisch-technische und wissenschaftliche Überlegenheit Europas, die sich in dem imperialistischen Vordringen der westlichen Mächte ausdrückte, hatte die japanische politische Elite davon überzeugt, dass Japan nur dann unabhängig bleiben konnte, wenn es durch einen radikalen Neuerungsprozess erfolgreiche Elemente der westlichen Kultur in die japanische Kultur integrieren konnte. Daher haben sich japanische Intellektuelle auch mit sozialen Theorien auseinandergesetzt, die den Expansionismus der westlichen Mächte begründeten. Ende des 19. Jahrhunderts haben viele europäische Wissenschaftler, die von der Evolutionstheorie von Darwin, Spencer und Huxley beeinflusst wurden, die Auffassung vertreten, dass der Fortschritt der Menschheit einen bitteren Kampf zwischen verschiedenen Rassen mit unterschiedlichen Kräften und Fähigkeiten erfordert. Es sei wünschenswert, dass die Rassen mit der höchsten sozialen Effizienz die Erde bevölkern, regieren und entwickeln, andere Rassen mit niedrigerer sozialer Effizienz erobern, austreiben oder gar auslöschen würden. Diese Wissenschaftler hielten je nach ihrer Nationalität ihr eigenes Land für die überlegene Rasse und lieferten mit dieser sozialdarwinistischen Idee der imperialistischen Expansion ihres Landes die theoretische Grundlage (Hobson 2006: 235ff).

In Japan wurde die Darwinsche Evolutionslehre mit ihrer sozialdarwinistischen Lesart ab 1878 an den Hochschulen gelehrt. (Reinfried 2008: 239). Die Universität Tokyo lud den amerikanischen Zoologen Edward Silvester Morse zur Professur für Biologie ein, der durch Vorlesungen und öffentliche Vorträge die Evolutionstheorie von Darwin verbreitete (Svarverud 2001: 108-109). *Kato Hiroyuki*, Rektor an der Universität Tokyo, war von den sozialen Implikationen der Darwinschen Theorien beeindruckt und wurde Wortführer des Sozialdarwinismus. In seiner 1882 verfassten Schrift "Neue Abhandlung über Menschenrechte" kritisierte er die individualistische Sicht der Menschenrechte als Illusion. Nach ihm können nur Staaten oder Gruppen Rechte von Individuen garantieren. So sei ein starker Staat die wichtigste Voraussetzung für Fortschritt. Im Überlebenskampf unter den Staaten sollten sich Individuen um ihre Staaten zusammenschließen und sie durch den sozialen Zusammenhalt stärken. Damit vertrat er die Lehre vom sozialen Organismus, um Etatismus und die *Tenno*-Herrschaft zu begründen (Park No-Ja 2005: 289f). Auch *Ariga Nagao*, der in Europa und Japan Geschichte, Psychologie und Jura studiert hatte, berief sich in seinem 1883

veröffentlichten Buch "Soziologie" auf die Gesellschaftstheorien von Spencer, um den japanischen *Etatismus* zu untermauern. Dabei modifizierte er Spencers Ansicht über das letzte Stadium der sozialen Evolution. Während nach Spencer die Gesellschaft im Stadium der Vervollkommnung keine staatliche Kontrolle mehr braucht, meinte Ariga, dass die staatliche Kontrolle auch auf der sehr fortgeschrittenen Stufe der sozialen Evolution aufrechterhalten werden sollte (Svarverud 2001: 109).

Dabei fand die Theorie der sozialen Monarchie à la Lorenz von Stein, wonach ein Monarch als Personifizierung des allgemeinen Willens (*volonté générale*) jenseits der Klassenkämpfe alle widerstreitenden gesellschaftlichen Kräfte schlichtet, große Zustimmung bei den Führern der *Meiji*-Regierung, die alle politischen Dissens für staatsgefährdend hielten (Beasley 1963: 130). *Katō Hiroyuki* der Erzieher von Kaiser *Meiji*, favorisierte einen aufgeklärten Absolutismus, berief sich dabei auf die organische Staatslehre des Schweizer Rechtsprofessors Johann Caspar Bluntschli, der gegenüber der Demokratie sehr skeptisch war. Bluntschli traute den Massen nicht zu, Beschlussvorlagen und Gesetze zu erarbeiten, zu diskutieren und beschließen, weil sie für Demagogen anfällig seien (Park No-ja 2005: 290; Wölky 2006: 294-5). Als das praktische Vorbild für diese autoritäre Staatstheorie galt Japanern das von Preußen dominierte Deutsche Reich, weil die Verhältnisse im größten deutschen Staat den japanischen weit verwandter zu sein schienen als etwa diejenigen in den angloamerikanischen Staaten oder in Frankreich. (Martin 1992: 212).

Diese autoritäre Staatsvorstellung drückte sich in der ersten japanischen Verfassung (*Meiji*-Verfassung) aus, die am 11. Februar 1889 verkündet wurde. Diese Verfassung markierte formal einen Schritt zu einer konstitutionellen Monarchie, doch verbarg sich dahinter ein autoritäres Herrschaftssystem, das die gesellschaftlichen und politischen Strukturen konservieren wollte. Sie nahm sich die preußische Verfassung von 1850 zum Vorbild, die absolutistische Elemente in der Staatsführung beinhaltete: Die Person des *Tenno* (Himmelskaiser) galt als heilig und unverletzlich. Der *Tenno* hatte den Oberbefehl über die Streitkräfte inne. Außerdem war er befugt, Gesetze zu erlassen und die Sitzungen des Parlamentes beliebig aufzuschieben oder auszusetzen. Seine ernannten Minister waren nicht dem Parlament, sondern allein dem Kaiser verantwortlich. Jede Verfassungsreform musste nur vom *Tenno* initiiert und vom Kaiserrat, der zur Erstellung des Verfassungsentwurfs eingerichtet wurde, genehmigt

werden. Die Rechte von Untertanen wurden 'im Rahmen der Gesetze' oder 'nur unter der Bedingung, dass sie die Sicherheitsordnung nicht beeinträchtigen,' garantiert (Beasley 1990: 77-78). Mit dieser Ideologie wurde auch das Vorgehen gegen demokratische Strömungen in Japan gerechtfertigt. Der soziale Zusammenhalt sollte nicht durch die Beteiligung des Volkes an der repräsentativen Demokratie gewährleistet werden, wie es in den westeuropäischen Ländern der Fall war (Beasley 2000: 128). Stattdessen wurde im Rahmen der *Tenno*-Ideologie der Staat als Familie dargestellt, in welcher der *Tennō* als Vater und die Untertanen als Kinder galten. In der ganzen *Meiji*-Ära (1868-1912) wurde diese Ideologie als Mittel für die Bewahrung des sozialen Zusammenhalts mobilisiert und sollte nun durch das staatliche Bildungssystem und alle staatlichen und halbstaatlichen Organisationen unter dem Volk verbreitet werden (Beasley 1990: 70). Es durfte außerdem niemand am göttlichen Ursprung des *Tennō* (wie er in den alten Mythen dargestellt wird) zweifeln. In diesem Sinne wurde auch das Erziehungsedikt von 1890 verfasst: Schüler wurden zum blinden Gehorsam gegenüber dem Kaiser – und somit dem Staat – erzogen (Jeong Geung-Shik 2001: 217f).

Außerdem diente der Sozialdarwinismus zur Begründung der Überlegenheit der japanischen Rassen und somit zur Rechtfertigung des japanischen Expansionismus. Zuerst wurde die japanische Rezeption des Darwinismus durch das biologische Unterlegenheitsgefühl gegenüber den Weißen geprägt, wobei die gemischte Ehe zwischen Japanern und Weißen befürwortet wurde, damit die Rassenqualität von Japanern verbessert würde. Jedoch hat mit der Verkündung der *Meiji*-Verfassung von 1889 das konservative japanische Journal "*Nihonjin*" angefangen, die Idee der japanischen Rassenüberlegenheit über Chinesen und Koreaner zu verbreiten. Der japanische Sieg über Russland im Jahr 1905, der die Kolonisierung Koreas einleitete, wurde nun von konservativen Japanern als Symbol für die Überlegenheit des japanischen Gemeinwesens interpretiert. So diente in Japan der Sozialdarwinismus dazu, in Verbindung mit dem Etatismus den japanischen Imperialismus zu rechtfertigen (Choi Gi-Yeong 2003: 19-20). Folglich zielte die Modernisierung in Japan darauf ab, mittels der absolutistischen Herrschaft des Kaisers die militärische und wirtschaftliche Expansion in Asien zu betreiben. Sie war durch und durch autoritär. Insofern wich die japanische Modernisierung zu jener Zeit ohnehin vom westlichen Vorbild ab, dem Japan zunächst nachgestrebt hatte.

Die etatistische japanische Version vom Sozialdarwinismus hat nicht nur das japanische Publikum beeindruckt, sondern auch unter den chinesischen Intellektuellen wie *Liang Qichao*, der zu dieser Zeit in Japan im Exil war, viel Aufmerksamkeit gefunden. Damit sollte der Sozialdarwinismus später in China und Korea popularisiert werden (Svarverud 2001: 109). Der Absolutismus der *Meiji*-Restauration sollte später als Vorbild für die koreanische Modernisierungspolitik von *Park Chung-Hee* dienen, der 1961 mit einem Militärputsch an die Macht kam (Lee Joon-Sik 2009: 245 ff).

3.3 Japanische Kolonialherrschaft in *Chosun*

Die japanische Kolonialpolitik in Korea wurde in der Kontinuität der *Tenno*-Herrschaft durchgeführt, deren absolutistische Ideologie in *Chosun* (Korea) zu voller Geltung gelangte. Insbesondere nach zwei gewonnenen Kriegen gegen China und Russland wurde die Stellung des *Tennos* als Oberbefehlshaber der japanischen Streitkräfte bekräftigt und befestigt (Beasley 2000: 128). Der Generalgouverneur der Besatzungsregierung verfügte über enorme Macht und Prestige und wurde ausschließlich dem japanischen Kaiser *Tenno* unterordnet. Wie der japanische *Tenno* als der absolute Gott alle Befugnisse hat, aber keinem gegenüber verantwortlich ist, genoss der Generalgouverneur in Korea absolute Machtbefugnisse und war nicht einmal dem japanischen Parlament gegenüber verantwortlich (Jeong Geung-Shik 2001: 218-9). Er vereinigte alle drei Gewalten und regierte durch Verordnungen und Verfügungen selbständig, unabhängig und nahezu losgelöst von der Politik in Japan. Seine Gesetzgebungsbefugnisse glichen denen eines Parlaments, weil er per Amtsbefugnis Verordnungen erlassen konnte (Henderson 1968: 72f; Park Gyeong-sik 1986: 41-42). Mit dieser zentralisierten bürokratischen Verwaltung, die nicht von der Verfassung oder der Volksvertretung eingeschränkt wurde, war Korea ein Muster für einen Verwaltungsstaat, unter dem die Politik dahinschwinden sollte (Henderson 1968: 72-73).

Die Repressivität der japanischen Herrschaft drückte sich in einem riesigen Polizei- und Verwaltungsapparat aus, mit dem das Generalgouvernement der südkoreanischen Bevölkerung seine Politik aufzwingen konnte, ohne mit Gesellschaftsgruppen der kolonisierten Gesellschaft zu kooperieren. Mitte der 1930er Jahre beschäftigte das

Generalgouvernement 52.000 japanische Zivilbeamte, um 22 Millionen Koreaner zu regieren, während in Indien mit seinen 340 Millionen Menschen nur 12.000 britische Beamte dienten (E. Chen 1984: 245; Kim Dong-No 2006: 38).

Nach der Annexion führte Japan das moderne Rechts- und Wirtschaftssystem in die koreanische Kolonie ein. Dabei wurden die 'modernen' Institutionen Japans bei ihrem Transfer nach *Chosun* (Korea) im Interesse der Kolonialherrschaft sehr selektiv eingeführt. Daher hat die Modernisierung Koreas vom Anfang an eine sehr verzerrte Form angenommen, die durch die Fremdbestimmtheit, Repressivität und Diskriminierung charakterisiert werden kann.

Dass das koloniale Interesse die Repressivität des in dieser Epoche eingeführten Rechtssystems verstärkte, wird deutlicher, wenn man es mit dem modernisierten Rechtswesen in Japan vergleicht. Zwar wurde die Modernisierung in Japan wie in *Chosun* von oben vorangetrieben, weil die Masse des Volkes, die Bauern, an dem Regierungswechsel keinerlei Anteil hatten und auch die Mitwirkung der beiden übrigen Stände, der Handwerker und Kaufleute beschränkt war. Jedoch wurden in Japan sämtliche Veränderungen und Reformprojekte nicht diktatorisch durchgesetzt. Viele Anweisungen der Zentrale wurden auf der unteren, ausführenden Ebene alten Gepflogenheiten, z.B. der patriarchalischen Ordnung des Dorfes, angepasst; viele Gesetze standen lediglich auf dem Papier und hatten zur gesellschaftlichen Realität keinen Bezug. Japaner regelten private oder öffentliche Differenzen, ja selbst kriminelle Delikte, nicht vor Gericht, sondern im zwischenmenschlichen Vergleichen, im Kompromiss oder einer selbstaufgelegten Buße (Martin 1992: 209).

In *Chosun* war es etwas anders. Mit der Annexion trat an die Stelle der einheimischen Gewohnheitsrechte das kodifizierte Rechtssystem, das aus Japan importiert und von japanischen Fachjuristen verwaltet wurde. Diese Gesetze haben größtenteils europäische, insbesondere deutsche Gesetze imitiert und die Traditionen und Bräuche des koreanischen Volkes nicht genügend berücksichtigt (Henderson 1968: 78). Zwar waren auch in der *Chosun*-Dynastie Gesetze zuerst aus dem Ausland China importiert worden. In dem Maße aber, wie sie sich an die gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst haben und die konfuzianischen Lehren über mehrere Jahrhunderte hinweg bis in kleinste Dörfer verbreitet haben, konnten sie nun mit den Moralvorstellungen des

einfachen Volkes im Einklang stehen. Dagegen hatten die neuen Gesetze des deutsch-japanischen Ursprungs, die entweder in Japan verabschiedet oder vom Generalgouverneur diktiert wurden, keinen Bezug zur Lebensrealität des koreanischen Volkes. Die Zustimmung der Beherrschten oder Gerechtigkeit für Einzelne hatten hier keinen Platz. Stattdessen mussten sich Koreaner an die willkürliche Ausübung der Gesetze ohne die Möglichkeit des Rechtsbehelfs gewöhnen. Einige Gesetze haben die herkömmlichen Sitten und Bräuche Koreas völlig missachtet und auf repressive Maßnahmen zurückgriffen. Die von der japanischen Kolonialregierung eingeführten Gesetze haben, statt den Schutz gegen Unterdrückung zu bieten, den staatlichen Eingriff in den Alltag des koreanischen Volkes gefördert und so das Volk dem Rechtssystem entfremdet. In dem Maße, wie sich das koloniale Rechtswesen ausweitete und professionalisierte, haben Koreaner seine Strenge, Allgegenwärtigkeit und Unmenschlichkeit zu spüren bekommen. Damit erodierte der Respekt vor Gesetzes- und Verwaltungsprozessen, der in der *Chosun*-Dynastie lange von den lokalen konfuzianischen Eliten eingebläut worden war (Henderson 1968: 78f).

3.3.1 Die Abschneidung der Haarknoten

Den bitteren Vorgeschmack auf diese Rücksichtslosigkeit der kolonialen Rechtsordnung hat die <Verordnung zur Abschneidung von Haarknoten> geliefert, die schon vor der Annexion unter dem Druck des japanischen Militärs verabschiedet worden war. In der traditionellen Gesellschaft von *Chosun* trugen sowohl Männer als auch Frauen ihre Haare in einem langen Zopf, bevor sie verheiratet waren. Nach der Heirat wurden die Haare geknotet: Der Mann trug einen Haarknoten auf der Oberseite des Kopfes, die Frau am Hinterkopf knapp über dem Nacken. In einer Gesellschaft, wo Verheiratete höher bewertet wurden als Ledige, waren die Haarknoten nicht nur eine Frage der Haartracht, sondern Statussymbol, ja Symbol für Ehre. Außerdem wurden Kopfschmitten in der konfuzianischen Gesellschaft der *Chosun*-Dynastie als Vermächtnis der Eltern betrachtet; die behutsame Aufbewahrung der Kopfschmitten galt daher als Anfang der Kindespietät gegenüber den Eltern (Kim Eo-Jin 2003: 55-57). Lange Haare ohne Haarknoten wurden nur Sträflingen aufgezwungen (Kim Eo-Jin 2003:110). Jedoch

hat 1895 das pro-japanische Kabinett der *Chosun*-Dynastie die Verordnung zur Abschneidung von Haarknoten verkündet. Obwohl das Kabinett die Verordnung mit der schlechten Hygiene und der Unannehmlichkeit von langen Haarknoten begründete, verletzte sie die Befindlichkeit von vielen Koreanern, die darin einen Angriff auf ihre kulturelle Identität und ihre soziale Ehre gesehen haben. In der Tat wollte Japan mit dieser Verordnung einerseits den kulturellen Stolz der Koreaner brechen, um bei ihnen das Gefühl der Erniedrigung und den Defätismus zu verbreiten, andererseits den Absatzmarkt für die auf moderne Lebensstile zugeschnittenen japanischen Produkte wie Anzug, Hut, Armbanduhr, Schuhe, Socken usw. schaffen (Kang Joon-Man 2007: 338). Weil Unmut und Widerstand der Bevölkerung zu erwarten waren, wurde zur Umsetzung der Verordnung das japanische Militär eingesetzt. Der Königspalast wurde von einer japanischen Artilleriekompanie umzingelt, und unter Androhung der Kanonenabschüsse wurden dem König und seinem Kronprinzen die Haarknoten abgeschnitten. Beamten, Soldaten und Polizisten folgten. Im folgenden Jahr wurde für das ganze Volk Abschneidung von Haarknoten Pflicht. Da sich nur wenige Leute Haarknoten freiwillig abschneiden ließen, wurden Zwangsmittel eingesetzt. Polizisten wurden an den Straßen aufgestellt, um Männern die Haarknoten abzuschneiden. Sie fassten den Unbotmäßigen den Kopf, ließen sie knien und schnitten ihnen dann die Haarknoten ab. Einige erlebten diesen Gräuelfall, als sie zufällig einen Ausflug nach Seoul machten. Andere wurden auf dem Weg zum Viehmarkt erwischt. Einige haben sich in Dachzimmern versteckt. Das Abschneiden der Haarknoten hat tiefe Risse in der Gesellschaft hinterlassen. Viele Betroffene haben Tränen vergossen. Als sich ein Mann freiwillig dafür entschied, seinen Knoten abzuschneiden, beging seine Frau Selbstmord. Als ein Sohn sich die Kopfhare abschneiden ließ, brachten sich seine Eltern um. Viele Konfuzianer haben aus Protest Selbstmord begangen (Lee Yi-Hua 2003: 64; Kang Joon-Man 2007: 339). Der Widerstand nahm auch eine aktive Form an. Landesweit kam es zu bewaffnetem Widerstand, der sich gegen das japanische Militär und das pro-japanische Kabinett Koreas richteten (Kang Joon-Man 2007: 339). Wegen ihrer Rücksichtslosigkeit gegenüber der tradierten Befindlichkeit der koreanischen Bevölkerung erweckte die Verordnung zur Abschneidung von Haarknoten, die eigentlich moderne Ideale von Hygiene und Bequemlichkeit verwirklichen sollte, einen negativen Eindruck von der neuen Lebens- und Rechtsordnung.

3.3.2 Die Unterdrückung der Grundrechte

Das 1925 verkündete Gesetz zur Erhaltung des öffentlichen Friedens, das pauschal alle Vergehen gegen die staatliche Ordnung mit drakonischen Strafen belegte, bot dem Regime das Mittel, in Japan wie in Korea jeden, auch friedlich geführten Widerstand gegen die aggressive japanische Politik im Keim zu ersticken. Mit dem Gesetz konnte die Entstehung nicht nur einer Unabhängigkeitsbewegung, sondern auch von Sozialbewegungen, die materielle Interessen des koreanischen Volkes schützen wollten, unterbunden werden.

Damit wurden den Koreanern viele Grundrechte verwehrt. Dies betraf unter anderem das Recht auf Versammlung und Organisation, Redefreiheit und eine unabhängige Presse: das Zeitungsgesetz (1907), das die Genehmigung durch das japanische Protektorat und die Hinterlegung der Kautionsvorschrift vorschrieb, hat die Herausgabe von Periodika stark eingeschränkt. Auch der Verkauf und die Verbreitung der schon genehmigten Publikationen konnten per Gesetz jederzeit verboten und eingestellt werden. Gegebenenfalls konnte die Genehmigung der Herausgabe ganz zurückgenommen werden. Im selben Jahr wurde das Sicherheitsgesetz erlassen, das politische Versammlungen und Organisationen, die Verbreitung von subversiven und provokativen Äußerungen, Dokumenten, Büchern verbot. Alle koreanischen Zeitungen und Magazine mussten 1910 ihr Erscheinen einstellen, es verblieben neben einer koreanischsprachigen eine englische und ein paar japanische Zeitungen, die vom Generalgouvernement herausgegeben wurden (Park Gyeong-Sik 1986: 48f).

3.3.3 Landvermessung: Unterordnung der Landwirtschaft unter japanische Interessen

Ein wichtigeres Beispiel der fremdbestimmten Modernisierung, welche die Lebensgrundlage von Koreanern entscheidend zerstörte, war aber die Landvermessung, die gleich nach der Annexion durchgeführt wurde. Japan, das aufgrund der

Industrialisierung und des rasanten Bevölkerungsanstiegs unter der markanten Nahrungsmittelknappheit litt, interessierte sich für eine sichere Versorgung seiner Arbeitskräfte mit dem billigen koreanischen Reis. Deshalb versuchte die japanische Besatzungsmacht, die Eigentumsverhältnisse für Grund und Boden im kolonialisierten *Chosun* zugunsten des japanischen Generalgouvernements und der japanischen Einwanderer neu zu gestalten. Daher bestand die dringlichste Aufgabe der Landvermessung darin, zuerst das koreanische Grundstücks- und Bodensystem gründlich zu untersuchen, um die möglichst große Landfläche, die vorher praktisch im Besitz der koreanischen Pächter war, gesetzlich in das Eigentum der Kolonialregierung zu überführen und so die ökonomischen Bedingungen für die Kolonialpolitik zu schaffen (Shin Yong-Ha 2006: 185, 188).

Das erste offizielle Ziel der Landvermessung war die Klärung der diffusen Besitzverhältnisse. Korea hatte damals die traditionell auf Gewohnheitsrechten beruhenden, recht undurchsichtigen Boden- und Landbesitzverhältnisse. Zwar wurde das Privateigentum an Grund und Boden schon in der *Chosun*-Dynastie, spätestens seit dem 15. Jahrhundert, etabliert. Das Kaufen, Verkaufen, Verschenken, Vererben und Aufnehmen von Hypotheken blieben als Bestandteil des privaten Eigentumsrechts unangetastet. Jeder Haushalt bewirtschaftete nach individuellem Kalkül eigenes bzw. gepachtetes Land. Auch gemeinschaftliche Ackerbauarbeit auf Grund gegenseitiger Hilfeleistungen wurde dem Äquivalenzprinzip entsprechend genau verrechnet. Auch die japanischen Besatzer hatten in der Voruntersuchung zur Landvermessung festgestellt, dass die Regierung der *Chosun*-Dynastie bei der Enteignung von Grund und Boden die privaten Bauern angemessen entschädigt hatte (Shin Yong-Ha 2006: 184-185)

Jedoch wurden diese Eigentumsverhältnisse nicht durch das entsprechende System der Eigentumsregistrierung gestützt. Im Grundbuch der damaligen Zeit wurde der Eigentümer des betreffenden Grundstücks nicht eindeutig angegeben (Kang Tae-Kyeong 1996: 11). Außerdem hafteten dem Eigentumsrecht verschiedene Rechtsansprüche der Pächter an, die dem exklusiven Anspruch des Eigentümers im Wege standen (Shin Yong-Ha 2006: 190). So begründete die japanische Kolonialregierung die Landvermessung damit, dass mangelhafte Rechtsbestimmungen über Grund- und Bodeneigentum sehr häufig Streitereien provoziert hätten (Park Myong-Gyu 1997: 317; Kim Man-Su 1999: 166).

Aber die genauere Betrachtung der tatsächlichen Verhältnisse vor der Landvermessung zeigt, dass diese Begründung nur ein Vorwand war. Entgegen der Behauptung, dass mangelhafte Eigentumsregistrierung Streitereien ausgelöst hätte, reichte ein Kaufvertrag für das Grundstück völlig aus, den Eigentümer des betreffenden Grundstücks zu identifizieren. Zudem wussten die Ortsansässigen gut, wer tatsächlich der Eigentümer eines bestimmten Grundstücks war. Daher gab es auch ohne Eigentumsregistrierung kaum Streitereien über Eigentümer oder über Grenzlinien zwischen den Ländereien, wie auch der damals für die Landvermessung zuständige Abteilungsleiter des japanischen Generalgouvernements feststellte. Das System der Eintragung hielt man daher für überflüssig, sogar für lästig. Trotzdem wollten die japanischen Besatzer mit der Eigentumsregistrierung ein bestimmtes Ackerland nur der Person zuerkennen, auf deren Namen das Land als Eigentum registriert war, gleichgültig wer faktisch das Ackerland pflügte (Kang Tae-Kyeong 1996: 11).

Tatsächlich zielte die Eigentumsregistrierung darauf ab, einheimische koreanische Pächter aus tradierten Rechtsansprüchen auszuschließen und das exklusive Eigentumsrecht des registrierten Eigentümers und damit der japanischen Generalgouvernements und der japanischen Einwanderer institutionell zu garantieren (Shin Yong-Ha 2006: 190). Außerdem sollte die Eigentumsregistrierung dazu dienen, viele Ländereien in das Eigentum des Staates, d.h. der japanischen Kolonialregierung zu überführen. Damals war es strittig, ob ein bestimmtes Grundstück als Privatland oder staatliches Eigentum betrachtet werden sollte. Während in der *Chosun*-Dynastie alle nicht-öffentlichen Ländereien als Privatland anerkannt waren, pochten die japanischen Besatzer darauf, alle Ländereien, die weder als öffentlich noch als privat registriert waren, als das Eigentum des japanischen Generalgouvernements zu deklarieren. Dahinter steckte das Interesse der japanischen Besatzer, das bisher unerschlossene Land zu verstaatlichen und zu sehr günstigen Preisen an japanische Einwanderer zu verkaufen (Kang Tae-Kyeong 1996: 10).

Die langwierige Arbeit der Vermessung bzw. Enteignung des koreanischen Bodens wurde nach über acht Jahren abgeschlossen. Die rechtliche Feststellung von Landbesitz- und Grundeigentumsverhältnissen erfolgte durch die Meldung beim örtlichen Untersuchungsbüro: Jeder, der den Eigentumstitel auf seinem bisherigen Boden behaupten wollte, musste sich innerhalb einer gegebenen Frist dort schriftlich anmelden.

Auf der Grundlage der Überprüfung der schriftlichen Anmeldung erfolgte die Anerkennung des Eigentumsrechts. Die Grundstücke, deren Besitzer nicht eindeutig festgestellt werden konnten, fielen nun dem Generalgouvernement zu. So wurden Grundstücke, die nach traditionellen Gewohnheitsrechten Bauern gehörten, deren Eigentum aber nicht schriftlich dokumentiert worden war, vom Generalgouvernement beschlagnahmt. Es gab auch diejenigen, die ihr Eigentumsrecht verloren, weil sie sich nicht fristgerecht anmeldeten und im Grundbuch eintragen ließen. Denn die örtlichen Kolonialbeamten hatten die Antragsformulare zwar kostenlos, aber absichtlich sehr spät verteilt und zumeist nur mit dem Hinweis verteilt, dass der Antrag bis zu dem Zeitpunkt X ausgefüllt und abgegeben werden müsse. Die meisten Bauern, die bisher nur das Gewohnheitsrecht gekannt hatten wussten nicht genau, was solche Antragsformulare bedeuteten, und versäumten die Frist. Darüber hinaus war das Formular voll der schwierigen chinesischen Schrift und Termini, so dass die Bauern den Inhalt des Antragsformulars nicht verstehen konnten. Weil ein nicht geringer Teil der Bauern Analphabeten waren³, konnten sie sich nicht rechtzeitig anmelden und verloren ihre Eigentumsrechte (Kim Man-Su 1999: 167).

Auf diese Weise hat die japanische Kolonialregierung, unter dem Vorwand, das moderne Eigentumsverhältnis für Grund und Boden einzuführen, viele Bauern enteignet und zu bloßen Pächtern degradiert, die im Lauf der Zeit in stärkere Abhängigkeit als früher gerieten und gar wirtschaftlich ruiniert werden sollten. Die in das staatliche Eigentum überführten Ländereien wurden dann an eingewanderte Japaner zu sehr günstigen Preisen verkauft. Bis Ende 1919 hat die Kolonialregierung die Ansiedlung von 351 japanischen Haushalten in Korea zugelassen. Sogar der pro-japanische Intellektuelle *Yoon Chi-ho* war empört darüber, dass das japanische Generalgouvernement mit dieser Ansiedlungspolitik die Lebensgrundlage der koreanischen Bevölkerung zerstörte (Park Ji-hyang 2001: 163).

Die Lage für koreanische Bauern, genauer: Pächter, hat sich weiter verschlechtert, weil die japanische Kolonialregierung, Korea zum Hauptlieferanten von Reis an das japanische Heimatland machen wollte. Nach der abgeschlossenen Landvermessung verkündete das Generalgouvernement 1920 das Projekt der Ertragssteigerung von Reis.

³ Nach der Volkszählung am 1. Mai 1944 durch das Generalgouvernement waren ca. 80% aller Koreaner über 12 Jahre alt Analphabeten (Han-Guk Il-bo vom 27. 09. 1995). Wenn man die während der ganzen Kolonialzeit von den nationalistischen Intellektuellen durchgeführte massive Alphabetisierungskampagne für die Bauern berücksichtigt, muss die Analphabetenquote gegen 1910 viel höher gewesen sein.

Dieses sollte eigentlich auf eine intensivere Nutzung von Anbauflächen und damit auf eine Ertragssteigerung von Reis abzielen. Weil dadurch eine Monokultur von Reis bewirkt wurde, sank die Diversifizierung der Landwirtschaft. Der Anbau von Tabak und Ginseng nahm erheblich ab. Zwar wurde neben Reis auch Baumwolle produziert, dies aber für die Textilindustrie in Japan, deren Fertigprodukte wiederum die koreanischen Kleinbetriebe in den Ruin trieben. Auch der erzielte Produktivitätszuwachs war geringfügig, weil der Reisanbau nicht nur von der Anbauweise, sondern auch von klimatischen Bedingungen abhängt. So konnte eine Dürre oder eine Überschwemmung alle technologisch erzielten Ertragszuwächse vernichten, was in den 1920er Jahren häufig eintrat. Dennoch nahm der Export von Reis nach Japan beträchtlich zu. Während 1920 13,8 % der Reiserträge nach Japan exportiert wurden, stieg der Reisexport für das Jahr 1925 auf 34,9% für 1930 auf 40,2% der Ernte. Damit verbreitete sich die Unterernährung der Koreaner drastisch. Die Reis-Monokultur führte zu einseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit von Bauern, die bei Missernten oder nur Mindererträgen in Existenznot gerieten, zumal zu Pachtabgaben auch Kosten für Dünger und Transport traten. Dies führte dazu, dass viele koreanische Bauern ihre Höfe aufgaben. Die aufgegebenen Teile an Bauernland gelangten an japanische Einwanderer. Diese Verschiebung des Grundeigentums bewirkte ein großes Gefälle zwischen dem Lebensstandards von Koreanern und eingewanderten Japanern. So betrug 1919 der Reiskonsum pro Person in Korea ca. 120 Liter, unter japanischen Einwanderern aber ca. 205 Liter, also fast das Doppelte. Während der nahrungsmittelarmen Saison zwischen März und Mai mussten 50 % der koreanischen Bauern ihren Hunger mit Graswurzeln und Baumrinden stillen. Während des Pazifischen Krieges überschritt der Exportanteil von Reis die Grenze von 60%, im Jahre 1944 betrug er sogar 63,8%. Aus solcher Hungersmisere wanderten koreanische Bauern, die ohnehin ihren Landbesitz oder ihr Pachtland verloren hatten, nach Nordchina und Sibirien. Andere siedelten unter miserabelsten Bedingungen in die Städte um. Noch andere führten als Nomadenbauern ein erbärmliches Leben in den Bergen, wo sie sich durch Brandrodungen kleine Anbauflächen für den Getreidebau schafften. 1939 betrieben allein 340.000 Haushalte nach Aufgabe ihrer Höfe „Nomadenwirtschaft“ durch Brandrodung in abgelegenen Berggegenden (Song Jong-Bok 1994: 478-479).

Die Landwirtschaftspolitik der Kolonialregierung hat sich auf Grundbesitzer und

Pächter unterschiedlich ausgewirkt. Die Grundbesitzer profitierten vom Reisexport nach Japan. Denn die Kolonialmacht, die zumindest in der Anfangsphase der Kolonialherrschaft auf die Unterstützung der Grundbesitzerklasse angewiesen war, fand in ihr einen Verbündeten, der stabile Verhältnisse auf dem Lande garantieren konnte, wie sie mit Polizeigewalt allein nicht herzustellen waren (Shin Gi-Wook 1996: 51). Auf lokaler Ebene bediente sie sich der vorgefundenen Machtstrukturen von Grundbesitzern, denen sie im Gegenzug deren ererbte wirtschaftliche Privilegien garantierte (E. Chen 1984: 245; Kim Dong-No 2006: 38). Leidtragende dieser Allianz waren die Pachtbauern, die wirtschaftlich wie politisch dem Druck von Grundbesitzern und von der Regierung ausgesetzt waren. Die ungleiche Bodenverteilung verschärfte sich unter japanischer Herrschaft noch. So stieg der Anteil der Pachtbauern von 41 % (1912) auf 51 % (1936), während der Anteil der Eigentümer entsprechend abnahm (Henderson 1968: 76f). 44,6 % aller Haushalte konnten 1924 ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft decken und waren gezwungen, sich zu Wucherzinsen zu verschulden. Die Weltwirtschaftskrise Ende der 1920 Jahre, die zum Verfall des Reispreises führte, bewirkte noch höhere Verschuldung und Hungersnöte, die viele Bauern zwangen, sich von Gras und Rinde zu ernähren (Shin Gi-Wook 1996: 68f). Auch neue Steuern, die das Generalgouvernement erhob, haben die Lage von den Bauern verschärft. *Yoon Chi-ho* hat in seinem Tagebuch zwar zugegeben, dass die koreanische Landwirtschaft unter der japanischen Herrschaft hinsichtlich der Technologie und der Erträge große Fortschritte gemacht hat. Jedoch klagte er, das japanische Generalgouvernement habe kleinste Beträge ausfindig gemacht, die koreanische Bauern erwirtschaft hatten, und darauf hohe Steuern erhoben, die den Anstieg des Lebensstandards der koreanischen Bauern verhinderten und sie in die beispiellose Armut trieben (Park Ji-hyang 2001: 350).

Sowohl die Landvermessung als auch andere landwirtschaftspolitische Maßnahmen verschärften die Ausbeutungsverhältnisse auf dem Lande. Weil die Landvermessung viele koreanische Pächter und Bauern aus ihrem Landbesitz vertrieben hatte, stand nun der gleichen Anbaufläche die größere Zahl von Anwärtern um ein Pachtland gegenüber, was die Konkurrenz der koreanischen Bauern um ein Pachtverhältnis verschärfte. Dagegen konnte die Grundbesitzerklasse unter dem Schutz der japanischen Kolonialregierung weiter gedeihen. Einer Statistik aus dem Jahre 1930 zufolge konnten 757 koreanische und 236 japanische Grundbesitzer mehr als 144.000 kg Reis als

Pachtgebühr (ca. 100 Hektar Ackerland) einnehmen. 43 koreanische und 65 japanische Grundbesitzer konnten mehr als 1440.000 kg Reis als Pachtgebühr einnehmen. Diese besonders reichen Grundbesitzer gelangten zu ihrem Reichtum durch Missbrauch der politischen Macht, Wucherei, das Pfandgeschäft oder harsches Eintreiben der Pachtgebühren und konnten so ihren Landbesitz weiter vermehren. Sie unterhielten meistens auch eine Brennerei oder eine Reismühle. Aus Angst vor Angriffen durch Unabhängigkeitskämpfer und Pächter ließen sie Polizisten bei ihnen zu Hause leben oder ein Polizeirevier in ihrer Umgebung aufbauen. Im Gegenzug zahlten sie große Summen an Spenden oder Abgaben an die japanischen Kolonialbehörden. So entstand eine Patron-Klient-Beziehung zwischen der Kolonialregierung und den Grundbesitzern (Lee Yi-Hua 2004: 235-237). Die Großgrundbesitzer, meistens abwesende Grundbesitzer, heuerten Farmvorsteher und Hausverwalter an, die für sie Grund- und Pachtzins verwalteten und befugt waren, nach ihrem Belieben das Pachtverhältnis zu verlängern oder aufzukündigen. Auch die Farmvorsteher unterhielten Brennerei oder Reismühle und trieben Wucherei (Lee Yi-Hua 2004: 237-8).

Als Handlanger der Grundbesitzer tyrannisierten die Farmvorsteher die Pächter, wie die folgende Geschichte von einem Pächter namens *Man-Gil* zeigt. *Man-gil* pachte am Vorort von Seoul ca. 0.7 Hektar Reisfeld beim Grundbesitzer *Min Bo-gug*. Der Farmvorsteher hieß *Lee Cham-bong*. Um *Lee* bei Laune zu halten, schlachtete *Man-gil* Hähne und bereitete sie zu und lud ihn zu einem Schnaps. Je nach Saison hat er dem Vorsteher auch getrocknete Dattelpflaumen und Karpfen verschenkt. Im Winter hat er jede Freizeit dazu verwendet, für den Vorsteher dessen Hof auszufegen und Brennholz zu hacken. Wenn der Vorsteher und seine Frau einen Spaziergang machten, hat *Man-gil* die Sänfte oder ihr Gepäck getragen. Auch die Frau von *Man-gil* arbeitete umsonst beim Vorsteher. Wenn sie dabei nachließen, gab es Ärger. Einmal hat der Vorsteher *Man-gil* blutig geschlagen, weil er einen Anstandsbesuch für das Neujahr zu spät gemacht hatte (Lee Yi-Hua 2004: 239-221). All diese Unterwürfigkeit war jedoch vergeblich. Eines Tages übernahm ein anderer den Posten des Vorstehers und nahm das Pachtland von *Man-gil* weg, vergab es dann an einen anderen Pächter. Unter bitteren Tränen verkauften *Man-gil* und seine Familie ihr Hab und Gut und zogen in die Mandschurei (Lee Yi-Hua 2004: 241). Auch andere Landbesitzer und ihre Vorsteher nutzten die damalige Praxis aus, dass über 70 % der Pachtverhältnisse ohne schriftliche Verträge

geschlossen wurden. Ohne rechtlichen Schutz wurden viele Pächter dem gleichen Schicksal wie dem von *Man-gil* ausgeliefert. (Lee Yi-Hua 2004: 241).

3.3.4 Kontrolle über Industrie, Handel und andere gewerbliche Tätigkeiten

Die japanische Kolonialregierung hat nicht nur die koreanische Landwirtschaft den japanischen Interessen untergeordnet, sondern auch im industriellen Sektor eigenständige Unternehmensgründungen von Koreanern zu Gunsten von japanischen Kapitalisten verhindert. Das japanische Generalgouvernement erließ 1911 das *Corporation Law*, welches für die Errichtung von Unternehmen und Fabriken auf koreanischem Boden die Genehmigung durch den Generalgouverneur erforderte. Zur Begründung dieses Gesetzes hieß es, "die Kenntnisse der Koreaner über die Unternehmensorganisation sind so mangelhaft, dass es einer angemessenen Regulierung bedarf". Tatsächlich sollte aber das Gesetz dazu dienen, potentielle koreanische Konkurrenten von dem *Eastern Real Estate Company* fernzuhalten, das unter dem Schutz des Generalgouvernements kolonialistische Wirtschaftsaktivitäten wie den Handel mit Land, die Einwanderung von Japanern und Finanzierungsregelungen durchführen sollte. Zudem ermächtigte das Gesetz die Kolonialregierung, die Schließung von Unternehmen, die nach ihrem Ermessen gegen das Recht und die Ordnung verstoßen hatten, anzuordnen (Suzuki Keihu 1989: 107f). 1915 folgte das Verbot der eigenständigen koreanischen Handelskammer, die seit den 1880er Jahren im Zuge der nationalistischen Bestrebung in verschiedenen Orten gegründet worden waren, um die koreanische Wirtschaft vor der japanischen Konkurrenz zu schützen (Jeon Woo-Yong 1997: 111ff; Kirk 1994: 33). Bis 1913 hat die japanische Regierung 289 Firmengründungen durch Japaner genehmigt, während sie nur 63 Firmengründungen durch Koreaner zugelassen hat, obwohl Koreaner mehr Firmengründungen beantragt hatten als Japaner. Genehmigungen für gewerbliche Betriebe mit guter Geschäftsaussicht wie Raffinerie, Tabak- bzw. Alkoholherstellung und Druckereien wurden überwiegend japanischen Unternehmern erteilt, während koreanische Unternehmen meistens in der Lebensmittelherstellung tätig waren. Das *Corporation*

Law hat damit dazu beigetragen, dass japanische Unternehmen, tatkräftig gefördert von der Kolonialregierung und japanischen Banken, auf der koreanischen Halbinsel dominierten. Das erdrückende japanische Übergewicht zeigt sich daran, dass nach dem Erlass des Gesetzes 101 von insgesamt 110 Handels – und Industrieunternehmen in japanischem Besitz waren. 1940 betrug der Anteil japanischer Kapitalanlagen im Handel 76 % und in der Industrie 56 %. Der Gesamtanteil der führenden japanischen Konglomerate (*zaibatsu*) an allen Kapitalanlagen in Korea wurde auf 74 % geschätzt (Koo Choon-Kwon 1998: 115). Wie Donald Kirk es formulierte, "Das Gesetz hat die Funken der koreanischen industriellen Revolution ausgelöscht, die daher auf ihren Start noch ein halbes Jahrhundert warten musste." (Kirk 1994: 33)

Weil auch Gewerbe, die bisher keiner Lizenz bedurft hatten, von diesem umfassenden Lizenzsystem erfasst wurden, wurde auch die Existenz weiterer Gewerbetreibenden bedroht. So mussten jetzt die Betreiber von Ramschladen, Restaurant und Gaststätte, aber auch Rikscha-Träger und Wasserträger eine Lizenz beantragen. Oft erfolgte die Lizenzvergabe willkürlich. Allein die Bemerkung, dass es schon viele Geschäfte in der Branche gebe, reichte aus, einen Antrag auf Lizenzerteilung abzulehnen (Jeon Woo-Yong 2007: 126).

3.3.5 Sonstige Gesetze, die in den Alltag der koreanischen Bevölkerung eingriffen

Auch andere Gesetze und Verordnungen missachteten althergebrachte Bräuche des Volkes und riefen Unmut und Widerstand der Bevölkerung hervor. Am 16. August 1920 veranstalteten die Einwohner von *To-Chi* im Kreis *Gurye* in *Chollanamdo* spontan einen Ringkampf. Mit der Begründung, dass diese Veranstaltung nicht amtlich angemeldet worden war, verboten die Polizisten den Ringkampf, was die versammelte Menge so wütend machte, dass sie die Polizisten mit Steinen bewarfen (Jang-Shin 2004: 582). Die 1912 erlassenen Regeln für Gräber, Krematorien, Einäscherung und Beerdigung schränkten private Gräber ein. Während die Koreaner ihre verstorbenen Eltern traditionell auf ihrem eigenen Hügel begraben hatten, schrieb die von der japanischen Kolonialverwaltung erlassene "Richtlinie für Friedhof" nun fest, dass man alle Leichen,

auch die der eigenen Familienangehörigen, auf einem öffentlichen Friedhof begraben müsse. Die Vorstellung, dass man nun die sterblichen Überreste der eigenen Eltern auf einem Friedhof, dessen Bodenqualität sehr schlecht war, begraben sollte, verletzte die Befindlichkeit der Bevölkerung (Park Gyeong-Shik 1986: 96). Außerdem setzten neue rechtliche Verfahren und Formulare beim Todesfall wie Sterbeurkunde, Bestattungserlaubnis, Begräbnisurkunde usw. den ohnehin traurigen Hinterbliebenen zusätzlich zu, die ausgerechnet in der Zeit der Trauer um die verstorbenen Eltern lästige bürokratische Prozeduren und Kosten über sich ergehen lassen mussten (Park Gyeong-Shik 1986: 97).

Die meisten Koreaner betrachteten auch die von der Kolonialverwaltung neu eingeführten Steuern für Alkohol, Zigaretten und Hausschlachtungen als erdrückend, weil diese Produkte und Tätigkeiten in der Choson-Dynastie nicht besteuert worden waren (Park Gyeong-Shik 1986: 97). Die Verordnung für Forstwirtschaft von 1911 hat den Allgemeinbesitz an Wäldern aufgehoben. Die "Regelung für Schlachtungen" verbot Schlachtungen außerhalb des Schlachthofes. Eine Reihe von Verordnungen für die Tabakproduktion betraf die Branche sehr hart. Es wurde die Anbaufläche für Tabakproduzenten festgesetzt, was viele kleine Tabakbetriebe in den Ruin getrieben hat. Die Tabaksteuer wurde durch das Tabakmonopol des Staates ersetzt. Schließlich wurde 1927 die Tabakfertigung zum Eigenverbrauch verboten. Die Alkoholverordnung von 1916 setzte die minimale und maximale Produktionsmenge von Alkohol fest und verbot ab 1934 die Produktion von Alkohol zum Eigenverbrauch (Lee Cheol-Woo 2006: 173).

Zudem verkündete das Generalgouvernement am 17. April 1911 die Verordnung über die Enteignung von zugunsten öffentlicher Projekte wie Verteidigung, Militär, Bau von Amtsgebäuden, Schulen, Eisenbahnen, Straßen und Deichen. Auf der Basis dieser Verordnung hat das Generalgouvernement 1919 ca. 700 Häuser von koreanischen Einwohnern in Seoul enteignet, um das Baugelände für den Bahnhof und für Autostrassen zu sichern. Obwohl *Yoon Chi-ho* solche Projekte der Stadtentwicklung für notwendig hielt, klagte er in seinem Tagebuch am 25. Mai 1919, dass das japanische Generalgouvernement die Enteigneten nicht ausreichend entschädigt hatte (Park Ji-Hyang 2001: 115). So verletzte die kolonialpolitisch aufgezwungene Verrechtlichung der Lebensbereiche das Gemüt der Bevölkerung und bot den Nährboden für Misstrauen gegen das Rechtssystem.

3.3.6 Polizei im Alltag

Auch das koloniale Polizeisystem beeinflusste die Einstellung der Koreaner zum modernen Rechtssystem und zum Staat. Als Vorbild für das Polizeisystem im kolonialen Korea diente das japanische Polizeisystem. Die Verwaltungspolizei in Japan hatte die Aufgabe, dem Volk westliche Sitten und Lebensformen im Alltag bis ins Details aufzuzwingen und dafür die einzelnen Bereiche des öffentlichen Lebens auf bestehende Gefahren hin zu überwachen. Während die gerichtliche Polizei für die Ermittlung von Verbrechen und die Verhaftung von Verbrechern zuständig war, konzentrierte sich die japanische Verwaltungspolizei darauf, gesellschaftliche Konflikte und Verbrechen vorzubeugen. Nach den im März 1875 erlassenen "Richtlinien der Verwaltungspolizei" bestanden vier Hauptaufgaben der Verwaltungspolizei in: 1) der Gefahrenabwehr 2) dem Gesundheitsschutz 3) der Bekämpfung von Unzucht, Ausschweifungen und Faulheit 4) im Aufspüren und Verhindern von Gesetzesübertretungen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, musste die japanische Polizei vorbeugend auch in allgemeine Verwaltungsaufgaben eingreifen.

Dieses japanische Polizeisystem wurde unmittelbar mit der Annexion in Korea eingeführt. Die 1912 erlassenen "Regeln für polizeiliche Bestrafung" schrieben vor, dass insgesamt 87 Verstöße gegen die *Hygiene* und die öffentliche Ordnung mit Haft und Bußgeld geahndet werden sollten. Außerdem wurden Handlungen in Lebensbereichen, die früher außerhalb des staatlichen Interesses lagen und dem staatlichen Eingriff nicht untergeordnet worden waren, nun der staatlichen Regulierung unterzogen. Sie umfassten viele eigentlich harmlose Aktivitäten. Hierzu einige Beispiele: Wanderung ohne festen Wohnsitz oder Erwerbstätigkeit; Betteln oder Anstiftung zum Betteln; kollektive Petition bei der Behörde; Betreten der Reisfelder im fremden Eigentum usw. In der 1915 veröffentlichten "Arbeitsanweisung der Polizei" sind Zuständigkeitsbereiche der Polizei aufgeführt, die alle Lebensbereiche von der Volkszählung über die Gesundheit, Religionsfragen, Essen und Trinken, Verkehr, Katastrophenschutz, Reise, Versammlungen jeder Art, politische Meinungsäußerung, Berufswahl bis hin zum Tod unter die Kontrolle der Polizei stellten. Polizeiliche Überwachung betraf nicht nur politische Tätigkeiten, sondern auch Bildung und Religion, und die Verwaltungspolizei hatte Befugnisse, für 88 Branchen und Berufen

Genehmigung zu erteilen oder sie zu widerrufen (Park Kyung-Sik 1986: 51f)

Die Rigidität und Repressivität der kolonialen Rechtsordnung war besonders in der Kontrolle der Gewerbe spürbar. Die Verordnungen über Gewerbetätigkeiten, die nach der Annexion erlassen und verkündet wurden, unterstellten jegliche Berufstätigkeiten der direkten Kontrolle durch die Kolonialpolizei. Für Behörden und Unternehmen gab es gesonderte Dienstvorschriften. Die Kontrolle der Berufe, die eigentlich unpolitischen Zwecken wie Hygiene und Wettbewerbsordnung sowie der Bekämpfung der Sittenwidrigkeit dienen sollten, wurde auch dazu missbraucht, die koreanische Bevölkerung in Zeiten der antijapanischen Unruhen und Widerstände besser zu überwachen und einzuschüchtern. Das betraf vor allem Berufsschreiber, Handelsvertreter, Gastwirte und die Betreiber von Ramschläden. In der *Chosun*-Dynastie haben die Berufsschreiber im Auftrag von Prozessierenden Formulare für Gerichtsverfahren ausgefüllt, weil die überwiegende Mehrheit des einfachen Volkes Analphabeten und die Formulare für Gerichtsprozesse sehr kompliziert waren. Nun sollte die koloniale Verordnung über Berufsschreiber tatverdächtigen Koreanern den Zugang zu einem fairen Gerichtsverfahren erschweren. So hat die Kolonialpolizei gleich nach der Verkündung der Verordnung alle Berufsschreiber zu sich zitiert und davor gewarnt, zugunsten der Prozessierenden Gerichtsformulare auszufüllen (Jeon Woo-Yong 2007: 115). Die Kontrolle über Gastwirte und Handelsvertreter sollte zur Ermittlung der Identität von Schlafgästen dienen. Demnach sollten die Gastwirte bei der Polizei die Identität, die vorigen und die nächsten Reisestationen von Schlafgästen innerhalb 24 Stunden nach deren Abreise melden. Auch die Kontrolle von Ramschladen zielte auf Ermittlung von Diebesgütern ab (Jeon Woo-Yong 2007: 115f). Mit all diesen Verordnungen und Kontrollen konnte das japanische Kolonialregime in den Alltag der Koreaner eingreifen. Weil die Mehrzahl von strafrechtlichen Verfahren Verstöße gegen Gewerbe-Verordnungen betraf, haben diese Verordnungen enorme disziplinarische Wirkungen auf den Alltag in Korea ausgeübt (Lee Cheol-woo 2006: 173-174). Wie der japanische Korrespondent für Korea *Nagano Seigo* in einem Bericht formulierte, gingen die Befugnisse der japanischen Militärpolizei in Korea über administrative und legislative Befugnisse hinaus. Sie mischte sich auch in Bereiche wie die Verbesserung der gesellschaftlichen Bräuche ein, für die eigentlich Pädagogen zuständig sind, ferner in die Ermittlung der Kreditwürdigkeit, die eigentlich Aufgabe des Detektivbüros ist,

und in die Analyse der Wirtschaft, die eigentlich Unternehmen durchführen sollten (Park Gyeong-sik 1986: 53)

Darüber hinaus fiel der Polizei auch die Rolle zu, andere Behörden, die aufgrund von Personalmangel ihre Aufgaben nicht bewältigen konnten, zu unterstützen. Dies galt vor allem für viele Vorhaben, die das Generalgouvernement durchführte, um die herkömmlichen koreanischen Bräuche und Sitten zu beseitigen und dem Volk moderne Wertvorstellung und Lebensweisen einzubläuen. Typische Beispiele waren: Personenkontrollen und Antreiben der Arbeiter bei der Erneuerung von Straßen, Brücken und Dämmen und anderen öffentlichen Bauvorhaben, Mahnung der säumigen Steuerzahler, Hilfe bei der Landvermessung, Überzeugungsarbeit für neue Steuern und neue Maßeinheiten, Ermunterung zur Viehzucht, Fischerei- und Schmuggelkontrolle, Waldschutz, Schädlingsbekämpfung, Geleitschutz für Postsachen usw. Solche Vorhaben, die oft auf die Missbilligung und den Widerstand des Volkes stießen, waren auf den Einsatz der polizeilichen Gewalt angewiesen. Die Polizisten waren auch Gerichtsvollzieher und Schlichter bei Zivilprozessen. Je nach Region gehörte auch Nötigung zum Beitritt zum Roten Kreuz und zum Club der patriotischen Hausfrauen zu ihren Aufgaben. (Park Kyung-Sik 1986: 44).

Weil der Polizei so viele Aufgaben aufgetragen wurden, wurde sie sogar mit der Behörde schlechthin gleichgesetzt. Diese umfangreichen Befugnisse der Polizei beeinflussten den Umgang der Polizei mit den Koreanern. Im Vergleich zum großen Umfang der Aufgaben war aber das Bildungsniveau der Polizisten zu niedrig, so dass es ihnen selbst schwer fiel, sich die Kenntnisse über die neu erlassenen Gesetze anzueignen. Daher verstand das Volk nicht, warum die althergebrachten Bräuche abzuschaffen sind. So stießen polizeiliche Mitteilungen über neue Gesetze auf Unverständnis, gar auf heftige Widerstände (Jang Shin 2004: 563ff).

Auf solche Widerstände reagierte die Polizei ihrerseits mit Zwang und Bestrafung, statt mit Aufklärung über die Gesetze. Vor allem durch die "Verordnung über abgekürzte Verurteilung"(1910), welche die Polizei dazu befugte, Verdächtige ohne Gerichtsverhandlung zu verurteilen, wurde sie mit der Macht ausgestattet, die den Befugnissen des Generalgouverneurs vergleichbar war (Jang Shin 2004: 568f). Die Polizei war befugt, einen Strafverdächtigen zumindest für zwei Wochen bis zum Gerichtsprozess zu inhaftieren. Das Recht auf Haftprüfung war nicht bekannt. Sie war

auch befugt, die Haftzeit um 10 Tage zu verlängern. Den Beschuldigten wurde auch Rechtsbeistand durch einen Rechtsanwalt und Besuch durch Freunde verwehrt. Folter wurde unbeschränkt praktiziert, man wurde als schuldig betrachtet, bis die Unschuld bewiesen wurde. Zudem hat die Polizei, obwohl sie über keine juristische Kenntnisse verfügte, bei Gerichtsverhandlungen faktisch die Rolle des Staatsanwaltes übernommen (Park Gyeong-Sik 1986: 54).

Die Polizei der Kolonialregierung hat vor allem nationalistische politische Aktivisten, die gegen die Annexion und die koloniale Unterdrückung Widerstand leisteten, sehr grausam behandelt. Pastor *Yoo Han-ik* wurde wegen des Verdachts der Anstiftung zum friedlichen Volksaufstand 1919 in *Cheol-won*, Provinz *Kang-won* verhaftet und Ende Mai freigelassen. *Yoon Chi-ho*, der Pastor *Yoo* zum Mittagessen eingeladen hatte, sah dass dieser während der Haft von der japanischen Polizei verprügelt worden war. "Ihn hatte die Polizei während der Vernehmung mit einem Knüppel auf dem Rücken und dem Nacken verprügelt, mit Fäusten ins Gesicht so geschlagen, dass sechs Zähne gebrochen wurden." Nach Angaben von Pastor *Yoo* hat die Polizei anderen Gefangenen Wasser in den Mund gezwungen und sie verprügelt. Wenn diese Gefangenen bewusstlos wurden, trat ein Polizist auf den Bauch, so dass das Wasser aus Mund und Nase herauskam. Diese Foltermethode fügte den Opfern unerträgliche Leiden zu, ohne Spuren zu hinterlassen. So konnten das Generalgouvernement und pro-japanische Zeitungen behaupten, die Gefangenen seien nicht gefoltert worden (Park Ji-hyang 2001: 176). *Yoon Chi-ho* schrieb auch über seinen Kollegen von CVJM *Choi Gyeong-seon*, der wegen des gleichen Verdachts verhaftet worden war. Obwohl er nach einigen Tagen freigelassen wurde, musste er weiter in *Pyong-yang* bleiben, denn "er wurde von der Polizei so verprügelt, dass ihm nun nur noch Knochen übrig geblieben sind. Ein Freund von ihm, der ihn bis zum Polizeirevier begleitet hatte, hatte bald nach dem Beginn der Folter die Verhörkammer verlassen, weil er den fürchterlichen Aufschrei seines Freundes nicht ertragen konnte." (Park Ji-hyang 2001: 178)

Solche Repressivität der Kolonialpolizei war nicht nur in politischen Fällen zu finden. Es war gang und gäbe, dass die Polizei bei Ermittlung eines Verbrechens die Frau des Verdächtigen vergewaltigte und Hab und Gut raubte. Das niedere Volk wusste nicht, wie man gegen solche Tyrannei rechtlich vorgehen konnte. Staatsanwälte, die gegen die fraglichen Militärpolizisten ermitteln sollten, waren zur Feststellung des Tatbestands auf

die Kooperation mit der Polizei angewiesen und daher gegenüber den Verbrechen der Militärpolizei hilflos. (Park Gyeong-Sik 1986: 54). Wenn einer auf dem Formular für die Ummeldung bei der Polizei ein Pünktchen oder einen Strich auch nur schräg geschrieben hatte, hat die Polizei das Formular schroff abgelehnt. Und die Militärpolizei ließ einen mit ins Polizeirevier vorladen, ohne Gründe zu nennen. Dem ahnungslos Vorgeladenen wurde erst bei der Ankunft mitgeteilt, dass sein Grundstück vom Staat zum Straßenbau enteignet werden sollte, wofür er mit seinem Siegel seine Zustimmung bestätigen sollte. Es kam sogar vor, dass ahnungslos Vorgeladene auf der Stelle zur Zwangsarbeit für verschiedene Bauvorhaben eingezogen wurden (Park Gyung-Sik 1986: 53). Zeitungsberichten zufolge kam es häufig vor, dass ein Polizist plötzlich die Wohnung eines Koreaners betrat und ihn wie einen Kriminellen sehr schroff und unhöflich anredete, obwohl dieser kein Tatverdächtiger war. Wer diese Unhöflichkeit kritisierte, wurde vom Polizisten angeschrien oder gar verprügelt (Jang Shin 2004: 577).

Nagano Seigo zufolge wurde der Unmut des Volkes auch von der Praxis der Polizei hervorgerufen, dass sie die Stellen der neu zu bauenden Straßen einfach durch das Zeichnen mit einem Bleistift auf der Landkarte bestimmte, ohne die Ortsbewohner und die Grundeigentümer nach ihren Meinungen zu fragen. So ließ das japanische Generalgouvernement eine neue gerade Landstrasse bauen, die von *Dae-jeon* nach *Gong-Ju* fährt, obwohl schon seit jeher eine große Landstrasse die beiden Ortschaften, wo traditionell eine rege Handelstätigkeit geherrscht hatte, verbunden hatte. Dabei hat der Polizeipräsident von Provinz *Chungcheong-Namdo* einfach auf der Landkarte mit einem Bleistift eine gerade Linie gezogen, um die zu bauende Landstrasse zu bestimmen. Für den Bau dieser Landstrasse wurden allerdings Grundstücke von Bauern enteignet, und die Bauern zur Zwangsarbeit eingezogen. Sogar diejenigen, die von der Hand in den Mund lebten, wurden zur Zwangsarbeit eingezogen, ohne dafür entlohnt zu werden. Einige von ihnen mussten sogar eine sehr lange Strecke hinter sich bringen, um zur Baustelle zu kommen. Diejenigen, die sich keine Unterkunft leisten konnten, mussten nach harter Arbeit im Freien schlafen (Zitiert nach Park Gyung-sik 1986: 53).

Die Repressivität der Polizei hat auch Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen begleitet. Sofort nach der Annexion hat die japanische Kolonialregierung Kampagne gegen den moralischen Verfall, Faulheit, Verschwendung und Ausschweifungen gestartet. Dabei wurden moderne Tugenden wie Fleiß,

Sparsamkeit, Zeitbewusstsein, Disziplin und Mäßigung als Selbstzweck gepriesen, und die dazu notwendigen Maßnahmen wurden mit Zwang durchgeführt (Kim Gyeong-II 2003: 31). Dies lässt sich an den folgenden Beispielen gut veranschaulichen. Das japanische Generalgouvernement erließ 1912 Verordnungen zur Reinigung der Wohnungen und zur Abfallbeseitigung. Dann verkündete es 1915 eine Verordnung zur Vorbeugung gegen die Epidemien, welche Korea seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts heimgesucht hatten. Dem Polizeipräsident wurde ermächtigt, diese Verordnung nach eigenem Ermessen in Kraft zu setzen oder zu widerrufen. Die Polizeiklärte die Bevölkerung über die Methoden zur Reinigung und die bevorstehenden Schritte zur Durchführung der Verordnung auf, patrouillierte und überprüfte die Bezirke im Hinblick auf Sauberkeit. Um die Ausbreitung von Epidemien zu verhindern, startete die Polizei die Kampagne gegen Mäuse, Fliegen und Läuse. Außerdem verteilte sie Wurmmittel, um die Parasiten zu bekämpfen. Stellten die Inspektoren einen unbefriedigenden Sauberkeitszustand fest, wurden Geldbußen oder gar Prügelstrafen verhängt (Lee Yi-Hua 2004: 105-106).

Daher stießen einige Maßnahmen zur Hygiene und zur besseren Ordnung des Verkehrs auf die Ablehnung der Bevölkerung. Die Reinigung der Wohnung ebenfalls blieb Augenwischerei: wenn die polizeiliche Überwachung nachließ, warf man Abfälle auf den Strassen weg und urinierte überall. Man entsorgte den Abfall nur, um der Bestrafung zu entgehen, aber die Entsorgung wurde nicht in den Köpfen der Menschen als lebensnotwendige Hygiene-Maßnahme verinnerlicht (Lee Yi-Hua 2004: 108). *Yoon Chi-Ho* hat beschrieben, welche absurde Form die Kampagne gegen die Fliegen annahm. Die Behörde in Seoul hatte den Einwohnern zugesagt, dass sie für jede Fliege, die fing und zum Rathaus brachte, drei Groschen als Prämie erhalten würde. Als aber die Einwohner sehr viele Fliegen gefangen und zum Rathaus gebracht haben, hat die Behörde die Annullierung ihrer Zusage verkündet. Auch wenn *Yoon Chi-Ho* der Kampagne gegen die Fliegen aus hygienischen Gründen zustimmte, klagte er über das Verhalten der Behörde, die glaubte, die Bevölkerung über den Tisch ziehen zu dürfen (Park Ji-hyang 2001: 228f).

Auch bei Maßnahmen zur Verkehrsordnung, die Verkehrsunfälle reduzieren sollten, griff die Polizei hart durch, um die Fußgänger und Autofahrer zum Linkshalten zu bewegen. Gerade wegen dieser harten Gangart nahm die Zahl der Verkehrsunfälle und

der Verstöße gegen die Verkehrsordnung von Jahr zu Jahr zu (Jang Shin 2004: 580). Manchmal kam es sogar zu Ausschreitungen gegen die Polizei. Als August 1920 viele Menschen an der Cholera starben, wollten die Polizisten die Leichen verbrennen. Etwa Tausend Einwohner protestierten dagegen und demolierten das Büro der Ortsbehörde. Der heftige Widerstand der Bevölkerung wurde vor allem dadurch hervorgerufen, dass jeder Infektionsverdächtige zwangsisoliert wurde. Er konnte erst durch die Entsendung einer Militäreinheit unterdrückt werden (Lee Yi-Hua 2004: 98-99). Die Bevölkerung erkannte zwar die schädlichen Wirkungen der Epidemie, nachdem sie diese selbst erlebt hatte. Solange die Menschen aber ohne ausreichende Aufklärung nur mit polizeilicher Abschreckung zu Hygiene-Maßnahmen gezwungen wurden, wichen sie den Verordnungen aus, wenn die Überwachung nachließ (Jang-Shin 2004: 579-582).

Zwar erzielte das Gesetz zur Reinigung, das mit polizeilicher Kontrolle durchgeführt wurde, in Korea größere Erfolge als in Japan und fand auch positive Resonanz in den koreanischen Medien und sozialen Verbänden, die sich sonst gegenüber der Politik des Generalgouvernements sehr unkooperativ verhielten, aber diese positive Reaktion beschränkte sich nur auf die Studenten und die Intellektuellen. Ansonsten war die Mehrheit der Bevölkerung und der Bauern der Polizei überdrüssig, die sich mit Zwangsmitteln andauernd in den Alltag einmischte und sie mit Zwangsmitteln zu Reinigungs- und Hygiene-Maßnahmen antrieb (Lee Yi-Hua 2004: 95-97).

Den durch die harte Vorgehensweise der Polizei entstandenen Groll musste das einfache Volk erdulden, weil die gesetzlichen Befugnisse der Polizei einfach zu gross waren. Besonders verhasst waren Koreaner, die als Polizeiassistenten das eigene Volk auszuspionieren hatten (Park Gyung-sik 1986: 44). Das so entstandene Misstrauen erschwerte den Versuch der japanischen Polizei, im Alltag der Koreaner die moderne Ordnung durchzusetzen. Zwar wurde in öffentliche Veranstaltungen der Polizei die Volksnähe der Polizei gepredigt, aber das Misstrauen gegenüber der Polizei wurde nicht überwunden (Jang Shin 2004: 577).

Die negative Haltung gegenüber der Polizei wurde durch strukturelle Faktoren verstärkt. Die meisten Polizisten in Korea stammten aus dem niedrigsten Stand *Cheon-Min*. Um ihren japanischen Vorgesetzten ihre Loyalität und Zuverlässigkeit zu erweisen, haben viele von ihnen ihre koreanischen Landsleute, die sie ohnehin mit dem

besonderen Klassenhass beäugt hatten, besonders hart behandelt. Im Gegenzug haben ihre koreanischen Landsleute diese koreanischen Polizisten mehr gehasst und verachtet als die japanischen Polizisten (Henderson 1968: 80; Kim Dong-Choon 2000: 261f). Immerhin repräsentierte die Polizei für die meisten Koreaner die Allgegenwart der kolonialen Unterdrückung. Weil sie aber der Willkür der Polizei keinen effektiven Einhalt bieten konnte, hegten sie unterschwelligen Hass und Angst. Das Gesetz, die Polizei und sogar die soziale Ordnung wurden als Requisiten der fremden Tyrannei gehasst (Henderson 1968: 80).

Jedoch steckte hinter diesem Hass und Angst auch der Neid auf den Polizeiberuf. In der *Chosun*-Dynastie war der Beruf Polizist keineswegs ein Traumberuf. Er war schlecht bezahlt und verfügte über keinen großen Spielraum bei der Machtausübung gegenüber dem niederen Volk. Das sollte sich nun in der Kolonialzeit schlagartig ändern. Obwohl Polizisten als Inbegriff der verhassten kolonialen Herrschaft galten, war der Polizist als Beruf so populär, dass ab 1919 die Anzahl der Bewerber für den Polizeidienst die Anzahl der Stellenangebote um ein Vielfaches überstieg (Jang Shin 2004: 577). Dies lag sicherlich daran, dass aufstrebende Menschen aus unteren Schichten den Polizistenberuf als Mittel zum Schutz vor den Repressalien der Kolonialbehörden und zur Teilhabe an materiellem Wohlstand und sozialem Prestige betrachtet haben: die Chancen, die ihnen früher in der Ständeordnung verwehrt geblieben waren (Henderson 1968: 80).

Aus diesem Grund wurde um den Beruf „Polizist“ sogar der Machtkampf zwischen sozial Mächtigeren und Schwächeren ausgetragen. Das lässt sich am oben erwähnten Fall von *Man-Gil*, dem Pächter von *Min Bo-Gug* veranschaulichen. *Man-Gil* hatte einen Nachbarn *Kim*, ebenfalls Pächter von *Min*. Weil der Sohn von *Kim* ein Polizist war, wurde *Kim* vom Vorsteher weniger ausgenutzt als *Man-gil*. *Man-gil* wollte daher auch seinen Sohn zum Polizisten machen und meldete ihn bei einer Grundschule an. Als der Vorsteher *Lee* davon erfuhr, zitierte er *Man-gil* zu sich und schimpfte ihn aus. "Bist du verrückt? Hast du deinen Sohn zur Schule geschickt, um ihn zu verhätscheln? Wer an der Schule lernt, hat keinen Respekt vor Yangban, Älteren, sogar vor den eigenen Eltern. Sieh mal den Sohn von *Kim*! Als Polizist schimpft er *Yangban* aus, prügelt ältere Menschen und raucht vor den Älteren Zigaretten". Da musste *Man-gil* die Anmeldung seines Sohnes für die Grundschule zurückziehen (Lee Yi-Hua 2004: 240f).

Neben dem Polizistenberuf war auch die Karriere beim Militär eine verlockende Alternative zum kümmerlichen Leben auf dem Dorf. So soll sich *Park Chung-Hee*, der spätere Staatspräsident Südkoreas für die Karriere des Militäroffiziers interessiert haben, weil er einmal beobachtet hatte, wie ein japanischer Polizist, der seine Familie oft gegängelt hat, sich gegenüber einem Militäroffizier sehr unterwürfig verhielt (Lee Jun-sik 2009: 238-239; Cho Gap-Je 1998: 81).

Die Geschichte von *Kim Gyu-Min*, der ein ehemaliger hochrangiger Zivilbeamter beim *Mandschuko* (das 1932 von Japan errichtete "Kaiserreich Mandschu") war, könnte m. E. zusätzlichen Aufschluss über die komplizierte Motive und Umstände der Berufswahl von Koreanern in der Kolonialzeit geben. Nach eigenen Angaben wurde sein Großvater, der einen Befreiungskämpfer namens *Oh Dong-Jin* heimlich unterstützt und versorgt hat, mehrmals zur Polizei vorgeladen und geschlagen. Verbittert über die Qual ihres Mannes lag die Großmutter ihrem kleinen Enkel *Kim Gyu-Min* mit der Bitte ständig in den Ohren, ein hochrangiger Zivilbeamter zu werden, weil ihn die japanische Polizei dann nicht rücksichtslos behandeln konnte. Als er alt genug wurde, drängte sie ihn dazu, die Beamtenprüfung abzulegen. So hat *Kim Gyu-Min* während seines Studienaufenthaltes in Japan die Prüfung zum Höheren Zivilbeamten für das *Manschuko* bestanden und als Chef des Steueramtes in *Shin-Gyeong*, Mandschurei gearbeitet. Ihm zufolge bestand das Motiv der Koreaner, als Beamten bei den japanischen Behörden zu arbeiten, nicht darin, dem japanischen Reich oder Imperialismus loyal zu dienen. Vielmehr wollten Koreaner, die in allen beruflichen und anderen kleinen Alltagsbereichen mit japanischen Einwanderern konkurriert haben, auch bei der Konkurrenz um den sozialen Aufstieg nicht hinter den Japanern zurückbleiben (Moon Je-An 2005: 226-7). Es ist m. E. unwahrscheinlich, dass eine Familie, die trotz der wiederholten Vernehmungen und Folter die Befreiungskämpfer unterstützt hat, aus Loyalität zur japanischen Kolonialregierung ihren Nachwuchs zur Bewerbung für den Beamtendienst gedrängt hätte. Vielmehr haben die damals vorherrschenden repressiven Machtverhältnisse mit ihren alltäglichen Gängelungen durch die Polizei und die Behörden viele Menschen dazu veranlasst, solche Berufe wie Polizei und Militäroffizier zu bevorzugen, welche sie und ihre Familie vor der rücksichtslosen Machtausübung durch die Kolonialbehörde schützen konnten.

3.3.7 Benachteiligung gegenüber japanischen Einwanderern

Das Misstrauen von Koreanern gegenüber kolonialen Rechtsordnung verstärkte sich durch die Herrschaftspraktiken, die sie gegenüber japanischen Einwanderern benachteiligten. Durch die Enteignung von Agrarland und seine günstige Veräußerung hat das japanische Generalgouvernement viele japanische Einwanderer nach Korea gelockt. Schon in den 1880er Jahren begann die massenhafte Einwanderung von Japanern. Die Läden, die sie in den 1890er Jahren in verschiedenen regionalen Zentren aufmachten, bildeten schon 1905, also im Jahr des Protektoratsvertrags, ein großes, das ganz Land umfassendes Netz. Unter der Protektoratsverwaltung übernahmen japanische Beamte die Verwaltung und Gerichte und führten japanische Verwaltungsregeln ein. Polizei und Strafvollzug wurden gleichfalls japanisiert, das koreanische Heer wurde entwaffnet und aufgelöst (Kim Dong-No 2006: 39f). Alle wichtigen Stellen in der Verwaltung wurden mit Japanern besetzt (Henderson 1968: 72f). Nach der Annexion warb die japanische Regierung sehr erfolgreich für die Einwanderung nach Korea. Bereits 1882 kamen 3.622 Personen, 1905 waren es über 42.460 und 1910 dann 171.543, 1918 dann 336.812, 1940 dann sogar 708.448 Personen. Als eine neue herrschende Klasse haben die japanischen Einwanderer den Yangban-Stand zahlenmäßig übertroffen (Henderson 1968: 75). Die Berufsstatistik macht die Bedeutung der Einwanderer deutlich. 41,4% der eingewanderten Japaner waren 1937 im öffentlichen Dienst beschäftigt, wobei sie fast alle wichtigen Positionen besetzten. Dagegen waren nur 2,9% der Koreaner in der öffentlichen Verwaltung beschäftigt. 1938 arbeiteten 16,6% der japanischen Einwanderer in der Industrie, 23,4% im Handel. Im selben Jahr arbeiteten nur 2,6% der Koreaner in der Industrie und 6,5% im Handel. 71% der Japaner, aber nur 11,5 % der Koreaner wohnten in Städten. So lebten Japaner und Koreaner auf ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen Niveaus. Solche Differenzen tendierten im Laufe der Zeit eher dazu, sich zu vergrößern als zu verkleinern. Zahlreiche japanische Einwanderer profitierten vom Wachstum der öffentlichen Verwaltung und der wirtschaftlichen Modernisierung. Dagegen blieben die meisten Koreaner vom Segen der Modernisierung ausgeschlossen (Henderson 1968: 75f). Die Japaner lebten meistens in dicht abgeschlossenen Gruppen und pflegten die Verachtung der Koreaner als ihr Ethos

(Henderson 1968: 76). Das Lohnniveau der koreanischen Arbeitnehmer war kaum halb so hoch wie das ihrer japanischen Kollegen. Ferner mussten 46.9% aller koreanischen Fabrikarbeiter mehr als 12 Stunden pro Tag arbeiten. Durch die Kolonialzeit hindurch hat sich die Praxis der Diskriminierung kaum verändert (Lee Hyo-Jae 1996: 98). So hat die starke Präsenz der Japaner als herrschende Klasse die ohnehin repressive koloniale Herrschaft in Korea zusätzlich verschärft.

Der pro-japanische Intellektuelle *Yoon Chi-Ho* schilderte in seinem Tagebuch eingehend mehrere Fälle von Diskriminierung im Alltag. In *Cheol-won*, Provinz *Kang-Won*, lebte ein japanischer Tofu-Händler, der ein Stück Tofu für 4 Groschen verkaufte. Er bekam einen koreanischen Konkurrenten, der Tofu für 2 Groschen verkaufte. Der Japaner verjagte den koreanischen Händler aus dem Dorf und zwang ihn, schriftlich zu schwören, dass er Tofu-Handel nicht mehr in dem Dorf betreiben werde. Nun gingen koreanische Dorfbewohner über die Dorfgrenze hinaus zum koreanischen Händler, um bei ihm Tofu zu kaufen. Daraufhin erhob der Japaner gegen den koreanischen Händler eine Schadenersatzklage. Der zuständige Richter gab dem Japaner Recht, was den koreanischen Händler in den Ruin getrieben hat. Als der Provinzgouverneur *Lee Gyu-Wan* von diesem Fall hörte, beschwerte er sich sowohl bei dem Generalgouverneur als auch dem japanischen Generalstaatssekretär *Yamagata*. *Yamagata* verspottete die Beschwerde, und der Landwirtschafts- und Handelsminister *Obara* meinte, der Richter habe das gerechte Urteil gefällt. *Yoon Chi-Ho* meinte dazu, dass solche Praxis den Hass der Koreaner auf die Japaner provoziert (Park Ji-hyang 2001: 145).

Auch ein Neffe von *Yoon Chi-ho*, der einen Genehmigungsantrag für eine Viehfarm gestellt hatte, wurde enttäuscht, weil die Polizei unter diversen Vorwänden die Genehmigung verweigert hat. Offensichtlich wollte sie die Viehfarm japanischer Einwanderer vor koreanischer Konkurrenz schützen. Auch beim Wohnungsbau mussten die Koreaner vor Baubeginn eine Baugenehmigung einholen, während die Japaner erst nach der Fertigstellung der Wohnung die Baugenehmigung einholen durften (Zitiert nach Park Ji-hyang 2001: 240-241)

Auch koreanische Berufsschreiber mussten Diskriminierung erleben. Weil sie nicht lesen und schreiben konnten, waren viele Koreaner auf Berufsschreiber angewiesen, die für sie komplizierte Formulare und Anträge ausfüllten. Die Kolonialbehörden bevorzugten aber japanische Berufsschreiber, indem sie Anträge, die von japanischen

Berufsschreibern ausgefüllt wurden, zügiger und wohlwillender bearbeiteten als die von koreanischen Berufsschreibern ausgefüllten. Die japanischen Berufsschreiber nutzten dies aus und kassierten von ihren koreanischen Kunden wesentlich höhere Gebühren ab (Zitiert nach Park Ji-Hyang 2001: 242-243).

Auch die Maßnahmen zur Stadterneuerung in Seoul konzentrierten sich auf die Stadtviertel, wo das geschäftige Treiben von Japanern und Ausländern herrschte. Dagegen wurden Wohnviertel von Koreanern von der Erneuerung ausgeschlossen. Hier wurden mehrere Wochen die Straßen sogar mit Abfällen und Mist aus Mülleimern und Toiletten überflutet, was Ekel, Verdruss und Missmut der Bewohner provozierte (Zitiert nach Park Ji-Hyang 2001: 230f). Auch bei der Entscheidung über das Standort für die Verwaltung wurde diskriminiert. Im Dezember 1924 hat das Generalgouvernement beschlossen, den Standort für die Provinzregierung der Gyeong-Nam Provinz von Jin-Ju nach Busan zu verlegen. Meinungen koreanischer Provinzbewohnern wurden nicht berücksichtigt. Denn die Kolonialbehörde hatte nur die Interessen der japanischen Einwanderer, die überwiegend in Busan wohnten, im Sinne (Zitiert nach Park Ji-hyang 2001: 253).

Im Folgenden noch einige Beispiele aus anderen Bereichen des Alltagslebens: Während der Kolonialzeit erhielten koreanische Beamte zumeist nur die niedrigsten Stellen in der Amtshierarchie. Die niedrigen Beamten in der Kolonialzeit litten unter schlechten Arbeitsbedingungen und einem enormen Image- und Statusverlust. Überdies war die Besoldung für die unteren Beamten zu niedrig. Während der Eingangsgehalt für eine Grundschullehrerin 40 *Won* pro Monat betrug, bekam ein koreanischer Polizist monatlich nur 30 *Won*. Im Kontrast zum oberflächlich mächtigen Erscheinungsbild der Kolonialpolizei stand die traurige Tatsache, dass viele koreanische Polizisten in Schlamm-Hütten lebten oder sich wegen der Lebensnot umbrachten. Ein behagliches Leben für einen Polizisten war nur mit der Annahme von Bestechungsgeldern möglich. Die damals häufig an die Polizisten gerichtete amtliche Warnung vor Bestechung deutet an, dass die Bestechlichkeit fast alltäglich war. Außerdem waren die koreanischen Polizisten ständig von Entlassungen bedroht. Auch die Chancen auf Beförderung wurden nur Japanern zuteil. Obwohl die koreanischen Polizisten 1920 zum ersten Mal gemeinsam die Abschaffung der Diskriminierung forderten, wurden ihre Forderungen nicht angenommen (Jeon Woo-Yong 2007: 134-5).

Für Hochschulabsolventen bedeutete der Lehrerberuf mit einer guten Vergütung und mit einem hohen sozialen Ansehen einen privilegierten Status. Aber auch dieser Beruf wurde überwiegend von Japanern ausgeübt. Einer Untersuchung von 1930 zufolge standen 2137 japanische Lehrer nur noch 992 koreanischen Lehrern (knapp 32 %) gegenüber. Je höher die Stufe der Schule und der Amtshierarchie, desto höher war der Anteil der japanischen Lehrerschaft. Der Anteil der Grundschulen, deren Schuldirektoren Koreaner waren, lag unter 10%. 1925 hat sich der Unmut über den Personalstau bei den koreanischen Lehrern offen geäußert (Jeon Woo-Yong 2007: 136-7). Ab Mitte der 1920er Jahre forderten Koreaner eine Bildungspolitik, die den koreanischen Lehrern mehr Gewicht zugestand. Als der Innensenator der Provinz *Kyong-Gi* angesichts des aufkommenden nationalen Bewusstseins der Koreaner anwies, dass für die Unterrichtsfächer Ethik, Geschichte und Geographie möglichst nur japanische Lehrkräfte einzustellen seien, gab es unter den koreanischen Absolventen und Schülern große Unruhen. Elternbeiräte und Schulbeiräte forderten, koreanische Lehrer einzustellen, und einige Schulen sind sogar in einen Unterrichtsboykott eingetreten. Es war aber alles vergebens (Jeon Woo-Yong 2007: 136-7).

So haben die starke Präsenz und Exklusivität der japanischen Einwanderer die Entfremdung der Koreaner von dem Kolonialregime und der Politik überhaupt verstärkt. Die Diskriminierung von Koreanern im alltäglichen Leben bestärkte viele in dem Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein (Henderson 1968: 76). Nach dem Volksaufstand von 1919 sagte *Yoon Chi-ho* zum Geschäftsführer von Beijinger CVJM *Gleason*, dass neben der Unterdrückung der Presse- und Meinungsfreiheit die massenhafte Einwanderung der Japaner und die Verdrängung der Koreaner aus allen öffentlichen Ämtern durch die Japaner den Unmut der koreanischen Bevölkerung provoziert hatten (Park Ji-hyang 2001: 109).

3.3.8 Das Misstrauen der Bevölkerung gegen das Rechtssystem

Das vom japanischen Generalgouvernement eingeführte Rechtssystem, das die Existenz und den Alltag des koreanischen Volkes spürbar beeinflusste, hat beim koreanischen Volk wegen seiner Repressivität und Fremdbestimmtheit Misstrauen

gegenüber dem Rechtssystem schlechthin gefördert. Jede Form von Verstoß gegen das Recht wurde mit der Aura des Patriotismus versehen, also als Widerstand gegen die japanische Fremdherrschaft gedeutet. Auch die alltägliche Diskriminierung, die die Koreaner in vielen Lebensbereichen gegenüber japanischen Einwanderern erleben mussten, veranlasste sie dazu, an der Glaubwürdigkeit des Rechtssystems der Kolonialregierung zu zweifeln. Unter diesen Umständen war es kaum zu erwarten, dass Koreaner Achtung vor und Vertrauen auf das Gesetz verinnerlichten (Cho Gyu-Chang 2002: 108). Solche vom Volk nicht geachteten fremden Gesetze waren kein Ersatz für die moralischen Standards und Bindungen, die durch den Verfall der konfuzianischen Elite zusammengebrochen waren. Gesetze zu umgehen oder zu brechen, fand nun den Beifall vieler Koreaner. Eine Gefängnisstrafe wegen eines politischen Vergehens wurde zur Ehrenmedaille. Aber auch viele andere übliche Vergehen wie Diebstahl, Schmuggel, Drogenhandel wurden als politischer Widerstand beschönigt. Unter dem Volk, das lange für gutes Benehmen und Verhalten bekannt gewesen war, begann sich die Illegalität allmählich als eine Überlebenskunst durchzusetzen (Henderson 1968: 78-79).

Ein typisches Beispiel dafür, dass sich Koreaner in der Kolonialzeit mit Tricks durchs Leben schlagen mussten, war *Chung Ju-Young*, der Gründer von *Hyundai-Chaebol*. Als er 1940 eine Autoreparaturwerkstatt eröffnete, spielte er sich bei seinen Kunden als Experte auf, obwohl er nicht viel von Autos wusste. Zudem hinterging er seine Kunden skrupellos, wie er später erzählte. "Wir haben Autos in unserer Garage auseinandergenommen, alte Ersatzteile gründlich aufpoliert und dann wieder zusammenmontiert. Dann haben wir unseren Kunden erzählt, dass wir neue Ersatzteile eingebaut hätten. Wir haben damit sehr viel Geld verdient." (Kirk 1994: 28). In anderen Fällen drückte auch die japanische Polizeibehörde beide Augen zu. 1940 beantragte *Chung* eine Genehmigung für Baugelände für die zweite Reparaturwerkstatt, weil seine erste Werkstatt niedergebrannt war. Der zuständige Polizeioffizier lehnte *Chungs* Antrag mit der Bemerkung ab, "Wie kommt ein Koreaner auf die Idee, eine Autoreparaturwerkstatt zu betreiben?" und drohte ihm mit Gefängnis, falls *Chung* ohne Gewerbeerlaubnis die Werkstatt betreiben sollte. *Chung* besuchte den Offizier zu Hause mit Kuchen. Der Offizier schrie ihn an, "Willst du mich bestechen?". *Chung* gab nicht auf und rief ihn einen Monat lang täglich an und bat ihn um Verständnis für seine Lage. Endlich gab der Offizier nach und beriet ihn über die Bedingungen, unter denen man

eine Gewerbeerlaubnis bekommen kann. Er gab *Chung* sogar Tipps, wie man heimlich die Reparaturwerkstatt betreiben kann (Kirk 1994: 28).

3.4 Die Entstehung moderner Bildungsschichten während der Kolonialzeit

In der japanischen Kolonialzeit sind jene Generationen geboren und heranwachsen, die den südkoreanischen Kapitalismus in den 1960er und 1970er Jahren gestalten sollten. Daher setzt das Verständnis der kulturellen Merkmale des südkoreanischen Kapitalismus eine Beschäftigung mit dem Bildungssystem der Kolonialzeit voraus. Denn in dieser Zeit sind jene Einstellungen zu Staat, Gesellschaft, und Autorität entstanden, welche die später führenden Kreise prägten.

Die moderne Bildung wurde in Korea von verschiedenen Gruppen eingeführt, welche je unterschiedliche Ziele verfolgten. Zuerst wollten die japanischen Besatzer die moderne Bildung dazu nutzen, im Interesse der Kolonialherrschaft die Gesellschaftsstruktur Koreas umzugestalten. Gemäß der <Verordnung für Grundschule (1906)>, welche die Moralerziehung und berufspraktische Bildung als Ziele der schulischen Bildung festlegte, hat das Protektorat die Schwerpunkte auf Berufsbildung und den Erwerb der japanischen Sprache bzw. Kultur gesetzt. Dann hat die vom Generalgouvernement 1911 verkündete <Verordnung für Bildung in *Chosun*> die Erziehung der Koreaner zu treuen Untertanen für das japanische Reich als Bildungsziel festgelegt (Oh Wook-Hwan 2000: 201). Auch nationalistische Koreaner wollten ihrerseits mit der Gründung von modernen Schulen die Begabten ausbilden, die die koreanische Nation aus der kolonialen Unterwerfung führen und ihr zur Unabhängigkeit verhelfen sollten. Sie glaubten, durch die moderne Schulbildung praktische Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben zu können, die für die nationale Unabhängigkeit nützlich sind. Zu dieser Einsicht trugen vor allem Aufklärungskampagnen der nationalistischen Intellektuellen bei, die schon vor der Annexion die Bedeutung der modernen Bildung für Bewahrung bzw. Wiedergewinnung der nationalen Unabhängigkeit hervorgehoben hatten. Schließlich haben viele ausländische Missionaren, sie mit den Unabhängigkeitsbestrebungen der Koreaner sympathisierten, an der modernen Bildung teilgenommen. Sie haben christliche private Schulen gegründet, wo moderne

Wissenschaften zusammen mit Nationalbewusstsein vermittelt wurden (Oh Wook-hwan 2000: 211ff).

Die Gründung der verschiedenen Schulen eröffnete, unabhängig von deren unterschiedlichen Bildungszielen, Koreanern aus unterschiedlichen Schichten den Zugang zur institutionalisierten Bildung. Durch die Einführung der allgemeinen Schulpflicht wurde Unterschichten der Zugang zur Bildung gewährt. Damit konnten nun auch die niedrigen Stände wie *Chung-In*, *Yang-In* und *Cheon-Min* ihre Bildungsaspirationen, die sie in der *Chosun*-Dynastie unterdrücken mussten, verfolgen (Henderson 1968: 90; Oh Wook-Hwan 2000: 216). Das typische Beispiel dafür waren Fleischer, die in der *Chosun*-Dynastie zum niedrigsten Stand gehörten. Schon vor der Annexion haben koreanische Fleischer Spenden gesammelt und eine private Schule namens *Sung-Jeong*-Schule gegründet. Sie haben Kindern ihrer armen Berufskollegen, die sich die Schulbildung für ihre Kinder finanziell nicht leisten konnten, Schulgeld und Unterbringungskosten im Internat beigesteuert (Mae-Il Shin-Bo 14. März 1914, zitiert nach Kwon Bo-drae 2008: 86-87).⁴

Außerdem hat die Unterdrückung der Sozialbewegungen, die es Koreanern erschwerte, sich kollektiv gegen die Ausbeutung durch das Kolonialregime zu wehren, sie dazu veranlasst, auf individuellen Wegen ihre materiellen Interessen zu verteidigen und ihre Lebenschancen zu verbessern. So setzten ehemalige Pächter, die ihr Land verloren hatten, ihre Hoffnung auf den Erfolg ihrer Kinder, um in den Städten Geld verdienen zu können und später ihr verlorenes Land zurückkaufen zu können.

Nach der Auflösung der Ständeordnung kam nun der modernen Bildung eine zentrale Rolle als Mittel zum sozialen Aufstieg zu. Tatsächlich haben im Laufe der Zeit immer mehr Menschen durch die moderne Bildung ihr bisheriges Pächter- und Lumpendasein abgestreift und den sozialen Aufstieg geschafft. In dem Maße, in dem diese Entwicklung von anderen Koreanern wahrgenommen wurde, wurde der Bildungsabschluss von einer immer steigenden Mehrheit der Bevölkerung als Sprungbett für den sozialen Aufstieg wahrgenommen (Oh Wook-Hwan 2000: 218).

In der folgenden Statistik kommen die Bildungsaspirationen der Koreaner zum

⁴ Zwar mussten arme Koreaner, anders als der Yangban-Stand, für die Schulbildung ihrer Kinder sehr viel aufopfern. Vor allem die Notwendigkeit, das Schulgeld aufzubringen, war für diese finanzschwachen Schichten sehr schwer. Weil sie, meistens in der Landwirtschaft tätig, auf ihre Kinder als kostenlose Arbeitskräfte angewiesen waren, war der Verzicht auf sie während der Schulzeit eine große Zumutung (Han U-Hi 1990: 125f). Aus diesen Gründen haben viele schulfähige Kinder die Schulbewerbung aufgegeben (Han U-Hi 1990: 123-5; Oh Seong-Cheol 2000: 158ff; Kim Kyung-Ja & Lee Kyung-Jin 2004: 120f).

Ausdruck. Der offiziellen Statistik des japanischen Generalgouvernements über Schulbewerbungen und Schuleintritte bei öffentlichen Schulen zufolge wiesen die Schulbewerbungen von Jungen von 1913 bis 1917 Jahreszuwächse von 3% bis +32 % auf, dann 11% für 1918 und 17 % für 1919. Nach dem Volksaufstand im Jahre 1919 stiegen sie enorm: 80% für 1920, 70% für 1921, dann 76% für 1922. Die Schulbewerbungen von Mädchen wiesen eine ähnliche Tendenz auf. Bis 1919 waren die Zuwachsraten gering, aber schon 1920 waren es 63%, 1921 dann 74%, (Han U-Hi 1990: 123). Weil der Anstieg der Bewerbungen die Schulkapazitäten übertraf, konnten die öffentlichen Schulen nicht alle Bewerbungen akzeptieren (Han Woo-Hi 1990: 123; Oh Wook-Hwan 2000: 218). Je mehr Menschen in das moderne Bildungssystem eingeführt wurden, eine umso größere Rolle kam der Bildung in der Kolonialzeit die für die Gestaltung der Denk- und Verhaltensweise der Koreaner zu, die nach der Befreiung die Führungsschichten des neu gegründeten südkoreanischen Staates bilden sollten.

3.4.1 Das koloniale Bildungssystem

Nachhaltig kam es dazu, dass Koreanern unter der japanischen Kolonialherrschaft die autoritäre Staatsvorstellung und die militärische Disziplin eingebläut wurden. Zuerst zielte das von Japan ausgebaute staatliche Bildungswesen auf die Erziehung von Schülern zu treuen Untertanen ab, so die Formulierung in der <Verordnung zur Schulbildung in Korea (1934)>. Darin formulierte das Generalgouvernement die Erziehungsziele folgendermaßen. "Der wichtige Punkt für Bildung in *Chosun* ist der Erwerb der nationalen (d.h. japanischen) Sprachkenntnisse, der Bereitschaft, ehrliche Arbeit zu schätzen, und der Neigung zu Sparsamkeit und Fleiß". Unterrichtsziele waren demnach Loyalität gegenüber dem japanischen Staat sowie nützliche technische oder landwirtschaftliche Fertigkeiten auf einem niedrigeren Niveau als in Japan, wogegen ein koreanisches Nationalgefühl als gefährlich und die höhere Bildung als überflüssig galt. In dem Pädagogik-Lehrbuch, das der japanische Professor *Ototake Iwazou* verfasst hat und das während der Kolonialzeit als Standardwerk galt, heißt es über die öffentlichen Grundschulen, es sei ihre Aufgabe, die ganze Gesellschaft moralisch zu verbessern. Dementsprechend sollte die schulische Bildung aus drei Bereichen bestehen: a)

fachliche Ausbildung, b) Disziplin und c) körperliche Entwicklung (Oh Seong-Cheol 2000: 27). Und in dem Maße, in dem immer mehr Koreaner in die öffentlichen Grundschulen aufgenommen wurden, kamen sie in Kontakt mit der Disziplin, die ihnen von den kolonialen Schulbehörden aufgezwungen wurde.

Was die Unterrichtsfächer betraf, so spielte der Geschichtsunterricht eine wichtige Rolle bei der Erziehung zu treuen Untertanen für den japanischen *Tenno*, bzw. das japanische Reich. Das Geschichtslehrbuch für die offiziellen Grundschulen räumte der Beschreibung von japanischen Nationalhelden, die bis zur *Meiji*-Restauration das Geschick Japans lenkten, einen besonderen Platz ein. Außerdem wurden Gelehrte zitiert, die wie *Moto'ori*, der Gründer des Schintoismus, oder Samurai wie *Kusunoki Masashige* (1294-1336), den *Tenno* statt die *Schogune* als Spitze der japanischen Nation betrachtet haben (Cho Gap-Je 1998; 380). Mit der Verherrlichung dieser japanischen Nationalhelden, die einerseits Tapferkeit und Kampfgewandtheit, andererseits Opferbereitschaft verkörperten, zielte der Geschichtsunterricht in der japanischen Kolonialzeit darauf ab, auch den heranwachsenden Generationen Koreas die *Tenno*-Ideologie und den Militarismus einzubläuen (Lee Jun-sik 2009: 239).

Zwischen den Darstellungen dieser japanischen Helden tauchen in dem Geschichtslehrbuch auch episodenhaft ein paar Szenen aus der koreanischen Geschichte auf, die einen deutlichen Kontrast zur japanischen Geschichte bilden sollten (Cho Gap-je 1998: 381ff). So wurden historische Akteure aus der *Chosun*-Dynastie vorgestellt, die vergeblich versuchten, Fraktionalismus unter den hochrangigen Hofbeamten zu überwinden. Das Lehrbuch beschrieb die gescheiterten Versuche von einigen Königen und Beamten, den tief verwurzelten Fraktionalismus unter den Hofbeamten zu beseitigen. Außerdem wurde die Borniertheit der führenden Staatsmänner in der *Chosun*-Dynastie als Ursache für den Untergang der Dynastie angeführt. So wurde geschildert, wie Japan unter *Hideyoshi* im *Imjin*-Krieg (1592-1598) gegen *Chosun* schon nach drei Monaten die Hauptstadt *Chosuns* erobern konnte: der Königshof und die Hofbeamten der *Chosun*-Dynastie seien von Fraktionskämpfen so zerrissen gewesen, dass sie nicht auf den Angriff Japans vorbereitet waren. Zudem hat das Lehrbuch die Beharrung der *Chosun*-Dynastie auf die Isolationspolitik dem lang vorbereiteten Expansionismus einiger japanischer Politikern gegenübergestellt. Trotz dieser Bedrohung sei die *Chosun*-Dynastie in die pro-chinesische Fraktion und die pro-

japanische Fraktion gespalten gewesen, die hart gegeneinander kämpften. In diesem Zusammenhang wurde behauptet, dass die *Chosun*-Dynastie unfähig war, ihre Eigenständigkeit aus eigener Kraft zu bewahren. Daher habe Japan *Chosun* zu seinem Protektorat gemacht, was schließlich zur Annexion führte (zitiert nach Cho Gap-je 1998: 382f). Mit diesem Kontrast zwischen Japan und der *Chosun*-Dynastie legte das Geschichtslehrbuch des Kolonialregimes die eigene Geschichtsinterpretation zur Rechtfertigung der Annexion Koreas durch Japan vor. Die *Chosun*-Dynastie sei schon seit langem von Fraktionskämpfen der Hofbeamten in sich zerrissen gewesen, sie habe auch die Bedeutung des Militärs gegenüber dem Literaten vernachlässigt, sie sei außerdem so abhängig von China gewesen, dass sie die Notwendigkeit der Modernisierung zu spät erkannte.

Man kann sich sehr gut vorstellen, welche Gesellschaftsvorstellung ein solches Lehrbuch den heranwachsenden Generationen von Koreanern einprägte. Die Abneigung gegen eine demokratische Streitkultur, die Aufwertung des Militärs und die staatszentrierte Gesellschaftsvorstellung, die Interessengegensätze innerhalb des Staates verteufelt, prägten die Stimmung der in der Kolonialzeit heranwachsenden Generationen, zu denen *Park Chung Hee*, der spätere Staatspräsident Südkoreas und Chaebol-Gründer wie *Chung Ju-young*, *Lee Byung-Chul* usw. gehörten. *Cho Gap-Je*, ein Biograph von *Park Chung-Hee* meint, dass solcher koloniale Geschichtsunterricht das Geschichtsbild von *Park Chung-Hee* stark geprägt haben muss. *Park Chung-Hee*, der dieses Geschichtslehrbuch gelesen hat, müsse der Kontrast zwischen Japan, wo Treue, Tapferkeit und Patriotismus geschätzt wurden, und *Chosun*, wo die Abhängigkeit von China, Fraktionskämpfe und Verweichlichung herrschten, aufgefallen sein. Diese Vermutung von *Cho Gap-Je* ist wohl begründet, wenn man das Buch "Staat, Revolution und ich" liest, das *Park* nach dem Militärputsch 1961 geschrieben hat. In diesem Buch kritisierte *Park* den Fraktionismus in der *Chosun*-Dynastie als etwas, das in seinem Infantilismus und seiner Schmutzigkeit eine Seltenheit in der Weltgeschichte ist. Er sah den Grund für den Fraktionismus in dem beim Übergang von der *Koryo*-Dynastie zur *Chosun*-Dynastie vollzogenen kulturellen Wandel, der die vorige Staatsideologie des Buddhismus durch den Konfuzianismus ersetzte. Die vom Yangban-Stand monopolisierte Politik der *Chosun*-Dynastie habe mit ihrer Beharrung auf dem Konfuzianismus Korea in immer stärkere Abhängigkeit von China gebracht und so

Koreaner um den Geist der Eigenständigkeit gebracht. Dagegen betrachtete *Park* die japanische *Meiji*-Restauration als Vorbild für seine Politik (Cho Gap-Je 1998: 382f).

Neben dem Geschichtsunterricht hat der Lernbereich 'Disziplinierung' den Charakter der Schüler maßgeblich beeinflusst. So enthielt das Lehrbuch von *Ototake Iwazou* Verhaltenskodizes von Schülern, Leitlinien für Überwachung und Bestrafung von Schülern, militärische Übung usw. Insbesondere für die Grundschule wurden sehr systematische Richtlinien für das Verhalten von Schülern aufgestellt. Dem Unterrichtsplan einer Grundschule aus dem Jahre 1929 zufolge sollte die Schülerdisziplinierung Tugenden wie Treue, Unterwürfigkeit, Ehrerbietigkeit, Verantwortung für die Gruppe und Unternehmungsgeist fördern (Oh Seong-Cheol 2000: 29). Lehrer sollten die Normen für das Verhalten von Schülern vorgeben. Denn wie die Schule die Miniatur für den patriarchalischen Staat ist, so solle der Lehrer eine Miniaturausgabe des *Tenno* sein (Oh Seong-Cheol 2000: 30). Auch unter den Schülern wurde eine strenge Hierarchie hergestellt, in welcher die Anweisungen der Lehrer über die Klassensprecher, Vizesprecher und Reihenvorsteher nach unten zu den übrigen Schülern geleitet wurden (Oh Seong-Cheol 2000: 40).

Als wichtigste Tugenden galten der Konformismus mit den Regeln der Gruppen und der Gehorsam gegenüber Ranghöheren. Schon am ersten Schultag musste der Schüler lernen, dass er auf den Aufruf des Lehrers mit einer sehr deutlichen Stimme antwortet. In den ersten zehn Tagen lernte er dann die militärische Formationsübung. Beim Morgenappell standen die Schüler in der militärischen Aufstellung, sangen die japanische Nationalhymne und salutierten vor dem Schrein (Oh Seong-Cheol 2000: 30-32; Cho Gyu-Chang 2002: 107). Als in den 1930er Jahren die Politik der Japanisierung verstärkt wurde, spielte die Militärübung in der Schülererziehung eine immer wichtigere Rolle. Jeden Tag gleich nach dem Mittagessen mussten Schüler Holzschwert-, Gewehr- und Formationsübungen machen (Oh Seong-Cheol 2000: 35f).

Die Schule kontrollierte auch das Alltagsverhalten von Schülern. Zumindest einmal pro Monat oder gar pro Woche inspizierten Lehrer Kleider und Habseligkeiten von Schülern. Auch außerhalb der Schule wurde das Verhalten von Schülern kontrolliert. Lehrer streiften durch die Gegend, um Fehlverhalten von Schülern aufzuspüren. Außerdem sollten Eltern und ältere Schüler, die gutes Benehmen vorweisen konnten,

bei Lehrern Fehlverhalten von Schülern melden (Oh Seong-Cheol 2000: 39-40).

Insgesamt sollte die Schule als Keimzelle für die Verbreitung der *Tenno*-Ideologie im kolonialisierten Korea dienen, und den heranwachsenden Generationen sollte absoluter Gehorsam gegenüber der Obrigkeit eingebläut werden. Rituale bzw. Maßnahmen wie Besuche von Shinto-Schreien, Treueschwur auf das japanische Kaiserreich, Kleiderinspektion, Militärübungen usw. waren etwas Neues in der Geschichte Koreas und verliehen dem konfuzianischen Gehorsam eine neue Schärfe und Intensität.

Entsprechend der zentralen Stellung von Lehrern in der kolonialen Bildung wurden die Lehrerbildungsanstalten besonders gefördert, wo Lehrernachwüchse mit einer besonders strengen Erziehungsmethode ausgebildet wurde. Dies lässt sich am Beispiel der *Daegu*-Lehrerbildungsanstalt veranschaulichen. Für diese Schule wurde das Kontingent von Auszubildenden auf 100 pro Jahrgang begrenzt. Den Auszubildenden wurden eine kostenlose Ausbildung und ein Teil der Lebenshaltungskosten zugeschlossen. Die Lehrkräfte kamen aus renommierten japanischen Hochschulen. Den Absolventen wurden die Lehrerstellen an Grundschulen garantiert, was angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Korea ein großes Privileg war (Lee Gi-Hoon 2002: 6).

Schon bei der Aufnahmeprüfung verfügte die *Daegu*-Lehrerbildungsanstalt über Verfahren, disziplinierte Kinder zu finden. Die Referenz, die ein Aufnahmekandidat von dem Schuldirektor der Grundschule, die er besucht hatte, einholen musste, sollte Angaben über seinen Charakter, sein Benehmen, seine Familiensituation und sein Lernverhalten enthalten und von dem Direktor der Grundschule selber ausgefüllt werden (Lee Gi-Hoon 2002: 13). Auch nach der Aufnahme wurde das kleinste Anzeichen von Unbotmäßigkeit streng bestraft, das manchmal Schulverweis nach sich zog. Daher mussten besonders in den ersten Jahren nach der Eröffnung der Lehrerbildungsanstalt sehr viele Schüler die Schule vor dem Abschlussexamen verlassen. Zwischen der ersten Klasse (Schuleintritt: 1929) bis zur vierten Abschlussklasse (Schuleintritt: 1932) verließen durchschnittlich 35% der Schüler die Schule. (Lee Gi-Hoon 2002: 13). Weil die Anstellung auf einen Lehrposten von der Abschlussnote abhing, die wiederum von der Persönlichkeitsbeurteilung massiv beeinflusst wurde, mussten sich die Schüler den strengen Regeln der Schule fügen, um auf eine Lehrerstelle zu kommen (Lee Gi-Hoon 2002: 14-15).

An der *Daegu*-Lehrerbildungsanstalt wurden die Gymnastik und die Militärübung betont. Kampfsportarten wie Schwertkampf und Judo wurden als extracurriculare Aktivitäten empfohlen. Die Militärübung wurde unter der Aufsicht von einem Offizier durchgeführt, der von der in *Daegu* stationierten 80. Infanterie entsandt wurde. Die Schüler der vierten Klasse beteiligten sich für zwei Wochen während der Ferien in der Kaserne der 80. Infanterie an Generalübungen. Die Schüler der fünften Klasse marschierten während der Sommerferien zum Trainingscamp in *Chang-Nyong* und machten für zwei Wochen Feldübungen. Damit ähnelte die Lehrerbildungsanstalt einer Militärakademie (Lee Gi-Hoon 2002: 9).

Das war noch nicht alles, was den Schülern im Rahmen der Militärübung auferlegt wurde. Jedes Jahr mussten sich die Schüler einer Inspektion bei der Militärübung unterziehen. Ein Offizier aus dem 80. Infanterie-Regiment wurde entsandt, um die Inspektion durchzuführen. Wenn die Schüler keine gute Note bekamen, mussten sie mit unangenehmen Folgen rechnen. Als 1935 die Schüler der *Daegu*-Lehrerbildungsanstalt bei der Inspektion der Militärübung eine schlechte Note bekamen, hat die Schulleitung alle Schüler der dritten Klasse zu sich zitiert und sie gedrängt, die für das miserable Ergebnis Verantwortlichen zu nennen. Schließlich hat sie einen Schüler als Sündenbock aus der Schule ausgewiesen (Lee Gi-Hoon 2002: 9-10).

Die Schülerdisziplinierung wurde nicht nur mittels Militärübungen durchgesetzt. Da die Lehrerausbildung sich mehr an der "Kultivierung von Tugenden" als am Erwerb von Fachkenntnissen orientierte, hat die *Daegu*-Lehrerbildungsanstalt versucht, über alle Lebensbereiche der Schüler als der angehenden Lehrer streng zu überwachen. Daher hat sie alle Schüler verpflichtet, im Internat zu wohnen. Von dieser Pflicht wurden nur die Schüler ausgenommen, die entweder selbst in *Daegu* wohnten, oder deren Verwandte dort einen Wohnsitz hatten. Einem Zimmer wurden 9 bis 12 Personen zugeteilt, wobei jede Klasse von der ersten bis zur fünften Klasse gleichmäßig vertreten war, damit die altersmäßige soziale Hierarchie aufrechterhalten blieb. Der Alltag im Internat war organisiert wie in einer Kaserne. Alle Internatschüler mussten sich morgens um 6 Uhr 15 zum Morgenappell versammeln und den Tag mit kollektiver Gymnastik anfangen. Bis sie um 21:30 zum Abendappell antraten und um 22:00 ins Bett gingen, wurde jeder Alltagsverlauf mittels Hornsignal reguliert (Lee Gi-Hoon 2002: 10-11).

Die *Daegu*-Lehrerbildungsanstalt hat ihren Schülern auch mit vielen

Unterrichtsfächern zugesetzt. Aus dem damaligen Schulzeugnis von *Park Chung-Hee* geht hervor, dass er insgesamt 26 Fächer lernen musste, die sich ihrerseits in 38 Einheiten weiter unterteilen ließen. Um so viele Fächer lernen zu können, wurde der Stundenplan für Schüler detailliert festgelegt. Damit wurde ihnen spartanische Disziplin beigebracht (Cho Gap-Je 1998 II: 45).

Die strenge Kontrolle wurde in verschiedenen Einzelheiten des Alltags der Schüler praktiziert. In den 1930er Jahren, wo die Politik der Japanisierung betrieben wurde, durfte in der Schule nur japanisch gesprochen werden: wer bei der Benutzung der koreanischen Sprache erwischt wurde, wurde bestraft. Ein Schüler, der sein Tagebuch in Koreanisch geschrieben hatte, wurde erwischt und von der Schule entlassen. Die Schüler an der Lehrerbildungsanstalt, die im Internat stets unter der strengen Aufsicht und Kontrolle der Schulleitung wohnten, hatten kaum Möglichkeiten, mit Geschehnissen außerhalb der Schule in Kontakt zu treten, wurden daher kaum von den sozialen Bewegungen beeinflusst. Dies bot der Schulleitung die Chance, die gesellschaftliche und politische Einstellung der Schüler zu beeinflussen. Einige japanische Lehrer beschäftigten sich damit, in Zusammenarbeit mit der Polizei aufrührerische Schüler aufzuspüren. Sie durchsuchten das Internat unangekündigt nach subversiven Materialien. Nicht nur linke Bücher, sondern auch alle Bücher in koreanischer Sprache wurden als subversiv eingestuft und beschlagnahmt. Diese Lehrer verhörten in ihrem Nachtdienstzimmer oder im Lehrerzimmer die erwischten Schüler mit Prügeln, Erpressung und Beschwichtigung. Sie arbeiteten auch bei der Verhaftung der ‚subversiven‘ Schüler eng mit der Polizei zusammen (Lee Gi-Hoon 2002: 10-11). Manchmal wurden auch unpolitische Proteste der Schüler von der Schulleitung so politisch interpretiert, dass die Protestierenden unverhältnismäßig hohe Strafen wie Suspendierung oder Schulverweis bekamen (Lee Gi-Hoon 2003: 13).

Schülern wurde auch eine asketische und kollektivistische Lebensführung abverlangt. In der Lehrerbildungsanstalt wurde Wert nicht nur auf fachliche Leistungen, sondern auch auf Redegewandtheit, Erscheinungsbild, Charakter, Hobby, korrekte politische Einstellung, Verantwortungsbewusstsein, Fleiß etc. gelegt. Wer in der Klasse oder im Internat Probleme machte, erhielt schlechte Noten bei der Persönlichkeitsbewertung. Wer dabei durchfiel, musste die Klasse wiederholen. Schlimmstenfalls wurde er aus der Schule verwiesen. Alle Aktivitäten, außer den von der Schule offiziell anerkannten

extra-curricularen Aktivitäten wie Schwertkampf, Teezeremonie und *Zen*-Meditation, wurden verboten. Auch Kinobesuche und Rendezvous mit Mädchen zogen Schulverweis nach sich. Weil Schulverweis Betroffenen ihre bisherigen Privilegien wegnahm, war er sehr effektives Mittel zur Zähmung (Lee Gi-Hoon 2002: 11).

Auch zwischen den älteren und den jüngeren Schülern haben sich gewaltsame und repressive Beziehungen eingenistet und im Laufe der Zeit verstärkt. Insbesondere seit der zweiten Hälfte der 1930er Jahre haben die älteren Schüler immer häufiger gegen die jüngeren Gewalt angewandt. Die Schüler, die 1940 in die Schule eintraten, wurden häufig von den älteren Schülern hinter das Musikzimmer gerufen und dann dort regelrecht gequält (Lee Gi-Hoon 2002: 17).

Dennoch erzielte das Bestreben der japanischen Kolonialregierung, durch die autoritäre Schülerdisziplinierung Koreaner zu treuen Untertanen des japanischen Kaisers (*Tenno*) zu erziehen, nicht immer die gewünschten Ergebnisse. Insbesondere die Diskriminierung, der sich die koreanischen Schüler durch die japanischen Lehrer ausgesetzt sahen, erschwerte es ihnen, sich mit dem japanischen Kolonialregime zu identifizieren. Teilweise provozierte sie sogar eine anti-japanische Haltung. Immer wieder wehrten sich Schüler auf die eine oder andere Weise gegen die allzu strenge Überwachung und Kontrolle durch die Schulbehörde. Unter der Obhut eines sozialistisch gesinnten Lehrers namens *Hyeon Jun-Hyeok* wurde 1931 heimlich ein Lesekreis für sozialwissenschaftliche Bücher gegründet., der aber bald aufgedeckt wurde. *Hyeon* und die beteiligten Schüler wurden verhaftet und aus der Schule verwiesen. Auch danach organisierten andere Schüler, die von *Hyeon* beeinflusst worden waren, heimlich einen weiteren Lesekreis, in dem sie sozialistische Bücher lasen und anhand der daraus gewonnenen Erkenntnisse über die Verhältnisse unter der Kolonialherrschaft diskutierten. Weil alle Schüler im Internat wohnten, wurde auch dieser Lesekreis aufgedeckt, alle Beteiligten verhaftet und aus der Schule ausgeschlossen (Lee Gi-Hoon 2002: 11-12).

Auch unter Lehrern gab es eine Protesthaltung. Unter dem Druck der japanischen Behörde appellierte ein Lehrer namens *Park Gyeong-Chan* an der *Gyeong-Gi* Junior High School zwar an seine Schüler, sich freiwillig als Kampfpiloten für die japanische Armee zu bewerben. Wenn sich aber ein Schüler tatsächlich bewarb, besuchte *Park* ihn zu Hause, um ihn und seine Eltern dazu zu bringen, die Bewerbung zu widerrufen (Kim

Gyeong-Mi 2006: 375). Oberleutnant *Lee*, der militärische Beauftragte für dieselbe Schule hatte eine japanische Frau. Bei Anwesenheit von japanischen Lehrern schimpfte er auf Japanisch über schlechte Hygiene und Faulheit der Koreaner und provozierte so den Unmut der koreanischen Schüler. Aber er lud andererseits koreanische Schüler nach Hause ein, schickte seine japanische Frau in ein anderes Zimmer und sagte auf Koreanisch zu koreanischen Schülern, "Ihr redet von Unabhängigkeit nur, aber kann man mit leeren Fäusten Unabhängigkeit erringen? Wir brauchen Menschen, die in entscheidenden Momenten das Militär organisieren können. Daher sollt ihr euch bei der japanischen Militärakademie bewerben, um euch für den militärischen Unabhängigkeitskampf vorzubereiten." (Kim Gyeong Mi 2006: 374).

Diese Entfremdung von der kolonialen politischen Gemeinschaft mündete aber nicht immer in eine Identifikation mit der koreanischen nationalen Gemeinschaft. Denn es fehlte einem Großteil der koreanischen Bevölkerung auch eine nationale 'koreanische' Identität, die einen konkreten Gegenpol zum japanischen Kolonialregime hätte bilden können. Denn die untergegangene *Chosun*-Dynastie war unter den Bauern und Sklaven, die vom Yangban-Stand und den Behörden ausgebeutet und misshandelt worden waren, verhasst. Zudem haben die Generationen, die nach dem Untergang der *Chosun*-Dynastie geboren wurden, die japanische Kolonialherrschaft als eine vorgefundene Realität erlebt: für sie konnte die "koreanische Nation" keine identitätsstiftende Rolle spielen. Auch die Maßnahmen der Kolonialregierung zur Auslöschung der koreanischen Identität wie das Verbot der koreanischen Sprache und des Unterrichts in der koreanischen Geschichte haben die Entwicklung einer koreanischen Identität behindert.

Angesichts dieser Alternativlosigkeit entwickelten die meisten Jugendlichen ein opportunistisches Verhältnis gegenüber dem Kolonialregime. Dies lässt sich gut am Lebenslauf von *Lee Hang-Nyeong* ablesen. *Lee Hang-Nyeong*, der aus armen Verhältnissen stammte und für seinen persönlichen Aufstieg studierte, hatte sich mit einem Mitschüler namens *Lee Jong-Won* auseinandergesetzt, der andere Schulkameraden kritisierte, die nur den persönlichen Aufstieg anstrebten und sich nicht um die nationale Befreiung kümmerten. Gegenüber *Lee Jong-Won*, der aus dem *Yangban*-Stand stammte, äußerte *Lee Hang-Nyeong*, "Ihr könnt es euch leisten, sich um die nationalen Anliegen zu kümmern, da ihr wohlhabend seid. Wir aber verhungern und müssen uns um unser Überleben kümmern." (Hanguk Jeongshin Munhwa Yeonguwon

2001: 200-201). Nach dem Schulabschluss machte *Lee Hang-Nyeong* in der kolonialen Beamtschaft eine Karriere als Kreisleiter in mehreren Orten. Obwohl er schon damals ein schlechtes Gewissen wegen der Ausübung dieses Amtes hatte, das er später eindeutig als Kollaboration bezeichnen sollte, hatte er sich für diese Karriere entschieden, weil er, überwältigt von der militärischen Übermacht und der alltäglichen Präsenz der japanischen Repression, nicht auf die Idee kommen konnte, dass Japan den Krieg verlieren würde. Seiner Ansicht nach tendierten auch andere Schüler aus den Unterschichten dazu, sich eher der japanischen Kolonialherrschaft anzupassen, als sich mit der nationalen Befreiung zu beschäftigen (Hanguk Jeongshin Munhwa Yeonguwon 2001: 198ff). Nach Aussagen von anderen Zeitzeugen betrachteten viele Koreaner die japanische Kolonialherrschaft als Selbstverständlichkeit und versuchten, sich nach Kräften an diese Bedingungen anzupassen. Sie kamen nie auf die Idee, dass das japanische Kolonialreich den Krieg verlieren würde. So waren in der Endphase der Kolonialzeit alle nationalistischen Zeitungen verboten, und die streng zensierten Zeitungen schrieben jeden Tag von Siegen der japanischen Streitkräfte im Pazifischen Krieg, so dass keiner auf die Idee kommen konnte, dass Japan im Krieg unterliegen würde. Dass sie von allen Informationen abgeschnitten waren, die den Untergang der Kolonialherrschaft angedeutet haben, hat ihnen erschwert, Widerstand gegen das Kolonialregime zu organisieren (Moon Je-An et al. 2005: 202-203).

Trotz ihrer unterschiedlichen Haltungen zum Kolonialregime haben sich die meisten von den in der Kolonialzeit heranwachsenden Generationen über das koloniale Bildungssystem autoritäre Gesellschaftsvorstellung angeeignet. Viele Absolventen der *Daegu*-Lehrerbildungsanstalt z. B. sind im Rückblick nach ca. 30 Jahren der Meinung, dass ihre Denkstruktur überwiegend von Erfahrungen an dieser Schule geprägt wurde. Auch die Schüler, die anfangs über die strenge Disziplinierung verbittert waren, haben sich an die Disziplin gewöhnt und die autoritären Wertvorstellungen angeeignet. Sogar die Schüler, die selbst Opfer der alltäglichen Gewalt und Überwachung waren und sich dagegen auflehnten, verinnerlichten den Repressionsmechanismus der Schule. So halten ihre Absolventen im Rückblick die strengen Regeln bei der Anstalt für unerlässlich. Sie meinen, dass ein Lehrer, der seinen Schülern als Vorbild dienen soll, sich einen makellosen Charakter aneignen sollte, der erst unter sehr strengen Regeln mit harten Kontroll- und Sanktionsmechanismen gewonnen werden konnte (Lee Gi-Hoon 2002:

17-18). Die meisten Schüler betrachten die Inspektion der Militärübung sogar als eine Veranstaltung, die die Ehre der Schule betraf. Daher sind sie noch heute stolz darauf, dass die Schule bei der Inspektion fast jedes Jahr sehr gut abgeschnitten hat (Lee Gi-Hoon 2002: 16-17). Die strenge, militärische Lebensdisziplin verdankte auch *Park Chung-Hee* seiner Ausbildung an der *Daegu*-Lehrerbildungsanstalt, wo er von 1932 und 1937 studierte. Diese Erfahrung soll ihm nach eigenen Angaben sehr viel geholfen haben, als er später in der *Mandschurei*-Offiziersschule lernte: Er hat dort bei den Fächern der Militärübung und der Alltagsdisziplin sehr gut abgeschnitten (Lee Gi-Hoon 2002: 17). Diese Generation von Schülern sollte nach der Befreiung als Stütze des südkoreanischen Bildungssystems viele Jugendlichen ausbilden, die dann in den 1960er und 1970er Jahren die Modernisierung unter dem *Park Chung-Hee* Regime vorantreiben sollten (Cho Gap-Je 1998 II: 45-46).

3.4.2 Sozialdarwinismus in Korea

Obwohl sich viele Koreaner wegen der offensichtlichen Repression nicht mit dem japanischen Kolonialregime sowie der *Tenno*-Ideologie identifizieren konnten, wurde die etatistische Staatsvorstellung ironischerweise auch von den anti-japanischen Intellektuellen Koreas geteilt. Denn der Sozialdarwinismus, der zur Rechtfertigung des japanischen Imperialismus und der autoritären Staatstheorie diente, wurde von den koreanischen Intellektuellen, die sich dem westlichen und japanischen Imperialismus widersetzt haben, als politische Anleitung zur Verteidigung der koreanischen Unabhängigkeit umgedeutet (Choi Gi-Yeong 2003: 22). Dabei stützten sie sich auf die Rezeption des Sozialdarwinismus durch den chinesischen Intellektuellen *Liang Qichao* (1873-1929), der nach seinem gescheiterten Reformversuch in China nach Japan ins Exil gegangen war, wo er den Sozialdarwinismus kennenlernte.

Angesichts der zunehmenden Ausplünderung Chinas durch westliche Mächte erklärte *Liang Qichao* die Krise Chinas mit der Theorie der natürlichen Auslese und des Überlebenskampfes. So behauptete er, dass nicht nur in der Natur, sondern auch in der menschlichen Gesellschaft der Überlebenskampf die Antriebskraft der Entwicklung ist. Unter diesem Blickwinkel verstand *Liang* das Vordringen der westlichen Länder in

Asien als imperialistischen Konkurrenzkampf, in dem nicht nur militärische Macht, sondern auch politische und wirtschaftliche Mittel eingesetzt werden. Auch die Niederlage Chinas im Chinesisch-Japanischen Krieg (1894-1895) schien ihm die Theorie vom Überleben der Besten zu bestätigen (Choi Gi-Yeong 2003: 21).

Auf der Grundlage des Soziodarwinismus vertrat *Liang* die organische sowie etatistische Staatslehre und äußerte Vorbehalte gegen die Demokratie. Seiner Ansicht nach war der Staat keine fiktive Zusammensetzung von Individuen, sondern eine organische Einheit mit eigener Lebenskraft. *Liang* hielt die liberale Staatstheorie, welche die Rechte von Individuen gegenüber dem Staat verteidigte, für überholt. Ihm zufolge können auch gottgegebene Rechte der Menschen erst durch die Konkurrenz erworben werden. Weil der im Überlebenskampf unterlegene Staat seine Rechte an den überlegenen abtreten muss, soll das Volk eines Staates die Konkurrenz der Individuen innerhalb einer Nation vermeiden, um sich besser auf die Konkurrenz mit anderen Nationen und Staaten vorzubereiten (Heo Do-Hak 2000: 104-105). Falls das Interesse des Staates mit dem von Einzelnen kollidiert, muss das Interesse des Staates Vorrang haben. Denn wenn das Interesse von Individuen bevorzugt würde, so *Liang Qichao*, würde die Konkurrenzfähigkeit des Staates abnehmen, und der Staat würde dann im Konkurrenzkampf anderen Staaten unterliegen, was auch die Sicherheit von Individuen gefährden würde (Heo Do-Hak 2000: 51f). In der Zeit, wo die westlichen imperialistischen Mächte mit ihrem jeweiligen Nationalismus andere Länder erobern, solle auch China mit dem chinesischen Nationalismus dem Vordringen dieser Länder entgegentreten (Heo Do-Hak 2000: 104f).

Dabei setzte *Liang* sich für die Stärkung des Militärs ein. Nach seiner Auffassung kann im sozialdarwinistischen Überlebenskampf nur ein Staat, in dem jeder Bürger den Kriegsgeist verinnerlicht hat, die ganze Zivilisation beherrschen. Daher wollte er sogar die Kindererziehung nach Vorbild Europas reformieren, wo man Kindern in der Schule Gymnastik beibrachte, damit sie später kräftige Muskeln bzw. Knochen bekämen und gute Soldaten würden. Das antike Vorbild für den Kriegsgeist sah er in Sparta, wo Kinder schon als Säuglinge auf grausame Weise selektiert und dann mit aller Strenge dazu erzogen wurden, zu gehorchen, Strapazen zu ertragen und im Kampfe zu siegen. Der Erbe des spartanischen Kriegsgeistes in Europa sei das Deutsche Reich, in Asien das japanische Reich. Er klagte, dass der Konfuzianismus, der Unterwürfigkeit statt

Aggressivität predigt, die Chinesen der Mannhaftigkeit beraubt hätte. Das Potential von Chinesen könne erst ausgeschöpft werden, wenn sie sich körperlich wie mental dem westlichen und japanischen Vorbild entsprechend ertüchtigten (Park No-Ja 2005: 146ff).

Obwohl er die despotische Monarchie ablehnte, sah er in der Demokratie die Gefahr, sich an häufig stattfindenden Wahlen zu zerreiben. Sein Vorbehalt gegen die Demokratie rührte auch daher, dass das chinesische Volk nicht aufgeklärt genug sei. Daher favorisierte er als eine Übergangstufe zur Demokratie die aufgeklärte Despotie nach dem Vorbild von Oliver Cromwell, Napoleon, Peter dem Großen und Otto von Bismarck. Ein wichtiges Merkmal der aufgeklärten Despotie ist *Liang* zufolge, dass das Volk ebenso unter der Obhut des Staates bleibt wie ein Kind unter der Obhut der Eltern (Heo Do-Hak 2000: 38f, 50ff).

Der Sozialdarwinismus hat nun auch koreanische Intellektuelle beeinflusst, die während ihrer Studienaufenthalte in Japan ihn kennengelernt hatten. Angesichts der Überlegenheit der modernen westlichen Zivilisation über den Feudalismus des *Chosun* haben sie Reformen für notwendig gehalten. Einige von ihnen haben dabei ihr Augenmerk auf die japanische Modernisierung à la *Meiji*-Restauration gerichtet. Die Reform sollte darin bestehen, das politische System nach dem internationalen Maßstab zu ändern, westliche Technologien und Produkte einzuführen und Industrie und Handel zu fördern, um das Land wirtschaftlich und militärisch zu stärken. Als der Protektoratsvertrag 1905 die Krisenstimmung unter Koreanern herbeiführte, fand der Sozialdarwinismus durch die Schriften von *Liang Qichao* eine schnelle Verbreitung unter koreanischen Intellektuellen (Choi Gi-Yeong 2003: 23f). Sie betrachteten den Souveränitätsverlust der *Chosun*-Dynastie als Folge des internationalen Überlebenskampfes und verlangten, dass *Chosun* seine Stärke entwickeln sollte, um dem japanischen Einfluss zu entkommen und einen unabhängigen Staat aufzubauen. Der Historiker *Park Eun-Shik* (1859-1925) verstand die damalige Lage als natürliche Auslese. Es sei ganz natürlich, dass Koreaner von einem anderen Volk geschändet und verschluckt würden, wenn sie in der Intelligenz einem anderen Volk unterlegen seien. Der Volkspädagoge *Ahn Chang-Ho* (1878-1938) meinte, die natürliche Auslese und der Überlebenskampf seien die Regel in der Welt (Choi Gi-Yeong 2003: 25).

Als Sprachrohr dieser Volksaufklärer fungierte die Zeitung *Daehan-Mae-il-Shinbo*. Sie ließ keinen Zweifel daran, dass nur der Aufbau einer modernen Zivilisation Korea

vor dem Untergang retten werde. Der Aufbau der modernen Zivilisation in Korea sei das Gebot der Stunde, in der weltweit der Überlebenskampf tobt. Der Vorstoß zur modernen Zivilisation sichere das Überleben, das Beharren auf dem unaufgeklärten Zustand führe dagegen zum Untergang, so der Grundtenor dieser Zeitung (Gil Jin-suk 2007: 16). In einem Leitartikel von 9. Aug. 1908 hieß es sogar, dass die Modernisierung nicht friedlich erfolgen könne, weil moderne westliche Länder wie Großbritannien, Deutschland, Frankreich andere nicht-westliche Länder ausbeuteten. Um die gewaltsame Invasion und Tyrannei durch westliche Mächte einzudämmen, müsse *Chosun* viel Blut vergießen (Zitiert nach Gil Jin-suk 2007: 19 ff).

Wie *Liang Qichao* angesichts der Ausplünderung Chinas durch westliche Mächte den Sozialdarwinismus kollektivistisch interpretierte, so erhielt auch der Sozialdarwinismus der koreanischen Intellektuellen kollektivistische Züge. Für sie war der Akteur der Konkurrenz nicht das Individuum, sondern die Nation oder der Staat. Der Unabhängigkeitskämpfer und Historiker *Shin Chae-Ho* meinte, dass der Konkurrenzkampf zwischen Staaten im 20. Jahrhundert nicht von einer oder zwei Personen, sondern von der ganzen Nation entschieden werde (Choi Gi-Yeong 2003: 27). Auch *Daehan-Maeil-Shinbo* betonte, dass Bürger eines Staates nicht nur eine Gemeinsamkeit von Abstammung, Geschichte, Wohnort, Religion und Sprache, sondern auch den gemeinsamen Geist, das gemeinsame Interesse und das gemeinsame Handeln aufweisen sollen, und dass sie wie ein menschliches Gerippe gegliedert und ihr Geist wie eine Armee einheitlich sei. Nun wurden die Bürger als Soldaten aufgefasst, die sich für den Staat bedingungslos aufopfern sollten (Park No-Ja 2005: 283). So haben reformorientierte koreanische Intellektuelle den Vorrang des Staates oder der Nation vor Individuen betont (Choi Gi-Yeong 2003: 27). Diese etatistische Staatstheorie fand bald auch in die Schulbücher Koreas Eingang (Park No-Ja 2005: 296).

Andererseits fand *Liang Qichaos* Verehrung der militärischen Macht auch in *Chosun* viele Anhänger, die verweichlichte Koreaner mit krummen Rücken und blassen Gesichtern in tapfere Krieger umwandeln wollten. Schon bevor *Liangs* Schriften in *Chosun* bekannt geworden waren, hatten koreanische Reformler die Erfahrung der japanischen *Meiji*-Restauration, bei der die Stärkung des Militärs die Grundlage der Reform bildete, zu ihrem Vorbild gemacht. Einer ihrer Wortführer, *Park Yeong-Hyo* [1861-1939], meinte in einer Schrift, "Das Militär ist für ein Land wie die Lebenskraft

für einen Menschen. Wie ein Mensch ohne Lebenskraft nicht eigenständig leben kann und der Erniedrigung durch andere ausgesetzt ist, kann ein Land ohne Militär nach innen keine Politik betreiben und nach außen keine gleichberechtigten diplomatischen Beziehungen mit anderen Ländern abschließen" (Zitiert nach Park No-Ja 2005: 139). In dem Maße, in dem Korea durch Japan kolonisiert wurde, sahen manche das Militär auch als ein Instrument zur Umbildung individueller Charakterstärke an. In einer Schrift aus dem Jahre 1908 hieß es, "Kriegswirren sind das Versuchsgelände für Geist und Tapferkeit." (Zitiert nach Park No-Ja 2005: 140). In diesem Zusammenhang wurde sogar der Krieg romantisiert. Der Aufklärer *Choi Nam-Seon*, der die Schönheit der Uniformität des Militärs lobte, vertrat die Ansicht, der Krieg hinterlasse den nachkommenden Generationen positive Vermächtnisse wie Geschichten über tapfere Helden, welche die Leser sogar in Entzückung bringen können. Nun wurde der Krieg als Anlass verstanden, einen Jungen zu einem richtigen Mann zu erziehen (Park No-Ja 2005: 140f).

Auch *Liangs* Verehrung von militärischen Helden wurde von koreanischen Aufklärern weitergeführt. Sie haben den Untergang und Souveränitätsverlust der *Chosun*-Dynastie auf die Verweichlichung durch das konfuzianische Gelehrtentum zurückgeführt und westliche Militärführer, die ihr Land gegen feindliche Angriffe verteidigt oder ihrem Land zur Größe verholfen haben, als Helden verehrt. So haben sie Alexander der Große, Napoleon Bonaparte, das Triumvirat des italienischen Risorgimento (Garibaldi, Cavour und Mazzini) als Helden verehrt. Weil diese dem koreanischen Volk als Vorbilder dienen sollten, wurden ihre Biographien ins Koreanisch übersetzt und von einer großen Leserschaft begeistert gelesen (Park No-Ja 2005: 79). Auch nach der Annexion hat sich in Korea der Heldenkult weiter verbreitet. Die Geschichtsbücher, die Helden der westlichen Länder darstellten, haben die Einstellung der heranwachsenden Generation stark beeinflusst. Vor allem die Biographien über Napoleon Bonaparte und die die Parallelbiographien von Plutarch gehörten zur Standardlektüre koreanischer Jugendlicher in der japanischen Kolonialzeit.

In den 1930er Jahren haben sich die nationalistischen koreanischen Intellektuellen dann Militärführer auch von China und Korea als Helden verehrt. So wurden der chinesische Stratege und Politiker *Zhuge Liang* [181-234] und der koreanische König *Gwang-Gae-To* der Große [374-412], der General *Eul-Ji-Moon-Deok* [rund um das 7.

Jahrhundert] und der General *Lee Soon-Shin* [1545-1598], die alle mit verweichelichten konfuzianischen Gelehrten kontrastiert wurden, als vorbildliche Helden gefeiert. Und alle Intellektuellen, die von ihnen begeistert waren, wurden nicht müde, die Rolle der Helden in der Geschichte zu betonen. *Park Eun-Shik* betonte, dass "der Held die Quintessenz des Staates ist" (Park Eun-Shik 1975: 43). Auch *Shin Chae-Ho* stellte in einem Beitrag für *Daehan-Maeil-Shinbo* (4. und 5. Jan. 1908) fest, "Der Held ist ein Heiligtum, das die Welt erschaffen hat, und die Welt ist die Bühne für die Helden. Wie kann ein Land ohne Helden bestehen?". In einem anderen Zeitungsbeitrag betonte er, dass nur nationale Helden nach dem Muster von Washington und Cavour Korea zur Unabhängigkeit verhelfen können. Auch in anderen Beiträgen appellierte er an das koreanische Volk, namenlose Helden zu werden, die sich für den Staat aufopfern (Zitiert nach Park No-Ja 2005: 74-75).

Diese historischen Helden dienten vielen Jugendlichen in der Kolonialzeit als Vorbilder. Vor allem Napoleon beeindruckte die Menschen, die ca. drei Jahrzehnte später die wirtschaftliche Modernisierung in Südkorea lenken sollten. So hat sich *Park Chung-Hee* nach eigenen Worten schon als Grundschüler oft so sehr in die Lektüre der Napoleon-Biographien vertieft, dass er das Verstreichen der Zeit vergessen und den Ochsen, den er weiden musste, aus den Augen verloren hat. Der Werdegang Napoleons, der in der französischen Kolonie Korsika geboren wurde, aber sich mit Hilfe von Militär zum Kaiser hochgearbeitet hat, soll nach *Cho Gap-Je* den jungen *Park* dazu animiert haben, Napoleon nachzuahmen. So habe er angefangen, nach Macht, Militär, Eroberung, Herrschaft und Männlichkeit zu verlangen (Cho Gap-Je 1998I: 371f). Wie seine Lehrerkollegen sowie seine Schüler erinnern, hat *Park*, als er Lehrer an einer Grundschule war, in seinem Schlafzimmer das Poträt von Napoleon aufgehängt (Cho Gap-Je 1998II: 97). Wie er später einem Berater sagte, hat ihn seine Bewunderung für Napoleon später veranlasst, zur Militärakademie in der Mandschurei zu gehen, um dort eine militärische Karriere zu beginnen (Cho Gap-Je 1998: 373). Gleiches galt auch für *Chung Ju-yung*, dem Gründer des Hyundai-Chaebol. *Chung Ju-yung* las Biographien von westlichen Staatsmännern und Militärgeschichte. Zu seiner Lieblingsliteratur gehörten die Memoiren von Winston Churchill und die Bücher über Napoleon, Genghis Khan, Abraham Lincoln and George Washington und die Parallelbiographien von Plutarch. Dazu meinte er, "Ich habe sehr viel von den Entscheidungsträgern gelernt,

insbesondere wie sie in Schlachten Entscheidungen getroffen haben. In der Schlacht ist ein Kommandeur mit einer Situation konfrontiert, in der er die Moral seiner Leute aufrechterhalten muss, während sie umfallen und dies, obwohl er selbst unter Stress steht" (Zitiert nach Kirk 1994: 29).

Der Heldenkult wurde mit der autoritären Gesellschaftstheorie verbunden, die den Staat gegenüber den Individuen privilegiert. Demzufolge galt als ein Held nur, wer mit selbstloser Opferbereitschaft zur Wiederherstellung der Souveränität des koreanischen Staates beiträgt. *Lee Gi-Hoon* zufolge betrachteten daher nicht wenige Intellektuelle und Studenten im kolonialen Korea die faschistische Politik von Hitler und Mussolini als Vorbild für die nationale Befreiung Koreas. Einige Studenten behaupteten sogar, dass das Land auch nach der Befreiung nach dem Muster des Nationalsozialismus regiert bzw. von einer Militärdiktatur geführt werden sollte (Lee Gi-Hoon 2002: 16). Unter dem Einfluss des Heldenkults pflegten anti-japanische koreanische Schüler militaristische und faschistische Gesinnungen. So hat sich die autoritäre Staatstheorie, welche der Staatsräson die Interessen und Rechte der einzelnen Bürger unterordnet, auch bei anti-japanischen Intellektuellen eingenistet. Die anti-japanischen Aufklärer strebten zwar einen Verfassungsstaat an. Er sollte aber eher auf die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität abzielen als auf den Schutz der Menschenrechte (Park No-ja 2005: 294).

Dieser Etatismus stellt *Park No-Ja* zufolge einen Bruch mit der Geistesgeschichte Koreas dar. In der traditionellen Philosophie und Religion wurde Einzelnen zugetraut, sich über die Fesseln der Machtverhältnisse hinweg zu setzen und ihre ethischen Ideale zu verwirklichen, sei es *Gun-Ja* (der edle Mann) im Konfuzianismus, sei es *Buddha* (der Erleuchte) im Buddhismus. Zwar sei diese Autonomie anders als die Autonomie des Individuums im westeuropäischen Sinne gewesen, trotzdem habe es in den beiden Religionen Konfuzianismus und Buddhismus immer noch einen Raum für autonome Individuen gegeben, die nicht von der Obrigkeit diktierte ethische Normen verfolgten. Diese Autonomie von moralisch handelnden Individuen habe sich aber nach dem Einzug des Sozialdarwinismus allmählich aufgelöst (Park No-ja 2005: 281f).

Dieser Etatismus verband sich ironischerweise auch mit Forderungen nach Abschaffung der Ständeordnung, die aus der westlichen Welt importiert wurden. Am Ende der *Chosun*-Dynastie wollten reformorientierte Intellektuelle das koreanische Volk von den Schranken der tradierten Ständeordnung befreien und in eine neue

Gesellschaftsordnung führen, in der sich diese Individuen nun gegenüber der Nation bzw. dem Staat loyal verhalten sollten (Park No-ja 2005: 282). Die unterschiedliche Rezeption des Sozialdarwinismus bewirkte, dass dieser sowohl zur Rechtfertigung der japanischen Kolonialherrschaft genutzt werden konnte als auch zur Anleitung der anti-japanische Unabhängigkeitsbewegung (Kim Do-Hyeong 2000: 11). In beiden Fällen förderte er anti-liberale Einstellungen gegenüber Politik und Gesellschaft.

3.5 Der Einzug des modernen Konsum- und Lebensstils

Auch bei der andauernden kolonialen Unterdrückung kam es ansatzweise zu einer Modernisierung der Lebensweise. Denn auch in der Kolonialzeit fanden immer mehr neuzeitliche Techniken samt westlicher Massenkultur (Kleidung und Architektur, Kraftfahrzeuge, Rundfunk und Kino) Eingang in Korea und bewirkten eine Modernisierung der Konsumkultur, die allerdings größtenteils auf die Städte beschränkt blieb. In den damaligen Zeitungen fanden sich täglich Werbeanzeigen für Hüte, Gehstöcke oder Schuhe. Darin wurden die Waren mit Worten angepriesen, die ihre Modernität andeuteten. Vor allem Merkmale wie westlich-industrielle (also nicht traditionell-handwerkliche) Herstellung wurden als positive Eigenschaft herausgestellt. So stand in der Zeitung *'Mae-Il-Shin-Bo'* eine Werbeanzeige für Schuhe, "deutsche und amerikanische Herstellung, Beständigkeit auf internationalem Niveau, gesellschaftsfähig und preiswert" (Kim Jin-Song 1999: 74). Der Wandel wurde auch in Geschäftsvierteln bemerkbar: In Seoul stieg die Zahl der Spezialgeschäfte für Importwaren aus Japan, den USA und Europa ständig. In *Chong-No*, der damals größten Hauptstrasse Seouls, konnte man viele Waren aus aller Welt kaufen. Immer mehr Restaurants, Cafes, Teehäuser und Bars, Schallplattenläden, Konditoreien und Kosmetikläden wurden eröffnet (Lee Yi Hwa 2004: 127). Zwar konnten damals nur wohlhabende Japaner, Kollaborateure mit den japanischen Kolonialherren, Bürokraten und Intellektuelle aus reichen Verhältnissen an der modernen Konsumkultur teilhaben (Kim Jin-Song 1999: 76). Trotzdem begann sich damals die materialistische Orientierung zumindest bei der städtischen Bevölkerung Koreas einzunisten. Neugier und Bewunderung haben nicht nur die Konsumneigung der wohlhabenden Oberschicht,

sondern auch des einfachen Volkes geweckt. Auch die Abschaffung der konfuzianischen Ständeordnung senkte die Hemmschwelle für das vorher verpönte Streben nach materiellem Besitz und rief die Erwartung hervor, dass jeder sozial und wirtschaftlich aufsteigen kann. Seit den 1920er Jahren wurde die moderne Konsumkultur zumindest für städtische Bewohner in Korea etwas Alltägliches. Die westliche Zivilisation bedeutete für sie materiellen Wohlstand und irdisches Glück (Kim Jin-Song 1999: 75f).

Chung Ju-Young war ein typisches Beispiel für diejenigen, die zielstrebig versuchten, über alte Standesschranken hinweg zu Reichtum zu kommen. Obwohl sein Vater, ein Bauer, daran festhielt, dass sein ältester Sohn *Ju-Young* ein Bauer wie sein Vater werden sollte, distanzierte er sich von der Vorstellung seines Vaters und träumte davon, Lehrer an der Grundschule zu werden. Doch dieser Traum ließ sich nicht verwirklichen, weil ihm seine Eltern die Ausbildung in der benachbarten Stadt nicht bezahlen konnten. In *Chung Ju-Young* wuchs der Unmut, weil er nicht verstehen konnte, dass sein Vater als ein sehr fleißiger Bauer so arm war. Daher versuchte er, nach Seoul durchzubrennen, um dort Geld zu verdienen. Dreimal lief *Ju-Young* von Zuhause weg, jedes Mal holte der Vater ihn zurück, denn er war fest davon überzeugt, dass sein Sohn als ungebildeter und mittelloser Junge vom Land in der großen, bereits von arbeitslosen jungen Koreanern überfüllten Stadt keine Überlebenschance haben würde. Doch gab *Ju-Young* nicht auf. Beim dritten Fluchtversuch besuchte er sogar einen Kurs für Buchführung, um später als kaufmännischer Angestellter zu arbeiten. Dabei schreckte er nicht davor zurück, die Kuh seines Vaters, das wichtigste Vermögen eines jeden Bauern, zu verkaufen, um seine Flucht zu finanzieren. Als er 19 Jahr alt wurde, unternahm er seinen letzten, diesmal erfolgreichen Fluchtversuch. Erst 3 Jahre später meldete er sich wieder bei seinem Vater, nachdem er in Seoul eine Aushilfsstelle in einem koreanischen Reisgeschäft gefunden hatte. Da sein Gehalt schon damals über dem Einkommen seines Vaters lag, hat ihn sein Vater nicht mehr gezwungen, als Bauer zu arbeiten (Kirk 1994: 26; Chung Ju-Young 1998: 15-52).

3.6 Zwischenfazit: Die Prägung von Verhaltensmustern während der Kolonialzeit

Mit der Öffnung des Landes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben Koreaner angefangen, sich an modernen Lebensentwürfen zu orientieren. Der Kontakt mit dem materiellen Reichtum der westlichen Welt hat sowohl die Nachfrage nach kapitalistischen Produkten als auch das Streben nach materiellem Besitz angespornt. Die Einführung der westlichen Gleichheitsidee hat die überfällige Abschaffung der Ständeordnung und die Öffnung der Bildungschancen für die Unterschichten beschleunigt. Damit hat die breite Masse der Bevölkerung zum ersten Mal erlebt, dass ihre soziale Stellung nicht mehr durch ihre Standeszugehörigkeit festgelegt wurde. Die Abschaffung der konfuzianischen Ständeordnung senkte auch die Hemmschwelle für das vorher verpönte Streben nach dem materiellem Besitz, weil sie die standesbedingte Beschränkung der materiellen Ansprüche aufgehoben und die Erwartung hervorgerufen hatte, dass jeder ungeachtet seiner Herkunft sozial und ökonomisch aufsteigen und an der modernen Konsumkultur teilhaben kann.

Diese 'modernen' Werteorientierungen wurden aber durch die Erfahrungen mit der japanischen Kolonialherrschaft überlagert, die ihnen autoritäre und partikularistische Züge aufdrücken sollten. Während der japanischen Kolonialherrschaft haben Koreaner zum ersten Mal in ihrer Geschichte umfassende autoritäre Machtpraktiken erlebt, die mit einem effektiven Polizei- und Verwaltungsapparat bis in kleinste Detail des Alltags hinein gewirkt haben und die sie nur mit bedingungsloser Unterordnung durchstehen konnten. Die Erfahrungen mit der repressiven Kolonialherrschaft bewirkten aber nicht nur eine stumpfe Gewöhnung an die Repressivität der Machtverhältnisse, vielmehr wurden sie von den heranwachsenden Generationen auch positiv besetzt. Die *Tenno*-Ideologie hat zwar wegen der geringen Akzeptanz der Kolonialpolitik das Ziel verfehlt, Koreaner zu treuen Untertanen des japanischen Kaisers zu erziehen, aber verschiedene Maßnahmen zur Schülerdisziplinierung haben den heranwachsenden Generationen, die später im befreiten Korea die wirtschaftliche Modernisierung vorantreiben sollten, zum Konformismus mit Gruppenregeln und Gehorsam gegenüber Ranghöheren erzogen. Auch der Geschichtsunterricht, der den Untergang der *Chosun*-Dynastie auf den Fraktionismus der konfuzianischen Hofbeamten zurückführte, hat ihnen die

etatistische Vorstellung vermittelt, dass soziale und politische Gegensätze dem Gesamtinteresse des Staates zuwiderlaufen.

Zur Verbreitung der etatistischen Gesellschaftsvorstellung, welche die Aufopferung der individuellen Interessen für das Wohl der Nation fordert, haben ironischerweise auch anti-japanische nationalistische Kräfte beigetragen, welche die sozialdarwinistische Idee des internationalen Überlebenskampfes, die von den japanischen Kolonialherren zur Rechtfertigung ihrer Kolonialherrschaft über Korea herangezogen wurde, als Anleitung zur Unabhängigkeit Koreas umgedeutet haben. Sie verstanden die Unabhängigkeitsbewegung als Instrument für den Konkurrenzkampf, der die Auslese der besten bewirken sollte. Auch ihrer Ansicht nach sollten die Rechte der Bürger hinter den Interessen des Staates zurückstehen. Unter diesen Umständen hat sogar die Abschaffung der Ständeordnung den Etatismus verstärkt, weil sie die Individuen zuerst von Standesschranken befreite, sie dann aber dem Staat unterordnete, der von den Bürgern die bedingungslose Loyalität im internationalen Konkurrenzkampf fordert. Insofern war der in Korea verbreitete Autoritarismus nicht ein Relikt des Konfuzianismus, wie es die Kulturalisten meinen. Vielmehr entstand er aus einer Mischung von japanischem Shintoismus und westlichem Sozialdarwinismus. Dieses ideologische Konglomerat, das sich zuerst in der aufholenden Modernisierung Japans niedergeschlagen hatte, hat in der Kolonialpolitik in Korea an Schärfe zugenommen.

Darüber hinaus hat die Repressivität des kolonialen Rechtssystems bewirkt, dass die koreanische Bevölkerung Respekt vor Gesetzen verloren hat. Die Brutalität und Arroganz der Polizei, die die koloniale Rechtsordnung verkörperte, hat die Einstellung zur Rechtsordnung zusätzlich negativ beeinflusst. Folglich wurden Gesetzesverstöße entweder als Kavaliere delikte verharmlost oder sogar als Heldentaten gegen die koloniale Repression gepriesen. Das Ausmaß der Gesetzesmissachtung war umso größer, desto mehr Lebensbereiche das koloniale Rechtssystem geregelt hat. Diese Erfahrungen haben die Entstehung von Gemeinsinn verhindert. Genau darin liegt der Ursprung jener merkwürdigen Koexistenz von etatistischen Vorstellungen auf der einen und einem Mangel an Gemeinsinn auf der anderen Seite, die Bruch und Thomas als Kulturstandards von Koreanern ausgemacht haben (Bruch / Thomas 1995). Damit lässt sich der Partikularismus in dieser Zeit weniger als ein Überbleibsel der konfuzianischen Tradition, denn als das Ergebnis einer fremdbestimmten Modernisierung interpretieren.

4 Befreiung und Besetzung

Die 35 Jahre andauernde japanische Kolonialherrschaft über Korea endete am 15. August 1945 mit der Kapitulation Japans vor den USA im Pazifischen Krieg. Die Befreiung wurde von der koreanischen Bevölkerung mit großem Jubel und mit Hoffnung auf eine gerechte Gesellschaft und auf Wohlstand für alle Koreaner empfangen. Die Gründung eines unabhängigen koreanischen Staates wurde jedoch dadurch überschattet, dass die ehemalige Kolonie Japans nun von den beiden Siegermächten USA und UdSSR besetzt wurde. Damit wurde nicht nur die Chance zerstört, dass Koreanerinnen und Koreaner die Zukunft ihres Landes eigenständig gestalteten, vielmehr dominierten die beiden Siegermächte den Prozess der Staatsgründung. Deren gegensätzlichen Ideologien und ihre unterschiedliche Besatzungspolitik bewirkten heftige Spaltung unter der koreanischen Bevölkerung. Im Folgenden werde ich die Besatzungspolitiken der beiden Besatzungsmächte erörtern, um die Fremdbestimmtheit der Staatsgründung in Korea zu verdeutlichen.

4.1 Aufbruchstimmung nach der Befreiung

Zuerst schien der Aufbau des unabhängigen koreanischen Staates von den Eigeninitiativen des koreanischen Volkes eingeleitet zu werden. Innerhalb von wenigen Tagen nach der Befreiung entstanden so zahlreiche politische Organisationen, als wollte das Volk mit einem Schlag die entrechtete Vergangenheit wiedergutmachen. Die wichtigste Initiative war <der Ausschuss zur Vorbereitung der Staatsgründung>, kurz *Geon-Jun*, der die Gründung einer unabhängigen demokratischen Regierung vorbereiten und die innere Sicherheit während der Übergangszeit garantieren sollte. Außerdem entstanden viele lokale Volkskomitees, die aus dem *Geon-Jun* hervorgingen oder unabhängig davon operierten. Einer Schätzung zufolge wurden bereits einen Tag nach der Kapitulation Japans 146 Volkskomitees gegründet. Die Bauern, die 74 % der arbeitenden Bevölkerung ausmachten, erhofften sich nach der Befreiung eine gerechte Umverteilung des Landes, gründeten daher Volkskomitees, und begannen spontan, Ländereien der ausgewanderten Japaner unter den Bauern zu verteilen. Solche

Initiativen waren in der Lage, das nach dem Abzug der japanischen Kolonialherrscher entstandene Machtvakuum zu füllen. Auch Industriearbeiter haben die zuvor von Japanern geführten Unternehmen requiriert und eigenständig verwaltet. In Seoul, Incheon, Busan usw. wurden Initiativen zur Selbstverwaltung gestartet. So hat *Lee Il-Jae* mit seinen Kollegen bei Matzwa-Chemie, die in der Kolonialzeit Chemiemittel für Radaranlagen hergestellt hatte, die Selbstverwaltung der Arbeiter initiiert und das Unternehmen auf die Herstellung von Zahnpasta umgestellt. Vielerorts wurden Gewerkschaften gegründet, und gegen Initiativen zur Selbstverwaltung von betrieblen wagte niemand Einspruch zu erheben (Moon Je-An u. a. 2005: 164-6). Am 6. September 1945 lud *Geon-Jun* die Delegierten des Volkskomitees zu einem Staatsgründungskongress ein. Die < Volksrepublik Korea > wurde ins Leben gerufen. In ihrer Regierungserklärung versprach die Regierung der Volksrepublik die unverzügliche Durchführung einer Landreform.

Die nach der Befreiung entstandenen politischen Gruppierungen reichten von konservativen Rechten über moderate Linken bis zu Kommunisten. Viele Koreaner traten nach der Befreiung politischen Parteien bei, die offiziell unterschiedliche Ideologien vertraten. Dennoch war die politische Stimmung in Korea und damit auch die Unterstützung für eine bestimmte Partei weniger ideologisch als nationalistisch motiviert. Sogar bei Aktivisten, die einer bestimmten Partei beitraten, überwog das nationalistische Motiv über das ideologische. Viele machten ihrer eigenen Wahrnehmung zufolge den Beitritt zu einer bestimmten Partei davon abhängig, ob sich eine Partei und ihre Führer konsequent gegen Japan gestellt hatten.

In Nordkorea z. B. wurde die politische Szene vom rechten Lager um *Cho Man-Sik* dominiert, der während der Kolonialzeit konsequent für die Unabhängigkeit gekämpft hatte. *Cho Man-Sik*, der während der Kolonialzeit die Kampagne für die Förderung koreanischer Produkte geführt hatte, favorisierte eine Marktwirtschaft mit sozialem Anstrich und eine politische Demokratie nach westlichen Vorbild, war aber auch offen gegenüber den sozialpolitischen Forderungen von Linken, die eine Reform zugunsten von Pächtern anstrebten. Weil er zwischen unterschiedlichen politischen Positionen vermitteln konnte, genoss er unter der Bevölkerung über politische Gruppierungen hinweg hohes Ansehen. Das Volkskomitee für die *Pyeong-Nam* Provinz z. B. bestand aus 18 konservativen Nationalisten um *Cho Man-Sik* und zwei Kommunisten um *Hyun*

Jun-Hyeok. *Cho Man-Sik* führte nach der Befreiung das für fünf nordkoreanische Provinzen zuständige Volkskomitee. Dessen gewählte Vertreter waren mehrheitlich rechte Nationalisten (Chang Gyu-Sik 2006: 95-96). Auch Kommunisten um *Hyeon Jun-Hyeok* kooperierten mit *Cho Man-Sik*. Die beiden Politiker waren in Bezug auf die Kolonialzeit politisch unbelastet. Es bestanden in Nordkorea zur Zeit der Befreiung also gute Voraussetzungen dafür, dass sowohl konservative als auch linke Politiker für die Gründung eines unabhängigen Staates zusammenarbeiten. Diese Stimmung lässt sich auch durch einen Zeitzeugen bestätigen. *Seung Byeong-II*, Anhänger von *Cho Man-Sik*, berichtete, dass er und seine Parteifreunde eigentlich keine Feindseligkeit gegenüber Kommunisten empfanden. Demokraten und die Kommunisten hätten sogar an den jeweiligen Feiern zur Parteigründung teilgenommen und sich gegenseitig gratuliert (Seung Byeong-II 2008: 94ff).

In Südkorea dagegen war die Lage komplizierter. Nach Aussagen von *Lee Gi-Hyeong*, damals Journalist, konnten die Linken die Sympathie der Bevölkerung für sich gewinnen, weil sie sich während der Kolonialzeit für Befreiungskämpfe konsequenter und hartnäckiger engagiert hatten als die Rechten. Während es die rechten Befreiungskämpfer, nachdem sie einmal harte Gefängnisstrafe erlebt hatten, nicht mehr wagten, sich für die Befreiungsbewegung zu engagieren, setzten Kommunisten und Sozialisten im Untergrund ihre Kämpfe fort (Moon Je-An u. a. 2005: 272f). *Park Jin-Mok*, der in der Kolonialzeit wegen seiner Befreiungskämpfe in Haft gesessen hatte, trat nach der Befreiung der Südkoreanischen Arbeiterpartei bei, weil er die Kommunisten als wahre Nationalisten betrachtete. So erschien ihm die Sowjetunion als die wahre Befreierin der unterdrückten Völker, die USA dagegen als imperialistische Macht (Moon Je-An u. a. 2005: 50-51). Auch auf lokalen Ebenen hat sich diese Wahrnehmung in der politischen Stimmung niedergeschlagen. So wurden führende Linke in Kreis *Hae-Nam*, Provinz *Jeon-Nam* von der Bevölkerung geachtet, weil sie sich während der Kolonialzeit für Befreiungskampf und Entwicklung der Dorfgemeinde wie Alphabetisierung sehr engagiert hatten. Obwohl sie selber Yangban und Landbesitzer waren, waren sie übrigens sehr großzügig bei der Festlegung der Pachtgebühren (Park Jeong-Seok 2003: 63-64). Die Linken genossen auch im Kreis *Yesan*, Provinz *Chung-Nam* die gleiche Unterstützung (Yoon Hyeong-Sook 2003: 97).

Solche Wahrnehmung, dass die koreanischen Linken beim Kampf gegen das

japanische Kolonialregime konsequenter waren als die Rechten, lässt sich aber nicht verallgemeinern. Nach *Lee Chong-Sik* hatten auch Linke und Kommunisten, die am Befreiungskampf beteiligt waren, in der ausgehenden Kolonialzeit unter den Repressalien des Kolonialregimes ihrer Sache abgeschworen und sogar den Treueschwur auf den japanischen Kaiser abgelegt (*Lee Chong-Sik* 2006: 135-136). Dies spiegelte sich auch auf der lokalen Ebene wieder. Beispielsweise verlief im Falle der Ortschaft *Bam-Gol*, Kreis *Ye-San* von der Provinz *Chung-Nam* die politische Trennlinie quer zu der oben beschriebenen Gegenüberstellung. So musste *Kang Hyeong-Jun*, der als Linker einst am Befreiungskampf beteiligt gewesen war, unter dem Druck des Kolonialregimes als Ortsvorsteher arbeiten und einige Dorfbewohner für den Pazifischen Krieg mobilisieren. Dabei hat er diejenigen in den Krieg geschickt, die mit ihm einen Zwist gehabt hatten (*Yoon Taek-Lim* 2003: 170-171). Nach der Befreiung kehrten diese zwangsrekrutierten Dorfbewohner lebendig zurück. Sie unterstützten das rechte Lager und standen dem linken Lager um *Kang Hyeong-Jun* feindlich gegenüber (*Yoon Taek-Lim* 2003: 177f).

Diese verschwommene politische Stimmungslage drückte sich im Wunsch der Bevölkerung hinsichtlich der personellen Besetzung der Leitungsfunktionen in dem unabhängigen Staat aus. Eine vier Monate nach der Befreiung durchgeführte Meinungsumfrage ergab, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung vorstellte, dass die rechten Nationalisten *Rhee Syngman* und *Kim Gu* als Staatspräsident bzw. Innenminister und der Kommunist *Kim Il-sung* als Verteidigungsminister der provisorischen Regierung zusammen regieren können (*Moon Je-An* u. a. 2005: 185).

Dieses recht verschwommene Bild der politischen Differenzen drückte sich auch in den Meinungen über das Gesellschaftsmodell aus, welches das befreite Korea anstreben sollte. Zwei von der US-Militärverwaltung 1946 durchgeführten Umfragen zufolge, bekundete die Mehrheit der Befragten Sympathien für den Sozialismus. Aber was die Frage der Landreform anging, favorisierten die meisten Befragten nicht eine Kollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion, sondern den Erhalt einer eigenständigen Bauernwirtschaft oder eines abgemilderten Pachtsystems. In der Frage der Regierungsform favorisierte die Mehrheit der Befragten die repräsentative Demokratie nach dem US-amerikanischen Modell (35%) oder eine Mischung aus dem US-Modell und Kommunismus (30%) (Zitiert nach *Jeon Sang-In* 2001: 60). Dieses

Ergebnis legt die Vermutung nahe, dass sich die südkoreanische Bevölkerung unter dem Stichwort ‚Sozialismus‘ weder einen Sozialismus im marxistischen Sinne, noch das Sowjetsystem vorgestellt hat. Dies ist insofern verständlich, als der damals in Korea herrschende Analphabetismus sie daran hinderte, ausreichende Kenntnisse über politische Ideologien zu gewinnen. Insgesamt hegte die Bevölkerung einen vagen Wunsch nach einer Gesellschaft, in der Freiheit, politische Partizipation und materieller Wohlstand für die breite Masse der Bevölkerung gewährleistet sind. Zur Zeit der Befreiung herrschte auf der politischen Bühne Koreas also die Hoffnung, dass politische Gruppierungen über alle ideologischen Differenzen hinweg gemeinsam an der Gründung eines unabhängigen Staates teilnehmen können.

4.2 Der Einfluss der Besatzungsmächte auf die Staatsgründung

Die Freude über die lang ersehnte Befreiung aus der Kolonialherrschaft wurde bald durch mehrere Umstände getrübt. Erstens hat die Rückkehr von eingewanderten Japanern nach Japan die Wirtschaft Koreas lahmgelegt. In Nordkorea haben Japaner sogar Produktionsanlagen zerstört. So wurden 64 Bergwerke überschwemmt, 19 Wasserkraftwerke, 178 Bergwerke und 47 Fabriken zerstört. Auch die ganzen Eisenbahnlinien in Norden wurden lahmgelegt (Lee Joo-Cheol 1997: 178-179).

Viel gravierender und nachhaltiger war, dass das Land von den beiden Siegermächten besetzt wurde. Kurz nachdem die USA Atombomben auf Hiroshima geworfen hatte, hat die Sowjetunion, die bisher gezögert hatte, sich am Krieg im Pazifik zu beteiligen, Japan den Krieg erklärt. Sowjetische Truppen sind in Korea einmarschiert. Stalin wollte in der koreanischen Halbinsel eine Pufferzone schaffen, die das sowjetische Interesse in der ressourcenreichen Mandschurei gegen eine Einmischung von den USA schützen sollte. Die US-Regierung, welche schon erlebt hatte, wie die Sowjetunion in den osteuropäischen Ländern durch politische Manöver und Säuberungen von nicht-kommunistischen Politikern den kommunistischen Parteien zur Macht verholfen hatte, schlug Stalin die Teilung des Lands am 38°-Breitengrad vor. Die sowjetische Besetzung der ganzen koreanischen Halbinsel hätte ja die USA dazu gezwungen, Stalin das Mitwirkungsrecht bei der US-Besatzungspolitik in Japan einzuräumen. Stalin

akzeptierte den Vorschlag (Lee Chong-Sik 2006: 185-189). Die beiden Fremdmächte mit ihrer gegensätzlichen Ideologie haben Besatzungspolitiken betrieben, die krasse Konfrontation unter den Koreanern heraufbeschwören und ihnen die Chance nehmen sollten, die Zukunft ihres Landes nach ihren Wünschen zu gestalten. Im Folgenden werde ich die Besatzungspolitiken der beiden Besatzungsmächte erörtern, um die Fremdbestimmtheit der Staatsgründung in Korea zu verdeutlichen.

4.2.1 Sowjetische Besatzungspolitik in Nordkorea

Die Sowjetbesatzung in Nordkorea hat versucht, im Rahmen der Volksfrontpolitik ein „bürgerlich-demokratisches Regime“, also eine Vorstufe zum pro-sowjetischen und kommunistischen Regime, aufzubauen (Lee Chong-Sik 2006: 202). Dies sollte schließlich auch die Teilung von Korea einleiten.

Die Regierung der Sowjetunion war zwar wegen der pro-westlichen und prokapitalistischen Haltung der Nationalisten um *Cho Man-Sik* besorgt, konnte aber das politische Gewicht von dem Mann, der unter der Bevölkerung als *Ghandi* von Korea verehrt wurde, nicht ignorieren. Der politische Kommissar des 25. Regiments, General Major *Nikolai Ledebew*, hielt *Cho Man-Sik* für reaktionär, vermied es aber, ihn offen zu kritisieren. Er akzeptierte nach dem Prinzip der Volksfrontstrategie offiziell (und vorläufig) die Führungsrolle von *Cho Man-Sik* (Kim Guk-Hu 2008: 47-48). Aber die Sowjetbesatzung versuchte durch die Hintertür kommunistische Einflüsse in Nordkorea auszuweiten. So bemängelte sie einerseits das von den Nationalisten dominierte Mehrheitsverhältnis in dem Volkskomitee und sorgte dafür, dass dort Nationalisten und Kommunisten zu gleichen Teilen vertreten waren. Andererseits organisierte die Sowjetunion heimlich die Übersiedlung von kommunistisch gebildeten ethnischen Koreanern aus der Sowjetunion, zu denen auch *Kim Il-sung* gehörte, der irgendwann *Cho Man-Sik* verdrängen sollte (Lee Ji-Soo 2009: 76f). Mit der Zeit geriet *Cho Man-Sik* immer öfter mit der sowjetischen Besatzung in Konflikt. So lehnte das von ihm geführte Volkskomitee die von der Sowjetbesatzung vorgeschlagene Enteignung ohne Entschädigung bzw. unentgeltliche Umverteilung des Landes ab, verkündete dafür eine gemäßigte Reform der Landwirtschaft wie die Senkung von Pachtgebühren auf 30 %. Die Sowjetbesatzung musste von ihrem Kurs zurückweichen und sich in der Frage der

Landreform damit begnügen, nur Ländereien von Japan-Kollaborateuren zu enteignen. Andererseits aber bereitete die Sowjetbesatzung Schritte vor, die Schaffung eines pro-sowjetischen Regimes in Nordkorea erleichtern sollten. Im Oktober 1945 verkündete der Kommandant des sowjetischen 25. Fernost-Regiments *Ivan M. Chistiakov* die Schaffung des obersten Verwaltungsorgans mit zehn Zentralbehörden, das Nordkorea als eine eigenständige politische und wirtschaftliche Einheit verwalten sollte, und der „Zentralbank von Nord-Chosun (Nordkorea)“. Die Schaffung einer eigenständigen Zentralbank Nordkoreas, die ohne Absprachen mit der US-Besatzung in Südkorea erfolgte, ließ deutlich werden, dass die sowjetische Besatzung eine dauerhafte Teilung des Landes in Nord- und Südkorea einleitete (Lee Chong-Sik 2006: 436-437). Obwohl sich *Cho Man-Sik* gegen solche sowjetischen Vorstöße sträubte, wollte die sowjetische Besatzung *Cho Man-Sik* im Rahmen der Volksfrontstrategie weiter als Aushängeschild benutzen. Jedoch sollte der landesweite Streit über das Moskauer-Abkommen, das die Außenminister der Siegermächte Dezember 1945 in Moskau vereinbarten, diesem Kurs einen Strich durch die Rechnung machen.

Dezember 1945 kamen die Außenminister der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens in Moskau zusammen, um gemeinsam die Korea-Frage zu lösen. Nach der Diskussion wurde ein Kompromiss vereinbart, dass in Korea zuerst eine provisorische Regierung für das ganze Land errichtet werden sollte, mit der dann eine russisch-amerikanische Kommission über eine Treuhandverwaltung mit einer Laufzeit von fünf Jahren diskutieren sollte. Die Sowjetunion erhoffte sich von einer provisorischen Regierung die Chance, auf der koreanischen Halbinsel eine Einheitsfront gegen die USA zu bilden, während die USA mit der Treuhandverwaltung, bei der drei westliche Mächte einer kommunistischen Sowjetunion gegenüberstehen sollten, die Hoffnung verknüpfte, den sowjetischen Einfluss auf den fernen Osten einzudämmen. Aber das einst von Japanern zur Rechtfertigung ihrer Kolonialherrschaft über Korea benutzte Wort "Treuhandverwaltung", erweckte bei der koreanischen Bevölkerung den Eindruck, dass eine Fremdherrschaft in neuem Gewand fortgeführt werden sollte. In ganz Korea brach ein Sturm der Entrüstung aus. Die Sowjetunion ordnete an, dass alle politischen Gruppierungen in Nordkorea dem Abkommen zustimmten, aber *Cho Man-Sik* stellte sich gegen die Treuhandverwaltung. Als er trotz mehrmaliger Beschwichtigungen durch die sowjetische Seite nicht nachgab, stellte die sowjetische

Besatzung ihn Anfang 1946 unter Hausarrest.

Nach der Ausschaltung von *Cho Man-Sik* trieb das Regime von *Kim Il-sung* unter sowjetischer Obhut sozialistische Reformen schnell voran. Zu den Reformen gehörten die Verstaatlichung der Industriebetriebe und eine radikale Landreform. Dank dieser Reformen konnte sich die nordkoreanische Wirtschaft von der Misere erholen, die der Zusammenbruch des auf japanische Wirtschaftsinteressen abgestimmten kolonialen Wirtschaftssystems nach der Befreiung verursacht hatte. So hat das nordkoreanische Regime rechtzeitig japanische Fachkräfte mit höheren Vergütungen von der Rückkehr nach Japan abgehalten und für die Instandhaltung sowie den Wiederaufbau der Produktionsanlagen eingesetzt. Aber vor allem durch die sozialistische Landreform, die Ländereien verstaatlicht und an frühere Pächter und arme Bauern weiter verpachtet hatte, sicherte sich das Regime von *Kim Il-Sung* die politische Unterstützung von Kleinbauern. Diese Landreform hatte aber negative Nachwirkungen. Bei der Landreform ignorierte das Regime die damalige Eigentumsstruktur in Nordkorea, die einen hohen Anteil an kleinen bzw. mittleren selbständigen Bauern und weitgehend angeglichenen Lebensstandards aufwies (Kim Dong-Choon 2000: 190). So wurden mit der Landreform nicht nur Ländereien von Japanern und Japan-Kollaborateuren konfisziert, sondern auch die von selbständigen Bauern und Landbesitzern, die mehr als fünf Hektar Land besaßen. Damit wurden auch die Bauern enteignet, die ihr Landbesitz ehrlich erworben und soziales Ansehen in den jeweiligen Ortschaften genossen hatten (Kim Dong-Choon 2000: 148). Die Ungerechtigkeit bei den sozialistischen Reformen wurde dadurch verschärft, dass die Abrechnung mit der kolonialen Vergangenheit mit dem Ziel der Sowjetisierung Nordkoreas betrieben wurde. So hat *Kim Il-Sung* den Begriff „Japan-Kollaborateure“ auch auf diejenigen angewendet, die der kommunistischen Einheitsfront im Wege standen (Lew Seok-Choon & Kim Gwang-Dong 2013: 262). Damit wurden auch ehemalige Befreiungskämpfer und Christen, die in Nordkorea hohes Ansehen genossen hatten, sich aber der kommunistischen Säuberung widersetzt haben, als Japan-Kollaborateure bzw. anti-nationalistische Elemente abgestempelt und nicht nur um ihre Ländereien, sondern auch um ihr ganzes Hab und Gut gebracht. Außerdem wurde ihren Kindern der Zugang zu Highschool verwehrt. Die so Enteigneten hat das kommunistische Regime zu ganz entfernten Ortschaften deportiert, wo die Bewohner den tatsächlichen Lebenswandel der

Deportierten während der Kolonialzeit nicht kannten und sie daher gemäß der offiziellen Abstempelung als ‚anti-nationalistische Elemente‘ betrachteten. Damit wurden sie leichte Beute für alltägliche Misshandlung durch ihre neuen Nachbarn (Lew Seok-Choon & Kim Gwang-Dong 2013: 239-240). Außerdem unterdrückte das nordkoreanische Regime nach einem Bericht der Korea-Kommission der UNO die Presse- und Versammlungsfreiheit (Kim Dong-Choon 2000: 145). Damit wurden nicht nur Japan-Kollaborateure, sondern auch viele Liberale, Christen und andere gemäßigte Kräfte zu entschiedenen Gegnern des kommunistischen Regimes. Sie flohen nach Südkorea, wo sie bald in den Strudel der politischen Auseinandersetzungen geraten und die Links-Rechts-Konflikt verschärfen sollten (Kim Dong-Choon 2000: 164f).

4.2.2 US-Besatzungspolitik in Südkorea

Im Gegensatz zur sowjetischen Besatzungspolitik, die einen langfristigen Plan zur Schaffung eines pro-sowjetischen Regimes verfolgte und die dringende Versorgungskrise lösen konnte, litt die US-amerikanische Korea-Politik an Inkonsequenz. Einerseits wollte Präsident Truman mit seinem Vorschlag zur Teilung des Lands am 38°-Breitengrad die Sowjetunion in ihrem Versuch einschränken, in den von ihr besetzten Gebieten eine sozialistische Gesellschaftsordnung einzuführen, wie sie sie schon in Osteuropa praktiziert hatte (Lee Chong-Sik 2006: 101ff). Andererseits vermied die US-Regierung aber eine offene Konfrontation mit der Sowjetunion in der Korea-Frage, weil sie die strategische Bedeutung der koreanischen Halbinsel, die ja von der Größe her nur ein Bruchteil des asiatischen Kontinents ist, nicht hochschätzte. Außerdem wurde Truman mit dem Druck aus dem Parlament konfrontiert, das nach der jahrelangen Aufrüstung während des Zweiten Weltkriegs endlich den Verteidigungsetat kürzen wollte. Daher musste sich die US-Besatzung in Südkorea darauf beschränken, mit möglichst geringem Budget für die innere Sicherheit in Südkorea zu sorgen (Lee Chong-Sik 2006: 108). Sie hoffte eher auf harmonische Verhandlungen mit der Sowjetunion und hatte keinen langfristigen Plan für die soziale und politische Zukunft des besetzten südkoreanischen Gebietes, nicht einmal konkrete Konzepte zur Lösung von dringenden wirtschaftlichen Problemen, die der Zusammenbruch des kolonialen

Wirtschaftssystems ausgelöst hatte. Dies sollte die wirtschaftliche Lage Südkoreas verschlechtern, Konflikte unter politischen Gruppierungen zuspitzen und fatale Folgen für politische Entwicklungen in Südkorea nach sich ziehen (Lee Chong-Sik 2006: 145f).

4.2.2.1 Etablierung der konservativen Herrschaftsapparate

Weil die Kapitulation Japans und der sowjetische Einmarsch in die koreanische Halbinsel viel früher kamen als erwartet, hatte die US-Regierung kaum Zeit für einen konkreten Plan für die Besatzungspolitik und traf allein aufgrund der geographischen Nähe Japans zu Südkorea die Entscheidung, das im japanischen *Okinawa* stationierte 24. Regiment unter General *John Reed Hodge* nach Südkorea zu entsenden. General *Hodge*, der weder genaue Kenntnisse über Korea, noch Feingefühl für die soziale und kulturelle Besonderheit des besetzten Landes besaß, musste wichtige Maßnahmen improvisieren, was später zu zahlreichen Fehlentscheidungen führen und Konflikte unter koreanischen Politikern in Südkorea heraufbeschwören sollte (Jeon Sang-In 2001: 125). Mangels Kenntnissen über das Land stützte sich *Hodge* ausgerechnet auf die Mitteilung von *Yoshio Kozuki*, den japanischen Obersten Befehlshaber in *Chosun*, der in einer Radioansprache vor einer grassierenden kommunistischen Gefahr im Land warnte und damit Eigeninitiativen von Koreanern wie *Geon-Jun* ins Misskredit brachte. Dies veranlasste das US-Militär, eigenständigen politischen Initiativen von Koreanern pauschal zu misstrauen. Daher erklärte sich das US-Militär gleich nach der Landung zur einzigen legitimen politischen Institution und negierte damit die Existenzberechtigung jeder politischen Eigeninitiative von Koreanern wie der *Geon-Jun* und der Volksrepublik. Die Besatzungsmacht erklärte auch alle Beschlüsse dieser Initiativen wie Landreform und Konfiszierung von japanischem Vermögen für ungültig und stellte das Gesamtvermögen von Japanern unter ihre Aufsicht (Kim Moo-Yong 2005: 81-82).

Der US-Militär setzte die Schwerpunkte seiner Besatzungspolitik auf die innere Sicherheit und effiziente Verwaltung. So entschied er, die Herrschaftsapparate der Kolonialregierung aufrechtzuerhalten, um die Erfahrungen der Koreaner zu nutzen, die bei den japanischen Kolonialverwaltungen gearbeitet hatten. Dann errichtete *Hodge* erst Oktober 1945 ein Beratungsgremium, das aus prominenten Koreanern bestand, die

Englisch beherrschten und pro-westlich gesinnt waren. Damit wurde das Gremium überwiegend aus rechtsgerichteten Politikern zusammengesetzt, die *Hanmin*-Partei gegründet hatte. Gute Englisch-Kenntnisse, hoher Ausbildungsstand, Engagement für den US-amerikanischen Liberalismus und die Distanz zum Kommunismus galten als Kriterien auch für Einstellung von Angestellten bei der Verwaltung und begünstigten damit diejenigen, die von kolonialen Verhältnissen profitiert hatten: Japan-Kollaborateure sowie die Nachkommen der Landbesitzerklasse, die sich finanziell ein USA-Studium leisten konnten und antikommunistische Gesinnung aufwiesen. (Jeon Sang-In 2001: 126; Ahn Jin 2005: 164-166).

Zudem nahm das US-Militär frühere Kolonialpolizisten in die Militärverwaltungspolizei auf, obwohl auch ihm bekannt war, dass sie als Stütze der japanischen Kolonialherrschaft sehr verhasst waren (Henderson 1968: 143f). Nach Angaben von dem für die Polizei zuständigen Kommissar William Marglin 1946 wurden 5.000 von 8.000 vormaligen Kolonialpolizisten in die US-Verwaltungspolizei aufgenommen. Dabei besetzten 949 unter 1.157 hochrangigen Offizieren der Kolonialpolizei die wichtigsten Ämter im US-Verwaltungspolizeiapparat. Damit betrug der Anteil der ehemaligen Kolonialpolizisten am Führungsstab der südkoreanischen Polizei mehr als 80% (Zitiert nach Kim Taek 2013 : 366).

Diese Beibehaltung der kolonialen Herrschaftsapparate wurde damit begründet, dass es andernfalls an geeigneten qualifizierten Beamten fehlte. Wie *Hodge* an den Kommandant des Pazifischen Korps berichtete, waren die meisten koreanischen Intellektuellen nur Schwärmer, die sich über Verwaltung und Organisation nicht auskannten. Außerdem behauptete das US-Militär, dass man Kolonialbeamte nicht pauschal als Kollaborateure abstempeln sollte, weil die Mehrheit von ihnen nicht aus Treue zum Kolonialregime gearbeitet habe (Park Tae-Gyun 1993: 64). Überdies hat die neu aufgekommene Angst vor dem Kommunismus, der nach der Befreiung im Land schnell verbreitet wurde und durch die radikale Reform in Nordkorea immer mehr an Anziehungskraft gewann, die Militärverwaltung dazu veranlasst, sich über die politische Belastung der ehemaligen Kolonialpolizisten hinwegzusetzen. Im Vergleich mit einer kommunistischen Gesinnung galt die Japan-Kollaboration als harmlos (Lew Seok-Chun & Kim Gwa-Dong 2003: 258; Moon Je-An u. a. 2005: 307). Die ehemaligen Kolonialpolizisten favorisierten ihrerseits den Antikommunismus als Mittel, sich als

'Patrioten' reinzuwaschen und ihre alten Feind, die Unabhängigkeitskämpfer, als Kommunisten abzustempeln und auszuschalten (Kang Joon-Man 2004a: 94-95). So haben die Maßnahmen der US-Besatzung die politische Konstellation in Südkorea zugunsten der ultrakonservativen Kräfte verschoben, die aus Japan-Kollaborateuren und Landbesitzern bestanden (Jeon Sang-In 2001: 56f).

Als die größte Gruppe in Südkorea mit einem starken Kameradschaftsgeist verachtete die Militärverwaltungspolizei die eigene Bevölkerung und versuchte, ihr mit Gewalt Recht und Ordnung aufzuzwingen (Henderson 1968: 143). Sie stempelten auch arglose Menschen als Kommunisten ab. Wie ein kanadischer Journalist beobachtete, verdächtigten die Polizisten einen Mann, der 40 Tausend *Won* bei sich hatte, als einen kommunistischen Geldbeschaffer. Obwohl dieser Mann beteuerte, er habe sein ganzes Vermögen verkauft und sei nun auf dem Weg nach Seoul, ließen sie ihn knien und traten ihn in die Leistengegend, bis er zugab, dass er ein Kommunist sei (Mark Gayn 1948: 52).

4.2.2.2 Fehlverhalten von US-Soldaten

Zudem provozierte der rüde Umgang von US-Soldaten mit Koreanern Unmut der Bevölkerung. Wie Historiker *Kim Seong-Chil* berichtete, wurden Amerikanern und Koreanern je unterschiedliche Sitzplätze und Waggons in der Bahn zugewiesen. Während die Waggons für Koreaner dreckig waren, waren die Waggons für US-Soldaten gut ausgefegt und luxuriös ausgestattet. Koreaner, die in den Waggons für US-Soldaten schon Platz genommen hatten, wurden von US-Militärpolizisten in den nächsten schmutzigen Waggon für Koreaner vertrieben. So mussten koreanische Passagiere in überfüllten Waggons reisen, während die Waggons für Amerikaner fast leer blieben. Auch *Kim Seong-Chil*, der mit einem Dienstaussweis von der US-Militärregierung in einen Waggon für Amerikaner einsteigen wollte, wurde von amerikanischen Militärpolizisten vertrieben und auf die Brust geschlagen (Kim Seong Chil 1993: 23f, 28). Zudem haben einige US-Soldaten die koreanische Bevölkerung als Diebe oder Kommunisten verdächtig. So schoss ein US-Offizier auf einen Botenjungen, der mit einem Keksbeutel vorbeiging, und verletzte dessen Hand, weil er ihn für einen

Dieb gehalten hatte. Manchmal haben US-Soldaten jemand, der von anderen als Kommunisten abstempelt wurde, einfach erschossen, ohne den Vorwurf zu überprüfen (Moon Je-An u. a. 2005: 108-109). Schließlich haben sich viele US-Soldaten auch in Schwarzhandel und in Kleindiebstähle verwickelt. *Dong Yong-Ha*, der als Dolmetscher für einen für die Holz-Lieferung zuständigen US-Oberleutnant arbeitete, übersetzte einmal für den Oberleutnant, der von einem koreanischen Holzhändler zu einem Luxus-Restaurant eingeladen wurde. Beim ausgiebigen Essen hat der Holzhändler dem US-Oberleutnant einen Koffer voll Geld gezeigt. Offensichtlich wollte der Holzhändler damit den Oberleutnant bestechen, damit er Holz von dem Militärbestand abgezweigt bekam (Moon Je-An u. a. 2005: 113). Mit zunehmenden Berichten über die Kriminalität der US-Soldaten erschien der südkoreanischen Bevölkerung das US-Militär weniger als Befreier denn als neue Kolonialmacht (Lee Bo-Ram 2009: 630f).

4.2.2.3 Verschärfung der Konflikte um die Treuhandverwaltung

Um die gereizte Stimmung der Bevölkerung zu beruhigen, holte General *Hodge* den *Rhee Syngman*, der als Unabhängigkeitskämpfer bei der Bevölkerung große Beliebtheit genoss, von seinem 30-jährigen Exil in den USA nach Korea zurück (Lee Chong-Sik 2006: 318-319). Jedoch konnte auch dieser Schritt nicht viel helfen, weil heftige Konflikte über das Moskauer Abkommen fast die ganze Bevölkerung aufspalten und damit politische Konflikte in Südkorea zuspitzen sollten.

Während die Sowjetbesatzung in Nordkorea von allen politischen Gruppierungen die Zustimmung zum Moskauer Abkommen verlangte und die Kritiker der Treuhandverwaltung unterdrückte, gab es im Süden landesweite Proteste gegen das Abkommen. Anfangs gaben die Linken und die Rechten in Südkorea eine gemeinsame Erklärung gegen die Treuhandverwaltung ab. Aber die Kommunisten änderten bald auf Geheiß der Sowjetunion ihre Position und befürworteten das Moskauer Abkommen. Dieser Positionswechsel hinterließ bei der Bevölkerung den Eindruck, die Linken wollten das Land an die Sowjetunion verraten (Kang Joon-Man 2004a: 142-144). Die Konservativen nutzten dies aus, um sich nun in die Rolle der Patrioten einzuschleichen, die sich für eine sofortige Gründung eines vollständig unabhängigen Nationalstaates

einsetzen (Jeon Sang-In 2001: 128-9). Damit standen Linken, die bisher der US-Besatzung und den Rechten Beibehaltung der kolonialen Verhältnisse vorwarfen, den Rechten gegenüber, die den Linken den Verrat an die Sowjetunion vorwarfen. Gerade in einer politischen Situation nach der Befreiung, wo der Nationalismus die oberste Priorität behielt, haben diese gegenseitigen Antinationalismus-Vorwürfe die einst moderaten Links-Rechts-Differenzen in unversöhnliche Gegensätze umgewandelt (Moon Je-An u. a. 2005: 270ff). Damit zeichneten sich die Jahre von 1946 bis 1948 in Südkorea durch zunehmende Gewaltanwendung zwischen den Rechten und den Linken aus (Kang Joon-Man 2004a: 187-190).

Die Konflikte wurden durch die von den Kommunisten vertriebenen Nordkoreanern weiter verschärft. Diese nach Süden eingewanderten Nordkoreaner, die zuerst mit minderwertigen Arbeiten oder durch Betteln ihr Leben fristen mussten, haben sich an der Bekämpfung der Linken beteiligt. Wie *Chae Byeong-Ryul*, Sohn eines in Nordkorea enteigneten Landbesitzers, meinte, rührte Antikommunismus dieser Leute weniger aus ideologischen Differenzen als aus dem Groll auf den Raub ihrer Existenzgrundlage durch die Kommunisten, (Moon Je-An u. a. 2005: 353). *Chae*, der sich nach der Vertreibung aus Nordkorea als Straßenverkäufer durchschlagen musste, war wegen der großen Sympathie der eingewanderten südkoreanischen Bevölkerung für die Linken sehr besorgt. Daher versuchte *Chae* vergeblich, Südkoreaner von der Sympathie mit Linken und Kommunismus abzubringen. Als er Südkoreanern seine schreckliche Erfahrung mit der kommunistischen Herrschaft erzählte, hielten sie ihn für einen Lügner, weil sie nicht glaubten, dass *Chae* in seiner lumpigen Kleidung aus einer reichen Landbesitzerfamilie stammte und erst durch die kommunistische Enteignung heruntergekommen war. Diese kalte Reaktion der südkoreanischen Bevölkerung flößte ihm und anderen eingewanderten Nordkoreanern die Angst ein, dass auch Südkorea in die Hände der Kommunisten fallen würde und sie dann nirgendwo Zuflucht mehr finden könnten. Aus dieser Angst heraus engagierten sich viele von ihnen für Bekämpfung von Linken (Moon Je-An u. a. 2005: 351f, 358). Dies wird auch von einem Zeitzeugen aus dem linken Lager bestätigt. So meinte *Yoo Byeong-Hwa*, damals Gewerkschaftsaktivist, dass die meisten eingewanderten Nordkoreaner, die in ihrer Heimat Entrechtung und Enteignung durch die Kommunisten erlebt hatten, nun in Südkorea über die große Sympathie für Linke, Gewerkschaften und Kommunisten erschrocken waren (Moon Je-

An u. a. 2005: 256-257).

Um die damals noch legalen linken Parteien anzugreifen und zu schwächen, hat die südkoreanische Polizei die aus den eingewanderten Nordkoreanern bestehenden Schlägerbanden heimlich unterstützt. *Chae Byeong-Ryul* zufolge haben die Polizisten ihm einen Stadtplan mitgebracht, auf dem die Aufenthaltsorte von Linken gekennzeichnet waren. Dann gingen *Chae* und seine Kumpane zu den gekennzeichneten Orten und verprügelten die Linken. Die südkoreanische Polizei zettelte sogar Schlägereien zwischen den rechten und den linken Aktivisten. So gab die Polizei die Namen von linken Schülern an rechte Schläger, die dann arglose linke Schüler zu Schlägereien provozierten. Dann kamen die US-Militärpolizisten, um die Schlägerei zu beenden, und nahmen alle daran Beteiligten fest, die dann an die koreanische Polizei weitergeleitet wurden. Die Polizei ließ die rechten Schläger frei, während die linken Aktivisten weiter in Haft bleiben mussten (Moon Je-An u. a. 2005: 351-354).

Die Links-Rechts-Konflikte wurden auch innerhalb der Schülerschaft ausgetragen. *Chae Byeong-Ryul* zufolge haben sich oft 60 bis 70 Schüler an der Junior High School, die er besuchte, zusammen geschlagen. Er selber hatte Konflikte auch mit Lehrern. Wenn ein Lehrer den Kommunismus anpries, habe er dagegen protestiert und auch Mitschüler angegriffen, die den Lehrer verteidigten (Moon Je-An u. a. 2005: 351-2). Das Ausmaß der Konflikte war gewaltig. Wie sich der damalige Journalist *Lee Gi-Hyeong* erinnert, haben sich Schüler aus den gegensätzlichen Lagern aufeinander geworfen, wenn sie sich auf Straßen begegneten (Moon Je-An u. a. 2005: 274f).

4.2.2.4 Versorgungskrise nach der Befreiung

Mitten in den eskalierenden Links-Rechts-Konflikten gelang es der US-Besatzung nicht, die erdrückende Versorgungskrise zu lösen. Schon in der ausgehenden Kolonialzeit war die koreanische Wirtschaft, die im Pazifischen Krieg ganz auf die Rüstungsproduktion abgestellt gewesen war, in einem desolaten Zustand, wo Zwangsablieferungen und Rationierungen den Alltag bestimmten. Mit der Befreiung verschlechterte sich die Situation, da die Rückkehr der Japaner in ihre Heimat den Zusammenbruch der Verwaltung, die in der Kolonialzeit die ganze Wirtschaft dirigiert

hatte, und den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften mit sich brachte. Zur Zeit der Befreiung betrug der Anteil von Koreanern an technischen Fachkräften in der gesamten Wirtschaft nur noch 19%, wobei die Zahl in der Metall- und Chemieindustrie nur bei 11 % lag. Daher wurden nach der Rückkehr von japanischen Fachkräften in ihre Heimat die meisten Fabrikanlagen stillgelegt (Cha Dong-Se & Kim Gwang-Se 1995: 28-29).

Weil die Ländereien von eingewanderten Japanern plötzlich ihre Besitzer und damit ihre Bewirtschafter verloren haben, geriet auch die Getreideproduktion ins Stocken. Obendrein hat die Teilung des Landes einen enormen Versorgungsmangel an Industrieprodukten in Südkorea herbeigeführt, weil sich die meisten Industrieanlagen auf der Nordhälfte des Landes befanden, während der Süden nur über Konsumgüterindustrie wie Textilien-, Holz- und Nahrungsmittel verfügte (Lee Dae-Geun 2002: 136-137). Die Rückkehr der im Ausland lebenden Koreaner und der Zustrom von politischen Flüchtlingen aus Nordkorea verschärften die Lage zusätzlich. So ist die südkoreanische Bevölkerung schon ein Jahr nach der Befreiung um mehr als 2 Millionen (um 20%) gestiegen (Lee Dae-Geun 2002: 144-145). Dieser rapide Anstieg der Bevölkerung hat die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und die Arbeitslosenquote erhöht. Nun mussten mehr Menschen ernährt werden als in der japanischen Kolonialzeit (Lee Dae-Geun 2002: 147). Die Lebenssituation war besonders in Seoul dramatisch. Hier, wo Wohnungslage, Verkehrssystem, Schulen und öffentliche Einrichtungen erst den Bedarf von 500 Tausend Menschen decken konnten, wohnten mehr als 1,5 Millionen Menschen. Mehrere Tausend Menschen schliefen auf der Straße, und weitere Tausende wohnten in Höhlen oder provisorisch aufgebauten Wohnbaracken. Lange Schlangen an Verkaufsständen, Warenknappheit und hohe Inflation waren Alltag. Nicht nur Arbeiter, sondern auch gut ausgebildete Angestellten konnten mit ihrem Gehalt den Lebensstandard nicht halten (Kwon Tae-Jun 2004: 38). Auch in anderen Orten war die Lage erdrückend. So aßen viele von Hunger gebeutelte Arbeiter bei der *Korea Tobacco Corporation* in *Daegu* Kleister von dem Reis, der zum Kleben von Zigaretenschachteln verwendet wurden. Um dies zu verhindern, mischte die Firma dem Kleister blauen Farbstoff bei, aber die Arbeiter aßen auch den verfärbten Kleister. Weil ihr Lohn, ca. 700 bis 800 *Won* pro Monat zum Lebensunterhalt nicht ausreichte, schmuggelten sie außerdem Zigaretten aus der Fabrik heraus (Moon Je-An u. a. 2005: 172-4). So steckte Südkorea unter der US-Militärbesatzung in einem akuten Lebensmittelmangel.

Während das kommunistische Regime in Nordkorea mit üppigen Lohnangeboten die Rückkehr von japanischen Fachkräften verzögert hat und damit die dortige Versorgungskrise schnell überwinden konnte, bot in Südkorea der konzeptionelle Mangel der US-Besatzung in der Wirtschaftspolitik beliebigen Leuten die Gelegenheit, Produktionsanlagen, die Japanern gehört hatten, an sich zu reißen. Da aber die neuen Besitzer oft selbst keine Produktionsanlagen bedienen konnten und keine Fachkräfte fanden, wurden die Maschinen zum Schrottpreis weiterverkauft. Erst im Februar 1946 errichtete die US-Militärverwaltung *Shinhan*-Corporation, die das feindliche Vermögen verwalten sollte. Daher ging die Erholung der Wirtschaft in Südkorea nur schleppend voran (Kim Yong-Sam 2013: 148-149, 154)

Angesichts der wirtschaftlichen Misere befürworteten viele politischen Gruppen die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und die Landreform. Um die Lebenssituation von Bauern zu verbessern und die Landwirtschaftproduktion anzukurbeln, tat die Landreform not, zumal der Anteil von abhängigen Pächtern sehr hoch war: Ende 1945 betrug der Anteil von selbständigen Bauernhaushalten nur noch 13,8%, der von Halbpächter-Haushalten 34,6%, aber der von Pächtern schon 48,9%. Jedoch hat die US-Besatzung unter dem Einfluss der *Hanmin*-Partei, die die Interessen von Landbesitzern vertrat, notwendige Schritte zur grundlegenden Reform und Existenzsicherung für die Bevölkerung hinausgezögert (Kim Do-Jong 1998: 118). Zwar traf die US-Militärverwaltung vorläufige Maßnahmen zur Linderung der Versorgungskrise der Bevölkerung und der Lebenssituation von Bauern und Pächtern. So legte sie die Obergrenze von Pachtgebühren auf ein Drittel von Erträgen fest und verbot, dass Landbesitzer eigenwillig bestehende Pachtverträge kündigten. Jedoch zeigten solche Maßnahmen nicht die erwünschten Wirkungen, denn die Kriminalisierung von koreanischen Eigeninitiativen hatte zugleich die zuverlässige Verwaltungsinfrastruktur beseitigt, die die Durchführung solcher Maßnahmen im Interesse von Bauern und Pächtern garantiert hätte. Dies führte dazu, dass Pachtgebühren vor Ort nicht auf das vorgeschriebene Niveau gesenkt, sondern sogar erhöht wurden (Jeon Sang-In 2001: 91-92). Zudem verschlechterten andere Maßnahmen der Militärregierung die Versorgungssituation. So hat die US-Militärregierung Oktober 1945 den Reismarkt liberalisiert, der in der Kolonialzeit durch Rationierung bestimmt worden war. Dies führte zu Hamsterkäufen etlicher Händler und Landbesitzer, und der Preis für Reis und

damit andere Preise schossen in die Höhe. Bestürzt führte die US-Militärregierung Januar 1946 die in der Kolonialzeit erlassene Verordnung für Zwangsablieferung von Reis wieder ein, um die Versorgungskrise zu lösen. Zur Durchführung dieser Verordnung wurden Polizisten und Verwaltungsangestellte eingesetzt, die vorher für das Kolonialregime gearbeitet hatten. Sie gingen gegen die Bauern brutal vor, was bei der Bevölkerung den Eindruck hervorrief, dass die US-Militärregierung die verhasste japanische Kolonialherrschaft wiederbeleben wolle (Jeon Sang-In 2006: 163f).

All diese Umstände bildeten den Nährboden für sozialen Unmut. So lag die Popularität der US-Militärregierung nach den 1946 von der Militärverwaltung durchgeführten Umfragen am Boden. Viele Befragten antworteten sogar, dass es ihnen nicht besser gehe als unter der japanischen Kolonialherrschaft (Jeon Sang-In 2001: 53-54). In einem offenen Brief an General *Hodge* am 31. August 1946 klagte sogar *Chosun-Ilbo*, die führende konservative Tageszeitung, "die Koreaner leiden jetzt mehr als während der japanischen Herrschaft." (Zitiert nach Henderson 1968: 139).

4.2.2.5 Verschärfung der Konflikte zwischen der US-Besatzung und den Linken

Mit der zunehmenden Versorgungskrise sind die kommunistische Arbeiterpartei, die früher einen moderaten Kurs verfolgt hatte, und gesellschaftliche Gruppen unter ihrem Einfluss auf einen militanten Kurs umgeschwenkt, der in einer Reihe von Generalstreiks und Bauernaufständen im Herbst 1946 kulminieren sollte. So hat der Gesamte Bauernbund, der zuerst nicht eine sofortige flächendeckende Landreform, sondern nur die Senkung von Pachtgebühren auf ca. 30% und die Umverteilung von Ländereien von Japanern und Japan-Kollaborateuren gefordert hatte, ab März 1946 die Abschaffung von Pachtgebühren und die flächendeckende unentgeltliche Bodenenteignung bzw. -Umverteilung zu seinen offiziellen Zielen gemacht (Kim Dong-No 1999: 198-199).

September und Oktober 1946 rief dann der Gewerkschaftsverband *Cheonpyong* zu zwei Eisenbahnerstreiks und einem Generalstreik auf. Jedoch verkannte die US-Militärregierung die Existenzkrise und die enttäuschten Hoffnungen des Volkes hinter diesen Protesten und fixierte den Blick stattdessen auf die Erscheinung, dass die Kommunisten diese Stimmung ausnutzen, ging daher gegen die Streikenden hart vor.

Die Streiks wurden mit dem Einsatz von Polizisten und rechten Schlägertruppen beendet. Diese Niederlagen brachten viele Aktivisten ins Gefängnis, viele Gewerkschaftsmitglieder wurden aus den Betrieben vertrieben. Schließlich hat das US-Militär im Juni 1947 mit einem Dekret, das jede politisch orientierte Gewerkschaft illegalisierte, den *Cheonpyong* praktisch verboten (Kim Jae-Gyong 1994: 256).

Vielerorts in Südkorea fanden Aufstände statt, die sich gegen die wirtschaftliche Misere und die Besatzungspolitik des US-Militärs richteten. Im Oktober 1946 provozierte die Unterdrückung der Hungerproteste durch die Polizei in der südlichen Stadt *Daegu* einen gewaltsamen Widerstand der dortigen Bürger. Die aufgebrachte Menge plünderte die Häuser von Reichen und Japan-Kollaborateuren und verteilte Reis und Baumwolle unter sich (Kang Chang-Deok 2005: 188f; Lee Il-Jae 2005: 176f; Seo Jeong-Ju 2005: 195). Am gleichen Abend marschierte die Panzertruppe der US in *Daegu* ein. Am 3. Oktober wurden aus einer anderen Provinz viele Polizisten angefordert, um den Aufstand niederzuschlagen. Die Polizisten haben beliebige Passanten, denen sie begegneten, festgenommen und gefoltert (Moon Je-An 2005: 178). Nach der Niederschlagung des Aufstandes kam es zu einer Verhaftungswelle. 280 Bürger wurden vor das Militärgericht gestellt und bestraft. Außerdem haben sich Polizisten und rechte Schlägerbanden an den Aufständischen grausam gerächt (Kim Dong-Choon 2000: 251). Im November 1946 brach in der Provinz *Gyong-Buk* ein Bauernaufstand aus, der sich bald ganz Südkorea ausweitete und mit Tausenden Toten und Verletzten und Zehntausend Verhaftungen zu Ende ging. Die den Verhaftungen Entkommenen flohen nach Nordkorea. So hat die Niederschlagung der sozialen Aufstände durch die US-Militärverwaltung den frühzeitigen Untergang der progressiven Bewegung in Südkorea herbeigeführt (Jeon Sang-In 2006: 168).

Die Brutalität und Beliebigkeit bei der Unterdrückung der Aufstände erlebte der amerikanische Journalist *Mark Gayn*. Er fand in der südöstlichen Stadt *Dong-lae*, wo kein Aufstand stattfand, Gefängnisse vor, die von Menschen überfüllt waren, die die Polizei der Verschwörung des Aufstandes verdächtigt hatte. In Hinterzimmern presste die Polizei aus den Verhafteten mit Foltern das Geständnis heraus, an dem Aufstand teilgenommen zu haben. Die Polizisten schlugen mit einem eckigen Knüppel auf die Oberschenkel der Verdächtigen und schoben ihnen scharfe Holzteilchen unter die Nägel. Sie schlugen die Schultern der Opfer mit Eisenstangen und hängten sie an einen

Eisenhacken. Unzählige Menschen erlitten Wasserfolter: Durch eine Wasserröhre wurden viel Wasser dem Opfer in den Mund gepumpt, bis das Opfer fast erstickte (Mark Gayn 1948: 90-91).

Obendrein hat sich die Strafverfolgung der Aufständischen auf die koloniale Rechtsordnung gestützt. Einen Tag nach dem nationalen Kongress von *Chun-Pyong*, der vom 16.-18. Februar 1947 stattfand, wurden der Vorsitzende *Heo Seong-Taek* und andere 50 Funktionäre wegen Abhaltung einer illegalen Veranstaltung" festgenommen und vor das Militärgericht gebracht. Dabei berief sich das Gericht auf das Gesetz Nr. 34 § 3 vom 26. 12. 1941, das von Japan drei Wochen nach dem Angriff auf Pearl Harbor 1941 erlassen worden war und gegen die Koreaner gerichtet war, die sich gegen Japan und seinen Krieg wandten. "Die Organisatoren von politischen Veranstaltungen sind verpflichtet, gemäß den Ordnungen des Generalgouverneurs von den zuständigen Behörden eine Erlaubnis einzuholen." (Kang Su-Dol 1995: 140). Vermeintliche Beweise gegen die Linken hatten kaum etwas mit den untersuchten Fällen zu tun. Gerichtsurteile gegen die Linken basierten entweder auf Hörensagen, oder auf Zeugenaussagen, die durch polizeiliche Erpressung zustande gekommen waren. Dagegen wurde der rechtskonservative Gangster *Kim Du-han*, der zwei Linke zu Tode geprügelt hatte, gegen eine kleine Kaution entlassen (Henderson 1968: 143f). Zudem verweigerte das Militärgericht den Verhafteten eine ordentliche Gerichtsverhandlung. Das galt auch für *Kim Sam-Sun* , der kurz vor dem Streik zum Abteilungsvertreter bei *Cheonpyong* gewählt worden war. Aus Angst vor einem eventuellen Verlust seines Arbeitsplatzes hatte er schon vorher sein Amt als Abteilungsvertreter niedergelegt. Dann ging er bereits einen Tag vor dem Streik zu seiner Wohnung in *Inchon*, die von Seoul 25 Meilen entfernt war, und blieb bis zum Ende des Streiks dort. Danach meldete er sich zur Arbeit zurück. Aber nach einigen Tagen wurde er von der Polizei festgenommen und musste 52 Tage lang im Gefängnis sitzen. Er kam vor ein Militärgericht. Da sagte der amtliche Dolmetscher zu ihm, dass er zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sei. Er fragte den Dolmetscher, wessen er schuldig sei. Der Dolmetscher antwortete, dass man nicht mehr fragen dürfe und ruhig bleiben solle (Kang Su-Dol 1995:140).

Diese Rechtsbeugung wurde selbst innerhalb der US-Militärregierung scharf kritisiert. Der Berater für Arbeitspolitik *Meacham* beklagte, "Wir haben durch unsere Taten unserem Feind in die Hände gespielt, der ständig die Gelegenheit sucht, den arbeitenden

Menschen zu propagieren, dass der Kommunismus und die UdSSR ihre Hoffnung seien." (Zitiert nach Park Ji-Hyang 2006: 130f). So hat die US-Besatzungspolitik, welche mit dem repressiven kolonialen Rechtssystem und dem Polizeiapparat die Forderungen von Koreanern nach Existenzsicherung unterdrückt hat, viele Südkoreaner in die Armee der Kommunisten getrieben und damit aus den eigentlich moderaten Differenzen zwischen Linken und Rechten einen unversöhnlichen Konflikt gemacht.

4.3 Getrennte Staatsgründungen

Mittlerweile war der Prozess der gemeinsamen Staatsgründung in Korea in eine Sackgasse geraten. Die Sitzungen der Gemeinsamen Sowjetisch-Amerikanischen Kommission verliefen ohne Ergebnis, weil die beiden Besatzungsmächte ihre jeweiligen politischen Gegner aus der provisorischen Regierung ausschließen wollten (Lee Ji-Soo 2009: 77). Die Sowjetunion verlangte, dass allen rechten politischen Gruppierungen, die sich gegen die Treuhandverwaltung stellten, die Beteiligung an der provisorischen Regierung für das gesamte koreanische Gebiet verwehrt werde. Damit wollte sie rechte Parteien aus der Provisorischen Regierung ausschließen. Es lag auf der Hand, dass die USA, die schon in Polen erlebt hatten, dass die Sowjetunion in ihrem Besatzungsgebiet alle nicht-kommunistische Parteien ausgeschaltet und ein kommunistisches Regime errichtet hatte, eine derartige Forderung keinesfalls akzeptieren konnte. Aus Sicht der Sowjetunion hätte die Gründung eines gemeinsamen Staates für Süd- und Nordkorea gewisse Zugeständnisse an die USA erfordert, welche die mit Hilfe der Sowjetunion errichtete sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Nordkorea hätte gefährden können (Lee Chong-Sik 2006: 110-111). Wie der sowjetische Sondergesandte für Nordkorea *Stykov* in seinen Memoiren schrieb, hätte ein gemeinsamer Staat für ganz Korea den USA den Zutritt in das nordkoreanische Gebiet gewährt, was die in Nordkorea verbleibenden Rechten, welche die Sowjetunion bisher erfolgreich in Zaum hielt, ermutigt hätte (Zitiert nach Jeon Hyeon-Soo 2004: 26). Daher bedeutet die Forderung der Sowjetunion, nur die Parteien, die dem Moskauer Abkommen zustimmten, an der Provisorischen Regierung zu beteiligen, dass die Sowjetunion kein ernsthaftes Interesse an der Gründung eines gemeinsamen koreanischen Staates hatte.

Unter diesen Umständen war die Gründung eines gemeinsamen Staates für ganz Korea nicht mehr realistisch.

Andererseits begann die US-Regierung damit, sich von ihrem militärischen Engagement für Korea zurückzuziehen. Zwar hatte Präsident Truman im Februar 1947 mit seiner Erklärung, Griechenland und Türkei die Militärhilfe zu gewähren, um dem sowjetischen Expansionismus Einhalt zu bieten (Truman-Doktrin), eine Konfrontation gegen die Sowjetunion angekündigt, aber eben dies hat paradoxerweise das US-Engagement für Korea verhindert. Denn die US-Regierung, die nun sehr viel Geld für die Truppen und die Programme zur Armutsbekämpfung in Europa brauchte, um der Anziehungskraft des Kommunismus bei den kriegsgebeutelten Westeuropäern entgegenzuwirken, wurde mit dem Druck des Kongresses konfrontiert, das nach jahrelanger Aufrüstung das Verteidigungsetat kürzen wollte. Um ihr Engagement für europäische Länder, denen sehr große strategische Bedeutung beigemessen wurde, vor Etat-Kürzung zu schützen, musste die US-Regierung beim Budget für andere Regionen Zugeständnisse machen. Dies veranlasste die US-Regierung dazu, den Fernen Osten außer Japan aufzugeben, eine Region, der im Vergleich zu Europa eine geringere strategische Rolle zugemessen wurde (Lee Chong-Sik 2006: 108-109, 161-162).

Am 14. November 1947 erreichten die USA eine UNO-Resolution, welche die getrennten Wahlen in den beiden Teilen des Landes, den Abzug aller ausländischen Truppen und die Schaffung einer UN-Kommission für Korea vorsah. Am 10. Mai 1948 fanden im Süden Wahlen statt, die *Rhee Syngman* gewann. Am 13. August 1948 übernahm *Syngman Rhee* offiziell die Regierungsgeschäfte von der amerikanischen Militärregierung. Der sowjetisch kontrollierte Norden gründete seinerseits die Demokratische Volksrepublik Korea am 9. September 1948, deren erster Präsident *Kim Il-Sung* wurde.

4.4 Staatsgründung unter ungünstigen Bedingungen

Die Realität gleich nach der Befreiung hat dem neu gegründeten Staat die zentrale Rolle in der Gestaltung der neu entstehenden Gesellschaft zugewiesen. Wie oben geschildert, mangelte es der Gesellschaft Südkoreas gleich nach der Befreiung an einer

funktionsfähigen Privatwirtschaft, die eigenständig Güter und Dienstleistungen hätte anbieten können, welche Bedürfnisse der Bevölkerung hätte befriedigen können. So war die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern auf Auslandhilfe, Importe oder sogar Schmuggel angewiesen. Daher hat auch die Bevölkerung von dem Staat erwartet, dringende Existenzprobleme zu lösen und eine demokratische Gesellschaft zu verwirklichen (Kwon Tae-Jun 2004: 40).

Die Tatsache, dass Erwartungen von Bürgern auf den Staat konzentriert sind, bedeutet aber nicht, dass er diese Erwartungen erfüllen kann. Denn die Funktionsfähigkeit des Staates hängt von der Reife seiner Verwaltungsinfrastruktur ab, die wiederum Personen mit einschlägigen Qualifikationen, mit Organisationstalent und mit Handlungsnormen sowie finanzielle Ressourcen erfordert (Uphoff & Ilchman 1969: 244, 248). *Kwon Tae-Jun* zufolge hatte der südkoreanische Staat in seiner Gründungsphase aber mit der Diskrepanz zwischen diesen Erwartungen und den finanziellen und personellen Ressourcen zu kämpfen. Vor allem die Altlast der japanischen Kolonialpolitik hat dem koreanischen Staat sowohl in personeller als auch in finanzieller Hinsicht einen Neuanfang erschwert. Das Kolonialregime hatte nur Anpassungswilligen Zugang zu höheren Schulen eröffnet, Aufmüpfige dagegen am sozialen Aufstieg über Bildung verhindert. So konnten nur Anpassungswillige und ihre Nachkommen höhere Bildungs- und Karrierewege einschlagen, die ihnen gute Fach- und Sachkenntnisse vermittelten, aussichtsreiche Ämter und Posten im kolonialen Staatsapparat oder in der Privatwirtschaft garantiert hatten. Daher mangelte es zur Zeit der Befreiung, so *Kwon Tae-Jun*, an Verwaltungskräften, die über die notwendigen Fachkenntnisse verfügten und zugleich nicht mit dem Kolonialregime kollaboriert hatten. Der erste Staatspräsident *Rhee Syngman*, hat zu seinem Bedauern festgestellt, dass fast alle qualifizierten Verwaltungskräfte mit Japan kollaboriert hatten (Kwon Tae-Jun 2006: 70). So musste die südkoreanische Regierung einen über 60-jährigen Mann, der in der Kolonialzeit 30 Jahre lang bei der *Chosun*-Bank gearbeitet hatte und vor der Befreiung pensioniert worden war, zum Abteilungsleiter für Staatsfinanzen bei der neu geschaffenen Zentralbank ernennen, weil es keine anderen einschlägigen Spezialisten gab (Kim Jeong-Ryeom 2006: 57-8). So kam es häufig vor, dass Politiker, die während der Kolonialzeit Unabhängigkeitskämpfe geführt hatten, aber nicht über notwendige Fachkenntnisse verfügten, die Dienstaufsicht über ehemalige Kolonialbeamte ausübten,

die aufgrund ihrer Kollaboration mit der Kolonialherrschaft das Vertrauen der Bevölkerung verloren hatten, aber wegen ihrer Kenntnisse und Erfahrungen direkt mit dem Volk in Kontakt traten (Kwon Tae-Jun 2006: 70).

Die Altlast der japanischen Kolonialpolitik hat auch auf der finanziellen Seite den Anfang des unabhängigen koreanischen Staates erschwert. Das japanische Kolonialregime, das die koreanische Wirtschaft dem Interesse des japanischen Heimatlandes untergeordnet hatte, hat, wie im letzten Kapitel erwähnt, die Entwicklung von Industrie und Handel in koreanischen Händen gehemmt, so dass die Landwirtschaft nach wie vor die südkoreanische Wirtschaft dominierte. Dies hat dem südkoreanischen Staat erheblich erschwert, von der Wirtschaft die zur Erfüllung der Staatsaufgaben notwendigen Steuereinnahmen zu sichern. So war die Besoldung von südkoreanischen Beamten sehr schlecht; sogar die Militäroffiziere konnten mit ihrer Besoldung ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Auch Polizei und andere Behörden wurden aus demselben Grund von Disziplinlosigkeit durchdrungen und waren daher für Korruption anfällig (Kwon Tae-Jun 2006: 44). Diese Lage hat sich durch die US-Wirtschaftshilfe nach dem Krieg noch verschlechtert. Die Befugnisse zur Vergabe von immensen materiellen Ressourcen aus den US-Wirtschaftshilfen, die dem Staat zukamen, schufen Voraussetzungen für die Korruption von Politikern und Beamten.

Der durch die koloniale Altlast entstandene Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen hat also in der Staatsgründungsphase die ineffiziente Staatsverwaltung verursacht und dem Staat erschwert, die Erwartungen von Bürgern an ihn zu erfüllen und damit die politische Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen.

Der neue Staat musste unter diesen ungünstigen Anfangsbedingungen noch mit Aufständen gegen die getrennten Staatsgründungen kämpfen. Während in Nordkorea, wo das kommunistische Regime alle politische Gegner ausschalten konnte, der Prozess der Staatsgründung relativ reibungslos verlief, erhoben sich im Süden die linken Gruppierungen gegen die getrennten Staatsgründungen und das südkoreanische Regime. Diese Aufstände wurden von dem Regime grausam niedergeschlagen.

Am 3. April 1948 erklärten linke Aktivisten der Insel *Jeju* den Kampf gegen die US-Militärregierung bzw. die Japan-Kollaborateure und die getrennte Staatsgründung. Sie griffen ein Polizeirevier an und töteten 15 rechte Schläger. Als sie zu einem Berg auf der Insel flohen, machten Polizei und rechte Schlägerbanden Jagd auf Kommunisten, wobei

sie viele Dörfer verbrannten und alle töteten, die der Kollaboration mit Kommunisten verdächtigt wurden. Diese militärische Aktion endete mit einer Serie von Massakern, die bis zum März 1949 andauerte (National Committee 2003: 102-165). Regierungsangaben zufolge betrug die Zahl der Opfer ca. 33.000, etwa 12% aller damaligen Inselbewohner (Halliday / Cummings 1988: 38). Ca. 70 % der 230 Dörfer auf der Insel wurden zu Asche verbrannt (Kim Dong-Choon 2000: 66). Obwohl dieser Massenmord damit begründet wurde, dass das Land vor Kommunisten geschützt werden müsse, wurden dabei auch Menschen getötet, die man keinem politischen Lager zuordnen konnte. So sortierten das Militär und die Polizei unter Dorfbewohnern zuerst die Familienangehörigen der Polizei, des Militärs und der rechten Jugendbanden aus und erschossen dann den Rest der Dorfbewohner wahllos. Sie töteten sogar alte Menschen, deren junge Kinder zum Berg geflohen waren. Außerdem schossen die Polizisten auch auf Grundschüler, die zufällig auf den Straßen waren (MBC 12. Sep. 1999). Dabei spielten die aus Nordkorea zugewanderten jungen Männer eine zentrale Rolle. Sie glaubten, alle Inselbewohner, die ihnen in die Quere kamen, seien Kommunisten. Sie stempelten sogar einen hohen Lokalbeamten, der sie nicht gut bewirtet hatte, als Kommunisten ab und folterten ihn zu Tode (National Committee 2003: 268-272). Arglosen Menschen wurde unter elektrischen Foltern das Geständnis abgezwungen, am Aufstand teilgenommen zu haben. Frauen wurden entkleidet und mit Brennholz verprügelt. Manchen Frauen wurde Brust oder Bauch ab- und aufgeschnitten. Frauen wurden die Geschlechtsteile mit Bambusspeeren durchbohrt, und eine Frau, die gerade entbunden hatte, wurde zusammen mit ihrem Säugling erschossen. Festgenommene Rebellen, die zu einer Familie gehörten, wurden gezwungen, sich gegenseitig zu ohrfeigen. Ein Vater wurde sogar gezwungen, die Leber seines getöteten Sohnes im Mund zu halten und in der Nachbarschaft herumzugehen (Kim Dong-Choon 2000: 234f; National Committee 2003: 479-495).

Auch beim *Yeosun*-Aufstand, der dem *Jeju*-Aufstand folgte, wurden von den beiden Seiten grausame Massaker an der Zivilbevölkerung begangen. Dieser Militär-Aufstand wurde von Offizieren geführt, die als Mitglieder der verbotenen Arbeiterpartei Süd-Chosuns die neu gegründete südkoreanische Armee unterwandert hatten. Die Rebellen spürten unter der Bevölkerung die Rechten und Beamte auf und exekutierten sie (Park Jeong-Seok 2005: 188). In der Gegenoffensive haben sich das südkoreanische Militär,

die Polizei und die rechten Schlägerbanden an linken Rebellen und ihren vermeintlichen Sympathisanten gerächt. Ihre Vergeltungsmassaker richteten sich auch an unschuldige Menschen und waren viel grausamer als die Massaker durch die Rebellen. So haben die Soldaten nicht nur die Linken und deren Sympathisanten hingerichtet, sondern auch diejenigen, die den Rebellen nur den Weg gewiesen oder nur Wasser zu Trinken gegeben hatten. Auch diejenigen, die früher mit Polizisten in Hader gelegen waren, wurden ohne Gerichtsverhandlung hingerichtet (Park Jeong-Seok 2005: 188-194). Sogar ein Mann, der seinen Ochsen zum Viehmarkt bringen wollte, wurde von rechten Aktivisten als ein Aufständischer, der fremdes Eigentum entwendet hatte, verdächtigt und hingerichtet (KBS 1999). Festgenommene Männer wurden bis auf ihre Unterhose ausgezogen und auf dem kalten Boden sitzen gelassen. Sie wurden einzeln in ein Verhörzimmer gerufen und mit Bauholz halbtot geschlagen, bis sie ein Geständnis ablegten. Die Männer, die diese unmenschliche Folter nicht aushalten konnten, kreischten vor Schmerz, bis sie kackten und ohnmächtig umfielen. Dann wurde über sie kaltes Wasser gegossen, damit sie wach wurden und sich weiter foltern ließen. Danach hat ein Leutnant mit einem Samuraischwert die Menschen enthauptet, die sich unter der Folter schuldig bekannt hatten. Wenn er dabei müde wurde, erschoss er weitere Menschen als Zielscheibe für Schießübung (Kim Dong-Choon 2000: 235).

Auch in anderen Regionen fanden Massaker statt, bei denen auch Menschen erschossen wurden, denen keine ideologische Gesinnung unterstellt werden konnte. So bestanden z.B. bei der Partisanenbekämpfung in *Mun-Gyeong* die 86 Opfer aus 41 Frauen, 10 alten Menschen über 65 und 26 Kindern unter 12 Jahren. Unter den getöteten Kindern gab es 5 Säuglinge unter einem Jahr, die noch nicht ihren Namen bekommen hatten (Kang Joon-Man 2004a: 27f). Diese grausamen Massaker sollten später als Vorspiel zu den Massakern während des Koreakriegs dienen.

Gleich nach der Niederschlagung dieser Aufstände hat die Regierung von *Rhee Syngman* das Nationalsicherheitsgesetz erlassen, das alle Gruppierungen und Versuche, die auf den Umsturz der Regierung abzielten, mit Höchststrafen belegte. Damit wurden links orientierte Bewegungen und Organisationen in den Untergrund gejagt, und sämtliche staatlichen Institutionen und Ämter in Südkorea wurden von Konservativen bzw. von antikommunistischen Nationalisten besetzt. Andererseits hat die Regierung versucht, ehemalige Linke Aktivisten in den neuen Staat zu integrieren und dafür den

sog. *Gukmin Bodo-Yeongmaeng* (National Rehabilitation and Guidance League; gekürzt *Bodo-Yeongmaeng*) gegründet. Diese Organisation wurde eigentlich im Dezember 1948 auf Initiativen einiger Staatsanwälte gegründet, die auf die Idee kamen, ehemalige Linken und Kommunisten, die dem Kommunismus abgeschworen hatten, zum Kampf gegen den Kommunismus zu mobilisieren. Alle, die dem Kommunismus abgeschworen hatten, waren zum Beitritt verpflichtet und sollten sich für die Bekämpfung des Kommunismus einsetzen. Die Führung dieser Organisation wurde von ehemaligen prominenten Kommunisten besetzt, die dem Kommunismus abgeschworen hatten. Der Beitritt zum *Bodo-Yeongmaeng* wurde jedoch auch denen auferlegt, die eigentlich keine Kommunisten waren, sich aber an den Bauern-, Arbeiterorganisationen oder sonstigen sozialen Bewegungen beteiligt hatten. Damit wurden auch ehemalige Befreiungskämpfer, die die Kolonialpolizei während der Kolonialzeit pauschal als Kommunisten klassifiziert hatte, zum Beitritt zum *Bodo-Yeongmaeng* gezwungen (Park, Jong-Seok 2003: 56; Kang Joon-Man 2004b: 87-89). Viele Bauern, meistens Analphabeten, drückten Beitrittserklärungen, die sie gar nicht lesen konnten, ihre Stempel auf, weil die Behörden ihnen Vergünstigungen wie Lebensmittelrationierung, Reiseprämien und sogar kostenlose Landvergabe versprochen. Weil einzelnen lokalen Behörden sogar ein Kontingent an Beitritten auferlegt wurde, haben einige Behörden manche auf die Liste gesetzt, ohne die Betroffenen zu fragen. (Choi Jang-Jip 1985: 28; Yeom Mi-Gyeong 2003: 134). Der Koreakrieg, der zwei Jahre später ausbrach, sollte für diese Menschen, die dem *Bodo-Yeongmaeng* beigetreten waren, verhängnisvolle Folgen mit sich bringen.

5 Der Koreakrieg

Die Gründung von zwei Staaten für das koreanische Volk, das über mehrere Jahrhunderte unter einem Staatswesen gelebt hatte, war ein Zustand, den keine der beiden Regierungen hinnehmen konnte. Sobald *Kim Il-Sung* die nordkoreanische Regierung gefestigt hatte, begann er mit Vorbereitung für einen Krieg, der das geteilte Land einigen sollte. Als sowjetische Truppen noch im Land stationiert waren, bildete Nordkorea systematisch sein Militär aus und gründete im Februar 1948 die "Nordkoreanische Volksarmee". Die Streitkräfte wuchsen schnell, als ab der zweiten Hälfte des Jahres 1948 mehr als 20.000 koreanische Soldaten der Kommunistischen Partei Chinas in die nordkoreanische Armee eintraten.. Ab September 1949 unterstützte die Sowjetunion im großen Maße die nordkoreanische Armee, welche mittlerweile zu einer beachtlichen Streitmacht geworden war. Als sich 1949 die U.S.-Armee zurückzog und China kommunistisch wurde, gewann *Kim Il-Sung* die Zuversicht, das Land unter dem Kommunismus zu vereinen. So besuchte er Ende 1949/ Anfang 1950 die Sowjetunion und erhielt auf einer gemeinsamen Konferenz mit Stalin das sowjetische Einverständnis zu einem Krieg. Auch *Mao Zedong* sicherte seine Unterstützung zu.

Dagegen hatte sich Südkorea auf die nordkoreanische Invasion nicht gut vorbereitet. Der südkoreanische Staat hatte vor allem mit den Vermächtnissen der Kolonialherrschaft zu kämpfen. Die Wirtschaftspolitik des Kolonialregimes, die auf die Bedürfnisse des japanischen Heimatlandes und auf die imperialistische Expansion auf das chinesische Festland zugeschnitten war, hatte markante Diskrepanzen zwischen Nord- und Südkorea hinterlassen. Während im Süden die Landwirtschaft dominierte, gab es im Norden eine starke Rüstungsindustrie. Aus eigener Kraft konnte sich Südkorea deshalb nicht gegen eine Invasion der nordkoreanischen Armee verteidigen, war daher auf massive Militärhilfe der USA angewiesen. *Rhee Syngman*, der vom Militärnachrichtendienst vor einer drohenden nordkoreanischen Invasion gewarnt wurde, bat die USA um die baldige Entsendung von Truppen und um Militärhilfe, war aber auf taube Ohren der US-Regierung gestoßen. Diese hatte bereits beschlossen, das US-Engagement für Korea zu reduzieren (Kim Dong-Choon 2000: 75).

Am 25. Juni 1950 begann Nordkorea einen großangelegten Angriff auf Südkorea und

löste damit einen verheerenden Krieg aus. Er dauerte bis Juli 1953. In der Anfangsphase zwang die gut gerüstete nordkoreanische Armee die südkoreanischen Truppen zum Rückzug und eroberte fast das gesamte Gebiet Südkoreas. Nachdem aber der UNO-Sicherheitsrat den nordkoreanischen Angriff verurteilt und ein militärisches Eingreifen autorisiert hatte, konnte die südkoreanische Seite in einem Gegenangriff mit Unterstützung der UNO nicht nur das verlorene südkoreanische Gebiet zurückerobern, sondern auch fast das gesamte nordkoreanische Gebiet unter ihre Kontrolle bringen. Als damit die Wiedervereinigung des Landes durch die südkoreanische Seite kurz bevorstand, wollten die Chinesen ein vereinigtes Korea unter amerikanischem Einfluss nicht dulden und griffen mit einer zunächst 300.000 Soldaten umfassenden „Freiwilligenarmee“ in Nordkorea ein. Die 200.000 Soldaten der UN-Streitkräfte konnten dieser Offensive nicht standhalten und flohen mit vielen Zivilisten in den Süden. Am 3. Januar 1951 wurde Seoul wieder geräumt. Erst im März 1951 wurde die Stadt wieder von UN-Truppen besetzt, wobei ein Großteil der Einwohner von den Kommunisten verschleppt oder bei Widerstand ermordet wurde. Die UN-Einheiten rückten wieder ungefähr bis den 38. Breitengrad vor; der Krieg erstarrte hier in einem Stellungskrieg. Die hohen Verluste auf den beiden Seiten verstärkten den Wunsch nach einem Waffenstillstand. Der Krieg endete am 27. Juli 1953 mit der Unterzeichnung eines Waffenstillstandabkommens. Letzten Endes führte er wieder zu den Ausgangspositionen zurück, zementierte aber die Teilung Koreas.

5.1 Massaker und Säuberungen

Weil sich die Kriegsfrenten während des dreijährigen Krieges ständig veränderten, mussten Menschen, die nicht rechtzeitig fliehen konnten, unter unterschiedlichen Besatzern leben. In der Kriegssituation, wo Ungehorsam und mangelnde Kooperation gegenüber den Besatzern mit dem Tod bestraft wurde, mussten sich die Menschen den Forderungen der Besatzer fügen. Diese Situation drückte sich in Kettenreaktionen von gegenseitigen Massakern aus, wobei die staatlichen Massaker bei der Niederschlagung der linken Aufstände vor dem Krieg als Auslöser für Massaker während des Krieges dienten. So ordnete die südkoreanische Regierung beim Rückzug, aus der Angst vor der

linken Racheaktion, die präventive Liquidierung von politisch Verdächtigen an. Die Hinterbliebenen der Opfer dieser Massaker verübten dann unter der kommunistischen Besatzung Vergeltung an den Rechten, den Beamten der südkoreanischen Regierung und deren Angehörigen. Teilweise hielt die kommunistischen Besatzer auch Volksgerichte ab. Als dann die Kriegslage kippte und die südkoreanische und die US-Armee vorher verlorene Gebiete zurückeroberten, begannen die Hinterbliebenen der Opfer der kommunistischen Massaker die Vergeltung an den Linken und den kommunistischen Soldaten. Dieser Teufelskreis aus Gewalt und Gegengewalt wurde zwar von beiden Seiten offiziell damit begründet, dass politische Feinde bestraft und ausgeschaltet werden sollten. In vielen Fällen aber entsprachen die Hinrichtungen und Morde dieser Begründung nicht.

5.1.1 Anordnung bzw. Duldung von Massakern durch den südkoreanischen Staat

Gleich nach Ausbruch des Kriegs hat die nordkoreanische Armee einige Dörfer in der *Hwanghae*-Provinz erobert. Die dortigen Mitglieder des *Bodo-Yeongmaeng* befürchteten, dass die einmarschierende kommunistische Armee sie wegen des früheren Verrats hinrichten würde (Diese Befürchtung war durchaus berechtigt. *Jeong Baek*, der Führer des *Bodo-Yeongmaeng* wurde später von der nordkoreanischen Armee hingerichtet). Daher kollaborierten sie mit der nordkoreanischen Armee und ermordeten Rechte und südkoreanische Beamten, um der eventuellen Hinrichtung durch die kommunistische Armee zuvorzukommen. Daher befürchtete die südkoreanische Regierung, dass ehemalige Linke auch andernorts gegen südkoreanische Beamte und Rechte vorgehen würden. Daher hat sie den Befehl erteilt, alle, vor allem die Mitglieder des *Bodo-Yeongmaeng* hinzurichten, welche eine potentielle Gefahr für das Land darstellten (Kim Dong-Choon 2000: 220).

In mehreren Orten Südkoreas wurden lokale Mitglieder vom *Bodo-Yeongmaeng* von örtlichen Polizisten erschossen. Dabei wurden auch ehemalige Befreiungskämpfer hingerichtet, die in der Kolonialzeit als Kommunisten registriert und nach der Befreiung pauschal in den *Bodo-Yeongmaeng* zwangseingegliedert worden waren. Die Massaker

wurden nicht nur von Polizei und Militär, sondern auch von rechten Schlägerbanden verübt. In verschiedenen Orten Südkoreas wurden so insgesamt an die 300.000 Mitglieder vom *Bodo-Yeongmaeng* ermordet (Park Jeong-Seok 2003: 55-56; Yeom Mi-Gyeong 2003:134ff; Yoon Taek-Lim 2003: 136).

Bei sich schnell wechselnden Kriegsfronten kam es zu tragischen Verwechslungen, die auch Menschen, die nicht zum *Bodo-Yeongmaeng* gehörten, das Leben kosteten. Einige südkoreanische Polizisten verkleideten sich auf ihrer Flucht vor der vormarschierenden Volksarmee als nordkoreanische Soldaten. Einige Bauern, die diesen Polizisten begegneten, hielten sie für kommunistische Soldaten und täuschten aus Angst ihr Wohlwollen vor, indem sie "Hurra, Volksarmee!" ausriefen. Die Polizisten betrachteten diese Bauern als Kommunisten-Sympathisanten und erschossen sie (Park Jeong-Seok 2003: 56). Nach Aussagen einer Frau, deren Mann getötet wurde, haben die Rechten, die ihn getötet hatten, zugegeben, dass sie ihren Mann versehentlich getötet hatten (Yeom Mi-Gyeong 2003: 135-6). Eine südkoreanische Polizeieinheit verbarg sogar vorsätzlich ihre Identität, um kommunistische Sympathisanten zu enttarnen und hinzurichten. So rief sie die Polizeireviere von anderen Orten an, gab sich als Volksarmee aus und kündigte ihre Ankunft in den Orten an. Die verängstigten Bewohner dieser Orte veranstalteten dann Empfangszeremonien. Die als Volksarmee getarnte Polizeieinheit fragte dann die Versammelten, ob sie die Kommunistische Partei mögen. Als die verängstigten Bewohner bejahten, erschoss die Polizei sie (Kim Ho-Gyun 1993: 140 ff).

5.1.2 Hinrichtungen unter der kommunistischen Besatzung

Auch in den kommunistisch besetzten Gebieten erfolgte die willkürliche Hinrichtung von politischen Gegnern. Beamte der südkoreanischen Regierung, vor allem Militäroffiziere, Staatsanwälte und Richter, sogar Beirats- und Ortsvorsteher wurden pauschal vor das Volksgericht gestellt und zum Tode verurteilt (Kim Gyeong-Hak 2005: 31). Auch Lehrer oder Beschäftigte bei der Gemeinde wurden pauschal als 'Reaktionäre' abgestempelt und liquidiert (Kim Gyeong-Hak 2005: 17-18). Die Hinterbliebenen der *Bodo-Yeongmaeng* rächten sich an südkoreanischen Beamten, Polizisten und Landbesitzern. So verübten Linke und Hinterbliebene der rechten Massaker in *Hae-*

Nam, Provinz *Chon-Nam* Vergeltung an rechten Aktivisten, Landbesitzern, Beamten, Offizieren, Polizisten und deren Familienangehörigen. Sie denunzierten auch lokale Honoratioren, die ihnen gegenüber unkooperativ gewesen waren, als 'Reaktionäre' und plünderten ihr Vermögen. Sie traten auch als Kläger beim Volksgericht auf. Vor allem diejenigen, deren Angehörige schon vor dem Krieg als Kommunisten abgestempelt und hingerichtet worden waren, standen in der vordersten Reihe, um rechte Aktivisten zu denunzieren oder zu lynchen. Auch Frauen organisierten sich im Frauenbund des Volkskomitees, um aktiv die Hetzkampagne gegen die Rechten und andere 'Reaktionäre' zu führen. Sie grölten im Chor, "Nieder mit Reaktionären" und verwüsteten die Häuser ihrer Nachbarn. Wie sich die überlebenden Ortsbewohner erinnern, gab es mehr Vergeltungsmassaker durch die einheimischen Bewohner als Hinrichtungen, die von der Volksarmee durchgeführt wurden (Park Jeong-Seok 2003: 57-58).

Viele Menschen wurden aus vermeintlich politischen Gründen hingerichtet, ohne dass ihre tatsächlichen politischen Gesinnungen überhaupt überprüft worden wären. *Kim Seong-Chil* schilderte in seinem Tagebuch einige derartige Fälle in Seoul. Eines Tages brachte die Volksarmee einige vor die Volksmenge und fragte die versammelten Menschen, "Ist dieser Mann ein Reaktionär?" Als ein paar Leute schrien, "Ja, er ist ein skrupelloser Reaktionär", wurde der genannte Mann auf der Stelle erschossen. Keiner wusste, an welchen reaktionären Aktivitäten der Erschossene überhaupt beteiligt gewesen war. (Kim Seong-Tschil 1993: 85). In *Shi-Yang*, Provinz *Chung-Nam* wurden politisch unbeteiligte Menschen als Rechte bezichtigt und hingerichtet, weil sie bloß zu pingelig waren oder ein freches Mundwerk hatten (Yoon Taek-Lim 2003: 182). Diese Willkür der linken Säuberung, mit der arglose Menschen als 'Reaktionäre' oder 'Volksfeinde' abgestempelt und hingerichtet wurden, hat die Menschen so eingeschüchtert, dass sie ständig in Angst lebten, von irgendjemand als Reaktionär denunziert und dann hingerichtet zu werden (Kim Seong-Chil 1993: 165).

Als die Kriegslage zugunsten der UNO-Truppe kippte, verübten die nordkoreanische Armee und die Linken eine Reihe von Massakern, um denjenigen zuvorzukommen, welche sich an Massakern unter der kommunistischen Besatzung rächen wollten. Die kommunistische Partei Nordkoreas hat ihren Bezirken befohlen, beim Rückzug alle Personen zu beseitigen, die der einmarschierenden UNO-Truppe nützlich werden können. Nach Schätzung der südkoreanischen Regierung kostete die Durchführung

dieser Anweisung etwa 130 Tausend Menschen das Leben. In *Seoul* besetzte die nordkoreanische Armee eine Universitätsklinik und riss verwundete südkoreanische Soldaten aus dem Bett oder vom Operationstisch, um an ihre Stelle nordkoreanische Verwundete zu legen. Dann begann sie, die südkoreanischen Verwundeten zu töten. Um diese Gräueltat zu vertuschen, hat sie auch Angehörigen von Getöteten, die zu Besuch kamen, und ambulante Patienten erschossen. Dabei kamen insgesamt etwa 900 Menschen um (Kang Joon-Man 2004b: 131). Vielerorts töteten die sich zurückziehende Volksarmee und linke Aktivisten rechte Aktivisten. Oft haben die Linken aus Angst vor Rache die Hinterbliebenen der Opfer der vorigen linken Massaker umgebracht (Kim Gyeong-Hak 2005: 25-27; Kim Jong-In 2008: 668).

5.1.3 Rückeroberung und Kommunistenjagd

Die Rückeroberung der kommunistisch besetzten Gebiete durch die UNO- und die südkoreanische Armee zog vielerorts eine Jagd auf Kommunisten nach sich. Die südkoreanische Regierung verdächtigte die Menschen, die unter der kommunistischen Besatzung leben mussten, pauschal der Kollaboration mit den Kommunisten. Allein die Tatsache, dass jemand unter der kommunistischen Besatzung überlebt hatte, reichte aus, ihn zu verdächtigen (*Park Wan-Seo* 1992: 270). Verhaftungen und Prozesse führte man allein aufgrund mündlicher Zeugenaussagen oder einfacher Verdächtigungen durch. Einige denunzierten sogar aus persönlichem Hass ihre Nachbarn. Andere, die vorher für Kommunisten gearbeitet hatten, kamen denjenigen zuvor, die von ihrer Kollaboration wussten, und denunzierten diese, um Verdacht von sich zu weisen. Manchmal lynchten private Vereine unschuldige Menschen und richteten sie ohne rechtliche Verfahren hin. Von Oktober 1950 bis 15. November 1950 wurden 161 Todesurteile vollstreckt. Nach den Hinrichtungen plünderten Polizisten und Soldaten Hab und Gut von den Hingerichteten aus (*Park Won-soon* 1990: 177).

In vielen Dörfern haben die Hinterbliebenen der Opfer von kommunistischen Massakern schon vor dem Einmarsch der südkoreanischen Armee angefangen, sich an den Linken zu rächen. Viele, die selbst keine Linken waren, wurden nur deshalb ermordet, weil ihre Verwandten Linken waren (*Yoon Taek-Lim* 2003: 184ff; *Park*

Jeong-Seok 2003: 60).

Jedoch war es vor allem die südkoreanische Armee, die die massenhafte Tötung von roten Verrätern bzw. arglosen Zivilisten begangen hatte. Schon Oktober und November 1950 hat die südkoreanische Armee in *Hae-Bo* Tausende Menschen außer Alten und Kindern unter 14 Jahren getötet, ganze Dörfer verbrannt und das Vieh und den Haushalt der Opfer an sich gerissen. Einmal wurden ca. 500 unschuldige Zivilisten getötet, weil die linken Partisanen bei einem Kampf zwei südkoreanische Soldaten getötet hatten und dies mit Fackeln und Gongschlägen feierten. Dies provozierte die Armee dazu, die Bewohner in drei umliegenden Ortschaften zu massakrieren und ihre Häuser anzuzünden. Sie erschossen sogar ein zweijähriges Mädchen, das an der Brust ihrer Mutter gesaugt hatte (Pyo In-Ju 2003: 147-8). Auch andernorts töteten südkoreanische Soldaten unzählige Zivilisten, darunter Frauen, Kinder und Alte, allein aufgrund des Verdachts, dass die Dörfer als Stütze der Partisanen dienten (Kim Dong-Choon 2000: 216-9).

Die Polizei, die Militärpolizei oder die Agenten der Spionageabwehr gingen durch die Ortschaften und verhafteten beliebige Personen. Wer als Kommunist verdächtigt wurde, galt nicht als ein Mensch und konnte weder Menschenrecht noch rechtliche Verfahren einklagen. Es gab unzählige Organisationen, die "die Roten" auffinden und terrorisieren konnten. Auch andere Verdächtige, die dem Tod entkommen konnten, wurden der Willkür der Kommunistenjagd ausgeliefert. Die spätere Schriftstellerin *Park Wan-Seo*, die damals als Neunzehnjährige beim Volkskomitee gearbeitet hatte, wurde vor viele antikommunistische Jugendvereine zitiert, die sie dann regelrecht schikanierten. "Sie nannten mich 'rote Schlampe'" (Park Wan-Seo 1992: 257-8). Auch die spätere Schriftstellerin *Ryu Chun-Do*, die als Militärärztin bei der kommunistischen Volksarmee gearbeitet hatte, wurde nach der Rückeroberung als Spionin verdächtigt und von der Spionageabwehreinheit gefoltert. Von den harten Schlägen zerriss ihr das Trommelfell. Es kam ihr damals bei der Vernehmung vor, als ob sie Millionen Grillen an ihren Ohren zirpen hören würde (Ryu Chun-Do 1999: 88-89). Es kam häufig vor, dass jemand, der mangels Beweisen von der Polizei freigesprochen wurde, wieder von der Militärpolizei oder von Agenten der Spionageabwehr verhaftet und vernommen wurde. Alle, die Lieder der Volksrepublik kannten, wurden pauschal als 'rote Kollaborateure' abgestempelt. Auch diejenigen, die bei der Flucht der rechten

Prominenten nicht geholfen hatten, und diejenigen, die in Streit mit ihren Nachbarn geraten waren, wurden von diesen als linke Kollaborateure denunziert. (Kim Dong-Choon 2000: 165). Häufig beuteten verschiedene paramilitärische Gruppen unter dem Vorwand, Kommunisten zu bestrafen, arglose Menschen aus. Sie rissen nicht nur das Vermögen von 'Roten' an sich, sondern bestrafte auch diejenigen, die mit ihnen in persönlichem Zwist lagen (Kim Dong-Choon 2000: 166-7).

Auch diejenigen, die ohne eigenen Willen zur Kooperation mit den Kommunisten gezwungen worden waren, wurden zum Ziel der Kommunistenjagd. *Yoon Tae-Guk* aus *Bam-Gol*, Provinz *Chung-Nam*, der unter der kommunistischen Besatzung dazu gezwungen wurde, bei der Steuerermittlung zu helfen, wurde nach der Rückeroberung von einer örtlichen Schlägerbande verprügelt. Erst nachdem sein älterer Bruder bei einem Bandenmitglied ein Wort eingelegt hatte, wurde er frei. Aber gleich danach wurde er nun mit seinem Bruder verhaftet und im örtlichen Polizeirevier verprügelt. Der Grund war, dass sein Bruder unter der kommunistischen Besatzung angeblich einen alten Mann zu Tode geprügelt hatte. Dabei war der Bruder von den Kommunisten dazu gezwungen worden, beim Prügeln Wache zu stehen. Erst nach Petitionen von Dorfbewohnern wurden sie zwei Wochen später freigelassen (Yoon Taek-Lim 2003: 186). Auch *Oh Deok-Hwan* von demselben Dorf erlebte die Beliebigkeit der politischen Hetzjagd. So wurde er zuerst als Linker, dann als Rechter abgestempelt. Denn er hatte vor dem Krieg als Ortsvorsteher und bei der Kreisverwaltung gearbeitet und wurde daher als ein südkoreanischer Staatsdiener betrachtet. Er war beim Kriegsausbruch aber nicht geflohen, weil er sich gleichzeitig als einziger ausgebildeter Elektriker im Dorf um die Stromversorgung seines Dorfes kümmern musste. Daher wurde er gleich nach dem Kriegsausbruch von den örtlichen Linken als 'Rechter' abgestempelt und verprügelt. Später hat die kommunistische Besatzung, die seine berufliche Qualifikation anerkannte, ihn zur Kreisverwaltung beordert. Aber er wurde dann nach der Rückeroberung als 'Kommunist' gebrandmarkt und aus dem Amt entlassen (Yoon Taek-Lim 2003: 187).

In einigen Orten, wo die nordkoreanischen Soldaten, die sich nicht rechtzeitig mit ihrer Armee nach Norden zurückziehen konnten, mit den Einheimischen, die ihnen früher geholfen hatten, in das nahe liegende Gebirge flohen, gerieten die Einwohner in die Zwickmühle zwischen der südkoreanischen Armee und den linken Partisanen. Während tagsüber die südkoreanische Armee in die Dörfer einmarschierte und

Dorfbewohner überwachte, kamen nachts die linken Partisanen aus dem Gebirge heraus, wo sie tagsüber versteckt geblieben waren, und führten den Nachschubkampf. Daher mussten die örtlichen Bewohner abwechselnd mit den beiden Kriegsparteien kooperieren. Tagsüber mussten sie Wache gegen die Partisanen stehen, und nachts mussten sie an dem Nachschubkampf der linken Partisanen teilnehmen. Tagsüber mussten sie unter Aufsicht der Polizei zerbombte Fahrstraßen ausbessern, die sie nachts unter dem Druck der Partisanen wieder kaputt machen mussten. Diese opportunistischen Überlebensstrategien des gemeinen Volkes veranlassten die Armeen der beiden Seiten, Zivilisten als verdeckte oder potentielle Feinde zu betrachten und sie wahllos zu töten (Park Jeong-Seok 2003: 61). Häufig führte auch eine unbedachte Äußerung dazu, dass man als Kommunist oder als Reaktionär verdächtigt und hingerichtet wurde (Pyo In-Ju 2003: 147).

5.2 Der erlebte Kommunismus

Eine weitere Kriegserfahrung, welche die gesellschaftliche Einstellung von Südkoreanern nachhaltig beeinflussen sollte, war die kommunistische Besetzung. Eigentlich empfinden die Südkoreaner, die über Korruption und Missstände unter der US-Militärregierung und der südkoreanischen Regierung verärgert gewesen waren, den Einmarsch der kommunistischen Armee mit Sympathie (Kim Seong-Chil 1993: 69, 211; *Park Wan-Seo* 1992: 264-265). Nachdem sie aber kommunistische Maßnahmen am eigenen Leib erlebt hatten, wurden sie des Kommunismus allmählich überdrüssig.

Vor allem das Volksgericht, wie es schon im obigen Abschnitt dargestellt wurde, erschreckte die südkoreanische Bevölkerung. So erfuhr der Historiker *Kim Seong-Chil* von seinem Freund *Choi Bong-Lae* und zugleich einem nordkoreanischen Agenten, dass das Volksgericht in Nordkorea weder von professionellen Richtern geleitet wurde noch nach einem einheitlichen Gesetz das Urteil fällt. Für das Urteil sei stattdessen die Klassenzugehörigkeit von Klägern und Angeklagten maßgebend. So gelte ein Gerichtsurteil als gerecht, wenn es den Interessen des Proletariats diene (Kim Seong-Chil 1993: 166f).

Auch andere sozialistische Maßnahmen wie Zwangsablieferung, Mobilmachung und

ideologische Propaganda quälten die Bevölkerung. Schon den ersten Tag nach der Eroberung erkundigten sich die Kommunisten in jeder Wohnung nach dem Getreidevorrat und verlangten von jedem Bewohner, alle Vorräte herzugeben. Den so enteigneten Besitzern wurden Getreiderationen versprochen, die schon in einer Woche kommen sollten. Aber auch zwei Wochen danach kam es nicht dazu, und keiner glaubte mehr daran, dass dieses Versprechen überhaupt eingehalten werden würde. Der Getreidepreis hatte sich gegenüber der Vorkriegszeit schon fast verfünffacht. Die Nahrungsknappheit verschärfte sich im Laufe der Zeit zunehmend. Während der kommunistischen Besatzung musste man auf das Mittagessen verzichten. Die Gesichter von Frauen und Kindern wurden vor Hunger blass. Man musste sich dann ab Mitte August jeden Tag notdürftig von einem Brei aus Reis und Gemüse ernähren, den man sonst nie gegessen hätte. Ab September gingen immer mehr Menschen in den Wald, um Eicheln zu sammeln (Kim Seong-Chil 1993: 95-96, 122, 163, 198).

Auch die Zwangsmobilisierung für die "Freiwillige Armee" war eine Qual für die Bevölkerung, weil die Einberufung nichts mit Freiwilligkeit zu tun hatte. Die Besatzungsarmee setzte alle Mittel ein, um möglichst viele Männer für den Krieg zu mobilisieren. Ortsbehörden, Schulen, Hochschulen und Betriebe wurden angewiesen, Ortsbewohner, Schüler, Studenten und Beschäftigte zum Freiwilligenkorps zu rekrutieren. Sogar junge Männer, denen man auf der Straße begegnete, wurden zum Freiwilligenkorps zwangsweise eingezogen. Manchmal wurden Versammlungen, die aus anderen Gründen abgehalten wurden, plötzlich in eine Kundgebung für die Kriegsmobilisierung umgewandelt, so dass viele junge Männer unvorbereitet zum Freiwilligenkorps eingezogen wurden. Daher mieden die Männer allmählich die von Kommunisten abgehaltenen Versammlungen (Kim Seong-Chil 1993: 96-97). Viele junge Männer versteckten sich daher im Keller oder unter dem Dach (Han Mal-Sook 2008: 671). Auch Männer, die sich freiwillig zum Freiwilligenkorps gemeldet haben, taten es eher aus dem Kalkül, als Soldaten mit Nahrungsmitteln versorgt zu werden oder auch, um der Abstempelung als Reaktionär zu vermeiden (Kim Seong-Chil 1993: 99). Frauen mussten Zwangsarbeit verrichten. So musste *Han Mal-Suk* den ganzen Tag am Ufer des Han Flusses Sand ausbaggern, ohne Lohn oder ein Glas Wasser zu bekommen (Han Mal-Sook 2008: 671).

Auch die Zwangsumsiedlung quälte die Bürger. Die kommunistische Besatzung hat

500.000 von 1.500.000 Bürgern Seouls in andere Regionen zwangsumgesiedelt, um sie in Bauernhöfen, Fabriken oder Bergwerken arbeiten zu lassen (Kim Seong-Chil 1993: 97). Auch die medizinische Versorgung brach zusammen. Viele Arztpraxen hatten sich gleich nach dem Kriegsausbruch in Rauch aufgelöst, das Volkskrankenhaus unter der kommunistischen Besatzung war sehr schlecht ausgestattet und schreckte mit seiner Bürokratie Patienten ab (Kim Seong-Chil 1993: 209f).

Auch die Wahl zum Volkskomitee wurde weder nach den demokratischen Verfahren noch mit einer offenen Diskussion abgehalten: die kommunistischen Funktionäre stifteten die versammelte Menge dazu an, die von ihnen bestimmten Kandidaten zu wählen, die schließlich einstimmig gewählt wurden (Kim Seong-Chil 1993: 128ff). Zum Volkskomitee wurden auch Taugenichtse und Gangster gewählt, die dann ihre persönlichen Feinde als Reaktionäre abstempelten (Kim Dong-Choon 2000: 161)

Auch die Landreform, welche die nordkoreanische Armee bereits einen Monat nach der Eroberung von fast dem gesamten südkoreanischen Gebiet durchführte, erschreckte die Menschen. Als sie mit einem Hieb das Doppelte dessen enteignete, was zuvor die Landreform der südkoreanischen Regierung umverteilt hatte und es an landlose und arme Bauern verschenkte, enteignete sie in Südkorea ebenso wie dies auch in Nordkorea vor dem Krieg der Fall gewesen war, auch jene Bauern, die sich ihr Vermögen ehrlich erarbeitet und bei der Bevölkerung hohes Ansehen genossen hatten. Dass viele Grundbesitzer dabei kurzerhand liquidiert wurden, erregte eher Grauen. Damit haben sich die kommunistischen Besatzer die Unterstützung der südkoreanischen Bevölkerung verscherzt (Kim Dong-Choon 2000: 152).

Auch die aus der kommunistischen Ideologie abgeleiteten neuen Umgangsformen, wonach alle Menschen, sogar Alte, mit "Genosse" angeredet werden sollten, verletzten sittliche Gefühle der Bevölkerung. Ältere, die als Reaktionäre oder Opportunisten abgestempelt wurden, mussten hinnehmen, dass viel Jüngere sie unhöflich anredeten. *Bang Eung-Mo*, der Chef der Zeitung '*Chosun-Ilbo*', der in Seoul unter der kommunistischen Besatzung verblieb, musste erleben, wie seine Beschäftigten mit dem Finger auf ihn zeigten und beschimpften (Kim Dong-Choon 2000: 153-4).

Unsinnig war auch die Planwirtschaft, die lokale Gegebenheiten gar nicht berücksichtigte. Ende August kam von der kommunistischen Besatzung die Anweisung, Samenkörner von Rettich und Chinakohl auszusäen, obwohl die passende Saatzeit für

die beiden Gemüsen schon vorbei war und die Samenkörner dann unter der sengenden Sommerhitze verdorrt wären. Obendrein ließ die Besatzung alle Gemüsesorten ausreißen, die nicht gemäß dem Plan gepflanzt worden waren, obwohl diese sehr gut dazu hätten dienen können, Hunger der Bevölkerung zu stillen. Als *Kim Seong Chil* daher Einwände bei der Besatzungsbehörde vorgebracht, bestand die Behörde auf strikter Einhaltung der Pläne (Kim Seong-Chil 1993: 180-181).

Auch die sozialistische Propaganda hat die Menschen des Kommunismus überdrüssig werden lassen. So mussten sie an ihrer Haustür anstelle der ihnen vertrauten südkoreanischen Flagge, die als das nationale Symbol des Befreiungskampfes galt, die Flagge der Volksrepublik hissen und Slogans wie "Lang lebe die volksdemokratische Republik von *Chosun!*", "Lang lebe unser weitsichtiger Führer *Kim Il-sung!*", "Lang lebe Stalin, Freund der schwachen Völker der Welt" aufhängen. Angesichts der sehr vielen politische Plakate in den Straßen und der sehr vielen Propaganda-Veranstaltungen war aber deren faktisch Wirkung zu bezweifeln. Die Zensurbehörde hat nur die Zeitungen der Kommunistischen Partei zugelassen, die mit Ankündigungen und Instruktionen der Regierung oder *Kim Il-sungs*, Lobpreisungen für ihn und Stalin, und mit Heldenberichten von der Front überfüllt waren. Dagegen wurden andere linke Zeitungen, die unter der südkoreanischen Regierung verfolgt worden waren, von der kommunistischen Besatzung zwangseingestellt (Kim Seong-Chil 1993: 81f, 151f, 184f). Zudem verdrängten die nordkoreanischen Besatzer die südkoreanischen Kommunisten, die sich bisher in Südkorea unter der Repression betätigt hatten, aus den wichtigen Parteiämtern, was die Abneigung der früheren südkoreanischen Linken gegen die nordkoreanische Kommunistenpartei provozierte (Kim Jeong-Gang 2001: 131f).

Was die Menschen am meisten enttäuschte und verärgerte, war die Diskrepanz zwischen Wort und Tat unter der kommunistischen Besatzung. Einige Linke, die während der Kolonialzeit mit dem Kolonialregime kollaboriert hatten, beteiligten sich unter der kommunistischen Besatzung an der Säuberung von Rechten, um ihre Vergangenheit zu vertuschen. Sogar diejenigen, die eigentlich keine Kommunisten waren, gaben sich als Kommunisten aus und avancierten so zu örtlichen Machthabern, um persönlich davon zu profitieren oder sich an Nachbarn zu rächen (Kim Dong-Choon 2000: 186-187). Solche Vorfälle dürfen nicht als Einzelfälle abgetan werden, die auf menschliche Schwächen unter den besonderen Umständen des Kriegs zurückzuführen

sind. Denn sie stimmen mit der Logik der damals gängigen marxistischen Moralvorstellung überein. Im offiziellen politischen Marxismus galt die Befreiung des Proletariats als höchster moralischer Wert. Damit wurde alles, was diesem Zweck diente, als moralisch einwandfrei betrachtet. Damit wurden herkömmliche moralische Werte wie Menschlichkeit und Ehrlichkeit gering geschätzt. Daher erschien Koreanern, die eher mit der herkömmlichen Moralvorstellung vertraut waren, die sozialistische Politik, die viele aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit enteignete oder gar zum Tode verurteilte, als reine Unmenschlichkeit. Der Eifer linker Opportunisten hat die moralische Abneigung des Kommunismus nachhaltig verstärkt (Kim Dong-Choon 2000: 190-191). Einige, die die kommunistische Besatzung erlebten, erinnern sich sogar an ihre Verwandten, die für die kommunistische Besatzung gearbeitet hatten, als gewissenlose Menschen, die altbekannte Nachbarn und sogar Verwandte beim Volksgericht anklagten oder zum Kriegsdienst zwangen (Kim Wang-Bae 2009: 67). Ein Augenzeuge von *Seo-San* in der Provinz *Choong-Nam* erinnert sich an die Kommunisten in seinem Dorf, als bestenfalls intelligente Schwärmer, überwiegend aber als „Macht- und Geldgierige“, die viele Menschen terrorisierten, oder aber als „Opportunisten“, die einfach doof waren (Kim Wang-Bae 2009: 68).

Mit zunehmender Dauer der kommunistischen Besatzung, wuchs unter der südkoreanischen Bevölkerung der Überdruß über die kommunistische Herrschaft, auch wenn dieser nicht offen zum Ausdruck gebracht wurde. Allmählich wuchs die Sehnsucht nach einer freien südkoreanischen Regierung (Kim Seong-Chil 1993: 108, 176). Sogar linke Intellektuelle, die zuvor große Hoffnungen auf den Kommunismus gesetzt hatten, kehrten dem Kommunismus Rücken. (Han Man-Cheong 2008: 675).

5.3 Kriegswirren und Gesetzlosigkeit

In den Kriegswirren und dem allgegenwärtigen Elend wuchs die Gesetzlosigkeit. Von Hunger geplagt, griffen viele zu anrüchigen Methoden, um zu überleben. Dies erlebte der spätere Chaebol-Gründer *Chung Ju-Young*, als er sich in *Daegu* als Träger der Truppenzeitung freiwillig meldete. Eines Tages kam er beim Zeitungsvertriebsbüro an und fand dort kein einziges Zeitungsblatt mehr. Er fand heraus, dass der Vertriebsleiter

alle Zeitungen illegal an einen Tofu-Händler verkauft hatte, der Zeitungspapier zum Einwickeln von Tofu brauchte (*Chung Ju-Young* 1998: 58). Auch der spätere Märchenautor, *Kwon Jeong-Saeng* schildert die Lage in der provisorischen Hauptstadt *Busan*. "Um zu überleben, tat man alles, wozu ein Mensch überhaupt in der Lage war: Betteln, Raub, Lumpensammeln, Hafenarbeit, Kohlenhandel, Prostitution, illegaler Devisenhandel, Schmuggeln. Man musste entweder unterwürfig oder betrügerisch sein" (*Kwon Jeong-Saeng* 1995: 19).

Angesichts der unsicheren Lagen brachten einige Reiche ihr Vermögen heimlich nach Japan, andere verdienten Unsummen an Geld durch Schmuggel. So sammelte *Lee Byung-Chul*, der Gründer von *Samsung*, Schrott aus zerstörten Bahnschienen und Fabrikanlagen und verkaufte sie heimlich in Japan. Mit dem so verdienten Geld kaufte er in Japan Zucker und Düngemittel, die er dann in Südkorea zu Wucherpreisen verkaufte. So konnte er innerhalb von sechs Monaten ca. 1 Milliarden *Won* Profit erzielen (*Hong Ha-Sang* 2004: 95f). Andere kauften mit dem Gewinn aus dem Schrotthandel Reis, Kleider und Kosmetikartikel in Japan, importierten sie heimlich nach Südkorea und machten damit viel Profit. Wieder andere zweigten ausländische Hilfsgüter ab und machten damit Geschäfte. Wegen Schwarzhandel und Schmuggelherrschaft in der koreanischen Wirtschaft das Gesetz des Dschungels. Dies alles hat sich nachhaltig negativ auf das Image der koreanischen Unternehmen ausgewirkt (*Ji Dong-Wook* 2003: 48-49).

Mitten im Krieg haben Südkoreaner die ersten Erfahrungen mit ihrem neu entstandenen Staat gemacht, die ihr Vertrauen in den Staat grundlegend zerstört haben. Als die Hauptstadt Seoul kurz vor dem Fall stand, versicherte der Staatspräsident *Rhee Syngman* den Bürgern, dass Seoul gegen den feindlichen Angriff sicher sei. Als der Rundfunksender über die Verlagerung der Hauptstadt nach *Soo-Won* angesichts der kritischen Kriegslage berichtete, zwang das staatliche Informationsbüro ihn sogar dazu, den Bericht zu widerrufen. *Rhee Syngman*, der mittlerweile schon aus Seoul geflohen war, hat die Bürger von Seoul weiter mit der Zusicherung getäuscht, dass die UNO bald eingreifen und die Kommunisten zurückschlagen werde. Seine Regierung ließ dann die Flussbrücke nach Süden sprengen, um den Vormarsch der nordkoreanischen Armee zu hindern. Dabei wurden viele Bürger getötet, die erst später Ernst der Lage gewittert hatten und über die Brücke nach Süden fliehen wollten. Die in Seoul Zurückgelassenen

mussten drei Monate lang unter kommunistischer Besatzung leben. Viele Beamte und Parlamentarier, die im Vertrauen auf die Regierung in Seoul verblieben waren, waren der Säuberung durch die kommunistische Besatzung ausgesetzt. Drei Parlamentarier wurden getötet, 59 sind verschollen (Kim Dong-Choon 2000: 88). Obwohl es die Regierung gewesen war, welche die Bürger Seouls in diese missliche Lage gebracht hatte, ging sie nach der Rückeroberung der Hauptstadt eifrig daran, viele der Zurückgebliebenen als kommunistische Verräter zu verdächtigen und zu verfolgen (Kim Dong-Choon 2000: 88f). Solche rücksichtslose Verfolgung der "linken" Kollaborateure stand im krassen Kontrast zur milden Behandlung von Japan-Kollaborateuren nach der Befreiung. Dieses Messen mit zweierlei Maß erzeugte bei der Bevölkerung Zynismus gegenüber dem staatlich propagierten 'Nationalismus' (Kim Dong-Choon 2000: 89).

Obendrein wurde das Land mitten im Krieg durch „die Affäre der Bürgergarde“ erschüttert. Die Bürgergarde war im Dezember 1950 angesichts der kritischen Kriegslage gegründet worden, um einen Durchbruch für die südkoreanische und die UNO-Truppe zu schaffen, die durch die Intervention der chinesischen Armee zum Rückzug gezwungen worden waren. Kaum gegründet, haben einige hochrangige Offiziere der Bürgergarde 2.4 Milliarden *Won* veruntreut und 5200 Sack Reis illegal verkauft. Dies hatte verheerende Folgen für die Rekrutierten der Bürgergarde. Alle Rekrutierten mussten ihren Hunger mit einer Handvoll Reis stillen und auf einem Strohsack schlafen. Dadurch litten viele an Hunger, Kälte und Krankheit. Es gab auch zahlreiche Tote. Obwohl die Bürgergarde schließlich aufgelöst und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen wurden, zerstörte die Affäre das Grundvertrauen der Bürger in die Integrität des Staates.

Der Amtsmissbrauch beschränkte sich nicht auf hochrangige Politiker und Generäle. So erlebte der spätere Chaebol-Gründer *Chung Ju-Young* die Frechheit des Militärs, als er mit einem Hauptmann Vortragsreisen zu Küstenstädten und Inseln unternahm, um die öffentliche Stimmung zu beruhigen. Eines Tages begegneten sie im Hafen von *Mok-Po* einem Fischer, der auf dem Strand Anshovis trocknen ließ. Schroff forderte der Hauptmann den Fischer, alle Anshovis auf das Boot zu laden. Obwohl der Fischer ihn anflehte, nur die Hälfte davon zu nehmen, verprügelte der Hauptmann ihn und nahm ihm alle Anshovis ab (*Chung Ju-Young* 1998: 58-59). Auch andere Offiziere nutzten ihre Macht aus, um sich zu bereichern. So erfuhr *Kim Seong-Chil* eines Tages, dass sich

ein Offizier der militärischen Informationsabteilung vom 903. Regiment sein Haus einfach angeeignet hatte (Kim Seong-Chil 1993: 256).

Das Fehlverhalten des Staats zeigte sich nicht zuletzt bei der militärischen Mobilisierung. So wurden Söhne aus ärmeren Verhältnissen an die vorderste Front geschickt, während Söhne der reichen und mächtigen Familien mit Bestechung vom Kriegsdienst freigestellt oder nicht an die vorderste Front abkommandiert wurden. Auch Hochschulen fungierten als Versteck für junge Männer, die sich vor dem Wehrdienst drücken wollten (Seo Jung-seok 1995: 150). Daher klagte der Journalist *Lee Yong-Hi*, damals Dolmetscher-Offizier der US-Armee, "Ist der Patriotismus allein die Sache der armen Leute?" (Lee Yeong-hee 1984: 297). Auch andere junge Männer haben sich durch falsche Altersangaben vor der Wehrpflicht gedrückt. Angesichts dieser Vorfälle, haben sich Angehörige der Bürgergarde sogar geschämt, dass sie so "dumm" gewesen waren, sich für die Bürgergarde mobilisieren zu lassen (Kim Dong-choon 2000: 96f).

Auch Oppositionspolitiker enttäuschten bisher gutgläubige Bürger. Als *Chung Ju-Young*, der sich in *Busan* für die Stärkung der Kampfmoral der südkoreanischen Armee engagierte, zum Bezirksbüro der *Minju*-Partei kam, um sich nach dem Kriegsverlauf zu erkundigen, beobachtete er, dass die Politiker die Zeit mit Biertrinken, dem Go-Spiel und nichtigen Plaudereien totschlügen, obwohl die kommunistische Armee direkt vor *Busan* stand. Zudem erfuhr er, dass sich einige hochrangige Politiker wegen des Gerüchts vom drohenden Einfall der Kommunisten heimlich auf die Flucht nach Japan vorbereitet hatten (*Chung Ju-Young* 1998: 59).

6 Waffenstillstand und dauerhafte Systemkonkurrenz

Der Koreakrieg endete mit einem Waffenstillstand, der die Teilung des Landes befestigt und die beiden koreanischen Staaten in eine dauerhafte Systemkonkurrenz gesteuert hat. Dieser Quasi-Kriegszustand hat Dynamiken ausgelöst, die weitreichende Konsequenzen für sozioökonomische Strukturen, Politik und Einstellungen von Menschen in der südkoreanischen Gesellschaft haben sollten.

6.1 Antikommunismus als Wunderwaffe im Quasi-Ausnahmestand

Eine Konsequenz für Südkorea war die Instrumentalisierung der im Koreakrieg verstärkten antikommunistischen Stimmung zur Aufrechterhaltung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Zwar hatten schon vor dem Krieg die Erfahrung mit der sowjetischen Besatzung in Nordkorea, das Umschwenken der Linken bei der Frage der Treuhandverwaltung und ihr politisches Abenteuerertum den Nährboden für die antikommunistische Stimmung in Südkorea bereitet (Kim Dong-Choon 1997: 61f). Es waren aber die Erfahrungen mit der kommunistischen Herrschaft während des Kriegs, die Antikommunismus in der breiten Masse der Bevölkerung verbreiteten (Kim Dong-Choon 1997: 61f). Dies hat vor allem das Demokratie-Verständnis verzerrt. Die Menschen, die die undemokratischen Volkskomitee-Wahlen, das Volksgericht, die rigide Planwirtschaft unter der kommunistischen Besatzung erlebt hatten, tendieren dazu, den Kommunismus mit Diktatur und den Antikommunismus mit Demokratie gleichzusetzen (Kim Dong-Choon 1997: 71-7). Daher lässt sich die antikommunistische Stimmung in Südkorea nicht einfach auf staatliche Propaganda reduzieren, die mit einem künstlich fabrizierten Feindbild berechtigte Proteste gegen Ungerechtigkeit zum Schweigen zu bringen versucht.

Gestützt auf diese Erfahrungen der Bevölkerung hat der südkoreanische Staat gleich nach dem Krieg politische Mechanismen geschaffen, welche die antikommunistische Weltanschauung aufrechterhalten und verbreiten sollten. Dazu gehörten das Nationalsicherheitsgesetz, die antikommunistische politische Bildung, Sippenhaft, Antikommunismus-Kundgebungen usw. Mit solchen Mitteln wurde der Quasi-Kriegszustand ständig aufrechterhalten (Kang In-Cheol 1999: 210ff).

So hat der südkoreanische Staat den Antikommunismus-Unterricht in den Lehrplan der Primär- und Sekundärstufe integriert, um antikommunistische Einstellungen an die nächsten Generationen weiter zu geben. Damit wurde eine politische Ideologie zur Ethik erklärt. So wurde der Widerstand gegen Ausbeutung und Repression als moralisches Laster gedeutet, und die Unterdrückung der sozialen Bewegungen ließ sich als Verteidigung der Demokratie und der Sittlichkeit rechtfertigen (Kim Dong-Choon 2000: 300f; Kang Joon-Man 2004c: 212f).

Es waren Hinterbliebene der Linken, die am stärksten der antikommunistischen Stimmung zum Opfer gefallen sind. Aufgrund der politischen Sippenhaft wurden sie jahrzehntelang diskriminiert. So wurde ein Sohn von *Kim Jeong-Su*, der nach Nordkorea geflohen und dort zum Bürgermeister von *Pyeong-Yang* geworden war, durch die Sippenhaft in seiner Karriere benachteiligt. Obwohl er das Staatsexamen für Juristen als Drittbester bestand, konnte er aufgrund der politischen Karriere seines Vaters jahrelang nicht zum Richter ernannt werden. Erst als ein Parlamentarier für ihn bürgte, wurde er zum Richter ernannt (Park Jeong-Seok 2003: 65). In *Icheon*, Provinz *Gyeong-Gi*, haben das Militär, die Polizei und rechtsgerichtete Schlägerbanden die überlebenden "Verräter" und ihre Familien fast täglich terrorisiert. Einige von ihnen wurden ausgeraubt. Viele konnten solche Behandlungen nicht aushalten und verließen das Dorf (Kang Joon-Man 2004a: 133). Manchmal stand ein ganzes Dorf unter Sippenhaft. Das Dorf *Gam-Gol*, Provinz *Chung-Nam*, das während des Koreakriegs viele Kommunisten hervorgebracht hatte, wurde nach dem Krieg als rotes Dorf abgestempelt, und seine Bewohner lebten unter ständiger Angst vor Behörden (Yoon Taek-Lim 2003: 184f). Im Dorf *Odu-ri* hielten sich nach dem Krieg Polizeibeamte der Informationsabteilung auf und observierten die Dorfbewohner (Lee Yong-Gi 2001: 42-44). Auch das Dorf *Gang-Jin*, Provinz *Jeon-Nam* litt unter der Sippenhaft. Obwohl das Dorf nach dem Krieg viele Begabte hervorgebracht hatte, gaben diese wegen der Sippenhaft ihre Jobs auf und arbeiteten nur in der Landwirtschaft. Sie standen ständig unter strenger Überwachung. Im Frühling und Herbst kamen regelmäßig Agenten des Militärsicherheitsdienstes und der Polizei und fragten sie aus. Ein Professor, dessen Vater ein linker Aktivist war, litt unter der Überwachung, so dass er die Universität verließ und bei einem Unternehmen angestellt wurde. Begabte Enkelkinder eines Links-Aktivisten, die an der *Seoul-National-University*, der besten Elite-Universität Südkoreas

studiert hatten, wurden wegen der Sippenhaft daran gehindert, Beamter, Richter oder Rechtsanwalt zu werden (Yeom Mi-Gyeong 2003: 139-140).

Angesichts solcher Diskriminierungen haben die Bewohner von verdächtigten Dörfern ein Anpassungsverhalten gegenüber Behörden entwickelt, das beweisen sollte, dass sie nicht "Kommunisten" oder "systemfeindlich" sind. So haben sich viele junge Männer von der *Jeju*-Insel, auf der vor dem Krieg der 3. April-Aufstand stattgefunden hatte, während des Koreakriegs scharenweise zur Marine gemeldet, die mit riskanten Operationen die Kriegslage zugunsten der südkoreanischen Seite wenden sollte. Damit wollten sie wohl das seit dem *Jeju*-Aufstand ihnen anhaftendes Brandmal 'Linke' loswerden (Seo Jung-Seok 1999: 717-718). Auch die Bewohner des Dorfes *Gang-Jin*, das unter dem Brandmal des 'roten Dorfes' stand, hat nach dem Koreakrieg die Regierungspartei von *Rhee Syngman* bei fast jeder Wahl unterstützt und auch später unter dem Militärregime von *Park Chung-Hee* an Regierungsinitiativen bzw. – Kampagnen mit großem Engagement teilgenommen (Yeom Mi-Gyeong 2003: 137-8). Auch das 'rote' Dorf *Dae-Chon*, Provinz *Jeon-Nam* hat nach dem Krieg *Kim Gyeong-Taek*, den ehemaligen Polizeipräsident von der Provinz *Jeon-Buk* bei Parlamentwahlen unterstützt, der dank dieser Unterstützung dreimal zum Nationalparlament gewählt werden konnte. Als Gegenleistung hat *Kim Gyeong-Taek* das politisch abgestempelte Dorf vor der unangenehmen polizeilichen Überwachung geschützt (zitiert nach Yoon Hyeong-Sook 2003: 106-107). Auch *Kim Jong-Su* aus der Ortschaft *Gye-Gog*, der wegen der Zusammenarbeit mit den Kommunisten unter polizeilicher Überwachung stand, musste sich nach dem Krieg gegenüber der Regierung immer kooperativ zeigen. Er konnte sich erst vom Stigma des "linken Kollaborateurs" befreien, seit er der Geschäftsführer vom Ortsverein der Regierungspartei vom Präsident *Park Chung-Hee* wurde (Park, Jeong-seok 2003: 62). Damit tendierten die Menschen, die einst gegen die Kolonialherrschaft und den US-Imperialismus gekämpft hatten, unter der antikommunistischen Stimmung nach dem Krieg dazu, sich den US-freundlichen antikommunistischen Regimes anzupassen (Yeom Mi-gyeong 2003: 140).

Es waren aber nicht nur Hinterbliebene der Linken, welche die antikommunistischen Unterdrückungsmaßnahmen zu spüren bekamen. Der Antikommunismus, der schon im Koreakrieg zur Tötung von arglosen Menschen missbraucht wurde, wurde auch nach dem Krieg zur Verfolgung von beliebigen politischen bzw. persönlichen Gegnern

missbraucht. Vor allem das Nationalsicherheitsgesetz wurde benutzt, um nicht nur Nordkorea, sondern auch alle Gruppen, die sich gegen antikommunistische Regierungen stellten, pauschal für staatsfeindlich zu erklären und einzuschüchtern. So stempelte *Rhee Syngman* alle seine politischen Widersacher beliebig als Kommunisten ab. Z. B. der Vorsitzende der *Jin-Bo* (Fortschritts)-Partei *Cho Bong-Am*, zugleich Konkurrent von *Rhee Syngman* wurde der Spionage bezichtigt und hingerichtet. *Rhee Syngman* kreidete sogar dem ultrarechten Nationalisten *Ahn Ho-Sang* Konspiration gegen den Staat an, weil dieser bei einer Parlamentswahl einen Kandidaten der Oppositionspartei unterstützte (Kang Joon-Man 2004c: 157ff; Kang Joon-Man 2004c: 202ff).

Unter der antikommunistischen Stimmung ist es den nachfolgenden südkoreanischen Regierungen gelungen, die organisierte kollektive Widerstandsmöglichkeit von Unterschichten zu unterdrücken oder zu domestizieren. Schon in den 1950er Jahren hat das *Rhee Syngman*-Regime einerseits zahlreiche, angeblich militante Gewerkschaften aufgelöst (Kang Joon-Man 2004c: 229-230), andererseits Gewerkschaften durch personelle Verquickung zu Befehlsempfängern der Regierung degradiert und domestiziert. So wurde *Kim Du-Han*, der rechte Schläger und treue Anhänger von *Rhee Syngman*, April 1954 zum Zentralvorstand des *Daehan*-Gewerkschaftsbundes gewählt. Umgekehrt begannen einige Gewerkschaftsführer in der Politik ihre Karriere. So wurden bei der Parlamentswahl von 1954 bzw. 1958 sechs bzw. sieben Gewerkschaftsführer vom *Daehan-Nochong* ins Parlament gewählt. Statt sich für Verbesserung der Arbeiterrechte einzusetzen, mobilisierten sie die Arbeiterschaft, um den Machterhalt *Rhee Syngmans* zu sichern. So haben sie am 13. März 1956 die Elektrizitäts-Gewerkschaft mobilisiert, um die dritte Kandidatur *Rhee Syngmans* für die Präsidentschaft zu fordern. Im Dezember desselben Jahres hat der Gewerkschaftsbund *Daehan-Nochong* aus demselben Grund einen Generalstreik beschlossen und einen Straßenmarsch organisiert. Bei der Präsidentenwahl 1960 haben sie wieder beschlossen, *Rhee Syngman* zu unterstützen (Jang Sang-Hwan 1999: 178-179). Später in den 1960er Jahren bediente sich auch *Park Chung-Hee* des Nationalsicherheitsgesetzes, indem er seine Opponenten und regimekritische Bewegungen als kommunistisch abstempelte und verfolgte (Kim Dong-Choon 2000: 301).

Die antikommunistische Abstempelung wurde auch als Waffe in persönlichen Konflikten missbraucht. So kam es in den 1950er Jahren häufig vor, dass man

denjenigen, der eine persönliche Bitte abgelehnt hatte, als Kommunisten denunzierte. Das geschah auch, um sich an einem Geschäftspartner zu rächen oder gemeinsam erwirtschafteten Gewinn an sich zu reißen (Seo Jung-Seok 2007: 83).

Da die antikommunistische Stimmung sogar Menschen, die sich unbedacht über den Staat beschwerten, Repressalien durch den Staat ausgeliefert hat (Kim Dong-Choon 2000: 259), tendierte die Bevölkerung dazu, Repressalien durch den Staat bzw. seine Handlanger hinzunehmen. Während der Ersten Republik, also in den 1950er Jahren, litt das Volk unter der Korruption der Behörden und der parapolitischen Verbände. Arglose Menschen wurden dazu gezwungen, Abgaben und Beiträge für Vereine zu zahlen, deren Zwecke sehr dubios waren oder denen man gar nicht angehörte. So trieb der rechte *Dae-Han*-Jugendbund Vereinsbeiträge auch von Menschen ein, die nicht dem Verein angehörten. Auch die Behörden erfanden alle möglichen Vereine und kassierten Beiträge vom Volk: *Daehan*-Frauenbund, Komitee für Katastrophenfall, Komitee für Notfall, Feuerwehrverein, Kondolenzbeitrag für verstorbene Polizisten usw. Für das Eintreiben dieser Abgaben und Beiträge wurden auch illegale Mittel angewandt: Erpressung, Einsperrung, Prügel und Hauseinbruch. Auch die Verwendung von Beiträgen war sehr dubios. Eingetriebene Gelder wurden häufig unterschlagen oder für Trinkgelage verschwendet. Manchmal wurden die Beiträge sogar zweimal eingetrieben, um für Trinkgelage verjubilte Beiträge zu ersetzen. Trotzdem wagte keiner, dagegen zu protestieren (Seo Jung-Seok 2007: 83-84).

Die Angst vor dem Staat wurde auch Kindern eingebläut. Wenn ein hoher Beamter einen Ort besuchte, wurde die Trommel geschlagen, die Trompete geblasen, und die Schüler mussten sich mit Hunderten und Tausende Erwachsenen auf den Straßen in einer Reihe aufstellen, um ihn zu empfangen (Seo Jung-Seok 1999: 268ff). Außerdem mussten Schüler die Namen von Staatspräsidenten und Ministern auswendig lernen (Jin Deok-Gyu 2000: 42f).

6.2 US-Wirtschaftshilfe und die Verflechtung von Wirtschaft und Politik

Während des Koreakrieges wurden fast alle Industrieanlagen verwüstet und damit das Land wieder auf den Zustand des Agrarlandes zurückgeworfen. So waren 1957 über

Dreiviertel der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. In der Industrie arbeiteten gerade einmal zwei Prozent der Erwerbstätigen, obwohl diese Zahl anderthalb Jahrzehnte zuvor bereits zweistellig gewesen war (Jang Sang-Hwan 1999: 176). Da sich die Wirtschaft Südkoreas nicht mit eigener Kraft von der Kriegsverwüstung erholen konnte, war ihr Wiederaufbau auf materielle und monetäre Hilfe aus den USA angewiesen, die nun das südkoreanische Regime in der Systemkonkurrenz gegen den Sowjet-Block unterstützen sollte. Die US-Wirtschaftshilfen kamen bis Ende 1950er Jahre meist in Form von Rohstoffen für Konsumgüter (Zucker, Weizenmehl und Baumwolltextil). Die Sachhilfen wurden aber auch für den Aufbau von Fabriken verwendet (Kang Joon-Man 2004c: 273).

Die US-Hilfsgüter sowie Militärbestände haben es Koreanerinnen und Koreanern ermöglicht, Produkte aus den USA, wie Coca Cola, Kaffee (*Maxwell*), Zigaretten (*Lucky Strike* und *Philipp Morris*), Alkohol, Radio, Seifen, Kameras, Kosmetikartikel usw., kennenzulernen, die bald Objekte der Begierde wurden (Kim Deok-Ho 2008: 128-9). Diese Produkte, die in der Qualität die koreanischen bei weitem übertrafen, haben bei der Bevölkerung die Begeisterung für den Kapitalismus hervorgerufen. Die USA galten nun als das Vorbild, dem Südkorea nacheifern soll (Kim Deok-Ho 2008: 132-3).

Weil die Regierung darüber entschied, welches Unternehmen eine Importgenehmigung für die US-Hilfsgüter bekommen sollte, hat die US-Wirtschaftshilfe dem Staat indirekt auch die Schlüsselrolle bei der Gestaltung des südkoreanischen Kapitalismus zugewiesen. Daraus entstand jene Verflechtung von Politik und Wirtschaft, die seitdem den südkoreanischen Kapitalismus charakterisiert hat. So mussten koreanische Unternehmen in einer Marktstruktur agieren, wo die wirtschaftliche Konkurrenz in Aspekten von Preis, Produktionsmenge, Lohn, Arbeitskräften, Investition und Kreditzuteilung sehr stark durch den Staat eingeschränkt bzw. kontrolliert wurde. Andererseits nutzten Politiker bzw. Regierungsbeamte ihre Verfügung über die US-Hilfen dazu, politische Spenden einzutreiben oder sich persönlich zu bereichern (Kim Yoon-Tae 2000: 210). Das Übergewicht des Staates hat Seilschaften zwischen Politikern und Unternehmen dauerhaft gefördert. Seit der Staatsgründung waren Unternehmen bestrebt, durch Alumni-, Heirat- oder sonstige Beziehungen enge Kontakte mit Regierungsbeamten und politischen Entscheidungsträgern zu knüpfen, um auf diese Weise Konkurrenzvorteile zu erlangen

(Kim Yoon Tae 2000: 157-8).

6.2.1 Politische Skandale

Während der Ersten Republik löste diese Verquickung eine Reihe von politischen Skandalen aus. Sie standen im Zusammenhang mit Machkämpfen zwischen *Rhee Syngman* und den Oppositionsparteien. Die Politik Südkoreas in der Ersten Republik (1948 bis 1960) wurde sehr stark durch das Bestreben *Rhee Syngmans*, möglichst lang im Präsidentenamt zu bleiben, und durch die Anstrengungen der Opposition im Parlament, dies zu verhindern, geprägt. Weil seiner Wiederwahl Verfassungsklauseln im Wege standen, welche die Wahlmodi und die Amtszeit von Präsidenten regelten, versuchte Rhee mehrmals Verfassungsänderungen durchzusetzen. Mit Verfassungsänderungen ließ er zuerst die indirekte Wahl des Präsidenten durch das Parlament durch eine direkte Wahl durch das Volk ersetzen, später ließ er die Beschränkung der Amtszeit abschaffen. Zum politischen Manöver für die Verfassungsänderungen brauchte die Regierung von *Rhee Syngman* viel Geld und griff daher auf ihre Befugnisse zur Vergabe von US-Hilfspaketen zurück.

Unter den US-Hilfspaketen war die Zuteilung von Dollar für die Unternehmen am lukrativsten. Um Waren aus dem Ausland zu importieren, benötigten Importeure Dollar, eine Währung, die in der Kriegszeit sehr knapp war. Die Befugnis zur Zuteilung von Hilfsgütern und Dollar lag in der Hand der Regierung. Die koreanische Regierung setzte den amtlichen Wechselkurs des Dollar zur koreanischen Währung *Huan* künstlich niedriger als den Marktkurs fest, um bei gleicher koreanischer Währung mehr Dollar zu erhalten. So lag der amtliche Dollarkurs bei 6.000 *Huan*, während der Marktkurs schon bei 20.000 *Huan* lag. Daher standen sehr große Gewinne in Aussicht, wenn man mit dem von der Regierung zugeteilten Dollar die von der Regierung bestimmten Güter importierte und auf dem koreanischen Markt verkaufte. Wenn man also 1 Million Dollar von der Regierung zum offiziellen Kurs zugeteilt bekam, konnte man auf dem Schwarzmarkt 14 Mrd. *Huan* Kursgewinne ergattern (Jang Sang-Hwan 1999: 143). Daher versuchten viele südkoreanische Unternehmen mit allen Mitteln, von der Regierung Dollar zu erhalten.

Dies löste im März 1952 die sog. Wolfram-Dollar-Affäre aus. Wolfram-Dollar waren Dollar, die man mit dem Export von Wolfram, damals Hauptexportartikel Südkoeras, verdient hat. Von Rechts wegen durften sie nur zum Import von Maschinen, Schiffen, Lastwagen und anderen für den wirtschaftlichen Aufbau nötigen Gütern eingesetzt werden. Die Affäre begann, als die Regierungspartei versuchte, bei den Unternehmen, die an den Wolfram-Dollar interessiert waren, die zur Wiederwahl von *Rhee Syngman* benötigten Gelder zu besorgen. Angesichts der o. g. gesetzlichen Bestimmung, dass der Wolfram-Dollar nur zur Beschaffung von Wiederaufbaugütern verwendet werden durfte, bediente sich das Finanzministerium der Ausnahmeregelung, wonach der Wolfram-Dollar bei der Ermächtigung durch den Staatspräsidenten anderweitig verwendet werden durfte. Unter dem Vorwand, dass die Arbeiter beim Wolfram-Bergbau gut ernährt werden sollten, wurde die Genehmigung erteilt, dass mit dem Wolfram-Dollar die Nahrungsmittel importiert werden durften. Im März 1952 teilte die Regierung den Importeuren von Nahrungs- und Düngemitteln 200 Tausend Dollar zum amtlichen Dollarkurs von 6000 *Huan* zu. Diese Importeure verkauften die mit diesem Dollar importierten Mehle und Düngemittel, damals kriegsbedingt Mangelwaren, zum fünf- oder sechsfach höheren Preis auf dem Markt. So ergatterten die Unternehmen noch zusätzliche 200 Mrd. *Huan* aus dem Wucherhandel: eine Summe, die ca. 20% des damaligen Staatsbudgets entsprach. Als Gegenleistung zahlten die begünstigten Unternehmen Spenden in Höhe von 35 Mrd. *Huan* an die Regierungspartei.

Als Zeitungsberichte diese Machenschaften enthüllten, leitete das Parlament Ermittlungen ein. Unter dem Druck der Oppositionsparteien wurden gegen die betroffenen Unternehmer Anklagen erhoben. Die Regierung und die Staatsanwaltschaft behinderten jedoch die Ermittlungen. Der zuständige Staatsanwalt erschien nicht einmal bei der Gerichtsverhandlung. Obwohl das Gericht Haftbefehle gegen die Angeklagten erlassen hatte, wurde keiner dieser Haftbefehle vollstreckt. Nur die Minister und die Vizeminister und die Abteilungsleiter beim Agrar- und Forstwirtschaftsministerium traten zurück. Die Verantwortlichen aus dem Finanzministerium, die über die Förderungswürdigkeit von Unternehmen entschieden hatten, wurden dagegen nicht zur Verantwortung gezogen. Sie wurden sogar später wegen ihrer Verdienste für die Wiederwahl von *Rhee Syngman* befördert (Lee Jong-Jae 1993: 90-91).

Die Verflechtung von Wirtschaft und Politik löste eine weitere Affäre aus, die wieder

im Zusammenhang der Machterhaltung von *Rhee Syngman* stand, der über seine 1956 auslaufende zweite Amtszeit hinaus regieren wollte. Weil die damalige Verfassung eine dritte Amtszeit verbot, wollte die Regierungspartei, die im Parlament nicht über die für Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittel-Mehrheit verfügte, mit Schmiergeldern mehrere parteiunabhängige Abgeordnete zur Zustimmung zur Verfassungsänderung bewegen. Sie hat sich die dafür notwendigen Gelder mit dem illegalen Verkauf von Rohbaumwolle besorgt. Nach den Bestimmungen der US-Wirtschaftshilfe an Südkorea durfte die Rohbaumwolle nur für den zivilen Gebrauch eingeführt werden. Doch hat das Verteidigungsministerium das Ministerium für Handel und Industrie dazu gezwungen, unter dem Vorwand der Überwinterung von Soldaten die Einfuhr von Rohbaumwolle im Wert von ca. 500 Tausend Dollar zu genehmigen. Auch die Zentralbank und die staatseigene Bank für Industrie wurden dazu gezwungen, den von der Regierung begünstigten Rohbaumwolle-Importeuren Darlehen zu geben. Die eingeführten Rohbaumwollen wurden zum Wucherpreis auf dem Markt verkauft. Der meiste Gewinn floss in die Kasse der Regierungspartei, die damit Wahlbetrug bei der dritten Parlamentswahl und bei der Abstimmung zur Verfassungsänderung finanzieren konnte. Als die Affäre aufflog, hat das Parlament den Rücktritt der Verantwortlichen, vor allem des Verteidigungsministers gefordert. Die vollständige Aufarbeitung der Affäre wurde aber von Abgeordneten der Regierungspartei verhindert, die mit Verzögerungstaktiken die Abstimmung über den Rücktrittsantrag und den vollständigen Untersuchungsbericht in die Leere laufen ließen (Kang Joon-Man 2004c: 286).

Die Verquickung von Staat und Unternehmen blieb nicht auf die genannten Korruptionsfälle beschränkt. Während der 1950er Jahre missbrauchte die regierende Liberale Partei die US-Wirtschaftshilfe zur Parteifinanzierung. Dies war insbesondere im Baugewerbe stark ausgeprägt. Es war Gang und Gäbe, dass ca. 30 % der Baukosten als politische Spenden an die Liberale Partei abgezweigt wurden (Kang Joon-Man 2004c: 65). Die Liberale Partei hat sich zu über 50 % in Fabrikbauten eingemischt, die aus der US-Wirtschaftshilfe finanziert wurden. Vor allem *Lee Gi-Bung*, der Vorsitzende des Zentralkomitees der Liberalen Partei war in den Aufbau von 29 Fabriken involviert (Seo Jae-Jin 1991: 71). Auch das Finanzministerium hat die Kredite der Zentralbank fast ausschließlich Unternehmen genehmigt, die der Liberalen Partei nahe standen. Die so begünstigten Unternehmen haben dann in Zeiten der Wahlen die

Liberaler Partei finanziert (Lee Jong-Jae 1993: 110ff). Auch in anderen Branchen konnten die Unternehmen erst durch die Beziehung zur Liberalen Partei Genehmigungsverfahren für ihre Geschäfte bestehen (Kang Joon-Man 2004c: 65). Die Verquickung von Staat und Unternehmen hat im Vorfeld der Präsidentenwahl von 1960 ihren Höhepunkt erreicht. Die Regierung hat die staatseigenen Banken unter Druck gesetzt, trotz Bedenken über die Kreditwürdigkeit zinsgünstige Darlehen in enormer Höhe an Unternehmen zu vergeben, mit denen sie zusammen arbeitete. Die begünstigten Unternehmen haben dafür ca. 30-40 % der Darlehenssumme an die Liberale Partei überwiesen (Lee Jong-Jae 1993: 127f).

Das auffälligste Beispiel für die Verflechtung war die Bankenprivatisierung von August 1957. Sie ermöglichte den Unternehmen, die Anteile an den privatisierten Banken erworben hatten, eine Unternehmensgruppe zu bilden, die sich um diese Banken zentrierte. Als Gegenleistung dafür hat die regierende Liberale Partei von den Unternehmen üppige politische Spenden bekommen. So hat Samsung 83% der Anteile von *Han-Il-Bank* sowie 55% von der *Cho-Heung-Bank* übernommen und damit als erster die Form einer *Chaebol*-Gruppe angenommen. Mit dieser Banken-Kontrolle konnten sich die Unternehmen in mehrere Branchen diversifizieren. Samsung stieg in die Lebensmittelherstellung, Reifen, Versicherung, Maschinenbau, Alkohol, Textilherstellung ein, so dass Samsung als der größte Anteilseigner von 4 Banken schon in den 1950er Jahren zu einer Unternehmensgruppe wachsen konnte, die über 16 Unternehmen verfügte. Lucky stieg in die Textilindustrie sowie in Elektronik-, und Chemiebranchen ein. So trug die Bankenprivatisierung in den 1950er Jahren zur Entstehung von *Chaebol*-Gruppen entscheidend bei (Kang Joon-Man 2004c: 275-6). Folglich entstanden die meisten koreanischen *Chaebol*-Gruppen schon in den späten 1950er Jahren und nicht erst in den 1960er Jahren unter dem *Park Chung-Hee* Regime. Von den 1995 existierenden 30 größten *Chaebol*-Unternehmen wurden 21 *Chaebol* zwischen der Befreiung 1945 und 1960 Ende des *Rhee Syngman*-Regimes gegründet, während unter dem *Park Chung-Hee*-Regime nur drei *Chaebol* entstanden sind.

Hatte die kriegsbedingte Armut die Bevölkerung an gesetzwidriges Verhalten gewöhnt, so haben die zur Linderung der Kriegsnot gewährten ausländischen Hilfen eine Wirtschaftsstruktur geschaffen, die in späteren Jahrzehnten Nepotismus und Interessenverquickung zwischen Politikern und Wirtschaftsführern fördern sollte. Damit

wurde es für Unternehmen zur beliebten Praxis, mit Bluff und Blendwerk enge Beziehungen zu Politikern aufzubauen und so verschiedene Privilegien zu ergattern. Die Unternehmer, die ehrlich ihre Geschäfte betrieben, wurden dagegen als Dumme behandelt. So verbreitete sich die Praxis, sehr viel Geld für die Pflege der Beziehung mit Politikern, statt für kreative Tätigkeiten wie F&E, auszugeben (Lee Jong-Jae 1993: 60; Ji Dong-Uk 2003: 48f).

Da die Amtdisziplin von Beamten geschwächt war, hat die Korruption auch außerhalb der Unternehmerschaft den Alltag bestimmt. In der Verwaltung und im Militär war Bestechung der Schlüssel zur Beförderung. Wer mit Betrügereien und Erpressung nicht gut umgehen konnte, galt als dumm (Jeong Seong-Ho 1999: 35-37; Kang Joon-Man 2004b: 124).

6.2.2 Verflechtung von Wirtschaft und Politik & Chaebol

Eigentlich ist die familistisch geprägte Unternehmensstruktur zumindest in der Anfangsphase der Industrialisierung keine spezifisch koreanische, sondern eine allgemeine Erscheinung. Die Besonderheit der südkoreanischen Wirtschaft liegt doch darin, dass solche familistische Unternehmensstruktur nicht auf kleine bzw. mittlere Unternehmen beschränkt bleibt, sondern auch bei Großunternehmen anzutreffen ist. Dieses Zusammentreffen von Großunternehmen und Familismus veranlasste etliche Forscher, entsprechende Ursachen in der besonderen Tradition Koreas, vor allem im Konfuzianismus zu suchen. Dies wird damit begründet, dass der sogar bei Großunternehmen weiter bestehende Familismus eine Hartnäckigkeit beweise, die sich nur aus der besonders starken familistischen Tradition erklären lasse.

Hier wird dagegen die These vertreten, dass Familismus innerhalb der *Chaebol*-Unternehmen gefördert wurde durch die enge Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft, die im Rahmen der US-amerikanischen Unterstützung Südkoreas gegen Kommunismus zustande kam und, wie oben beschrieben, in der staatlich geförderten Bankenprivatisierung kulminierte. So haben sich die *Chaebol*-Unternehmen für längere Zeit nicht für einen Börsengang interessiert, da sie mit Hilfe ihrer Beziehungen zur Regierung leichter an Kapital kommen konnten. So haben *Chaebol*-Unternehmen trotz

ihrer Größe sehr lange den Charakter eines Familienunternehmens behalten, in dem die Trennung von Eigentum und Kontrolle nicht gewährleistet ist (Lee Won-Bo 2004: 79). Das Weiterbestehen der familienzentrierten Unternehmensstruktur wurde außerdem durch die Illegalität der Verflechtung gefördert. In dem Maße, wie das Unternehmen in unlautere Praktiken wie Schwarzhandel mit US-Hilfsgütern, Spekulation mit Dollar, Privilegien bei Kreditvergabe, Steuerhinterziehung, illegale politische Spenden und Bestechung verwickelt wurde, zogen es die Unternehmensleitungen vor, das Unternehmen durch die eigene Familien zu kontrollieren, um solche Machenschaften besser vertuschen zu können (Ji Dong-Wook 2003: 51-52).

6.3 Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft

Eine wichtige strukturelle Veränderung der südkoreanischen Gesellschaft nach dem Koreakrieg war die Ausweitung der Streitkräfte. Die koreanische Armee, die bei ihrer Gründung 1945 nur noch 6.000 Mann zählte, erreichte schon im Jahre 1948 eine 50.000 Mann-Stärke und kurz vor dem Koreakrieg eine Stärke von 80.000. 1952, also mitten im Krieg, waren es 250.000 Soldaten. Nach dem Waffenstillstand, also im Jahre 1954 waren es 650.000. Das derart ausgeweitete Militär nahm über 40% des Staatsbudgets in Anspruch und bekam jährlich von den USA Waffen und vermarktbar Güter im Wert von 400 Millionen Dollar. Damit war die Expansion des Militärs etwas Einmaliges in der Geschichte Koreas, die sich seit der *Chosun*-Dynastie Jahrhunderte lang durch eine zivile Kultur ausgezeichnet hatte.

Die meisten Offiziere des südkoreanischen Militärs wurden an den kolonial-japanischen Militärakademien ausgebildet. Daher haben sich die Befehlspraktiken und die Kasernendisziplin an der kolonial-japanischen Praxis orientiert, die bei Rangniedrigeren unterwürfiges Verhalten und bei Ranghöheren selbstgerechten Autoritarismus förderte. Durch den obligatorischen dreijährigen Militärdienst hatten diese Praktiken erheblichen Einfluss auf die Sozialisation von Millionen junger Männer. Unmenschliche Behandlungen und Missachtung von Menschenrechten in den Kasernen haben ihnen die Verhaltensweisen aufgeprägt, die zwischen bedingungsloser Anpassung und selbstherrlichem Gehabe schwankten. Immer mehr junge Männer, die während

ihres Militärdienstes mit autoritären Lebensweisen und der antikommunistischen Propaganda in Kontakt kamen, haben diese Einstellungen auch in ihr Berufsleben übertragen (Cho Hee-Yeon 2004: 149). *Lee Jong-Bok*, der 1958 bei der *Dae-Han Heavy Industry* als Maschinenmonteur angefangen hat, berichtet, dass die Disziplinierung der Arbeiter im Betrieb so sehr militärischen Praktiken glich, dass diese bei nicht-konformem Verhalten regelrecht verprügelt wurden. Jeder Untergebene musste die Keule selbst mitbringen, mit der er verprügelt werden sollte. Im Winter musste er das Essen von Ranghöheren auf dem Ofen anwärmen und darauf achten, dass es dabei nicht verbrannt würde. Wenn er das Essen vom Ofen fallen ließ, wurde er verprügelt. Er musste auch das Wasser erwärmen, mit dem sich die Ranghöheren beim Arbeitsende waschen sollten. Trotzdem erfüllten die Ranghöheren ihre Pflicht nicht, die Untergebenen in die Arbeit einzuweisen (Lee Jong-Gu 2010: 45). Hier zeigt sich, dass das im Militärdienst angeeignete repressive und einseitige Unterordnungsverhältnis auch nach dessen Beendigung auf das Berufsleben übertragen wurde. Dieser Zustand sollte auch in den folgenden Jahrzehnten fortbestehen. Auch in den 1960er und 1970er Jahren herrschte in Fabriken ein System der strikten Überwachung. *Park Tae-Yeon*, damals eine Textilarbeiterin, die im firmeneigenen Internat wohnte, wurde später wegen ihrer Gewerkschaftsaktivität inhaftiert und stellte dort die Ähnlichkeit zwischen dem Internat und dem Gefängnis fest (Zitiert nach Cho Hee-Yeon 2004: 150). Die militärische Kultur drang auch in das Bildungssystem ein. Schüler und Studenten wurden in Regimenter und Bataillone eingeteilt und mussten an Militärübungen teilnehmen (Seo Jung-Seok 2006: 145). So verbreitete sich der militärisch geformte Autoritarismus in der ganzen südkoreanischen Gesellschaft.

Die Ausweitung der Streitkräfte hat auch zur Verbreitung von Korruption beigetragen. Weil die US-Wirtschaftshilfe vorwiegend über das Militär kam, wurde die Armee die wichtigste Quelle von Finanzmitteln, und ihre Beziehungen zur Politik entwickelte sich zu einer Allianz zwischen dem Verteidigungsminister, dem Chef der Streitkräfte und dem Vorsitzenden der regierenden Liberalen Partei. Die Affäre des illegalen Verkaufs von Rohbaumwolle durch das Verteidigungsministerium war nur ein Beispiel davon. Finanzielle Verquickungen nahmen innerhalb des Militärs zu. Wichtige lukrative Stellen wurden an Günstlinge vergeben, die ihren Patronen gehorchten (Henderson 1968: 349). Offiziere in engen Beziehungsnetzen haben sich öffentliche Fonds aus der US-Hilfe

abgezweigt, die für militärische Bauarbeiten bestimmt waren. Generäle haben sich Gelder angeeignet, die für die Verpflegung von Soldaten bestimmt waren. Sie verwendeten das Bauholz, das eigentlich als US-Hilfsgüter eingeführt wurde, zu Bauarbeiten für ihre privaten Luxuswohnungen und waren voll damit beschäftigt, unter dem Vorwand der Sichtsicherung viel Bäume abzuholzen, die sie dann heimlich verkauften, um mit dem Geld ihren Frauen Juwelen zu kaufen (Kim Gyeong-Jae 1991: 15-16). Um die so entgangenen Gelder zu kompensieren, haben sie Rekruten oder Soldaten zu unbezahlten Arbeiten gezwungen, die eigentlich von bezahlten zivilen Arbeitern hätten erledigt werden müssen. Diese jungen Männer, die den ganzen Tag harte Militärübungen in den Trainingscamps durchgemacht hatten, wurden nachts zu unbezahlten Arbeiten geschickt (Henderson 1968: 348).

Außerdem wurden mit illegalen Deals viele Güter, die eigentlich für die Soldaten an den vordersten Fronten bestimmt waren, in den Schwarzmarkt eingeschleust. Der Militär-Lieferant lieferte z. B. die Küchenbeilage niedriger Qualität zum überhöhten Preis an das Militär. Große Mengen Getreide für Kriegsflüchtlinge wurden gleich nach der Abladung am Hafen heimlich in die Kornkammer von Getreidehändlern transportiert. Hilfsgüter für Kriegswaisen, die ausländische Wohltätigkeitsverbänden gespendet hatten, lösten sich auf dem Transportweg in Luft auf. Sie verwandelten sich in Geld, das schließlich auf das Privatkonto vom Chef des Waisenhauses landete. Ein Gefreiter von der Versorgungsabteilung verkaufte einen Sack Reis aus Vietnam an einen Getreidegroßhändler. Ein Unteroffizier von der Transporteinheit verkaufte ein Fass Öl heimlich an einen LKW-Fahrer. Ein Oberfeldwebel der Militärpolizei ließ gegen Bestechungsgeld einen Gefangen frei. Ein Major der Bahntransporteinheit verschob den Transport von Militärgütern, um die Waren eines Privatunternehmers, der ihn bestochen hatte, mit Express-Lieferung zu transportieren. Der Militär-LKW, der eigentlich Munition hätte transportieren sollen, transportierte stattdessen illegal abgeholztes Baumaterial – und dies sogar mit einer Eskorte der Militärpolizei - ins Hinterland (Kang Joon-Man 2004b: 281ff). Weil die ganze Armee bis zur untersten Ebene in Kontakt mit solchen Praktiken kam und die meisten Männer Südkoreas einen Militärdienst absolvieren mussten, wurde die ganze Nation mit Korruption vertraut gemacht (Henderson 1968: 347f).

7 Die Herausbildung soziokultureller Praktiken in der Zeit der Staatsgründung Südkoreas

In den letzten Kapiteln wurden Ereignisse und Erfahrungen von Koreanern in der Staatsgründungsphase von der Befreiung über den Koreakrieg bis zum Ende der Ersten Republik 1960 ausgeführt. Dabei wurden die Einflüsse der beiden Besatzungsmächte auf die Entwicklung hervorgehoben, die schließlich in einen grausamen Bürgerkrieg münden sollten. In diesem Kapitel werden nachhaltige Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Bevölkerung Südkoreas diskutiert. Dabei steht im Mittelpunkt, dass in der Phase der Staatsgründung zugleich die Grundsteine für den südkoreanischen Kapitalismus gelegt wurden.

7.1 Kapitalistische Modernisierung und materialistische Lebensorientierung

In der Staatsgründungsphase ist Südkorea zur politischen Demokratie und zur kapitalistischen Modernisierung aufgebrochen. Dies verdankt das Land zwar der Tatsache, dass es von der US-Armee besetzt wurde. Was aber den konkreten Charakter des südkoreanischen Kapitalismus bzw. der Demokratie betraf, spielte der Koreakrieg eine entscheidende Rolle. Dass Enteignungen, Demütigung und Tötung von Landbesitzern unter der kommunistischen Besatzung den Yangban-Stand, die Stütze für die feudale Gesellschaftsstruktur, zerstörte (Kim Yoon-Tae 2000: 63), hat dazu geführt, dass Angehörige der Unterschichten die traditionelle Unterwürfigkeit gegenüber dem Yanban-Stand abstreiften. Die Erfahrung, dass der Tod und die Verarmung durch den Krieg keinen Unterschied zwischen *Yangban* und *Cheonmin* macht, ließ das frühere soziale Prestige schnell verblassen (Jeong Jin-Sang 2000: 50). Andererseits hat die negative Erfahrung mit der kommunistischen Herrschaft die Bevölkerung in die Arme des Kapitalismus getrieben (Jeon Sang-In 2001: 174). Dieser antikommunistische Antrieb wurde durch den Umstand verstärkt, dass Südkorea nach dem Koreakrieg in eine dauerhafte Systemkonkurrenz mit Nordkorea versetzt wurde, die ihm die Rolle als Vorposten der kapitalistischen Welt aufgebürdet hat. In dieser weltpolitischen

Konstellation konnte die südkoreanische Regierung dem Volk einreden, dass die kapitalistische Modernisierung eine Frage des Überlebens sei (Kang In-Cheol 1999: 212f). Außerdem haben im Rahmen der Wirtschaftshilfe eingeführte US-Produkte bei der Bevölkerung Begeisterung für den Kapitalismus ausgelöst. Damit hat der Koreakrieg nicht nur die feudale Gesellschaftsstruktur und traditionelle Denkweisen beseitigt, sondern auch eine positive Einstellung zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung gefördert. Weil mitten im Chaos des Kriegs soziale Abstiege von Wohlhabenden und Aufstiege von Armen erlebt wurden, hat sich die Idee der Chancengleichheit durchgesetzt, wonach jeder mit Geschick und Glück aufsteigen kann (Jeong Seong-Ho 1999: 44-46; Kang In-Cheol 1999: 204).

Diese kriegsbedingten strukturellen und mentalen Veränderungen, die den Aufbruch zur kapitalistischen Modernisierung begünstigten, wurden aber in Südkorea nicht von der Herausbildung jener relativ egalitären und universalistischen Praktiken begleitet, die der formellen Demokratie angemessen gewesen wären. Vielmehr hat der Krieg Südkorea autoritäre bzw. partikularistische Züge aufgedrückt.

7.2 Autoritätshörigkeit

Die Generationen von Südkoreanern, die als Erwachsene oder zumindest als Halbwüchsige die Staatsgründung Südkoreas erlebt haben, waren schon in der japanischen Kolonialzeit aufgewachsen. Erfahrungen aus dieser Zeit waren dazu geeignet, ihnen Autoritätshörigkeit einzubläuen. Zuerst haben sie sich wegen der alltäglichen Repression bzw. Diskriminierung die Einstellung zu eigen gemacht, dass Menschen, deren Staat von anderen Staaten annektiert wurde, auch als Individuen ihre Rechten nicht geltend machen können. Die Bildungspolitik mit ihrer totalitären *Tenno*-Ideologie hatte ihr Übriges dazu beigetragen.

Diese Einstellung wurde nach der Befreiung durch die Erfahrung der Bevormundung bzw. Repression durch die sowjetische sowie die US-amerikanische Besatzung verstärkt. Daher waren die Kriegsgenerationen zu einer etatistischen und autoritären Einstellung gegenüber dem Staat geneigt. Für *Son Jin* (geb. 1920) z. B., der in Nordkorea beobachtet hat, wie die Sowjetsoldaten koreanische und japanische Frauen vergewaltigt und die Bevölkerung ausgeplündert haben, sollte der Staat Vorrang vor den Rechten von

Individuen haben, um ihnen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Daher könne er Menschen, die sich ihrem eigenen Staat widersetzen, nicht verstehen. Aus diesem Grund habe er sich, nachdem er nach Südkorea geflohen war, für eine rechte Schlägerbande engagiert (Moon Je-An 2005:44ff).

Diese politische Autoritätshörigkeit hat sich in der Staatsgründungsphase zugespitzt. Zuerst haben die Unterdrückung von Aufständen, die Tötung von Linken und ihre Flucht nach Nordkorea die Widerstandspotenziale der Unterschichten gegen den Staat bzw. die herrschende Klassen innerhalb der südkoreanischen Gesellschaft beseitigt (Park Myeong-Lim 1999: 75; Kang In-Cheol 1999: 203; Jeong Jin-Sang 2000: 37). Obwohl die Hungerproteste nach der Befreiung aus existentieller Not entstanden, hat die Tatsache, dass sie von der Kommunistischen Partei angeführt wurden, das südkoreanische Regime und die Bevölkerung dazu veranlasst, soziale Widerstände pauschal als kommunistische Umtriebe anzusehen. Übrigens haben die leidvollen Erfahrungen mit undemokratischen und unmenschlichen Aspekten der nordkoreanischen Besatzung der südkoreanischen Bevölkerung die Denkweise eingebläut, jeden Protest gegen ungerechte und unmenschliche Verhältnisse im Kapitalismus als Angriff auf die Demokratie und die Menschlichkeit abzustempeln. In dieser Geisteshaltung ist es leicht, Unterdrückung von sozialen Protesten als kleineres Übel gegenüber der Gefahr der kommunistischen Unterwanderung zu betrachten.

Diese Stigmatisierung eines Volksprotestes hat in den nachfolgenden Jahrzehnten nachgewirkt. Das *Park Chung-Hee* Regime hat in den 1960er und 1970er Jahren die antikommunistische Stimmung insbesondere zur Disziplinierung der Arbeiterschaft eingesetzt. Das Regime hat ständig propagiert, dass Arbeitskonflikte von pro-kommunistischen Kräften angezettelt würden. Überall am Arbeitsplatz wurden Plakate mit antikommunistischen Parolen aufgehängt. Jeder soziale Widerstand wurde als Kollaboration mit dem kommunistischen Norden verurteilt (Cho Hee-Yeon 2004: 149-150). Die zentrale Rolle des Antikommunismus für die repressiven Arbeitsverhältnisse unter dem *Park Chung-Hee* Regime zeigt sich daran, dass an der Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung auch der Geheimdienst und das Militär massiv beteiligt waren (Cho Hee-Yeon 2004: 150-151).

Manchmal wurde die antikommunistische Propaganda mit dem Druck verbunden, Familienmitglieder von Aktivisten beruflich zu benachteiligen. So besuchten Vertreter

einer Firma einen Hauptmann, dessen jüngere Schwester sich stark für den Achtstundentag in ihrer Firma einsetzte, und sagte ihm, seine Schwester sei an einer kommunistischen Verschwörung beteiligt. Falls er seine Schwester nicht davon abbringen würde, solle er auf seine Beförderung zum Major verzichten. Der Hauptmann ging zu seiner Schwester und flehte sie an, "Entweder du oder ich soll sterben!". Nach langer Überlegung gab die Arbeiterin nach und kündigte bei der Firma. Meistens wurden Eltern von Gewerkschaftsaktivisten unter Druck gesetzt. So besuchten der Abteilungsleiter einer Firma die Eltern einer Gewerkschaftsaktivistin und behaupteten, ihre älteste Tochter, die Haupternährerin der Familie, sei in eine kommunistische Aktivität verwickelt, was ihre Heiratschance verschlechtern könne. Gleichzeitig versprachen sie, drei Millionen *Won* als Mitgift beizusteuern, wenn sie die Firma verließ (Zitiert nach Cho Hee-Yeon 2004: 154-155).

Die Angst vor der antikommunistischen Abstempelung hat nachhaltig auch Akademiker eingeschüchtert. Als Historiker *Kang Man-Gil* in den 1970er Jahren zur Forschung an der japanischen *Kyoto*-Universität war, wollte jemand für ihn ein wissenschaftliches Gespräch mit dem japanischen Historiker *Kang Jae-Eon* arrangieren. Da *Kang Jae-Eon* damals als pro-nordkoreanisch galt und das Nationalsicherheitsgesetz einen Kontakt mit einer pro-nordkoreanischen Person unter Strafe stellte, lehnte *Kang Man-Gil* unter einem erfundenen Vorwand das Angebot ab und verließ *Kyoto* (*Kang Man-Gil* 2010: 77).

Die bisherigen Ausführungen könnten den Eindruck erwecken, dass nur die Regierungen von *Rhee Syngman* und *Park Chung-Hee*, die in gängigen Darstellungen als diktatorisch bzw. autoritär gelten, den Antikommunismus als Mittel zur Einschränkung der politischen Freiheiten eingesetzt hätten. Aber auch die Regierung von *Jang Myeon*, die nach dem Sturz von *Rhee Syngman* 1960 gewählt wurde und als sehr liberal galt, versuchte im März 1961 zwei Gesetze (das Provisorische Antikommunismus-Sondergesetz und das Gesetz zur Regelung von Kundgebungen) zu erlassen, welche die antikommunistische Gesinnung aufrechterhalten und soziale Unruhen vorbeugen sollten. Dies bedeutet, dass die antikommunistische Gesinnung von einem breiten Spektrum der südkoreanischen Politiker geteilt wurde.

Schließlich hat die Ausweitung der Streitkräfte nach dem Krieg immer mehr junge Männer in den obligatorischen dreijährigen Militärdienst einbezogen, während dessen

sie sich die autoritäre Denk- und Verhaltensweise des Militärs angeeignet haben. Das hat zur Verbreitung der autoritären Denk- und Verhaltensmuster in der südkoreanischen Gesellschaft beigetragen. Weil die Einbeziehung der breiten Masse der Bevölkerung in den Militärdienst und damit in die militärische Kultur erstmaliges Ereignis in der Geschichte Koreas war, war der Autoritarismus militärischer Ausprägung eher das Produkt der fremdbestimmten Modernisierung denn als das Überbleibsel der konfuzianischen Tradition. Erst die Ereignisse bzw. Prozesse bei der Gründung des modernen südkoreanischen Staates haben ja zur Extremität des Autoritarismus in Südkorea geführt.

7.3 Partikularismus: Misstrauen gegen den Staat und moralischer Zynismus

Die Kriegserfahrungen haben auch zur Verbreitung des Partikularismus und zum moralischen Verfall beigetragen. Ohnehin galt mitten im Krieg das eigene Überleben als das höchste Gebot, während Skrupel und Höflichkeit als lästiges Joch empfunden wurden (Jeong Seong-Ho 1999: 34-37; Jeong Jin-Sang 2000: 50f). Es waren aber vor allem die in dieser Zeit verschärften Machtverhältnisse, die partikularistische Praktiken gefördert haben. So veranlasste die staatliche Beseitigung bzw. Domestizierung der sozialen Bewegung im Koreakrieg viele Menschen, sich weniger als Mitglied einer sozialen Klasse denn als atomisierte Staatsbürger zu verstehen (Kang In-Cheol 1999: 203-4; Kim Dong-Choon 1997: 62). Nun galt der Staat als die einzige Instanz, die einzelne Bürger vereinigen kann. Aber diese staatszentrierte Integration beruhte nicht auf dem Vertrauen zum Staat bzw. zum Rechtssystem, weil sie von Ereignissen überschattet wurde, die Misstrauen gegen den Staat und das Rechtssystem gefördert haben. Damit sollten sich auch individualistische Lebensentwürfe weniger auf universalistische Regelungen, die der Staat mit seinem Rechtssystem anbietet, als auf partikularistische Beziehungen orientieren.

7.3.1 Staatsversagen und Misstrauen gegenüber dem Staat

Die Staatsgründungsphase zwischen der Befreiung 1945 und dem Ende der Ersten Republik 1960 war für Südkoreaner die Zeit, in der sie die erste Erfahrung mit ihrem Staat gemacht haben. Wie in den letzten Kapiteln ausgeführt, hat sich in dieser Zeit unter der Bevölkerung das Misstrauen gegen den Staat weit verbreitet. Zu dieser Entwicklung haben die ausgebliebene Aufarbeitung der Kolonialherrschaft, die Korruption von Politikern und Beamten und die gegenseitige Tötung bzw. Denunziation von Nachbarn während des Koreakrieges beigetragen. Vor allem aber hat das Verhalten der südkoreanischen Regierung, die in der defensiven Phase des Kriegs heimlich aus der Hauptstadt davongelaufen war und viele arglose Bürger der kommunistischen Herrschaft ausgeliefert hatte, das Misstrauen gegen den Staat verstärkt. Auch die Staatsaffären von führenden Politikern, Alltagsschikanen und Korruption von Beamten haben der Bevölkerung ein negatives Bild des Staates und des Rechtssystems eingepägt.

Wie die politische Zeitschrift *Sa-Sang-Gye* 1958 schrieb, wurden staatliche Gesetze häufig je nach den persönlichen Interessen von Mächtigen beliebig angewendet (Zitiert nach Kim Gyong-il 1998: 37-38). Die Tatsache, dass die Gesetzesverstöße von Regierenden unbestraft blieben, förderte bei der Bevölkerung Zweifel an dem rechtstaatlichen Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz. Viele setzten sich über gesetzliche Regelungen hinweg und nutzten überwiegend partikularistische Beziehungen. Damit hat das Misstrauen gegen staatliche Institutionen und rechtliche Regelungen Lebensstrategien von Menschen individualistische sowie anomische Züge verliehen. Die negative Wahrnehmung über den Staat hat mehr als 40 Jahre nachgewirkt. Einer Studie der staatlichen Informationsstelle für das Jahr 1999 zufolge würden nur 52,1% der Befragten beim Kriegsfall nach der Anweisung des Staates handeln (Zitiert nach *Chosun-Ilbo* 2000: 129).

Bei der Suche nach Ursachen für das offensichtliche Versagen der ersten südkoreanischen Regierung bieten sich zwei Kategorien von Faktoren an. Die erste Erklärung setzt an den antikommunistischen Interessenkoalition an. Viele südkoreanische Forscher, die sich mit dieser Epoche beschäftigen (z.B. Seo Joong-Seok 1998; Han Hong-Goo 2003), sehen z. B. eine Ursache der ausgebliebenen Aufarbeitung der Japan-Kollaboration vor allem in der antikommunistischen Interessenkoalition

zwischen der US-Besatzung, der *Han-Min*-Partei und *Rhee Syngman*, die zur Unterdrückung der kommunistischen Gruppierung im Landesinneren das Kolonialpolizeisystem aufrechterhalten wollten. In dieser Sichtweise hat das rechte Lager zur Verteidigung ihrer eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen das Gemeinschaftsinteresse, nämlich die Bestrafung von Vaterlandsverrätern und damit eine ehrenwerte Sache verraten (Kim Dong-Choon 2000: 117-118). Diese Sichtweise läßt sich auf der Ebene der individuellen Erfahrung durch den starken Kontrast zwischen der milden Behandlung von Japan-Kollaborateuren und der harten Verfolgung der linken Kollaboration während des Koreakriegs bekräftigen, wie die spätere Schriftstellerin *Park Wan-Seo* erlebte. *Park Wan-Seo*, die wegen ihrer Tätigkeit beim Volkskomitee unter der kommunistischen Besatzung später von südkoreanischen Behörden schikaniert wurde, klagte über die Doppelmoral der damaligen südkoreanischen Regierung. „... die für Japan-Kollaborateure Gnade walten ließ, die dagegen eigene Bürger, die sie an die kommunistischen Besatzung auslieferte und damit zur Kollaboration mit ihr zwang, nach der Rückeroberung erbarmungslos verfolgen“ (Park Wan-Seo 2003: 255). Dieses Messen mit zweierlei Maßstäben läßt sich nur durch die gleich nach der Befreiung entstandene Konstellation des Kalten Krieges erklären, in der Bekämpfung von Kommunismus die oberste Priorität genießt.

Diese Erklärung suggeriert, dass Politiker mit einer anderen ideologischen Orientierung bzw. anderen Wertehaltungen die Aufarbeitung der Kolonialherrschaft besser bewältigt hätten. Jedoch übersieht sie die Tatsache, dass auch das nordkoreanische Regime unter *Kim Il-Sung* ehemalige Kolonialbeamten und sonstige Fachkräfte für wichtige Stellen beschäftigt hat. Dabei kritisierte *Kim Il-Sung* persönlich die Tendenz, Leute mit hervorragenden Fähigkeiten allein aufgrund ihrer Japan-Kollaboration zu misstrauen (Zitiert nach Lyu Seok-Choon & Kim Hae-Dong 2013: 255). Daher wurden auch in Nordkorea viele Landbesitzer, Kolonialbeamte, Offiziere und Intellektuelle, für die sich Japan-Kollaboration nachweisen ließ, in höhere Staatsämter eingesetzt, solange sie ihre Vergangenheit bereuten und ihre Loyalität zum kommunistischen Regime bekundeten (Ryu Seok-Choon & Kim Hae-Dong 2013:268). Dieser Befund läßt sich nicht mit der Kategorie antikommunistische Interessenkoalition erklären.

Ich halte eine alternative Sichtweise für besser, die die postkolonialen Bedingungen,

unter denen die Staatsgründung von Korea erfolgte, in den Mittelpunkt stellt. So hatte die 35 Jahre andauernde repressive Kolonialherrschaft (siehe Kapitel 3) dem neuen südkoreanischen Staat den Mangel an personellen und materiellen Ressourcen hinterlassen. Mangels der politisch unbelasteten Verwaltungskräfte hat die US-Besatzung die koloniale Beamtenschaft einschließlich der Kolonialpolizisten weiter beschäftigt. Außerdem haben der Zusammenbruch des kolonialen Wirtschaftssystems und die unüberlegte US-Besatzungspolitik, welche die Versorgungskrise und politische Konflikte verschärft hatte, die materiellen Anfangsbedingungen für den südkoreanischen Staat verschlechtert. Die daraus resultierende mangelnde Funktionsfähigkeit der Verwaltung im Alltag machte nicht nur das Versagen des Staates bei der Grundversorgung der Staatsbürger offenbar. Sie hat auch Unterbezahlung von Beamten und damit Korruption im Staatsapparat verursacht. Nach dem Koreakrieg hat sich die ohnehin kümmerliche Einkommenssituation für Beamte noch verschlechtert, was die Korruption verstärkte. Um der grassierenden Korruption den Boden zu entziehen, hat die südkoreanische Regierung die Regelungen für die Beamtenbesoldung mehrmals reformiert und andere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Beamten getroffen. Aber die explodierende Inflation nach dem Krieg hat die Beamtenbesoldung immer wieder auf das sehr niedrige Niveau zurückgeworfen. Bis zum Ende der Ersten Republik lag die Besoldung der Beamten weit unter ihren Haushaltsausgaben. Besoldungen von Ministerialdirektoren erreichten sogar nicht Ausgaben der durchschnittlichen Arbeiterhaushalte. Dieser Zustand demoralisierte die Beamtenschaft so sehr, dass die Staatsverwaltung unter dem *Rhee Syngman*-Regime von extremer Korruption geplagt war (Kim Yong-Sam 2013: 132).

Zwar haben auch die sich verschärfenden Konflikte mit den Linken und damit die Angst vor dem Kommunismus dem südkoreanischen Staat die gründliche Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit erschwert. Wie man aber dem schon erwähnten Beispiel vom nordkoreanischen Umgang mit der Kolonialvergangenheit entnehmen kann, hätte jede südkoreanische Regierung, die also nicht antikommunistisch orientiert ist, mangels des erforderlichen Verwaltungspersonals auf rigorose Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit verzichtet, wenn sie die schwierige Aufgabe der Gründung eines modernen Staates nicht zum Scheitern bringen wollte. Die antikommunistische Begründung für die milde Behandlung von Japan-Kollaborateuren bezog sich nur auf

Beamten, die für Landesverteidigung sowie innere Sicherheit zuständig waren.

7.3.2 Die Belastung von Nachbarschaftsbeziehungen

Das Misstrauen gegen den Staat veranlasste Einzelne zwar, sich für die Bewahrung bzw. Verbesserung ihrer Interessen auf partikularistische Beziehungen wie Nachbarschaft und Familie zu halten. Aber in Südkorea wurde der Stellenwert der Nachbarschaft als alternative Stütze so weitgehend unterminiert, dass es zum übermäßigen Rückgriff auf Blutsverwandte gekommen ist. Denn die gegenseitigen Denunziationen und Morde unter Nachbarn während des Koreakrieges hatten das Vertrauen in lokale Gemeinschaften zerstört.

Wie die politische Säuberung auf die Nachbarschaftsbeziehung wirkte, erlebte *Park Wan-Seo* hautnah. Gleich nach der Rückeroberung Seouls wurde der sog. Bürgerausweis eingeführt, der "friedfertige Bürger" von den "roten Elementen" unterscheiden und erst nach strengen Überprüfungen vergeben werden sollte. Wer bei der polizeilichen Kontrolle den Ausweis nicht vorzeigen konnte, wurde von der Polizei bzw. dem Militär gequält. Während der Nachbarschaftsvorsteher an alle Haushalte der Ortschaft Antragsformulare für den Bürgerausweis verteilte, ließ er die Familie von *Park Wan-Seo* aus. Da klagte ihre Mutter, "Wie kann er uns das antun? Das ist einfach zu viel. Früher haben wir bei jedem festlichen Anlass Speisen ausgetauscht und uns gegenseitig beim Windelwechsel für unsere Enkel geholfen. Warum tut er uns das an?" (Park Wan Seo 1992: 160).

Auch der spätere Märchenautor *Kwon Jeong-Saeng* erlebte völlig verkrampfte Beziehungen unter den Nachbarn in seiner Heimat nach dem Krieg. Einige Männer des Dorfes wurden zwangsweise zur südkoreanischen Armee eingezogen, während andere ebenfalls gegen ihren Willen für die nordkoreanische Volksarmee mobilisiert wurden. Unter diesen Umständen konnte man seinem Nachbarn nicht mehr sein Herz ausschütten. Sogar unter den Geschwistern, den Vettern und den angeheirateten Verwandten herrschte völliges Stillschweigen. So wurde jeder Nachbar gegen den eigenen Willen zum Feind der anderen Nachbarn. Solche angespannte Atmosphäre

wirkte sich auch auf Kinder aus. Deren psychische Entwicklung wurde sehr beeinträchtigt. Ein Dorfbewohner, der als "Roter" verdächtigt und von der Polizei gefoltert wurde, hat sich später zu Hause erhängt. Seine Familie hat das Dorf heimlich in der Nacht verlassen (Kwon Jeong-Saeng 1995: 17).

Gegenüber sog. 'roten Dörfern' war das Misstrauen besonders groß. Viele Bewohner des 'roten' Dorfes *Juk-Jang*, in der Provinz *Jeon-Nam*, haben nach dem Krieg einer nach dem anderen das Dorf verlassen, weil ihnen der Kontakt mit Menschen vom Nachbardorf unangenehm wurde (Kim Gyeong-Hak 2005: 37). In einem weiteren 'roten' Dorf *Oduri* hat man mit seinen Nachbarn mehrere Jahre nach dem Krieg kein Wort gewechselt. In Nachbardörfern kursierten Mahnungen wie "Zieh nicht in das Dorf ein!" oder "Heirate deine Kinder nicht in das Dorf ein!" (Kang Joon-Man 2004a: 133-134).

Auch die gegenteilige Erfahrung, dass man dank der Verwandtschaft von politischen Säuberungen verschont wurde, hat nach dem Krieg nachgewirkt. *Yoon In-Yeong*, hatte als Offizier während des Koreakriegs viele Menschen in einem Dorf, das als Hochburg von Linken abgestempelt wurde, gerettet, weil die Dorfbewohner von seinem Familienstamm *Pa-Pyeong Yoon* stammten. Nach dem Krieg kandidierte er für das Provinzparlament und wurde mit massiver Unterstützung von diesen Dorfbewohnern gewählt. Er wurde später mit ihrer Unterstützung auch zum sechsten Nationalparlament gewählt (Yoon Hyeong-Sook 2003: 107). Solche Erfahrungen zeigen, dass der Kreis des Vertrauens nach dem Krieg stark auf die eigene Familie oder Verwandtschaft eingengt wurde (Kang In-Cheol 1999: 250f).

Diese Tendenz wurde durch die kriegsbedingte Massenwanderung verstärkt. Viele Menschen begannen, auf der Suche nach Arbeit in neue städtische Räume zu strömen, wo sie nun mit fremden Menschen mit fremden Sitten zusammen leben mussten. Die dadurch entstandene Unsicherheit veranlasste die Betroffenen, nach dem Kontakt mit Menschen aus der gleichen Heimat zu suchen, mit denen sie vertraut sind und auf die sie sich verlassen konnten, zumal die offiziellen Rechtsnormen als Orientierungshilfe in Misskredit geraten waren. Dies förderte partikularistische Praktiken und Netzwerken (Kang In-Cheol 1999: 204).

7.3.3 Moralischer Zynismus: Beispiele

Unter den bisher ausgeführten Umständen begannen diejenigen, die moralischen Prinzipien treu blieben, an Moral zu zweifeln. Der spätere Journalist *Lee Yeong-Hi*, der während des Kriegs Hauptmann in der provisorischen Hauptstadt *Busan* gewesen war, hätte mit seiner Amtsbefugnis Schreibblätter und Reis, die in militärischen Versorgungsspeichern in großen Mengen gelagert waren, herausschmuggeln und am Schwarzmarkt verkaufen können. Obwohl seine Besoldung damals nur Fahrkosten decken konnte, hat er sich dieser Versuchung widersetzt, mit der Folge, dass er keine Feier für den 60. Geburtstag seines Vaters ausrichten konnte. Dies habe ihn nach dessen Tod lebenslang gequält, so *Lee Yeong-Hi* (*Lee Yeong-Hi* 1984: 311).

Die spätere Schriftstellerin *Park Wan-Seo* schildert Ähnliches am Beispiel ihres Bruders *Park Jong-Seo*. *Park Jong-Seo* hatte seit seiner Jugend einen starken Gerechtigkeitsinn und ein Herz für sozial Schwache. In der Kolonialzeit hat er sich für die Freistellung von einem seiner Arbeitskollegen eingesetzt, der zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Als die Firma seine Forderung nicht annahm und sein Kollege daher zum Krieg eingezogen wurde, kündigte er aus Protest bei der Firma (*Park Wan-Seo* 1992: 150-153, 158). Nach der Befreiung engagierte er sich für die Linken und stellte ihnen seine Wohnung als Treffpunkt zur Verfügung, weil er es als gerechte Sache betrachtete, die kapitalistische Ausbeutung abzuschaffen (*Park Wan-Seo* 1992: 197-199, 213-215). Dieser sozial engagierte Mensch hat sich aber nach dem Koreakrieg schlagartig verändert. Unter der nordkoreanischen Besatzung wurde er wider Willen zur Volksarmee eingezogen, als die Kriegslage zu Lasten von Nordkorea zu kippen begann. Er wurde bald vom Kommunismus desillusioniert, desertierte und tauchte bei seiner Familie wieder auf, als die südkoreanische Armee Seoul wieder eroberte. Als Seoul aber Monate später wieder in die Hände der nordkoreanischen Armee zu fallen drohte, drängte er seine Familie, möglichst bald nach Süden zu fliehen. Dabei wiederholte er, dass er mit allen Mitteln das Geld verdienen und sich nur um seine Familie kümmern werde, egal wie es anderen Menschen geht (*Park Wan-Seo* 1992: 244; *Park Wan-Seo* 1995: 38f).

Auch *Dong Yong-Ha*, der seine Dolmetscher-Tätigkeit bei der US-Besatzung ehrlich ausgeübt hat, ohne sich in Schwarzhandel zu verwickeln, meinte, dass er damals zu

großem Vermögen hätte kommen können, wenn er seinen Dolmetscher-Beruf geschickt ausgenutzt hätte. Er lebt heute 60 Jahre nach der Befreiung in einer schäbigen Wohnung. Seine Frau und seine Kinder machen ihm ständig Vorwürfe, dass er durch seine ehrliche Lebensführung die Chance verpasst hätte, zu großem Reichtum zu kommen, so *Dong Yong-Ha* (KBS 2005b). Statt auf die Aufrichtigkeit des Vaters stolz zu sein, hat sich also bei der Kriegsgeneration und bei den nachfolgenden Generationen die Einstellung durchgesetzt, dass sich Moral nicht lohnt.

Insgesamt haben Erfahrungen während der Staatsgründungsphase mit dem grausamen Bürgerkrieg unter der Bevölkerung das Misstrauen gegenüber dem Staat, die Zersetzung der Nachbarschaft und die soziale Anomie gefördert, so dass sie begannen, familiäre Interessen vor dem Gemeinwohl auch in öffentlichen Sphären zu bevorzugen.

7.3.4 Bildungsexpansion: Individuelle Aufstiegsstrategie und der Wertewandel

Auch hier haben die Erfahrungen mit dem Krieg und dem Staat in dieser Zeit auf verschiedene Weise Überlebens- bzw. Aufstiegsstrategien von Südkoreanern individualistische Züge verliehen. Während des Koreakriegs haben Koreaner erlebt, dass das hohe Bildungsniveau größere Sicherheit bietet als materielle Reichtümer, die vom Krieg verwüstet werden können (Jeong Seong-Ho 1999: 48). Weil die durch den Krieg entstandenen repressiven gesellschaftlichen Verhältnisse die Möglichkeiten zur kollektiven Verbesserung von Lebenslagen für die benachteiligten sozialen Gruppen beseitigt haben, blieb es diesen nichts anderes übrig, auf individuellen Wegen den miserablen Lagen zu entkommen (Kang, Yang-Weon 1994: 28-30). Auch die Tatsache, dass die Gesetzesverstöße von Regierenden unbestraft blieben, hat auch die Neigung verstärkt, um jeden Preis einen sozialen Status zu erlangen, von dem aus man Macht ausüben kann. Diese Entwicklungen haben insgesamt das Streben nach Bildung verstärkt. In den 1950er Jahren war der Bildungseifer so leidenschaftlich, dass die Bezeichnung 'Bildungsrevolution' oder 'Bildungswunder' nicht übertrieben war. Wegen des Mangels an Klassenzimmern inmitten der Kriegsverwüstung wurde der

Schulunterricht in drei oder vier Schichten durchgeführt. Überall in Südkorea wurde auch ohne Schulgebäude und Klassenzimmer unterrichtet: auf Hügeln, am Fuß von Bergen, in Straßengräben, in Bahnhöfen, in ausgeplünderten Gebäuden und in Zelten (Oh Wook-Hwan 2000: 248). Dabei haben sich zugewanderte Nordkoreaner, die schon in ihrer Heimat mit modernen Werthaltungen und großem Unternehmungsgeist einen sehr leistungsorientierten Lebensstil gepflegt hatten, besonders leidenschaftlich für die Bildung ihrer Kinder engagiert. Durch deren Bildung wollten sie das soziale Prestige wieder gewinnen, das sie durch die kommunistische Enteignung in Nordkorea verloren hatten (Oh Wook-Hwan 2000: 259).

Das beliebteste Ziel der Bildungsbestrebung war der Eintritt in den Staatsdienst. Die lebhafteste Erfahrung während des Krieges, dass die enge verwandtschaftliche Beziehung zu Personen in den Staatsapparaten die Menschen vor der politisch brisanten Situation retten konnte, dürfte nachhaltig jene Präferenz für Berufe im Staatsdienst wie Polizisten, Soldaten, Staatsanwälte oder sonstige Beamte gefördert haben, die von *Choi Jae-Seok* als Charakterschwäche von Koreanern kritisiert wurde (Choi Jae-Seok 1965). In den repressiven gesellschaftlichen Verhältnissen Südkoreas, wo der Staat über die Wirtschaft und andere Bereiche der Gesellschaft fast uneingeschränkte Macht ausübte, wurde der Eintritt in die Beamtenschaft auch in den folgenden Jahren mit Lebenserfolg gleichgesetzt. Seit die ersten Beamtenprüfungen 1950 eingeführt wurden, wurde das erfolgreiche Bestehen der Beamtenprüfungen das Traumziel von Studenten (Oh Wook-Hwan 2000: 261; Kang Joon-Man 2009: 77f).

Auch die Universität wurde als Tor zur gesellschaftlichen Macht wahrgenommen. Dies drückte sich darin aus, dass an führenden Universitäten die Zugangshürden für die Human- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten, darunter Politikwissenschaft und Rechtswissenschaft viel höher waren als für natur- und ingenieurwissenschaftliche Fächer (Kang Joon-Man 2009: 78). In dieser Präferenz für Fächer, die den Zugang zu staatlichen Stellen garantieren, kommt auch eine Kontinuität zur Kolonialzeit zum Ausdruck. Die koreanische Bevölkerung hatte ja unter der japanischen Kolonialherrschaft, die ihnen eine allgemeine Verbesserung des Lebensstandards verwehrte, öffentliche Ämter als Mittel zur Befriedigung von privaten Interessen und zum persönlichen Aufstieg erfahren (Kang Joon-Man 2009: 59, 78).

Der Staat hat die steigende Nachfrage nach der Schulbildung schon seit der

Staatsgründung unterstützt. Er hat 1948 die allgemeine Schulpflicht eingeführt, obwohl sie aus finanziellen Gründen kostenpflichtig war. Auch der Krieg, der die Existenz der Bevölkerung selbst bedroht, konnte diese staatlichen Bemühungen nicht stoppen. Der Staat hat nach dem Krieg in jeder Provinz staatliche Hochschulen gegründet und Großgrundbesitzer zur Gründung privater Hochschulen motiviert. Seit dem Kriegsende haben sich innerhalb 10 Jahren Zahlen der Hochschule, der Lehrkräfte sowie der Studenten mehr als verdoppelt (Jeong Won-Sik 1984: 81-82)

Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass Bildungsbestrebungen sich weniger auf die konfuzianische Tradition zurückführen lassen, welche die Charakterbildung zu einem edlen Mann hochschätzt, als auf die Erfahrungen mit repressiven gesellschaftlichen Verhältnissen seit der Kolonialherrschaft bis zur Staatsgründung. Diese Erfahrungen haben sowohl die Dynamik als auch die konkreten Inhalte, sprich Fächer- und Berufswünsche bestimmt, die weniger auf individuelle Eignungen und Wünsche als auf gesellschaftliche Macht abzielen.

Aber der Bildungseifer sollte später eine ungeahnte Folge für die gesellschaftlichen Verhältnisse haben, welche autoritäre und partikularistische Praktiken herbeigeführt haben. Je mehr Menschen Bildungsbestrebung bis hin zu Hochschulstudium vorangetrieben haben, umso breiter wurde die Bevölkerungsschicht, die sich westliche demokratische Einstellungen angeeignet und damit die kritische Öffentlichkeit gebildet hat. Mit der Zunahme der Hochschulstudenten und –Absolventen haben sich auch die Massenmedien entwickelt. Durch die 1950er Jahre hindurch hat sich die Leserschaft von Zeitungen jährlich durchschnittlich um 18% erweitert. Und die Penetrationsrate von Radio hat sich von 0,5% 1948 auf 4 % 1960 erhöht (Kang In-Cheol 1999: 266-268). Solche Medien dienten den neuen Bildungsschichten sowohl als Quelle der Informationen als auch als Foren, in denen sie damalige Zustände unter dem *Rhee Syngman*-Regime kritisiert haben. Diese kritische Öffentlichkeit sollte schließlich 1960 beim Studenten-Aufstand ("4.19-Revolution") ihren Höhepunkt erreichen, der das Regime zum Sturz gebracht hat (Kwon Tae-Jun 2006: 89-90).

7.4 Zwischenfazit: Fremdbestimmte Kluft zwischen Erwartungen und Ressourcen

Professor *Kim Dong-Choon* zufolge haben sich im Koreakrieg unterschiedliche historische Entwicklungsphasen gekreuzt: weltpolitische / innenpolitische / gesellschaftliche Entwicklungsphasen. Weltpolitisch befand sich Korea in der Phase des Kalten Krieges, unter dessen Bedingungen der neue Staat gegründet wurde. Innenpolitisch musste Korea die Aufarbeitung des Kolonialvermöchtnisses und die Gründung des modernen Staates bewältigen. Gesellschaftlich dagegen befand sich Korea, vor allem in den ländlichen Gebieten, immer noch in der vormodernen Phase, in der familiäre, verwandtschaftliche oder sonstige partikularistische Beziehungen als wichtigste Handlungsnormen galten. Daher waren die Beziehungen zwischen Privatem und Öffentlichem, zwischen Rechten und Pflichten sowie zwischen Gesetz und Gerechtigkeit in den Köpfen der Menschen noch nicht fest geregelt. Es gab noch keinen gesellschaftlichen Konsens über angemessene Beziehungen dieser verschiedenen Handlungsnormen. Im Koreakrieg prallten sie aufeinander, wobei der Staat die Handlungen seiner Bürger, deren Zugehörigkeitsgefühl zu ihrem neuen, kaum zwei Jahre alten Staat sehr schwach war, nach weltpolitisch bestimmten, aber gesellschaftlich fremden ideologischen Maßstäben 'Kommunismus vs. Kapitalismus' beurteilt hat (Kim Dong-Choon 2003: 201, 227).

Mit diesem Hinweis auf Konflikte unterschiedlicher Werte bzw. Normen spricht *Kim Dong-Choon* einen wichtigen Aspekt an, der in der Zeit wahllose Repressalien gegen die Bevölkerung und damit blinde Autoritätshörigkeit herbeigeführt hat. Zur besseren Erklärung der damals herausgebildeten Einstellungen und Praktiken sollte dieser Aspekt m. E. durch einen weiteren, nämlich die Kluft zwischen Erwartungen (oder: Anforderungen) und Ressourcen ergänzt werden. Die Altlast der japanischen Kolonialherrschaft wie politische Unterdrückung und Bevormundung, ökonomische Ausbeutung, Diskriminierung usw. haben gleich nach der Befreiung bei der Bevölkerung lang unterdrückte Wünsche nach Freiheit, Gleichheit und Wohlstand auf einmal entfesselt. Aber dieselbe Kolonialherrschaft hat andererseits Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen verursacht. Schon dadurch entstand gleich nach der Befreiung eine Kluft zwischen Erwartungen der Menschen an den Staat,

entsprechende politische, ökonomische und soziale Reformen durchzuführen, und den Ressourcen, die ihm dafür zur Verfügung standen. Gleichzeitig kam die weltpolitische Konstellation des Kalten Kriegs hinzu, die zusätzliche Anforderungen an den Staat und die Bevölkerung stellte und damit die schon bestehende Kluft vergrößerte. Diese immer größer werdende Kluft zwischen Erwartungen an Staat und seinen Ressourcen hat das Versagen des Staates zutage gefördert. Versorgungskrise, unterlassene Kriegsvorbereitung, ausgebliebene Aufarbeitung der Kolonialherrschaft, Korruption usw. waren ja Erscheinungen, die sich aus dieser Kluft ergeben hatten.

Diese Erkenntnis scheint aber vielen südkoreanischen Historikern und Sozialwissenschaftlern zu entgehen: sie tendieren das damalige Staatsversagen auf die vermeintliche Charakterschwäche und vormoderne Werthaltung des Staatspräsidenten *Rhee Syngman* zurückzuführen. So hat sich unter ihnen die Sichtweise durchgesetzt, *Rhee Syngman* sei an der konfuzianischen Staatsvorstellung orientiert gewesen, was sich in seiner krankhaften Besessenheit vom Präsidentenamt ausgedrückt habe (z. B. Seo, Joong-Seok 1998: 18). Sogar *Kim Dong-Choon*, der ansonsten die strukturell bedingten Konflikte von Werten bzw. Normen in der damaligen Zeit betont, berücksichtigt die kaum überbrückbare Kluft zwischen den Anforderungen an den Staat und seinen Ressourcen nicht genügend, wenn er die unterlassene Aufrüstung *Rhee Syngmans* vor dem Korearieg auf dessen mangelnden Sinn für die Belange des Volkes und Machtkalkül zurückführt. So sei *Rhee Syngman*, der von den Ultrarechten, Japan-Kollaborateuren, Landbesitzern und eingewanderten Nordkoreanern unterstützt wurde, sowieso nicht auf die Unterstützung des einfachen Volkes angewiesen. Außerdem sei ihm eine nordkoreanische Invasion eher gelegen gewesen, weil er dann mit militärischer Hilfe der Atommacht USA zu einem massiven Gegenschlag ausholen würde, was ihm die militärische Vereinigung der koreanischen Halbinsel und die Lösung seiner innenpolitischen Krise ermöglichen würde (Kim Dong-Choon 2000: 75-76).

Solche Interpretationen, die das Versagen des Staates auf eine problematische Werthaltung von Machthabern, also Machtbesessenheit und Verantwortungslosigkeit *Rhes Syngmans* zurückführen, verkennen aber nicht nur strukturelle Beschränkungen für südkoreanische Aufrüstung und sonstige Kriegsvorbereitungen, wie ich es schon eingangs des fünften Kapitels erörtert habe. Sie ignorieren auch die damalige politische Stimmung bei der Bevölkerung. Wie im Abschnitt 4.1 erwähnt, war die Mehrheit der

Bevölkerung über ideologische Differenzen der politischen Gruppierungen nicht im Klaren. Sogar *Kim Dong-Choon* bescheinigt den damaligen Bauern Südkoreas, dass sie sich weder festes Urteil über eine politische Ideologie bilden, noch kein Zugehörigkeitsgefühl zum südkoreanischen Staat aneignen konnten, der ihnen bisher keine konkreten Vorteile bieten konnten (Kim Dong-Choon 2000:84). Unter diesen Umständen hätte die übereilte Kriegsvorbereitung die Bevölkerung nicht dazu veranlasst, ihren Staat in seiner Aufrüstung und sonstigen Kriegsvorbereitungen zu unterstützen. Stattdess hätte sie die ideologisch unsichere Bevölkerung, die den militärischen Rückstand Südkoreas gegenüber Nordkorea zu erkennen begann, demoralisiert und in die Arme des aussichtsreichen Siegers, d.h. Nordkoreas getrieben. So gesehen läßt sich das Unterlassen der Aufrüstung durch *Rhee Syngman* nicht als Ausdruck seiner Verantwortungslosigkeit bzw. Machtbesessenheit, sondern sogar als die „bessere Kriegsvorbereitung“ als die Aufrüstung selbst interpretieren.

Allerdings sollte man sich davor hüten, auch seine anderen Handlungen wie die heimliche Flucht nach Süden während des Kriegs, willkürliche Verfassungsänderungen und Wahlmanipulationen pauschal mit strukturellen Faktoren zu erklären und als damals erforderliche Schritte zu rechtfertigen. Diese können sich weniger aus strukturellen, als aus situativen Bedingungen, sogar aus seinem persönlichen Machtgier entsprungen haben, wie die Kritiker ihm unterstellt haben. Jedoch läßt die Tatsache, dass das Gros der kritischen Forschungen über die Erste Republik sich auf Aussagen von Zeitzeugen beruft, die daran gewöhnt waren, politische Vorgänge eher in moralischen Kategorien als in strukturellen Zusammenhängen zu bewerten, die kritische Überprüfung dieser „kritischen“, besser gesagt, moralistischen Forschungen notwendig erscheinen. Die historische Bewertung der Zeitgeschichte Koreas, einschließlich der Ersten Republik ist ja noch nicht abgeschlossen.

8 Gesamtschlussfolgerung : das Fremde als das Eigene

Anders als in der Literatur über die Arbeitswelt in Korea oft unterstellt, können die in der heutigen südkoreanischen Gesellschaft weit verbreiteten autoritären und partikularistischen Praktiken kaum auf konfuzianische Werte zurückgeführt werden. Vielmehr entstanden sie vor allem durch den Einfluss fremder Kulturen, genauer durch die Kolonialherrschaft und durch die Bedingungen der postkolonialen Staatsgründung.

Auch in der *Chosun*-Dynastie waren die konfuzianischen Werte einer Humanisierung von Herrschaft nicht realisiert. Vielmehr dominierten materielle Interessen des Herrscherhauses und die Machtinteressen des Yangban-Standes. Im Laufe der Zeit bedrohten die Zuwendungen von Land und Sklaven an Yangban den Landbesitz von Kleinbauern, dessen egalitäre Verteilung die materielle Grundlage für das konfuzianische Ideal der egalitären Gesellschaftsordnung ausmachte. In besonderem Maße wurde diese Entwicklung durch die Ausweitung der Beamenschaft und durch die häufigen Landschenkungen an verdienten Untertanen verstärkt. Außerdem hat die Diskriminierung von technischen und administrativen Spezialisten zugunsten des konfuzianisch gebildeten Yangban-Standes dazu geführt, dass diese Spezialisten-Gruppen mangels Aufstiegs- und Erwerbsmöglichkeit zur Korruption und Ausbeutung des einfachen Volkes neigten. Konfuzianisch gebildete Könige und Beamte, denen es an Sachkenntnissen für Staatsführung mangelte, konnten die Machenschaften von Verwaltungsspezialisten auf den unteren Ebenen nicht genügend aufspüren und verhindern. Der Yangban-Stand hat auch die konfuzianische Königserziehung, die eigentlich zur Vorbeugung der königlichen Tyrannei dienen sollte, so dazu missbraucht, Königen zu erschweren, ausbeuterische Praktiken des Yangban-Standes gegenüber dem einfachen Volk einzudämmen. Letztlich hat die Verachtung der gewerblichen Arbeit und des Handels viele Talentierte, die soziale Anerkennung und Reichtum strebten, in die enge Konkurrenz um politische Ämter hineingeschleudert, so dass die Politik der *Chosun*-Dynastie durch viele Cliquenbildungen und Korruptionsfälle charakterisiert war.

Gegen die naheliegende Vermutung, dass die autoritären und partikularistischen Praktiken in der heutigen Gesellschaft Südkoreas, wenn nicht Ausdruck von

konfuzianischen Werten, doch die Fortsetzung entsprechender Praktiken aus der *Chosun*-Dynastie seien, spricht die Tatsache, dass Korea in der darauffolgenden Periode gewaltige Fremdeinwirkungen erlebt hat. Dazu gehören die japanische Kolonialherrschaft und die Teilung durch zwei andere Fremdmächte, die schließlich in einen Bürgerkrieg mündete. Seit der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde das Land den Bestrebungen imperialistischer Mächte ausgesetzt, die sich das Land wirtschaftlich und sogar politisch unterwerfen wollten. Viele koreanische Intellektuelle, die die militärische und wirtschaftliche Überlegenheit von Japan und westlichen kapitalistischen Ländern kennengelernt hatten, hielten einerseits die Modernisierung des Landes nach deren Vorbild für sehr dringend, andererseits haben sie sich die staatszentrierte Sichtweise des westlichen Sozialdarwinismus angeeignet. Dieser Konzeption zufolge können nur Staaten, die alle Staatsbürger über ihre Klassen- und Interessengegensätze hinweg vereinigen und wirtschaftliche bzw. militärische Stärke erlangen, den harten Überlebenskampf in der Weltpolitik gewinnen und auch ihren einzelnen Bürgern Freiheit und Menschenrechte garantieren. Diese staatszentrierte Gesellschaftsvorstellung wurde dann durch die Repressivität der japanischen Kolonialpolitik auch dem einfachen Volk eingebläut. In der Kolonialzeit wurde zugleich das Misstrauen gegenüber dem Rechtssystem verstärkt, weil Gerichte im kolonialpolitischen Interesse Befindlichkeiten und Lebensgewohnheiten des koreanischen Volkes missachteten.

Die Befreiung aus der Kolonialherrschaft wurde bald durch die Besetzung des Landes durch zwei Siegermächte, die USA und die Sowjetunion, überschattet. Sie hat Prozesse der Modernisierung in Korea in spezifischer Weise verzerrt. Die Sowjetunion, die in Nordkorea eine Pufferzone für die ressourcenreiche Mandschurei schaffen wollte, hat der dortigen Bevölkerung das sowjetische Gesellschaftssystem aufgezwungen und damit die dauerhafte Teilung des Landes eingeleitet. Die US-Besatzung hat mit ihrer inkonsequenten Besatzungspolitik politische Konflikte in Südkorea zugespitzt. Die Teilung des Landes mündete in den Koreakrieg, in dem diese politischen Konflikte staatliche Massaker an unschuldigen Menschen sowie gegenseitige Denunziationen und Tötungen unter der Bevölkerung ausgelöst haben. In diesen Prozessen hat das Volk die staatliche Übermacht gegenüber der Bevölkerung, die Unmenschlichkeit des kommunistischen Regimes und die Zerstörung der Nachbarschaft erlebt. Der

Koreakrieg hat damit nicht nur das Widerstandspotential von Unterschichten materiell und psychisch zerstört. Er hat auch die Ausweitung der Streitkräfte nach sich gezogen, in denen dann immer mehr junge Männer in Kontakt mit militärischer Disziplin und Korruption kamen. Andererseits hat es der Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen, eine Altlast der japanischen Kolonialpolitik, dem südkoreanischen Staat erschwert, Erwartungen der Bevölkerung nachzukommen, die von ihrem neu geborenen Staat die Sicherung von Wohlstand und Freiheit für alle erhofft hatte. So hat die schlechte Besoldung die Beamten zur Korruption und Erpressung auf allen Verwaltungsebenen veranlasst, und der Mangel an politisch unbelasteten Verwaltungskräften hat die gründliche Aufarbeitung der Kolonialzeit vereitelt - Beides hat das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber dem Staat verstärkt. Weil die Repressivität des antikommunistischen Systems die Möglichkeit zerstört hat, die Lebensbedingungen von Unterschichten wie Arbeitern und Bauern kollektiv zu verbessern, griffen Menschen auf Bildungswege zurück, mit denen sie miserablen Lebenslagen individuell entkommen wollten. Die staatliche Förderung von Bildungsmöglichkeiten hat diese Strategien begünstigt. All diese Erfahrungen bzw. Prozesse in der Phase der Staatsgründung haben unter der Bevölkerung ausgeprägte autoritäre und partikularistische Praktiken gefördert.

Die Fremdeinwirkungen, die zur Herausbildung von autoritären und partikularistischen Praktiken in Südkorea beigetragen haben, haben ihnen auch neue Merkmale aufgedrückt, die sich von denjenigen in der *Chosun*-Dynastie abheben. Ein wichtiger Unterschied zwischen dem Autoritarismus in der modernen südkoreanischen Gesellschaft und dem konfuzianischen Autoritarismus zeigt sich in der normativen Bewertung von Widerstand gegen ungerechte Autoritäten. Der Konfuzianismus hat einzelnen Individuen eingeräumt, sich bei moralischen Bedenken über politische Machtverhältnisse hinwegzusetzen und sogar gegen die königliche Politik zu protestieren. Zwar wurden auch in der *Chosun*-Dynastie Proteste gegen den König bestraft und soziale Aufstände grausam niedergeschlagen, doch wurde solchen Protesten noch die Aura von Moral zugestanden. Dagegen wird in den sozialdarwinistisch bzw. antikommunistisch begründeten Gesellschaftsvorstellungen in Südkorea, die erst durch die leidvollen Erfahrungen der ganzen Bevölkerung mit den Fremdmächten provoziert wurden, jedem Protest gegen die Autoritäten, der den Zusammenhalt und damit das

Überleben der Betriebs- und nationalen Gemeinschaft bedrohen könnte, die moralische Berechtigung streitig gemacht. Damit wurde eine Werteumkehrung herbeigeführt, die moralisch berechtigte soziale Proteste unmoralisch erscheinen ließ und der Einschränkung von individuellen Rechten und Freiheit die Aura von Moral und Demokratie verliehen hat. Was partikularistische Praktiken betraf, waren sie in der *Chosun*-Dynastie auf die Menschen aus dem Yangban-Stand, die an der harten Konkurrenz um politische Ämter beteiligt waren, begrenzt. Dagegen waren die meisten Angehörigen des einfachen Volkes, die ihren festen Platz in der konfuzianischen Ständeordnung zugewiesen bekommen hatten und daher nicht an der Ämterkonkurrenz interessiert waren, für die konfuzianische Gemeinwohlorientierung empfänglicher und gegenüber Fremden außerhalb der Blutverwandtschaft und gar der Nachbarschaft aufgeschlossen. Dies wurde durch die Fremdeinwirkungen seit der japanischen Kolonialherrschaft verändert. Die Vorstöße zur Modernisierung wie Abschaffung der Ständeordnung in der ausgehenden *Chosun*-Dynastie und die Bildungsexpansion seit der Ersten Republik, die Menschen Chancen für sozialen Aufstieg gegeben haben, wurden nicht vom Vertrauen zum modernen Rechtssystem mit universalistischen Regeln begleitet, weil entweder das Rechtssystem Lebensgewohnheiten und Befindlichkeiten der Bevölkerung ignoriert hat oder der südkoreanische Staat selbst Gesetze übertreten hat. Das so entstandene Misstrauen gegen das Rechtssystem hat Menschen, die ihr individuelles Fortkommen anstrebten, dazu veranlasst, auf partikularistische Beziehungen zurückzugreifen, auf die sie mehr vertrauten als auf das Rechtssystem. Außerdem haben gegenseitige Denunziationen und Tötungen unter den Nachbarn während des Koreakriegs, in denen die Gastfreundlichkeit gegenüber Fremden als bewusste Hilfe für kommunistische Partisanen missverstanden und dementsprechend bestraft wurde, die Grundlagen für traditionelle Tugenden der Gemeinwohlorientierung wie nachbarschaftliche Solidarität und Gastfreundlichkeit zerstört. Damit haben partikularistische Praktiken, die in der *Chosun*-Dynastie auf den engen Kreis der um Ämter konkurrierenden Yangban beschränkt gewesen waren und Offenheit gegenüber Fremden nicht ausgeschlossen hatten, in der modernen südkoreanischen Gesellschaft die breitere Masse erfasst.

Wie schon in der Einleitung erwähnt, will der Verfasser nicht verschweigen, dass es in Südkorea auch Verhalten gibt, die den in dieser Arbeit behandelten autoritären und

partikularistischen Praktiken widersprechen. Mit den bereits ausgeführten historischen Analysen über diese Praktiken in Südkorea habe ich nur versucht, der typischen Dichotomie zu widersprechen, die bestimmte Praktiken wie Demokratie und Universalismus in die Kategorie ‚Moderne‘ und gegensätzliche Praktiken wie Autoritarismus und Partikularismus in die Kategorie ‚Tradition‘ eingeordnet hat. Diese Einsicht ist insofern nicht neu, als auch die westliche Modernisierung, vor allem die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, eine neue Art der Repressivität in gesellschaftliche Verhältnisse eingeführt hat. Karl Marx redete ja nicht zufällig davon, dass die anarchische kapitalistische Konkurrenz am Markt die unbedingte Autorität des Kapitalisten über Menschen in der Werkstatt erfordert (Karl Marx 1983: 376 f). Diese Funktionalität des Autoritarismus für die Kapitalverwertung wurde auch für den südkoreanischen Kapitalismus bestätigt, in dem der autoritäre Führungsstil von Chaebol-Unternehmern schnelle Entscheidungen und Umsetzungen erleichtert und damit auch die Wirtschaftsentwicklung beschleunigt hat (Fukuyama 1995:134-135). Auch die familistische Unternehmensstruktur sowie der autoritäre Führungsstil von Unternehmern ist an sich nichts Besonderes, weil die meisten Unternehmer auch in westlichen kapitalistischen Ländern als Familienbetrieb angefangen und autoritäre Führungsstile aufgewiesen haben. Insofern scheint die ausgeprägte Präsenz von autoritären und partikularistischen Praktiken in Südkorea eher dem Umstand zu verdanken, dass das Land erst seit kurzem, d. h. seit knapp einem halben Jahrhundert, den Weg der kapitalistischen Modernisierung eingeschlagen hat. Nur die eigentümliche Koexistenz von autoritären bzw. partikularistischen Praktiken einerseits und dem hohen wirtschaftlichen Entwicklungsniveau mit der überdimensionierten Unternehmensgröße von Chaebol andererseits hat ja viele Forscher veranlasst, die Ursachen für diese Eigentümlichkeit in der Tradition Südkoreas, vor allem im Konfuzianismus, zu suchen. Aber die vorliegende Arbeit hat herausgestellt, dass autoritäre und partikularistische Praktiken im südkoreanischen Kapitalismus weniger aus der konfuzianischen Tradition als aus den Fremdeinwirkungen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert mit ihrer ‚eigentümlichen‘ Plötzlichkeit und Gewalttätigkeit rühren. Verschiedene Aspekte der Fremdeinwirkungen wie die Kolonialherrschaft, die Teilung und der Bürgerkrieg und die Systemkonkurrenz haben Menschen in Korea motiviert, alles zu unternehmen, was derartige leidvolle Erfahrungen vermeiden kann. Dafür waren sie bereit, alles -

einschließlich ihrer individuellen Rechte und ihrer Freiheit - für die Wirtschaftsentwicklung und für den Zusammenhalt des Staates zu opfern. Dieser starke Impetus zur kapitalistischen Modernisierung erfolgte aufgrund der kolonialen Altlast und der Kriegszerstörung aber unter der Bedingung mangelnder finanzieller und personeller Ressourcen des Staates. Die Gleichzeitigkeit von einer sich verstärkenden Repressivität der Machtverhältnisse und dem Mangel an Ressourcen einerseits, Chancengleichheit und wachsender Aufstiegs konkurrenz andererseits förderte in Südkorea jene autoritären und partikularistischen Praktiken, die in der vorliegenden Arbeit beschrieben worden sind.

Literaturhinweise

- Ackerly, Brooke A. (2005): Is Liberalism the only way toward democracy? Confucianism and Democracy, aus: Political Theory, Bd. 33 H. 4, August 2005. S. 547-576
- Ahn, Jin (2005): Die US-Besatzungsregierung und die Demokratie Südkoreas (Koreanisch). Seoul: Hanul
- Aikman, David (1986): Pacific Rim. Area of Change, Area of Opportunity, Boston: Little Brown
- Antoni, Klaus (1988): Mythos und Ideologie im nationalsozialistischen Deutschland und im kaiserlichen Japan der frühen Shôwa-Zeit, in: K. Antoni, P. Pörtner, R.Schneider (Hrg.): Referate des VII. Deutschen Japanologentages in Hamburg.(MOAG, Band 111). Hamburg 1988, S. 38-51.
- Baik, Wan-Ki (1990): Korean administrative culture. Seoul: Korea University Press.
- Bauer, Leonhard / Matis, Herbert (1989): Geburt der Neuzeit. Vom Feudalsystem zur Marktgesellschaft. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Beasley, William G. (1963): The Modern History of Japan. New York: Praeger.
- Beasley, William G. (2000): The rise of modern Japan. New York: Palgrave Macmillan
- Bellah, Robert N. (1968): "Reflections on the Protestant Ethic Analogy in Asia", aus: S. N. Eisenstadt (Hg.); The Protestant Ethic and Modernization. A Comparative View, New York 1968, S. 234-251
- Berger, Peter (1993) An East Asian Development Model?, aus: Peter Berger/H. Hsiao (Hrsg.): In Search of An East Asian Development Model, New Brunswick, N.J.: Transaction Publishers.
- Breen, Michael(1998): The Koreans. Who they are, what they want, where their future lies. London: Orion Business Books
- Brüch, Andreas / Thomas, Alexander (1995): Beruflich in Südkorea. Heidelberg: Roland Asanger Verlag
- Baik, Ji-Won (2009): Die Geschichte der *Chosun*-Dynastie unter dem Gesichtspunkt des Volkes (Koreanisch). Seoul: Jinmyeong.
- Chang Chan Sup (1988): "Chaebol: The South Korean Conglomerates," Business Horizons Bd. 31, S. 51-57
- Chang, Chan Sup (1998): The confucian capitalism: Impact of culture and the management system on economic growth in South Korea, aus: Journal of Third World Studies Fall 1998.
- Cha, Dong-Se & Kim, Kwang-Se (1995): Ein halbes Jahrhundert der koreanischen Wirtschaft (Seoul). Seoul: Korean Development Institute.

- Chang, Gyu-Sik (2006): *Godang Cho Man-Sik*, Ghandi von Koreas (Koreanisch), aus: Naeileul Yeo-neun Yeok-sa, Bd. 26, S. 84-97.
- Chen, Edward I-te, 1984. »The Attempt to Integrate the Empire: Legal Perspectives«, aus: Meyers / Peattie (1984), S. 240-275.
- Chinese Culture Connection (1987): Chinese values and the search for culture-free dimensions of culture. aus: *Journal of Cross-cultural Psychology*, Bd. 18, H. 2, S. 143-164.
- Cho, Gap-Je (1998): *Spuck auf mein Grab* (Koreanisch). Seoul: *Chosun Ilbo*
- Cho, Gyu-Chang (2002): *Recht und Vertrauen* (Koreanisch), aus: Kim In-Yeong (Hg.): *Struktur von Vertrauen und Misstrauen in der koreanischen Gesellschaft – Makroanalyse*. Seoul: Sohwa, S. 85.126
- Cho, Hee-Yeon (2004): *Die konstruktive Entstehung der Arbeiterklasse in der Entwicklung des antikommunistisch disziplinierenden Kapitalismus* (Koreanisch), aus: Lee, Jong-Gu u. a. (2004): *Lebenswelt und Identität der Arbeiter in den 1960-70er Jahren* (Koreanisch). Paju: Hanul, S. 123-174.
- Cho, Lee-Jay (1994): *Culture, Institutions, and Economic Developments in East Asia*, aus: Cho, Lee-Jay, Yoon Hyung Kim(Hg.): *Korea's Political Economy. An Institutional Perspective*, Boulder: Westview Press, S. 3-41
- Choi, Bong-Yeong (1994): *Der soziale Charakter der Koreaner* (Koreanisch) Bd.1 & Bd. 2 (Koreanisch). Seoul: Neu-Ti-Na-mu.
- Choi, Gi-Yeong (2003): *Studie über moderne Aufklärungsideen Koreas* (koreanisch) Seoul: Iljogak.
- Choi, Jae-Seok (1965): *Der soziale Charakter der Koreaner* (Koreanisch) Seoul: Hyeon-Eum-Sa
- Choi, Jang-Jip (1985): *Versuch über den Wandel des Staates, der Klassenstruktur und der Politik seit 40 Jahren nach der Befreiung* (koreanisch), aus: Choi, Jang-Jip (1985): *Die Zeitgeschichte Korea*. Busan: Yeol-Eum, S. 27-63
- Chosun Ilbo* (2000): *Enzyklopädie über Koreaner für das Jahr 2000 – Der Lebenslauf von Koreanern* (Koreanisch). Sonderheft von *Monthly Chosun*.
- Chung Ju-yung (1998): *In diesem Land geboren - Meine Lebensgeschichte* (Koreanisch). Seoul: Sol
- Demangeat, Isabelle / Molz, Markus (2007): 2.1 Frankreich. Aus: Alexander Thomas / Stefan Kammhuber, Sylvial Schroll-Machl (Hg.): *Handbuch interkulturelle Kommunikation und Kooperation. Band 2: Länder, Kulturen und interkulturelle Berufstätigkeit*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Dong-Ah Il-Bo (1991): *Diagnose von Koreanern – Unser Selbstbild durch Selbstreflexion* (Koreanisch). Seoul: Dong-Ah Il-Bo-Sa
- Dore, R./Lazonick, W./O'Sullivan, M., *Varieties of Capitalism in The Twentieth Century*,

- aus: Oxford Review of Economic Policy, Vol. 15 (1999), S. 102-120
- Fukuyama, Francis (1995): Konfuzius und Marktwirtschaft: der Konflikt der Kulturen, München: Kindler
- Gayn, Mark (1948), Japan Diary. New York: William Sloan Associates
- Gil, Jin-Sook (2007): Staatsräson und Zivilisierung – Diskurs über Zivilisierung bei Daehan Maeil Shinbo im Mittelpunkt (Koreanisch), aus: Ko, Mi-Sook u. a.: Verzerrung und Vertiefung des Wissens in der modernen Aufklärungszeit. Seoul: Somyeon Publishing, S. 15-49.
- Gries, T., Soziales Marktmodell Europa versus liberales Marktmodell Amerika, aus: Wirtschaftsdienst, 81. Jg. (2001), S. 462-469
- Griffis, William E. (1907): Corea - The Hermit Nation. New York: Charles Scribner's Sons.
- Hall, Peter A. /Soskice, David (Hrsg.) (2001): Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage. Oxford: Oxford University Press.
- Hamilton, Gary G. & Nicole W. Biggart (1988): Market, culture and authority: A comparative analysis of management and organization in the Far East, aus: American Journal of Sociology, Bd. 94, H. 5: S52.
- Hanguk Jeongshin Munhwa Yeonguwon (2001): Demokratie und Diktatur, die ich erlebt habe (Koreanisch). Seoul: Seon-In
- Han, Hong-Goo (2003): Die Geschichte der Republik Korea (Koreanisch). Seoul: Hangeore Shinmun
- Han, Mal-Sook (2008): Drei Monate in Seoul (Koreanisch), aus: Monthly *Chosun* (Juni), S. 669-671.
- Han, Man-Cheong (2008): Das 17-jährige Familienoberhaupt – der Koreakrieg, wie ich ihn erlebte, aus: Monthly *Chosun* (Juni), S. 672-675
- Han, Woo-Hi (1990): Studie über Bildungsfieber von Koreanern unter der japanischen Herrschaft – am Beispiel: Öffentliche Grundschulen in den 1920er Jahren (Koreanisch). Gyoyuksahak Yeongu. Bd. 2, S. 121-135.
- Hansen, Klaus(2003), Kultur und Kulturwissenschaft. Eine Einführung, Tübingen und Basel : A. Francke Verlag,
- Henderson, Gregory (1968): Korea: the Politics of the Vortex. Cambridge, Massachusetts und London: Harvard University Press.
- Heo, Do-Hak (2000): Liang Qichao, Führer der chinesischen Modernisierung Chinas (Koreanisch). Seoul: Imbang Seowon.
- Heberer, Thomas (1997): Ostasien und der Westen: Globalisierung oder Regionalisierung?, aus: ASIEN, 63/1997, S. 5–35.
- Heringer, Hans Jürgen (2004). Interkulturelle Kommunikation. Grundlagen und

- Konzepte. Tübingen: A. Francke
- Hobson, J. A. (1902/2006): *Imperialism. A Study*. New York: James Pott & Co
- Hofheinz, Roy / K. E. Calder(1982):*The Eastasia Edge*, New York: Basic Books
- Hofstede, Geert H. (1980): *Culture's Consequences. International differences in work-related values* (2. Auflage: 2001). Newbury Park: Sage
- Hofstede, Geert H. (1991), *Cultures and organizations: software of the mind*, Berkshire: McGraw Hill
- Hong, Dae-Sik (1997): *Der Konnexionismus bei koreanischen Unternehmen* (Koreanisch). aus: Kim Myeong-Eon & Park Yeong-Seok (Hg.): *Die koreanische Unternehmenskultur verstehen*. Seoul: Orom System. S. 218-277
- Hong, Ha-Sang (2004): *Das Management-Konzept von Lee Byung-Chul – Wer handelt, verwirklicht seinen Traum, wer aufbricht, erreicht sein Ziel* (Seoul). Seoul: Bada
- Inkeles, Alex / Levinson, Daniel J. (1969(1954)): *National Character: The Study of Modal Personality and Sociocultural Systems*, in: Lindzey, Gardner (ed.): *Handbook of Social Psychology (Volume 4). Special Fields and Applications*. Cambridge(MA): Addison-Wesley Publishing. Bd. 4, S. 418-507.
- Jang, Sang-Hwan (1999): *Der Koreakrieg und der Wandel der Wirtschaftsstruktur* (Koreanisch), aus: Han-guk-Jeong-sin-Mun-hwa-yeon-gu-won (Hg.): *Der Koreakrieg und der Wandel der Gesellschaftsstruktur*. Seoul: Baek-San-Seo-Dang, S. 123-195.
- Jang, Shin (2004): *Die Etablierung vom Polizeisystem und das Durchdringen der kolonialen Staatsmacht in den Alltag* (Koreanisch), aus: Yeonsei Forschungsinstitut für Koreanische Studien: *Alltagsleben von Koreanern unter der japanischen Kolonialherrschaft*. Seoul: Hye-An, S. 555-584.
- Jang, Yoon-Yeong (2008): *Studie über politische Ideen vom Kabo Bauernkrieg* (Koreanisch). Diplomarbeit an der Kyungbuk National University
- Jeon, Hyeon-Soo (2004): *Die Zeitgeschichte Koreas und die Rolle der Sowjetunion* (Koreanisch), aus: Kyeongbuk Sahak Bd. 27, S. 1-28
- Jeon, Sang-In (1997): *Das soziale Bewusstsein der südkoreanischen Bevölkerung im Jahre 1946* (Koreanisch), aus: Sahoewa Yeoksa Bd. 52, S. 291-339
- Jeon, Sang-In (2001): *Der gedemütigte Revisionismus – Historische Soziologie der koreanischen Zeitgeschichte* (Koreanisch). Seoul: Jeongtonggwa Hyeondae
- Jeon, Sang-In (2006): *Die Sozialgeschichte nach der Befreiung* (Koreanisch), aus: Park, Ji-Hyang u. a., S. 141-174
- Jeon, Woo-Yong (1997): *Kontrolle über Gaek-Ju und die „Verordnung zu koreanischen Unternehmen“ in den 1910er Jahren* (Koreanisch). Yeoksa Munje Yeongu. H.2, S. 103-147.
- Jeon, Woo-Yong (2007): *Berufswelt von Bürgern in Seoul unter der japanischen*

- Kolonialherrschaft 1910-1930 (Koreanisch), aus: Kwon, Tae-Eok u. a. (2007): Die moderne koreanische Gesellschaft und Kultur. Bd. 3. Seoul: Seoul National University Press, S. 101-160)
- Jeong, Geung-Shik : Verzerrung bei der Rezeption des westlichen Rechtssystems (Koreanisch), aus: Yeoksa Munje Yeonguso (Hg.): Zusammenstoß von Tradition und Westen – Wie hat sich die koreanische Modernität herausgebildet?, S. 215-227
- Jeong, Jin-Sang (2000): Der Koreakrieg und Auflösung der vormodernen Klassenverhältnisse (Koreanisch), aus: Institut für sozialwissenschaftliche Forschungen an der Gyeong-Sang University (Hg.): Der Koreakrieg und der koreanische Kapitalismus. Seoul: Hanul, S. 11-58
- Jeong, Seong-Ho (1999): Der Koreakrieg und der soziodemographische Wandel (Koreanisch), aus: Han-guk-Jeong-sin-Mun-hwa-Yeon-gu (Hg.)(1999): S. 11-58
- Jeong, Won-Sik (1984): Bildungsfieber (Koreanisch), aus: Koreanische Sozialwissenschaft Bd. 6, H. 3, S. 81-91
- Ji, Dong-Wook (2003): Chabols Koreas, die das Regime beeinflussten – Vergangenheit und Gegenwart (Koreanisch). Seoul: Nun-Gwa Ma-Eum
- Jin, Deok-Gyoo (2000): Zur Geschichte der modernen Politik in Korea (Koreanisch). Seoul: Jisik San-eop-sa
- Kahn, Herman (1979): World Economic Development: 1979 and Beyond. Westview Press
- Kammhuber, Stefan / Schroll-Machl, Sylvia (Hg.)(2007): Handbuch Interkulturelle Kommunikation und Kooperation. Band 2: Länder, Kulturen und interkulturelle Berufstätigkeit. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kang, In-Cheol (1999): Der Koreakrieg und der Wandel des sozialen Bewusstseins und der Kultur (Koreanisch), aus: Hanguk Jeongshin Munhwa Yeonguwon (Hg): Der Koreakrieg und der Wandel der Gesellschaftsstruktur S. 197-308
- Kang, Joon-Man (2004a): Von der Befreiung bis zum Vorabend des Koreakrieges (Koreanisch). Bd. 1. Aus der Reihe: Streifzüge durch die Zeitgeschichte Koreas – 1940er Jahre (Koreanisch). Seoul: Inmulgwa Sasangsa
- Kang, Joon-Man (2004b): Vom Koreakrieg bis zum Vorabend der 4.19-Revolution (Koreanisch), Bd. 1. Aus der Reihe: Streifzüge durch die Zeitgeschichte Koreas – 1950er Jahre (Koreanisch). Seoul: Inmulgwa Sasangsa
- Kang, Joon-Man (2004c): Vom Koreakrieg bis zum Vorabend der 4.19-Revolution (Koreanisch), Bd. 2. Aus der Reihe: Streifzüge durch die Zeitgeschichte Koreas – 1950er Jahre (Koreanisch). Seoul: Inmulgwa Sasangsa
- Kang, Joon-Man (2007): Von Verfolgung von Katholiken bis Gapshin-Palastrevolt (Koreanisch). Aus der Reihe: Streifzüge durch die moderne Geschichte Koreas. Bd. 1. Seoul: Inmulgwa Sasangsa.

- Kang, Joon-Man (2009): Grausame Geschichte der Aufnahmeprüfungen (Koreanisch). Seoul: Inmulgwa Sasangsa
- Kang, Man-Gil (2010): Die Zeit des Historikers (Koreanisch). Seoul: Changbi
- Kang, Su-Dol (1995): Fordismus und Hyundäismus. Rationalisierung und Wandel der Automobilindustrie in der BRD und Südkorea. Peter Lang(Saarbrücken.)
- Kang, Tae-Gyeong (1996): Landraub durch Oriental Development Company (Koreanisch), aus: Gyeongyeong-Gyeongje Bd. 29. H.2, S. 1-23
- Kang, Yang-Weon (1996): Bildungseifer von Koreanern – Entstehung und Entwicklung vom Aufstiegsmodell unter dem Obhut von Bildungsinstitutionen, aus: Yeonsei Gyoyuk-Yeongu. Bd. 7, H. 1, S. 5-72
- KBS (1999): Wie sie lebenslang geschwiegen haben: Sieben Hinterbliebene von Massakeropfern. Fernsehdokumentation (7. November 2003 ausgestrahlt)
- Kim, Andrew Eungi / Gil-sung Park (2003): Nationalism, Confucianism, Work Ethic and Industrialization in South Korea, aus: Journal of Contemporary Asia, Bd. 33, H. 1, S. 37-49
- Kim, Chang-Soon (1992): The culture of Korean Industry: An Ethnography of Poongsan Corporation. Tucson: University of Arizona Press.
- Kim, D. K., C.W. Kim ((1989): Korean Value System and Managerial Practice, aus: Kim, D.K., L.Kim(Hg.): Management behind Industrialization. Readings in Korean Business, Seoul: Korea University Press
- Kim, Deok-Ho (2008): Das Alltagsleben in Korea und das Problem der Amerikanisierung von Konsum (koreanisch), aus: Kim, Deok-Ho u. a. (2008): Americanization. Seoul: Pureun-Yeoksa, S. 118-140
- Kim, Do-Hyeong (2000): Der Wandel der Weltanschauung und die Frage des Nationalismus nach der Öffnung (Koreanisch), aus der Reihe: Studien über Geschichte der koreanischen Unabhängigkeitsbewegung, Bd. 15
- Kim, Do-Jong (1998): Der Wandel der sozioökonomischen Strukturen in der frühen Phase der Staatsgründung und das gesellschaftliche Bewusstsein (Koreanisch), aus: Hanguk-jeong-shin-mun-hwa-yeon-gu-won (Hg.): Erkenntnisse über die koreanische Zeitgeschichte Bd. 3 – Die Studie über die koreanische Gesellschaft am Vorabend des Koreakriegs, S. 111-156
- Kim, Dong-No (1999): Bauernorganisation und Bauernbewegung in der US-Besatzungszeit (Koreanisch), aus: Park Joon-Sik u. a., S. 189-226
- Kim, Dong-No (2006): Die Herausbildung des Herrschaftssystems in der japanischen Kolonialzeit (Koreanisch). Seoul: Hye-An.
- Kim, Dong-Choon (2000a): Schatten der Moderne – Modernität Koreas und der Nationalismus (Koreanisch). Seoul: Dangdae.
- Kim, Dong-Choon (2000b): Krieg und Gesellschaft – Was war für uns der Koreakrieg?

- (Koreanisch), Seoul: Dolbaegae.
- Kim, Dong-Un & Kim, Deok-Min & Baek, Un-Gwang (2005): Governance-Struktur, Konnexionismus und Heiratsbeziehungen von Chaebol (Koreanisch). Paju: Nanam.
- Kim, Eo-Jin (2003): Haarstil als Zivilisationsstandard – die Weltpolitik bei der Verordnung zur Abschneidung von Haarknoten in *Chosun* im Jahre 1895 (Koreanisch). Diplomarbeit an der Seoul National University
- Kim Geun (2000): Von welcher Familie stammst du ? – Faschismus in der Sprache (Koreanisch), in: Lim Ji-Hyeon u. a. (2000): Faschismus in uns. Seoul: Samin, S. 177-193
- Kim, Guk-Hoo (2008): Die Sowjetbesetzung in Pyongyang. Paju: Hanul-Akademie
- Kim, Gyeong-Hak (2005): Erinnerungen an Massakern, Linken und Rechten, aus: Kim, Gyeong-Hak u. a. (2005): S. 15-43.
- Kim, Gyeong-Hak u. a. (2005): Der Krieg und die Erinnerungen – Lebensgeschichte der Dorfgemeinschaft (Seoul). Paju: Hanul-Akademie
- Kim, Gyeong-Il (1998): Soziale Ideen in den späteren 1950er Jahren – Demokratie und Nationalismus, aus: Forschungsinstitut für Zeitgeschichte bei Hanguk-Jeongsin-Munhwa-Yeonguwon (Hg.): Die koreanische Gesellschaft in den späteren 1950er Jahren und der Zusammenbruch der Regierung von *Rhee Syngman*. Seoul: O-Reum, S. 23-65
- Kim, Gyeong-Il (2003): Die Moderne und die Modernität in Korea (Koreanisch). Seoul: Baeksan Seodang
- Kim, Gyeong-Jae (1991): Revolution und Idol – Memoiren von Kim Hyeong-Wook (Koreanisch). Seoul: Jeon-Ye-Won
- Kim, Gyeong-Mi (2006): Erinnerungen der Generationen, die die koloniale Bildung erlebt haben – Erinnerungen von Absolventen der Gyeong-Gi Junior Highschool im Mittelpunkt (Koreanisch), aus: Bang Gi-Jung (Hg.): Vermächtnisse des kolonialen Faschismus und ihre Überwindung. Seoul.: Hye-An, S. 343-377
- Kim, Ho-Gyun (1993): Massaker an Zivilisten durch die Naju-Einheit in Wando, Hae-Nam, aus: Monthly Mal, August 1993, S. 140-144.
- Kim, Jae-Kyeong (1994): Der Charakter der Sozialbewegung kurz nach der Befreiung unter der US-Besatzung (Koreanisch), aus: Sahoigwahaknonchong Bd. 12, S. 249-279
- Kim, Jin-Song (1999): Genehmige Tanzhalle in Seoul – Herausbildung der Modernität (Koreanisch). Seoul: Hyeonsilmunhwa Yeongu.
- Kim, Jong-In (2008): Unsere Familie war Zielscheibe der Volksarmee – der Koreakrieg, wie ich ihn erlebte (Koreanisch), aus: Monthly *Chosun*, Juni, 2008, S. 666-668
- Kim, Kwang Chung & Kim Shin (1989): "Kinship Group and Patrimonial Executives in a Developing Nation: A Case Study of Korea," *Journal of Developing Areas* 24: S.

27-46

- Kim, Kwang-Ok (1996): *The Reproduction of Confucian Culture in Contemporary Korea: An Anthropological Study*, aus: Tu, Wei-Ming(Hg.): *Confucian Traditions in East Asian Modernity. Moral Education and Economic Culture in Japna and the Four Mini-Dragons*, Harvard University Press (Cambridge, London), S. 202-227
- Kim, Seong-Chil (1993): *Vor der Geschichte* (Koreanisch). Seoul: Changjakgwa Bipyeong.
- Kim, Hae-Dong & Yoon, Tae-Beom (1994): *Beamtenkorruption und ihre Kontrolle* (Koreanisch). Seoul: Jipmundang.
- Kim, Man-Su (1999) : *Die Ambivalenz der Demokratie in Südkorea*. Marburg: Tectum-Verlag
- Kim, Moo-Yong (2005): *Der Kurs der Kommunistischen Partei Chosuns und die Bewegung zur Staatsgründung* (Koreanisch). Dissertation an der Korea University.
- Kim, Taek (1999): *Theorie über Beamtenkorruption* (Koreanisch) Seoul: Hakmunsa.
- Kim, Taek (2013): *Entstehung der US-Militärregierung nach der Befreiung und die Bilanz über die Polizeiaktivitäten* (Koreanisch), aus: *The Korean Association for Policy Studies* (Hg.): *Winter-Tagung von The Korean Association for Policy Studies 2013*, S. 353-370
- Kim, Wang-Bae (209): *Erinnerungen an den Koreakrieg und die Verfestigung der antikommunistischen Konservatismus – Das Leben eines Ehepaars im Dorf Nam-Jeong-li* (Koreanisch), aus: *Koreanische Kulturanthropologie*, Bd. 41, H.1, S. 39-79
- Kim, Yeong-Jong (2001): *Korruption-Wissenschaft* (Koreanisch). Seoul: Soong-sil University Press
- Kim, Yong-Sam (2013): *Rhee Syngman und die Ära der Unternehmer* (Koreanisch). Seoul: Book and People
- Kim, Yoon-Tae (2000): *Chaebol und Macht* (Koreanisch). Seoul: Saeroun Saramdeul.
- Kirk, Donald (1994): *Korean Dynasty*. Hyundai and Chung Ju Yung. New York: M.E. Sharpe
- Koo, Choon-Kweon (1998): *Asiatischer Kapitalismus. Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften in Japan und Südkorea*, Köln: PapyRossa
- Koo, Hagen (2001): *Korean Workers. The Culture and Politics of Class Formation*, Ithaca & London: Cornell University Press
- Krieger, Silke / Rolf Trauzettel(Hg.): *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*, Mainz: v. Hase & Koehler Verlag
- Kwon, Bo-drae (2008): *1910er Jahre – Ära der Gerüchte. Soziale und kulturelle Schlüsselwörter der koreanischen Moderne im Lichte von Mae-Il Shin-Bo* (Koreanisch). Seoul: Dongkuk University Press.

- Kwon, Jeong-Saeng (1995): Der Koreakrieg und ich - der Krieg, über den man sich lebenslang schämen wird, (Koreanisch) aus: Yeoksa Bipyeong, Bd. 29. Sommer. S. 15-21
- Kwon, Nae-Hyeon & Shim, Jae-Woo & Yeom, Jeong-Seop & Jeong, Jae-Hoon (2001): *Chosun*-Dynastie, aus der Reihe : Die zukunfts offene Geschichte Koreas (Koreanisch), Bd. 3: Seoul: Woongjin.
- Kwon Tae-Joon (2004): Das Jahrhunderte-Überspringen von Korea (Koreanisch). Paju: Nanam
- Kwon, Seung-Ho / O'Donnell, Michael (2001), The Chaebol und Labour in Korea: The development of management strategy in Hyundai. London: Routledge
- Kwon, Yong-Hyeok u.a.(2005): Vergleiche der Unternehmenskulturen in Korea, China und Japan (Koreanisch), Yi-Hak-Sa(Seoul)
- Lee, Bo-Ram (2009): Der Erfolg und das Scheitern der Politik der US-Besatzung, die die Freundschaft zwischen Koreanern und US-Soldaten verbot, aus: Lee In-Ho & Kim Yeong-Ho & Kang Gyu-Hyeong (Hg.), S. 627-647
- Lee, Cheol-Woo (2006): Die Rechtsstruktur der japanischen Kolonialherrschaft, aus: Kim, Dong-No (2006), S. 111-180
- Lee, Chong-Sik (2006): Ursprung des südkoreanischen Staates (Koreanisch). Seoul: Iljogak
- Lee, Dae-Geun (2002): Nach der Befreiung – die Wirtschaft in den 1950er Jahren (Koreanisch). Seoul: Samsung Economic Research Institute
- Lee, Deok-Il (1997): Die Geschichte *Chosuns* im Lichte der Fraktionskämpfe. Seoul: Seokpil
- Lee, Gi-Baik (1976): Die Geschichte Koreas neu beleuchtet. Seoul: Iljogak
- Lee, Eun-Jung (2003): Asien und seine "Asiatische Werte. aus: Aus Politik und Zeitgeschichte B 35-36 2003 (25. August 2003) S. 3-6
- Lee, Eun-Yeong & Park, Won-Soon (2002): Wie kann man Korruption bekämpfen. Seoul: Nanam
- Lee, Gi-Hoon (2002): Die Lehrerausbildung unter der japanischen Kolonialherrschaft – am Beispiel *Daegu*-Lehrerausbildungsanstalt, aus: Tagung von Yeoksa Munje Yeonguso, <Koloniale Erfahrungen und Park Chunghee-Ära>. Tagungsbericht.
- Lee, Gyu-Tae (2000a): Eindrücke aus der Zeit der Aufklärung von Lee Gyu-Tae. Bd. 1: Auch nach dem Tod bin ich Yangban, während du Sangnom bleibst. Seoul: *Chosun*-Ilbosa.
- Lee, Gyu-Tae (2000b): Eindrücke aus der Zeit der Aufklärung von Lee Gyu-Tae. Bd. 2: Dem Esel von Finanzminister schmeckt auch nicht Yak-Gwa. Seoul: *Chosun*-Ilbosa
- Lee, In-Ho & Kim Yeong-Ho & Kang Gyu Hyeong (Hg.): Die Gründung des

- südkoreanischen Staates neu verstehen (Koreanisch). Seoul: Giparang.
- Lee, Ji-Soo (2009): Der zweite Weltkrieg und die Korea-Politik der Sowjetunion (Koreanisch), aus: Lee, In-Ho & Kim Yeong-Ho & Kang Gyu Hyeong (Hg.): S. 55-91
- Lee, Jong-Gu (2010): Nachholende Industrialisierung und Herausbildung der qualifizierten Arbeiter - Autoritäre Arbeitsplätze und pragmatische Gewerkschaftsbewegung, aus: Lee, Jong-Gu u. a. (2010): Lebenswelt und Identität der Arbeiter in den 1950er Jahren. Paju: Hanul. S. 17-74
- Lee, Jong-Jae (1993): Lebenslauf von Chaebol. Seoul: Hanguk-Ilbo
- Lee, Joo-Cheol (1997): Management für staatliche Unternehmen in Nordkorea undn Arbeitspolitik: von 1946 bis 1948 (Koreanisch), aus: Sachong Bd. 46, S. 175-207
- Lee, Joo-Cheol (1998): Anwerbung von Parteimitgliedern durch die Arbeiterpartei Nordkoreas und der Wandel der Partei (Koreanisch), aus: Hyeondae Bukhan Yeongu (Studien über modernes Nordkorea), Bd. 1, H. 1, S. 151-187
- Lee, Jun-Sik (2009): Koloniale Erfahrung von Park Chunghee und der Ursprung der Park Chunghee-Ära, aus: Yeoksa-Bipyong. Bd. 89. Seoul: Yeoksa-Biyeongsa.
- Lee, Hyeon-Mo (1995): Studie über Einflüsse von Konnexionismus auf Personalpolitik beim Militär. Kwangju: Diplomarbeit an der Chonnam National University
- Lee, Sang M. & Yoo, Sang-jin (1987): "The K-Type Management: A Driving Force of Korean Prosperity," Management International Review Bd. 27. S. 68-77
- Lee, Seung-Hwan (2000): Asian Values and the Future of the Confucian Culture. East Asian Review. (The Institute for East Asian Studies). Bd. 12. H. 1 (Frühling)
- Lee, Seong-Joo (2006): Grausame Geschichte der *Chosun*-Dynastie. Seoul: Chusubat
- Lee, Won-Bo (2004): Die Geschichte der koreanischen Arbeiterbewegung – Arbeiterbewegung in der Ära der Wirtschaftsentwicklung 1961-1987. Seoul: Jisik Madang.
- Lee, Woo-Gwan (2005): Vergleich von Konnexionismus in drei Ländern Korea, China und Japan. aus: Kwon, Yong-Hyeok u. a. : Von Unternehmenskultur in Korea, China und Japan reden. Seoul: Yi-Hak-Sa, S. 81-111
- Lee, Yeong-Hee (1984): Über die Teilung hinaus. Seoul: Hangilsa
- Lee, Yi-Hwa (2001a): Strudel von Fraktionskämpfen und Palastrevolten (Koreanisch). Aus der Reihe: Die Geschichte Koreas erzählen. Bd. 13. Seoul: Hangilsa
- Lee Yi-Hwa (2001b): Sozialgeschichte von Spiel und Sitten (Koreanisch). Aus der Reihe: Die Geschichte Koreas erzählen. Bd. 14. Seoul: Hangilsa.
- Lee, Yi-Hwa (2001c): Neugründung des Staates durch den aufgeklärten König Jeong-Jo (Koreanisch). Aus der Reihe: Die Geschichte Koreas erzählen. Bd. 15. Seoul: Hangilsa.

- Lee, Yi-Hwa (2003): Das Ende des 500 jährigen Reichs (Koreanisch). Aus der Reihe: Die Geschichte Koreas erzählen. Bd. 19. Paju: Hangilsa.
- Lee, Yi-Hwa (2004): Der Wind der Modernisierung auf dem beraubten Land. Aus der Reihe: Die Geschichte Koreas erzählen. Bd. 22. Paju: Hangilsa.
- Lee, Yong-Gi (2001): Die Erfahrung mit dem Koreakrieg an einem Dorf und die Erinnerungen daran (Koreanisch), Yeok-Sa Mun-Je Yeon-gu, Bd. 6, Juni-Heft, S. 11-55
- Lyu, Mi-Rim (1999): Strukturanalyse der Herrschaftsideologie in der späteren *Chosun*-Dynastie (Koreanisch). Seoul: Dissertation an der Ewha Womens University
- Lyu, Seok-Choon & Kim, Hae-Dong (2013): Wahrheit und Lüge über die sog. Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit in Nordkorea, aus: Si-dae Jeong-sin, Frühling-Heft, S. 238-276.
- Manstetten, Reiner / Lee, Mi-Yong (2002): Zugehörigkeit und wirtschaftliches Handeln in Südkorea, aus: Nutzinger, Hans G.: Religion, Werte und Wirtschaft. China und der Transformationsprozess in Asien, Marburg: Metropolis. S. 173-190
- Martin, Bernd (1992): Die Öffnung Japans durch den Westen: Annahme und Abwehr der westlichen Herausforderung (1853 - 1890), aus: Jürgen Elvert (Hrsg.): Staatenbildung in Übersee : die Staatenwelt Lateinamerikas und Asiens. Stuttgart: Steiner, 1992, S. 197 – 220
- Marx, Karl (1983): Das Kapital, aus: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke [MEW], Bd. 23, Berlin: Dietz Verlag
- Matsumoto, David(Hg.)(2001): The Handbook of Culture and Psychology. Oxford University Press(New York)
- MBC (1999): Jeju 4.3-Aufstand, aus der Serie: Nun können wir aussprechen (Fernsehdocumentation: am 12. September 1999 ausgesendet)
- McSweeney, Brendan (2002): Hofstede's model of national cultural differences and their consequences: A triumph of faith – a failure of analysis. Human Relations Bd. 55. H.2, S. 89-118
- Meyers, Ramon H. und Mark R. Peattie (Hg.), (1984). The Japanese Colonial Empire, 1895-1945, Princeton: Princeton University Press.
- Morishima, Michio(1982): Why has Japan Succeeded? Cambridge: Cambridge University Press.
- Moon, Je-An u. a. (2005): Erinnerung an 8.15 (Paju). Paju: Hangilsa
- Moose, Jacob Robert(1911): Village Life in Korea, Nashville, Tenn.: Publishing House of the M. E. Church, South. Smith & Lamar Agents. (Koreanische Übersetzung: 1900 Cho-seon-e Salda Seoul: Pureun Yeoksa. 2008)
- Moulder; Francis V.(1977): Japan, China, and the Modern World Economy: Toward a Reinterpretation of East Asian Development cs. 1600 to ca. 1918. Cambridge:

- Cambridge University Press.
- National Committee for Investigation of the Truth about the Jeju April 3 Incident [kurz: National Committee] (2003): Bericht der Wahrheitskommission über den Jeju 4.3-Aufstand (Koreanisch). Seoul
- Nippel, Wilfried (2000): Erwerbsarbeit in der Antike. aus: Jürgen Kocka / Claus Offe: Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt a. M.: Campus. S. 54-66
- Neckel, Sighard (1995): Der unmoralische Tausch. Eine Soziologie der Käuflichkeit, aus: Kursbuch 120: Korruption, Juni 1995, S.9-16
- Nutzinger, Hans G.(2002): Religion, Werte und Wirtschaft. China und der Transformationsprozess in Asien. Marburg (Metropolis)
- Oh, Seong-Cheol (2000): Der koloniale bzw. postkoloniale Charakter der Bildung in der Kolonialzeit – Inhalt und Form der Disziplinierung an den Grundschulen (Koreanisch), aus: Hanguk Gyoyuksahak, Bd. 22, H. 2, S. 25-50.
- Oh, Wook-Hwan (2000): Bildungsfieber in der koreanischen Gesellschaft – sein Ursprung und Verstärkung (Koreanisch). Seoul: Gyoyookgwahaksa.
- Palais, James (1996): Confucian Statecraft and Korean Institutions: Yu Hyongwon and the Late Choson Dynasty. University of Washington Press
- Paik, Wanki(1990): Korean Administrative Culture, Seoul: Korean University Press
- Park, Gyeong-Sik (1986): Die Herrschaft des japanischen Imperialismus über *Chosun* (Koreanisch). Seoul: Haeng-Ji.
- Park, Jeong-Seok (2003): Die kollektiven Erinnerungen an den Krieg und die ‚Roten‘ (Koreanisch), aus: Pyo, In-Joo u. a. (2003): Der Krieg und die Menschen. Den Koreakrieg von unten untersuchen, S. 47-74
- Park, Jeong-Seok (2005): Erinnerungen an den Yeosun-Aufstand, aus: Kim Gyeong-Hak u. a. (2005), S. 177-210
- Park, Ji-Hyang (Hg.)(2001): Tagebuch von Yoon Chi-Ho – 1916 bis 1943 (Koreanisch), Seoul: Yeoksa Bipyeongsa.
- Park, Ji-Hyang & Kim Il-Yeong & Kim Cheol & Lee Yeong-Hoon (2006): Die Zeitgeschichte Koreas neu verstehen (Koreanisch). Bd. 2 Seoul: Chaek Se-Sang
- Park, Joon-Sik u. a. (1999): Der soziale Wandel und die Sozialgeschichte in der US-Besatzungszeit (Koreanisch). Chuncheon: Hallym University Press.
- Park, Myeong-Gyu (1997): Die Gründung des modernen koreanischen Staates und die Bauern (Koreanisch). Seoul: Munhakgwa Jiseongsa.
- Park, No-Ja (2005): Ich klage das Jahrhundert der Gewalt an (Koreanisch). Seoul: Inmulgwa Sasangsa.
- Park, Wan-Seo (1992): Wer hat so viele Sing-A gegessen (Koreanisch), Seoul: Woong-Jin

- Park, Wan-Seo (1995): War der Berg tatsächlich dort gewesen? (Koreanisch) Seoul: Woong-Jin
- Park, Won-Soon (1990): Wie wurden ca. 50.000 Linken-Kollaborateure behandelt? (Koreanisch), aus: Yeok-Sa Bi-Pyeong, Bd. 9, H. 5, S. 172-198
- Pohlmann, Markus C.(2000): Max Weber und der "konfuzianische Kapitalismus", aus: Prokla 119. 30. (Jahrgang Nr. 2), S. 281-300.
- Pohlmann, Markus C.(2002): Der Kapitalismus in Ostasien. Südkoreas und Taiwans Wege ins Zentrum der Weltwirtschaft. Westfälisches Dampfboot (Münster)
- Pyo, In-Joo u. a.: Der Krieg und die Menschen – Koreakrieg von unten untersuchen (Koreanisch). Seoul: Hanul,
- Redding, Gordon S.(1990): The Spirit of Chinese Capitalism. New York: De Gruyter
- Ryu Chun-Do (1999): Die, die ich nicht vergessen kann (Koreanisch) Seoul: Saram Saeng-gak
- Senghaas, Dieter (1995): Über asiatische und andere Werte. aus: Leviathan, Bd. 23, H.1: S. 5-12
- Seo, Jae-Jin (1991): Studie über die kapitalistische Klasse Koreas (Koreanisch). Seoul: Sa-hoi Bi-Pyeong-Sa.
- Seo, Joong-Seok (1995): *Rhee Syngman* und der Marsch nach Norden (Koreanisch), aus: Yeok-Sa Bi-Pyeong, Sommer-Heft, S. 108-164
- Seo, Joong-Seok (1998): Il-Min-Ju-Eui („Ein-Volk“-Ideologie) und Faschismus in der Anfangsphase des Regimes von *Rhee Syngman*, aus: Yeok-Sa Mun-Je Yeon-Gu-So (Hg.): Die Entscheidung von Süd- und Nordkorea in den 1950er Jahren und ihre Verzerrungen. Seoul: Yeok-Sa Bi-Pyeong-Sa, S. 17-71
- Seo, Joong-Seok (1999): Cho Bong-Am und 1950er Jahren. Bd. 2: Das geschädigte Volk und die Politik der Massaker (Koreanisch). Seoul: Yeok-Sa Bi-Pyeong-Sa
- Seo, Joong-Seok (2007): *Rhee Syngman* und die Erste Republik – Von der Befreiung bis zum Aprilrevolution (Koreanisch). Seoul: Yeok-Sa Bi-Pyeong-Sa
- Seung, Byeong-II (2008): Mein Leben und die Geschichte (Koreanisch). Seoul: You and I.
- Shin, Gi-Wook (1996): Peasant protest & social change in colonial Korea. Seattle: University of Washington Press.
- Shin, Jin-Wook (2003): Die Gewalt und die Heiligkeit. Eine politisch-soziologische Studie zur Interaktionsdynamik von Modernisierung und Zivilgesellschaft in Südkorea 1960-1990. Dissertation an der Freien Universität Berlin.
- Shin, Yong-Ha (2006): Die japanische Kolonialpolitik und die Kritik der Theorie der kolonialen Modernisierung (Koreanisch). Seoul: Munhakgwa Jiseongsa.
- Shin, Young- Bok (2004): Vorlesung- meine Lesart asiatischer Klassiker (Koreanisch).

- Seoul: Dolbaegae.
- Shin, Young Gyu (2004): Soziale Bedingungen rationalen Wirtschaftens. Ein Erklärungsversuch der kapitalistischen Entwicklung und Wirtschaftskrise in Asien und Korea mit Hilfe der Rationalisierungsthese Max Webers. Dissertation an der Freien Universität Berlin
- Slate, Emily / Schroll-Machl, Sylvia (2007): 3.1 Nordamerika: USA. aus: Kammhuber / Schroll-Machl 135-149
- Slate, Emily / Sylvia Schroll-Machl (2007): Beruflich in den USA - Trainingsprogramm für Manager, Fach- und Führungskräfte. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Song, Jong-Bok (1994): Der Widerstand von Koreanern gegen die Kolonialherrschaft (Koreanisch), aus: Budaeh-Sahak, Bd. 18. H. 1, S. 463-490
- Suzuki Keihu (1989): Studie über die Kolonialherrschaft durch das Rechtssystem (Koreanisch). Seoul: Forschungsinstitut für die nationale Kultur an der Korea University
- Svarverud, Rune (2001): Social Darwinism and China's Relationship with Korea and Japan in the Late 19th and Early 20th Century aus: International Journal of Korean History (Bd. 2, Dec.2001)
- Swidler, Ann (1986): Culture in Action: Symbols and Strategies, aus: American Sociological Review, 1986, Vol. 51, S.273-286
- Schroll-Machl, Sylvia (2007): 2.3 Deutschland, aus: Kammhuber & Schroll-Machl (2007), S. 72-89
- Tai, Hung-chao(1989): Confucianism and Economic Development. An Oriental Alternative? Washington D.C.: The Washington Institute for Values in Public Policy
- Thomas, Alexander(1993): Kulturvergleichende Psychologie. Eine Einführung, Göttingen: Hogrefe
- Thomas, Alexander (1995): Beruflich in China : Trainingsprogramm für Manager, Fach- und Führungskräfte. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Thomas, Alexander(1996), „Analyse der Handlungswirksamkeit von Kulturstandards“, in ders., hg. Psychologie interkulturellen Handelns (Göttingen), S.107-136
- Triandis, H.C.(1988): Collectivism vs. individualism: A reconceptualization of a basic concept in cross-cultural social psychology. aus: C. Bagley / G.K. Verma (Hg.), Personality, cognition and values: Cross-cultural perspectives on childhood and adolescence, s.60-95. Macmillan (London)
- Tu, Wei-Ming(1990), "Der Industrielle Aufstieg Ostasiens aus konfuzianischer Sicht", aus: Krieger, Silke / Rolf Trauzettel(1990), S.41-56
- Uphoff, Norman & Warren Ilchman (1969), The Political Economy of Change. Berkeley : University of California Press,

- Wallerstein, Immanuel(1993): "The End of What Modernity?" Address to President's Forum. The End of Modernity, Bucknell University.
- Weber, Max (1999), Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I: Protestantische Ethik und Geist des Kapitalismus (Digital-Version: www.rz.uni-potsdam.de)
- Weber, Max (1922[1972]): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: Mohr
- Wölky, Guido (2006): Roscher, Waitz, Bluntschli und Treitschke als Politikwissenschaftler. Spätblüte und Untergang eines klassischen Universitätsfaches in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Dissertation an der Ruhr-Universität Bochum) .
- Wei, Wou(1992): Capitalism: A Chinese Version. Guiding a Market Economy in Taiwan, Ohio State University Press
- Yao, Souchou (2002): Confucian Capitalism. Discourse, practice and the myth of Chinese enterprise. London (Routledgecurzon)
- Yeom, Mi-Gyeong (2003): Der Krieg und der Wandel der lokalen Machtstruktur (Koreanisch), aus: Pyo, In-Joo u. a. (2003), S. 113-144
- Yoon, Hyeong-Sook (2003): Der Krieg und der Wandel der Sozialstruktur auf dem Lande (Koreanisch), aus: Pyo, In-Joo u. a. (2005), S. 75-112.
- Yoon, Tae-Rim (1965): Charaktere von Koreanern (Koreanisch) Dissertationsschrift an der Seoul National University.
- Yoon, Taek-Lim (2003): Die Reise einer Anthropologin in die Vergangenheit – auf der Suche nach der Geschichte eines roten Dorfes (Koreanisch). Seoul: Yeoksa-Bipyongsa.

Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Dissertationsarbeit ohne unerlaubte Hilfe angefertigt, keine anderen, als die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt, und die den benutzten Werken wörtlich und inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____